G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Zur wahrscheinlichen Entwicklung des Parteiengefüges in der Bundesrepublik und ihren Ursachen

Lorenz Knorr
Vor einer qualitativ neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik?

Hans-Helmuth Wüstenhagen
Bürgerinitiativen, Atomenergie und Wissenschaft

Andreas Bartsch und Reinhard Bispinck
Medien unter Druck
Zur Entwicklung der inneren Pressefreiheit

Jutta Menschik
Der kleine Unterschied in der Frauenfrage

Dieter Paas
Das „Entwicklungsmodell" des chilenischen Militärregimes
Anspruch und Wirklichkeit

12'76

Dezember 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1976

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1976 1317

KOMMENTARE UND BERICHTE

Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen? Zum Vertragsentwurf von Bukarest . . . . . *Achim Maske* 1320

Ungelöste Fragen der Kernkraftwerksentsorgung . . . . . *Ulrich Ewers* 1322

HAUPTAUFSÄTZE

Zur wahrscheinlichen Entwicklung des Parteiengefüges in der Bundesrepublik und ihren Ursachen . . . . . *Karl D. Bredthauer* 1328

Vor einer qualitativ neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik? . . . . . *Lorenz Knorr* 1336

Bürgerinitiativen, Atomenergie und Wissenschaft . . . . . *Hans-Helmuth Wüstenhagen* 1360

Medien unter Druck. Zur Entwicklung der inneren Pressefreiheit . . . . . *Andreas Bartsch und Reinhard Bispinck* 1367

Das „Entwicklungsmodell" des chilenischen Militärregimes — Anspruch und Wirklichkeit . . . . . *Dieter Paas* 1388

Der kleine Unterschied in der Frauenfrage . . . . . *Jutta Menschik* 1401

MEDIENKRITIK

Der Wilde Westen als soziales Lernfeld . . . . . *Henning Walter* 1412

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1413

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 1414

Tagung der Memorandum-Gruppe in Bremen . . . . . *Bernd Jansen* 1417

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Bukarester Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags vom 26. November 1976 (Wortlaut) 1419

JAHRESREGISTER 1976 I—XIV

Kommentare und Berichte

Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen?

Zum Vertragsentwurf von Bukarest

Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Bukarest am 25. und 26. November 1976 haben die Staaten des Warschauer Vertrages allen Teilnehmerstaaten der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit den Abschluß eines Vertrages vorgeschlagen, der die Verpflichtung enthält, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen anzuwenden. In dem sechs Artikel umfassenden Vertragsentwurf wird dieser Schritt mit dem Wunsch begründet, „einen neuen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, der auf die Festigung des Vertrauens . . ., auf den Abbau der militärischen Konfrontation und auf die Förderung der Abrüstung gerichtet ist".

Ohne Zweifel ist diese Initiative der sozialistischen Staaten einer der bemerkenswertesten Beiträge zur Realisierung und Fortsetzung der KSZE. Eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten, könnte — obwohl vorhandene Waffensysteme dadurch weder beschränkt noch verringert würden — das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten erhöhen. Das brächte mehr Sicherheit und würde Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsvereinbarungen bedeutend erleichtern.

Obwohl auf unserem Kontinent die größte Konzentration modernster Massenvernichtungsmittel, darunter Kernwaffen, besteht und daher jeder Schritt zu begrüßen ist, der die militärische Konfrontation verringert, ist das Echo auf den Vorschlag des Warschauer Vertrages auffällig dünn. Die amerikanische Regierung ließ erklären, sie wolle so schnell wie möglich mit ihren NATO-Verbündeten über den Bukarester Vorschlag sprechen. Die Bundesregierung meinte, eine erste Gelegenheit zur Prüfung des Vorschlags sei die Tagung des NATO-Rats am 9. und 10. Dezember in Brüssel. In Paris und London hieß es, die Initiative aus Bukarest werde gegenwärtig überprüft.

CDU-Sprecher Wörner erklärte — was niemanden überraschen konnte — den gegenseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen als „absolut unannehmbar" und „begründete" sein schnelles Urteil mit der nicht eben neuen Aussage, eine solche „Neutralisierung der Nuklearwaffen" lege ein Kernstück westlicher „Abschreckung" lahm und ermögliche es der Sowjetunion, „ihre konventionelle Überlegenheit" ungehindert auszuspielen.

Die Reaktionen und Kommentare einer Reihe von Zeitungen machen das Ausmaß der Verunsicherung noch deutlicher, in die der Vorschlag der sozialistischen Staaten die Entspannungsfeinde hierzulande, für die die Aufrüstung A und O aller Außenpolitik ist, gestürzt hat. Der Bonner „Generalanzeiger" warnte am 30. November: „Die östliche Initiative kann gewiß nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Zu tief sitzt den Menschen die Angst vor dem Wort Atom im Nacken, als daß sie nicht jeden Schritt begrüßen würden, der zu einer Verminderung nuklearer Gefahren führen könnte . . ."

Der Militärkorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen" (FAZ), Adalbert Weinstein, sah in einem Kommentar am 4. Dezember 1976 hinter dem Vorschlag sogar eine „Strategie der Einschüchterung" und folgerte: „Man muß der psycho-strategischen Offensive der anderen Seite deshalb Tatsachen

entgegensetzen." Seine „Tatsachen" sahen dann so aus: Die Rote Armee „könnte" (! — warum tut sie es wohl nicht?) allein 168 Divisionen mobilisieren. Das amerikanische Heer (über Marine und Luftwaffe wird vornehm geschwiegen) verfüge nur über sechzehn Divisionen und zwei Reservebrigaden; sicher, die USA könnten „acht weitere Divisionen und einige Dutzend (!) zusätzliche Brigaden" aufstellen, aber ... Die Tatsachenverfälschungen werden dann in der bekannten Weise fortgeführt: Da gibt es ein „Mißverhältnis von kriegsverwendungsfähigem Material", „aus der strategischen Tiefe" könne die Sowjetunion „schnell weitere sechzig Divisionen heranführen", „Die Sowjets setzen auf Angriff. Der Westen will verteidigen", „Seine Divisionen sind für den chemischen und den biologischen Krieg gerüstet; die westlichen nicht." Alles in allem: Einer der auszieht, das Gruseln zu lernen, sollte, wenn nichts anderes hilft, Weinstein lesen.

Auch der SPD-Abgeordnete Pawelczyk kritisierte den Bukarester Vorschlag: Er „würde eine grundsätzliche Änderung der zur Zeit gültigen Strategie der NATO bedingen, und die Parität zwischen NATO und Warschauer Pakt, die wenigstens annähernd bestehe, würde sich zum Nachteil des Westens verändern. Bei einem Abkommen zwischen Ost und West müsse vielmehr das konventionelle und das nukleare Waffenpotential als Einheit angesehen werden, was der östliche Vorschlag nicht berücksichtige" (FAZ v. 2. 12. 1976).

Dieses Argument muß Verwunderung hervorrufen. Bei der Wiener Konferenz über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa sind es die Warschauer Vertragsstaaten, die das „konventionelle und nukleare Waffenpotential" als Einheit ansehen und eine gleichmäßige Verringerung aller Komponenten des Militärpotentials (Mannschaften, Land- und Luftrüstung und Atomwaffen) vorschlagen, während die NATO-Staaten, und besonders die Bundesrepublik, bisher die Einbeziehung der modernen Atomwaffen in die Reduzierung ablehnen. (Ein Abzug von 1000 veralteten Atomsprengkörpern der USA wird ausdrücklich als einmaliges Angebot bezeichnet, für den als Gegenleistung auch nicht sowjetische Atomwaffen, sondern eine Panzerarmee abgezogen werden soll.)

Zudem werden in der Bukarester Erklärung eine ganze Reihe von Abrüstungsvorschlägen erläutert. Dort heißt es: „Die wichtigste und dringlichste Aufgabe der Gegenwart ist und bleibt die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung ... Wenn unsere Länder Maßnahmen zur Stärkung ihrer Streitkräfte ergreifen und der Volkswirtschaft, dem sozialistischen und kommunistischen Aufbauwerk dringend benötigte Mittel entziehen müssen, tun sie das ausschließlich im Interesse des zuverlässigen Schutzes der friedlichen Arbeit ihrer Völker und zur Zügelung der Kräfte des Militarismus und des Krieges." In der Deklaration wird weiter auf die neuen Initiativen bei den Wiener Verhandlungen verwiesen: „Die Teilnehmer ... sprechen sich entschieden für einen fortschreitenden Prozeß der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen sowohl in Mitteleuropa als auch im gesamteuropäischen Maßstab aus." Weiter wird die Einstellung des atomaren Wettrüstens, ein vollständiges Kernwaffenversuchsverbot, das Verbot chemischer Waffen sowie der Entwicklung aller neuen Massenvernichtungsmittel, ein weltweiter Gewaltverzichtsvertrag und die Verringerung der Rüstungsausgaben vorgeschlagen. In der Deklaration wird die Frage des Verbots des Ersteinsatzes von Atomwaffen also keineswegs isoliert behandelt, es werden im Gegenteil Vorschläge für die Begrenzung oder Verringerung aller Waffenarten gemacht.

Im Zusammenhang mit Argumenten, die gegen ein Verbot des Ersteinsatzes von Atomwaffen wegen des konventionellen Kräfteverhältnisses in Europa vorgebracht werden, lohnt es sich, auf den Stand der Wiener Konferenz für die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa einzugehen. Dort haben die Warschauer Vertragsstaaten bekanntlich vorgeschlagen, innerhalb von zwei Jahren alle Truppen und Rüstungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik und der Benelux-Länder einerseits und der DDR, der CSSR und der Volksrepublik Polen andererseits um 15 % zu verringern. Auf westliche Vorstellungen eingehend, haben sie am 19. Februar einem zweistufigen Verfahren zugestimmt, bei dem die USA und die Sowjetunion in der ersten Phase ihre Streitkräfte und Rüstungen um 2 bis 3 % verringern, während die übrigen Staaten ihre Streitkräfte nicht erhöhen und sich alle Teilnehmer verbindlich verpflichten, in einer zweiten Phase Verringerungen vorzunehmen. Am 10. Juni 1976 hat der Warschauer Vertrag Angaben über die Stärke seiner Land- und Luftstreitkräfte gemacht. Danach stehen in Mitteleuropa 845 000 Soldaten auf östlicher Seite, während die NATO ihre Stärke mit 770 000 Mann angibt. Berücksichtigt man, daß auf östlicher Seite bei Verwaltung und Nachschub keine Zivilangestellten, sondern Soldaten verwendet werden, während allein die Bundeswehr weit über 100 000 Zivilangestellte beschäftigt, wird deutlich, daß das Kräfteverhältnis gegenwärtig einigermaßen ausgewogen ist.

Wenn die NATO-Staaten von unrealistischen Positionen abgehen und auf Vorschläge verzichten, die auf eine einseitige Veränderung dieses Stärkeverhältnisses zu ihren Gunsten abzielen, können auch in Wien sehr schnell Verträge unterzeichnet werden, die die Truppen und Rüstungen, konventionell und atomar, spürbar verringern. Das würde es ermöglichen, die Rüstungslasten zu vermindern, die die Bundesbürger heute tragen.

In diesen Zusammenhängen kann ein Vertrag über das Verbot des Ersteinsatzes von Kernwaffen, so wie er jetzt in Bukarest vorgeschlagen wurde, einen weiteren bedeutsamen Beitrag zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Verstärkung des Vertrauens und der Sicherheit in Europa leisten, der Abrüstungsmaßnahmen erleichtern könnte.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, den Bukarester Vorschlag schnell aufzugreifen. In Mitteleuropa lagern rund 7000 US-amerikanische Kernsprengkörper, jeder mit der Vernichtungskraft der Atombombe von Hiroshima. Jede militärische Auseinandersetzung auf unserem Kontinent beschwört die Vernichtung unseres Landes herauf. Es gibt für uns keine militärische Sicherheit, sondern nur die friedliche Koexistenz. Daher wird die Öffentlichkeit gut daran tun, die Bundesregierung zu einem konstruktiven Herangehen an das Vertragsangebot von Bukarest zu bewegen.

Achim Maske

Ungelöste Fragen der Kernkraftwerksentsorgung

Die Entsorgung von Kernkraftwerken, die Wiederaufarbeitung und Endlagerung abgebrannter Brennelemente also, stellt immer noch eine der schwerwiegendsten und bisher ungelösten Fragen der Kernenergienutzung dar. Im

Zuge der Auseinandersetzungen um die Klärung der Standortfrage einer zentralen Atommülldeponie und einer bundesdeutschen Wiederaufarbeitungsanlage in Niedersachsen haben diese Fragen in den vergangenen Wochen erneut große Aktualität gewonnen, und es ist damit zu rechnen, daß sie in den nächsten Jahren noch Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen sein werden. Worum geht es dabei?

In einem Reaktor des heute in der Bundesrepublik üblichen Typs (Leichtwasserreaktoren) werden Uranoxid-Brennelemente verwendet, die zu 3 % Uran-235 enthalten. Diese werden aus Natur-Uran, welches nur zu 0,7 % das spaltbare U-235 enthält, durch Anreicherung gewonnen. Während des Kernspaltungsprozesses und der damit verbundenen Energiefreisetzung wird das U-235 weitgehend verbraucht. Es entstehen radioaktive Spaltprodukte, u. a. das extrem gefährliche Plutonium, welche die Kettenreaktion und damit die Energiefreisetzung zunehmend behindern. Die betreffenden Brennelemente müssen also — in der Regel nach etwa 3 Jahren — gegen neue ausgetauscht werden.

Die abgebrannten hochradioaktiven Brennelemente werden zunächst im Inneren des Kernkraftwerks in einem Wasserbecken gelagert, um den Zerfall kurzlebiger radioaktiver Substanzen abzuwarten. Sie werden dann in großen Sicherheitsbehältern in die Wiederaufarbeitungsanlagen transportiert, wo sie chemisch in ihre verschiedenen Bestandteile aufgetrennt werden. Ein Teil davon (U-235 und Plutonium-239) wird in den Brennstoffkreislauf zurückgeführt (Rezyklierung), ein anderer Teil, der im Reaktor nicht weiter verwendet werden kann, wird zur Endlagerung weiterverarbeitet (Abfallkonditionierung).

Noch wandert der größte Teil des Atommülls aus den Kernanlagen der Bundesrepublik in französische und englische Wiederaufarbeitungsanlagen, die mehr schlecht als recht funktionieren. Bedingt durch den Eigenbedarf dieser Länder, werden sie jedoch ab 1980 voll ausgelastet sein. Da außer einer kleinen Versuchsanlage im Kernforschungszentrum Karlsruhe bisher keine deutschen Wiederaufarbeitungskapazitäten vorhanden sind, entsteht ab 1980 eine in der Tat bedrohliche Engpaßsituation: Energieversorgungsunternehmen und Bundesregierung planen, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung bis 1985 von gegenwärtig 5 auf 45 % zu steigern, was einer Installation von Kernkraftwerken mit einer Gesamtleistung von 50 000 MW Leistung entspricht. Pro Jahr werden dabei ca. 1250 Tonnen hochradioaktiven Atommülls anfallen, die wegen fehlender Kapazitäten nicht wiederaufgearbeitet werden können und — teils in den einzelnen Kraftwerken, teils in zentralen Zwischenlagerbecken — deponiert werden müssen. Auf diese Weise werden sich bis 1988 — das ist der Zeitpunkt, an dem eine geplante deutsche Wiederaufarbeitungsanlage frühestens ihren Betrieb wird aufnehmen können — etwa 10 000 Tonnen hochradioaktiven Materials in der Bundesrepublik anhäufen.

Während der weitere Ausbau des Kernkraftwerknetzes unterdessen forciert und — im Hinblick auf Brokdorf — geradezu rücksichtslos vorangetrieben wird, mußten (bei einer Anhörung vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 9. Juni 1976) die Vertreter der Elektrizitätswirtschaft und der chemischen Großindustrie einräumen, daß für die Wiederaufarbeitung und Endlagerung dieses extrem gefährlichen Materials in vielfacher Hinsicht bisher noch keine ausgereiften Technologien zur Verfügung stehen [1]). Aufgrund der insistierenden Fragen offensichtlich gut vorbereiteter Abgeordneter wurde deutlich, daß mangelnde

[1]) Protokoll über die öffentliche Anhörung zu Fragen des Umweltschutzes vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages 1976; Anhörung zu dem Thema: „Die Energiewirtschaft und die Entsorgung ihrer Kernkraftwerke".

Betriebserfahrungen sowie unerwartete und lange Zeit unterschätze technische und sicherheitstechnische Probleme, verbunden mit der durch die hohe Strahlenbelastung bedingten Reparaturfeindlichkeit, bei den bereits existierenden Anlagen zu erheblichen Schwierigkeiten geführt haben. Bei der Endlagerung hochaktiver Abfälle in geologischen Formationen liegen bisher keinerlei Erfahrungen vor, da bisher noch keine realen Versuche mit verglasten hochaktiven Abfällen durchgeführt worden sind. Besondere und bisher ungelöste Probleme ergeben sich schließlich bei der Endlagerung hochaktiver gasförmiger und großer Mengen flüssiger Abfälle (Krypton-85 und Tritiumhaltiges Wasser) [2]).

Eines der Schlüsselprobleme bei der Wiederaufarbeitung besteht darin, daß bei der Auflösung der „Brennstoffe" radioaktive Gase freiwerden. Es handelt sich dabei um das Edelgas Krypton-85, Jod-129, um das Wasserstoffisoton Tritium und um radioaktiven Kohlenstoff in Form von $^{14}CO_2$. Eine Wiederaufarbeitungsanlage der in Niedersachsen geplanten Dimension gibt z. B. pro Jahr 10 Mrd. Curie Krypton und 100 Mio. Curie Tritium an die Umwelt ab! Um eine radioaktive Verseuchung der Atmosphäre zu vermeiden, müssen bei einer größeren Anlage also technische Systeme zur Rückhaltung dieser Gase installiert werden, deren Wirkungsgrad angesichts der zu erwartenden Verdichtung des Kernkraftwerknetzes in vielen Ländern der Erde [3]) gut 100 % betragen sollte. Die Entwicklung solcher Systeme, insbesondere für Krypton und Jod, ist derzeit noch nicht abgeschlossen und im großtechnischen Maßstab sowie unter radioaktiven Bedingungen nicht erprobt worden. Für die Rückhaltung von Tritium gibt es z. Z. ebenfalls noch keine technisch erprobten Verfahren.

„Wir haben uns sozusagen in eine Rakete setzen lassen, deren Steuerungsmechanismus nicht fertig ist, die noch keinen Landeplatz gefunden hat — aber die Rakete fliegt schon", schrieb die „Süddeutsche Zeitung" am 11. Juni 1976 in einem Bericht über das Hearing des Innenausschusses und zitierte den SPD-Abgeordneten Haenschke, der zu Bedenken gab, die ungelöste Entsorgungsfrage werde zum Sicherheitsproblem Nummer eins in der Bundesrepublik in den 80er Jahren.

Die hier nur kurz angedeuteten technischen Probleme sind jedoch nur einer der Gründe für die Verzögerung des Baus einer Wiederaufbereitungsanlage in der BRD. Ein weiterer besteht darin, daß es für die Errichtung und den Betrieb einer solchen Anlage bisher noch keinen Träger gibt. Ursprünglich war geplant, daß die „Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungsgesellschaft", kurz KEWA genannt — ein gemeinsames Tochterunternehmen der westdeutschen Großchemie (beteiligte Unternehmen: Hoechst, Bayer, Nukem und Gelsenberg) —, Entwicklung, Bau und Betrieb einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage übernimmt, deren Jahreskapazität 1500 Tonnen betragen soll. Als jedoch deutlich wurde, daß die erforderlichen Forschungs- und Entwicklungskosten sowie schließlich die gesamten Investitionskosten wegen der notwendigen Reserveauslegungen und Sicherungsmaßnahmen höher und höher kletterten — sie werden derzeit auf 5—6 Mrd. DM geschätzt —, erklärte sich die chemische Großindustrie plötzlich außerstande, ein solches Projekt zu realisieren. Obwohl die KEWA bereits

[2]) Vgl. auch: Protokoll des Ausschusses für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages (über die öffentliche Informationssitzung zum Problemkreis „Brennstoffkreislauf") am 2. 6. 1976. — „Der Spiegel", 47/1976. — Holger Strohm (Hrsg.), Schnelle Brüter und Wiederaufarbeitungsanlagen. Reihe „Politische Ökologie", Hamburg 1976. — Zur Lagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle vgl. H. Krause in: „Die Naturwissenschaften", 59/1972, S.412.

[3]) Frankreich plant, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von gegenwärtig 8 % auf über 70 % im Jahre 1985 zu steigern. Die nukleare Kapazität soll von gegenwärtig 3000 MW auf 40 000 bis 45 000 MW im Jahre 1985 ausgebaut werden, was einer Installation von etwa 50 Kernkraftwerken entspricht (vgl. „Science", 193/1976, S. 305). — A. Sittkus/H. Stockburger, „Krypton-85 als Indikator des Kernbrennstoffverbrauchs", in: „Die Naturwissenschaften", 63/1976, S. 266.

500 Mio. DM Forschungs- und Entwicklungs(F & E)-Kosten von der Bundesregierung kassiert hatte, stelle „eine Planung mit den bisher vorhandenen Kenntnissen" — so wurde erklärt — „für die Gesellschafter der KEWA ein nicht mehr vertretbares unternehmerisches Risiko dar". Zudem sei die Wirtschaftlichkeit der Anlage — durch Verkauf des aufbereiteten Plutoniums und U-235 — nicht gesichert.

Nach diesem (wie man nicht anders sagen kann) Skandal sah sich die Elektrizitätsindustrie, die als Verursacher den Hauptanteil der Entsorgungskosten zu tragen hat, gezwungen, eine eigene „Projektgesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoff" (PWK) zu gründen, die in Zusammenarbeit mit der KEWA Bau und Betrieb der Anlage übernehmen soll.

Die „sehr schwierigen Verhandlungen" sind bis jetzt jedoch noch nicht über eine „Vorprojektphase" hinausgekommen, und bei dem ganzen Gerangel habe man — so schrieb die „Süddeutsche Zeitung" [4]) — nicht eben „den Eindruck gewinnen können, daß der Wirtschaft das Problem der Entsorgung auf den Nägeln brennt, daß sie alle Anstrengungen unternimmt, es nicht zum Sicherheitsproblem Nr. 1 werden zu lassen". Mit anderen Worten: „das fehlende Glied in der Kette, ... welches kein Geld bringt, sondern nur Kosten verursacht", scheint bisher nicht das größte Interesse der Herren aus der Industrie gefunden zu haben. Damit ist angedeutet, worum es in Wirklichkeit gehen dürfte: nämlich darum, die riesigen Entsorgungskosten mitsamt den dazu erforderlichen hohen F & E-Kosten der Wiederaufarbeitungs- und Endlagerungstechnologie soweit als möglich auf den Staat abzuwälzen. Die Bundesregierung hat sich schon bereit erklärt, sich an den F & E-Kosten in den nächsten Jahren mit 100 Mio. DM pro Jahr zu beteiligen (was auch wiederum deutlich macht, wieviel F & E-Arbeit offenbar noch zu leisten ist). Weiteres Know-how dürfte ohne großen Kostenaufwand für die Industrie aus den Kernforschungsanlagen der Bundesrepublik anfallen. Ein bezeichnendes Licht auf die hier skizzierten Auseinandersetzungen wirft schließlich auch die Tatsache, daß die Bundesregierung sich in den letzten Wochen zu der massiven Drohung veranlaßt sah, keine weiteren Genehmigungen zum Bau und Betrieb von Kernkraftwerken mehr zu erteilen, sofern nicht entsprechende Entsorgungskapazitäten nachgewiesen werden.

Trotz allem: über den weiteren „Fahrplan" in Sachen „Entsorgung" ist man sich einig. Nach dem alten Prinzip: Sozialisierung der Kosten, Privatisierung der Gewinne ist vorgesehen — so BMI-Staatssekretär Jürgen Schmude —, „daß der Bund ein geeignetes Gelände erwirbt und dort die Verantwortung für die Sicherstellung und Endlagerung der radioaktiven Abfälle übernimmt; die Lagerung der abgebrannten Brennelemente, deren Aufarbeitung, die Refabrikation der Spaltstoffe sowie die Abfallkonditionierung sollen auf diesem Gelände aber in privatwirtschaftlicher Verantwortung erfolgen" [5]). Um die Transport- und Handhabungsrisiken möglichst gering zu halten, sollen die Wiederaufarbeitungsanlagen und Lagerbecken nur an *dem* Standort errichtet werden, an dem auch die Endlagerung vorgenommen werden kann. Vordringliches Ziel ist dabei der Bau der zentralen Zwischenlagerbekken, da die bei den einzelnen Kernkraftwerken vorhandenen Zwischenlagerkapazitäten für die ständig wachsenden Mengen abgebrannter Brennelemente bald nicht mehr ausreichen werden und ab 1980 die Möglichkeiten der Wiederaufarbeitung im Ausland entfallen.

Das aber setzt eine umgehende Klärung der Standortfrage voraus, so daß nach Abwicklung des Genehmigungs-

4) „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 11. 6. 1976.

5) „Umwelt", 1/1976.

verfahrens 1978 mit dem Bau eines zentralen Brennelementelagers an einem der drei in Aussicht genommenen Standorte in Niedersachsen begonnen werden kann.

Die geplante Wiederaufarbeitungsanlage soll 1988 ihren Betrieb mit einer Kapazität von 1500 Jahrestonnen aufnehmen. Ob die dann in der Bundesrepublik anfallenden 1250 Jahrestonnen abgebrannter Brennelemente sowie zusätzlich die 10 000 Tonnen zwischengelagerter Brennelemente, die sich bis 1988 akkumulieren werden, von einer solchen Anlage bewältigt werden können, erscheint jedoch als fraglich, da die Verfügbarkeit bisher arbeitender Anlagen (die um ein Mehrfaches kleiner sind) bei maximal 60 % liegt.

Mit dem Bau und der Größenordnung einer solchen Anlage wagt sich die Bundesrepublik zudem in eine Dimension vor, die bisher in keinem anderen Land der Erde realisiert worden ist. In den USA sind drei Anläufe, Wiederaufarbeitung auf privatwirtschaftlicher Basis zu betreiben, wegen hoher Verluste und technischer Schwierigkeiten gescheitert. Gegenwärtig wird dort überhaupt keine Wiederaufarbeitung durchgeführt; provisorisch werden etwa 300 Mio. Liter verflüssigten radioaktiven Abfalls in riesigen, teilweise gekühlten Edelstahltanks gelagert.

Einen weiteren Gesichtspunkt deutete der SPD-Abgeordnete Haenschke an: wenn man davon ausgeht, daß das Entsorgungskonzept der Bundesrepublik im europäischen Bereich technologisch wahrscheinlich am fortgeschrittensten ist, so besteht die Gefahr, daß im Zuge einer Internationalisierung des gesamten Brennstoffkreislaufs, speziell der Wiederaufarbeitung und Endlagerung, eine Art Sogwirkung entsteht, wodurch die Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft oder sogar in weiterem Rahmen zu einem europäischen Entsorgungspark werden könnte. Zumindest zwei Tendenzen deuten in diese Richtung:

— Der Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Hans-Helmuth Wüstenhagen, legte auf einer Pressekonferenz am 22. Juni 1976 in Karlsruhe ein als „streng vertraulich" gekennzeichnetes Protokoll der dänischen Atomenergiekommission vor, welches eine Unterredung zwischen dänischen Fachleuten und deutschen Regierungsbeamten am 5. Mai 1976 wiedergibt. Laut Wüstenhagen ergibt sich aus dem Schriftstück der Verdacht, daß die Bundesrepublik mit Aufarbeitungsanlagen für nukleare Brennelemente in ein großes Geschäft kommen wolle und deshalb bereit sei, Atommüll anderer Länder entgegenzunehmen [6]). Auch wenn Bundesforschungsminister Matthöfer die Äußerungen Wüstenhagens eilig zu dementieren bestrebt war, erscheint eine solche Lösung zumindest für die kleineren europäischen Länder, für die sich keine eigenen Wiederaufarbeitungskapazitäten lohnen, durchaus denkbar. Daß die chemische Industrie — nach Finanzierung des Know-how durch den Staat (s. o.) — hier in der Tat ein großes Geschäft wittert, wurde von einem gewiß unverdächtigen Zeugen, dem Vorstandsvorsitzenden der Preußischen Elektrizitäts-AG, Hannover, bei der Anhörung vor dem Innenausschuß des Bundestages denn auch „deutlich ausgesprochen" [7]).

— Den wirtschaftlichen Interessen der chemischen Industrie kommt ein politischer Faktor entgegen: die von den USA mehr und mehr forcierte Politik der Nonproliferation (Nichtverbreitung) von Kernkraftwerken mit komplettem Brennstoffzyklus (d. h. Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungsanlagen) an Drittländer [8]). Es ist bekannt, daß nach Abschluß der Verträge zwischen der BRD und Brasilien sowie zwischen Frankreich und Argentinien sowie Pakistan über die Lieferung von

6) SZ v. 23. 6. 1976.
7) Vgl. Protokoll des Innenausschusses, S. 25.
8) K. Becker, „Ist der Atomteufel aus der Flasche?" in: „Die Zeit" v. 20. 8. 1976.

Kernkraftwerken mit komplettem Brennstoffzyklus der Druck (und die Verärgerung) der USA auf die Bundesrepublik und Frankreich stark zugenommen hat, keine Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungsanlagen an diese Länder zu liefern. Der Grund besteht darin, daß das bei der Wiederaufarbeitung anfallende Plutonium sowohl als Reaktorbrennstoff wiederverwendet wie auch für militärische Zwecke abgezweigt werden kann. Ähnliches gilt für die Urananreicherung, die bei einem Grad von 3 % nur für zivile Zwecke, bei einer Anreicherung von 96 % jedoch auch für die Herstellung militärischer Sprengkörper eingesetzt werden kann. Angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik mehr und mehr in das große Kernkraftwerk-Exportgeschäft einzusteigen begriffen ist — nach einer Faustregel des größten deutschen Herstellers, der Kraftwerk-Union, setzt die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens den Bau von jährlich vier bis fünf Kraftwerken mit einer Leistung von 900 bis 1300 MW voraus —, kann man sich unschwer vorstellen, daß die Bundesrepublik unter dem Druck der Nonproliferation nicht zu einem europäischen, sondern zu einem internationalen Entsorgungspark werden könnte. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung erscheinen drei Forderungen von vorrangiger Bedeutung:

1. Wir müssen — so der neugewählte Us-Präsident Jimmy Carter — „unsere Abhängigkeit von der Atomkraft so klein wie möglich halten".

2. Die nationale Energieversorgung muß privatwirtschaftlichen Interessen, die in erster Linie an steigenden Umsätzen und Gewinnen orientiert sind, entzogen werden. Anstelle der sinnlosen Verschwendung und Vergeudung von Energie mitsamt ihren unerwünschten und z. T. unerträglichen ökologischen und gesellschaftlichen Folgen sollten Energieeinsparungsmaßnahmen und die Entwicklung alternativer Energiesysteme verstärkt forciert werden (bisher wurden von der Bundesregierung über 30 Mrd. DM in die Entwicklung der Kernenergie, dagegen nur 30 Mio. DM [= 0,2 %] in die Entwicklung regenerativer Energiequellen — z. B. Sonnen- und Windenergie — investiert!) [9]).

3. Bevor es weitergeht und Entscheidungen getroffen werden, deren Folgen im einzelnen z. T. nicht absehbar sind: Stop and Think — eine Denkpause einlegen! Was der Vorsitzende der britischen Atomenergiekommission und langjährige Mitarbeiter an zivilen und militärischen Atomprojekten, Sir Brian Flowers, der britischen Regierung empfahl, was über 2000 bundesdeutsche Wissenschaftler in einem dringlichen Appell an die Öffentlichkeit forderten [10]), sollte auch hierzulande Gehör finden und in die Praxis umgesetzt werden.

Ulrich Ewers

9) Über die wirtschaftlichen Interessen, die den Möglichkeiten der Energieeinsparung und der Nutzung sauberer und regenerativer Energiequellen entgegenstehen, vgl. D. Teufel, „Energieplanung — Ressourcen, Umwelt, Zukunft" in: „BdWi-Brief", Nr. 24, hrsg. v. Bund demokratischer Wissenschaftler, Marburg 1976.

10) Publikation des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz; bis zum 15. 5. 1976 wurde dieser Appell von 2215 Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik unterzeichnet.

Dieter Halfmann (Hrsg.)

Das Konzept der deutschen Rechten
Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß

KLEINE BIBLIOTHEK Bd. 14

239 Seiten, DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Zur wahrscheinlichen Entwicklung des Parteiengefüges in der Bundesrepublik und ihren Ursachen

Von Karl D. Bredthauer

Der Kreuther Beschluß der CSU-Abgeordneten vom 19. November 1976, im neugewählten 8. Deutschen Bundestag die seit 1949 bestehende Fraktionsgemeinschaft mit der CDU nicht mehr zu erneuern, hat seit langem schwelende Widersprüche zwischen und innerhalb der Unionsparteien abrupt zutage treten lassen. Wie hoch oder gering auch immer man den Anteil der Temperamente Strauß und Kohl an der gegenwärtigen Form des Konflikts im Lager der „Union" veranschlagen mag, im Kern handelt es sich nicht um einen Streit zwischen Personen, sondern um eine tiefe Krise der Strategie und der Organisationsform dieser traditionellen politischen Formation des bundesdeutschen Kapitals. Und diese Krise wiederum ist ein Reflex grundlegender Veränderungen der politischen Wirklichkeit selbst, bedingt — mit den Worten der „Mannheimer Erklärung" der CDU von November 1975 — u. a. durch „die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse", „die Verschärfung von internationalen Verteilungskonflikten", „die zunehmende ideologische Ost-West-Konfrontation" (also die Entwertung der im Kalten Krieg unter der Annahme grundsätzlicher Überlegenheit des Westens entwickelten, primär auf die Konfrontation ökonomischer und militärischer Stärke setzenden Strategie), „die neue Rolle der Entwicklungsländer" und „die neuen Probleme im Inneren". (Diese der Präambel zufolge „nüchterne Bestandsaufnahme" zählt interessanterweise im Grunde alle wesentlichen Aspekte dessen auf, was von marxistischer Seite als „allgemeine Krise des Kapitalismus" bezeichnet wird: die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der sozialistischen Länder und der „Dritten Welt" und die Erschütterung des so lange Zeit unanfechtbar überlegen erscheinenden wirtschaftlichen und sozialen Systems des Kapitalismus, weltweit und innerhalb der einzelnen Länder, mittlerweile auch der Bundesrepublik.) Kreuth ist nicht das erste, gewiß nicht das letzte, aber ein sehr deutliches Zeichen dafür, daß die Krise auch das politische Herrschaftssystem und also die „Parteienlandschaft" der Bundesrepublik, der scheinbaren Insel kapitalistischer „Stabilität" in Europa, nicht unberührt läßt.

In welcher Dimension die Widersprüche innerhalb des Lagers der „Union" gesehen werden müssen, wird sehr deutlich an dem erstrangigen Stellenwert, den die Haltung bei und seit Abschluß der „Ostverträge", also letztenendes die Frage der Entspannung und friedlichen Koexistenz, im Streit zwischen den verschiedenen politischen Kräften des Kapitals im allgemeinen und in der Begründung der CSU für ihren Kreuther Schritt im besonderen einnimmt. Indem die CDU/CSU sich Ende der 60er Jahre und bis heute als unfähig (bzw. wegen zunehmender Widersprüche als nicht voll handlungsfähig) zur Anpassung der bundesrepublikanischen Politik an die veränderten Kräfteverhältnisse und die Erfordernisse der friedlichen Koexistenz erwies, wie sie auch im Eigeninteresse aller realistischen Kapitalkreise zwingend notwendig geworden war und wie sie dann mit den „Ostverträgen" von der CDU und CSU ablösenden Koalition Brandt/Scheel eingeleitet wurde, wurde die „Union" selbst als die starr antikommunistische bisherige Staatspartei der Bundesrepublik sozusagen „Opfer" der Ent-

spannung. Seit 1969 ist die „Union" dreimal bei Bundestagswahlen (und einmal mit einem parlamentarischen Coup) mit dem Versuch gescheitert, wieder die Federführung der Bonner Politik zu übernehmen. Ihr außenpolitischer Kurs ist in der zentralen Frage der Koexistenz bis heute uneinheitlich, und innenpolitisch ist es ihr bisher nicht gelungen, „Krisengewinnler" zu werden, d. h. sich als der SPD-FDP-Koalition in Sachen „Krisenmanagement" überlegenen politischen Stabilisierungsfaktor zu profilieren, denn auf die Gewerkschaften, auf deren „Stillhalten" es den herrschenden Kapitalgruppen in einer durch Inflation, Wachstums- und Einkommensverluste gekennzeichneten Situation entscheidend ankommt, haben CDU und CSU immer noch weitaus geringeren Einfluß als die SPD-Führung. Angesichts der großangelegten Umverteilungsoffensive der Unternehmerverbände (vgl. dazu „Blätter", 9/1976, u. a. S. 982 ff.) zugunsten der Gewinne und zuungunsten der Masseneinkommen und des Steueraufkommens, die auf verstärkten Sozialabbau, anhaltende Arbeitslosigkeit und Verteuerung auf breiter Front hinausläuft und damit massiven sozialen und politischen Zündstoff anhäuft, ist die Frage, wer die Gewerkschaften (in denen die Unruhe wächst) binden, zumindest aber neutralisieren kann, für die Kapitalseite in der nächsten Zeit mehr denn je von entscheidender „stabilitätspolitischer" Bedeutung. Ob CDU und CSU in Bonn wieder „regierungsfähig" werden — durch diese oder jene Manipulation, Arbeitsteilung oder parlamentarische „Wanderungsbewegungen", möglicherweise auch vor den nächsten Bundestagswahlen —, ist also im wesentlichen eine Frage ihrer Anpassungsfähigkeit gegenüber den in Bewegung geratenen außen- und auch innenpolitischen Kräfterelationen, insbesondere auch im Blick auf die beanspruchte Führungsrolle der BRD in Westeuropa und die Fähigkeit zur „Einwirkung" auf den sozialistischen Teil Europas.

Der kurze Überblick zeigt, daß CDU und CSU trotz aller in den letzten Jahren unbestreitbar errungenen Wahl- und Organisationserfolge derzeit am stärksten von der Tatsache betroffen sind, daß der Manövrierraum, die Handlungsfreiheit für Politik im Interesse der großen Kapitale geschrumpft ist und weiter schrumpft. Nur scheinbar paradox ist, daß im gleichen Maße, in dem der reale Spielraum sich verringert hat (im Septemberheft der „Blätter", S. 978 ff., ist in einer Art Synopse anhand der Wahlprogramme und des BDI-Jahresberichts 1976 die fast völlige Übereinstimmung aller Bundestagsparteien mit den Schwerpunktforderungen der Kapitalseite skizziert worden; d. Verf.), der Methodenstreit über Strategie und Taktik sich verschärft.

Nur scheinbar paradox ist aber auch, daß nun mit der CSU des F. J. Strauß ausgerechnet die intransigenteste Flanke des „Unions"-Lagers unter Verweis auf das soeben abermals verfehlte Ziel, durch Wahlen in die Bundesregierung zurückzukehren, den — nicht zuletzt für sie selbst — alles andere als risikofreien Versuch eingeleitet hat, auf neuen Wegen die langfristige Offensive wiederzuerlangen. Dieser Versuch, hinter dem die reaktionärsten Kräfte, insbesondere die in Bayern stark konzentrierte Rüstungsindustrie, zu ahnen sind, ist mit den Stichworten „Vierte Partei" oder „Regierungswechsel" allein nicht ausreichend zu erfassen; das strategische Ziel ist die bundespolitisch wirksame Mobilisierung einer koalitionsfähigen (also durch die CSU mit dem Mantel der „Ehrbarkeit" ausgestatteten), aber zugleich außerparlamentarischen Druck entwickelnden Konzentration der militanten Rechten zur Festigung der Rechtsausrichtung des politischen Systems in der BRD im Blick auf die erwartete weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Positionen des Kapitalismus in der Welt, in Europa und in der Bundesrepublik selbst. Gewollter oder ungewollter „Nebeneffekt" der Operation, der sich unter dem Druck vor allem internationaler An-

passungszwänge schließlich durchaus als das eigentliche Ergebnis herausstellen kann, ist die Befreiung der CDU von der „Hypothek Strauß", wodurch es ihr leichter fallen wird, sich im In- und nicht zuletzt im Ausland als die andere große „liberale" und „soziale" Kraft neben der sozialliberalen Koalition darzustellen und das Rechtspotential der BRD unter Verweis auf die Abtrennung von Strauß als Randphänomen zu verharmlosen.

Die Entscheidung der CSU hat bei der CDU zunächst heftige Reaktionen ausgelöst. Unverkennbar ist, daß dramaturgische Überlegungen und Schaueffekte seit Kreuth auf der CDU- wie auf der CSU-Seite eine beträchtliche Rolle spielen, aber eine Gegenüberstellung der Positionen, eine Analyse der Erklärungen der Protagonisten Strauß einer- und Biedenkopf andererseits zeigt im Kern auch sehr reale Widersprüche.

Strauß und Zimmermann, der Chef der neuen CSU-Fraktion, haben in einem Brief an die Mandatsträger der CSU (abgedruckt im „Bayernkurier" vom 27. 11. 1976) die „Gründe einer Entscheidung", d. h. der Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit der CSU, dargelegt: „SPD und FDP haben 1969, 1972 und 1976 gegen die CDU und CSU Regierungskoalitionen gebildet und werden voraussichtlich mindestens 11 Jahre — bis 1980, höchstwahrscheinlich aber länger — die Bundesrepublik Deutschland regieren" wird festgestellt und hinzugefügt: „Eine Erwartung, CDU und CSU könnten bis 1980 die absolute Mehrheit erreichen oder bis dahin die FDP gewinnen, muß als bloße, durch nichts begründete Selbsttäuschung angesehen werden." Auf „die Frage nach einer Änderung dieses für die Bundesrepublik und für das freie Europa bedrohlichen Zustandes" sei „von der CDU leider jede Antwort verweigert oder darauf hingewiesen worden, daß man es bei den jeweils nächsten Wahlen schon schaffen werde". Zudem sei die CSU „in der Öffentlichkeit in der Darstellung ihres klaren politischen Standpunktes immer dadurch in Schwierigkeiten und in die Gefahr der Unglaubwürdigkeit geraten", daß in der CDU auch gegensätzliche Auffassungen vertreten würden. Als Beispiele führen Strauß und Zimmermann das gespaltene Votum von CDU und CSU bei der Ratifizierung des Mokauer Vertrages im Mai 1972, die von der CSU gegen Widerstand in der CDU durchgesetzte Verfassungsklage gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR und den Streit um die Polenverträge an. (In diesem Zusammenhang verdient eine Äußerung der „Welt" vom 30. 11. 1976 Aufmerksamkeit: „Für die deutsche Selbstdarstellung als Ganzes wäre es besser gewesen, wenn eine Fraktion im Bundestag mit Nein gestimmt hätte." (gegen die Ostverträge, d. Verf.)

Die Fraktionstrennung soll nun der CSU „wesentlich mehr Möglichkeit" geben, „sich selbst zu profilieren", das „Festhalten an überlebten Organisationsformen" beenden zugunsten einer „Verbreiterung der eigenen Front für künftige Siege", der Schaffung „einer politischen Operationsbasis", die es erlauben soll, „alle gegen die Fortsetzung der sozialistischen Regierungsmehrheit gewinnbaren Wähler zu mobilisieren". Ohne die logische Konsequenz der CSU-Verselbständigung im Bundestag, die Bildung einer bundesweit organisierten „Marschsäule" rechts neben der CDU, zu nennen (das Motto „Getrennt marschieren, vereint schlagen" ist dafür zwischen den Zeilen um so deutlicher zu lesen), warnt Strauß vor „Strafexpeditionen" gegen die CSU, „denn weder in Bayern noch in Baden-Württemberg, noch in Rheinland-Pfalz (!), noch in Hessen haben die Wahlergebnisse Anlaß zu solchen Überlegungen gegeben" — die Erfolge der „Südschiene" insgesamt werden also für die CSU-Position vereinnahmt.

Gegen „Kreuth" hat sich mit der präzisesten Argumentation von seiten der CDU deren Generalsekretär Biedenkopf gewandt, und zwar mit großer Schärfe in seiner

Rede auf dem „Deutschlandtag" der Jungen Union am 28. November in Offenburg. Als die eigentlichen, von Strauß bis dato verschwiegenen Gründe für Kreuth diagnostiziert Biedenkopf die folgenden: „Durch die verselbständigte Darstellung einer eigenen Politik erhofft man sich die Ansprache, die Sammlung und die mögliche, auch erwünschte, organisatorische Verselbständigung der konservativen politischen Gruppierungen außerhalb Bayerns. Man geht davon aus, daß in der CDU als einer integrierenden Volkspartei das Gewicht des konservativen Flügels nicht ausreichend zur Geltung komme — um es vorsichtig zu formulieren ... Man ist deshalb der Meinung, daß diese konservativen Gruppierungen eine eigene politische Adresse brauchen. Diese eigene politische Adresse wird die CSU-Bundestagsfraktion sein" — also „eine politisch respektable Adresse", nicht eine wie etwa die NPD schon von Hause aus als neofaschistisch identifizierbare und damit die Position der Bundesrepublik international belastende rechtsradikale Formation, ist unausgesprochen bei Biedenkopf herauszuhören. Die „wesentliche Erweiterung des Handlungsspielraums" der CSU erfolge jedoch „zu Lasten der CDU" und habe als politisches Ziel, „eine Alternative zur Politik und zur politischen Führung der CDU in der Bundesrepublik Deutschland anzubieten." Es komme aber für die CDU darauf an, „mit der FDP um die liberale Wählerschaft zu konkurrieren", setzt Biedenkopf gegen Strauß, was allerdings voraussetze, „daß man sich konkurrenzfähig hält" und „als Volkspartei eine entsprechende Strategie betreibt: nicht getrennt marschieren, sondern mit verteilen Rollen marschieren".

Nicht aus organisatorischen Gründen habe die CDU/CSU ihr Wahlziel verfehlt: „... die beste Organisation nützt nichts, wenn sie nichts Vernünftiges zu verkaufen hat"; die Unionsparteien hätten es aber weithin versäumt, „ihren Angriff auf die Regierung mit eigenen Alternativen zu verbinden", ein Versäumnis, das Biedenkopf unter Anspielung auf dessen in der „Sonthofener Rede" besonders krass vertretene Strategie vor allem Strauß anlastet. Biedenkopfs Alternative zu Kreuth lautet: „Erneuerung der politischen Strategie von Mannheim" als eines „wichtigen neuen politischen Ansatzes", der zu Unrecht „in einer Flut von höhnischen Bemerkungen darüber ertränkt (worden sei), er habe nur eine neue Ausgabenflut zum Ziel", in Wirklichkeit aber den Vorzug habe, im Gegensatz zur gegenwärtigen Regierungspolitik allein „die Bezeichnung ‚sozialliberal' " zu „verdienen". Die von Biedenkopf maßgeblich konzipierte, von Strauß u. a. aber sogleich überspielte „Mannheimer Erklärung" der CDU sei „eine politische Konzeption zur Beantwortung von Problemen, die von der ernsthaften Publizistik als die eigentlichen Probleme unseres Landes anerkannt wurden". Biedenkopf nennt vor allem die „Neustrukturierung des sozialen Systems" und die „Frage der Repräsentation der nichtorganisierten Menschen im Lande" (sog. „Neue soziale Frage"). An anderer Stelle kritisiert Biedenkopf, daß „in der CDU bisher keine Auseinandersetzung über die Frage stattgefunden (habe), was Priorität verdient: der Sozialhaushalt oder der Verteidigungshaushalt, wenn es kein Wachstum mehr gibt. Das ist aber eine der wichtigen Fragen von morgen." Interessant ist im Hinblick auf die künftige Linie der CDU, daß Biedenkopf für die Unionsniederlage am 3. Oktober 1976 u. a. ausdrücklich das Versäumnis der CDU mitverantwortlich macht, den Konflikt über die Mannheimer Erklärung mit Strauß nicht ausgetragen zu haben. Stattdessen habe man sich dafür entschieden, „die Einheit aus taktischen Gründen zu erhalten" ...

Fazit aus Strauß/Zimmermann einer- und Biedenkopf andererseits: man wird „getrennt marschieren", versuchen, „den Gedanken der Union auf andere Weise wieder herzustellen" (Biedenkopf) und „in vielen, vielleicht in den meisten politi-

schen Fragen einer Meinung sein . . ." (Zimmermann). also letztenendes doch nur ein Sturm im Wasserglas?

Gewiß nicht. „Wir müssen merken, daß politische Kräfte im Entstehen begriffen sind. Entweder werden die heutigen politischen Parteien diesen neuen Kräften eine Heimat bieten, oder es wird die heutige Parteienlandschaft in zehn Jahren nicht mehr existieren", hat Strauß am 3. Dezember vor dem „Wirtschaftsbeirat der Union" erklärt („Die Welt", 6. 12. 1976) — und daran ist zweifellos der Hinweis richtig, daß die in diesen Tagen vielbeschworene „Parteienlandschaft" nur der Vordergrund der politischen Bühne ist, daß also über einer scheinbar aus festen Rechengrößen bestehenden Parteienkonstellation mit den gängigen Etiketten „liberal", „sozial", „konservativ" etc. nicht die reale Bewegung der Kräfte und Interessen übersehen werden darf, wie wir sie eingangs kurz zu skizzieren versuchten: die internationale Entwicklung ebenso wie die Entwicklung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses zwischen den Interessen- und Kräftepolen von Kapital und Arbeit, von Integrationsstrategen und demokratischer Bewegung.

Die scheinbare Idylle der friedlich-stabilen, einer fiktiven „Mitte" symmetrisch zugeordneten offiziellen „Landschaft" der Bonner „Volks"- und Integrationsparteien ist in Bewegung geraten, dies aber nicht aufgrund eines Kraftaktes von Strauß oder sonstwem, sondern weil die „offizielle" Parteienkonstellation immer weniger die tatsächlichen Probleme der Bevölkerung „repräsentiert", auf deren Integration in die „Landschaft" es dem Großkapital ankommen muß. Vorgänge wie Wyhl oder Brokdorf haben dies in jüngster Zeit besonders deutlich illustriert, aber die Unzufriedenheit mit der Politik der herrschenden Parteien wächst allenthalben, Ausbrüche könnten — wie heute in Sachen Kernkraftwerke — in den nächsten Jahren mit der „Verschärfung des Verteilungskampfes" in Kernbereichen der Macht, in Großbetrieben, im Bereich der Gewerkschaften, unter den Arbeitslosen, den über die Perspektive im gegenwärtigen System desillusionierten Jugendlichen auftreten. Für Strauß hat sich zum Trauma des wachsenden Einflusses der sozialistischen Länder in Europa der neue Alptraum vom Einzug französischer, italienischer, britischer Verhältnisse in die Bundesrepublik gesellt. Vor diesem Hintergrund, aus dieser historischen Defensive heraus, ist Kreuth der — von desperadohaften Zügen nicht freie — Versuch, absehbaren sozialen Bewegungen politisch vorzugreifen, ihnen in demagogischer Absicht die Scheinalternative einer „neuen" „Bewegung" anzubieten, die die wachsende soziale und politische Unruhe nach rechts kanalisieren, von den wirklichen Alternativkräften, der demokratischen Bewegung, den Gewerkschaften fernhalten, ja gegen diese richten soll. Die historische Erfahrung in Deutschland und die unzureichende gegenwärtige Stärke der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik geben allen Anlaß, dem Kreuther Versuch eines neuen Rechtsschubs, so anachronistisch er ist, mit größter Wachsamkeit entgegenzutreten. Es handelt sich um eine gefährliche Herausforderung aller demokratischen Kräfte. In welche Richtung die in Bewegung geratene politische Szenerie der Bundesrepublik sich letztenendes tatsächlich verschieben wird, ob dieses Land tatsächlich auf die Dauer wird gegen den Strom schwimmen können, hängt allerdings nicht so sehr vom Kalkül der Strauß, Biedenkopf und ihrer industriellen Gönner und auch nicht von den allerlei seltsamen Naturgesetzen und Eigenkräften ab, die viele Kommentatoren jetzt in der Parteienlandschaft zu endecken vermeinen (Fliehkräfte aller Art, die besondere Grausamkeit von Bruderkriegen usw.) — es hängt außer von der Entwicklung der internationalen Kräftelage entscheidend mit davon ab, welche Kraft Arbeiterbewegung und Gewerkschaften, welche Kraft die demokratische Bewe-

gung insgesamt künftig zu mobilisieren vermag und wie sie dem unmißverständlichen neuen Rechtssignal der reaktionärsten Kapitalkräfte entgegentritt.

Berücksichtigen wir unbedingt beide Seiten der eingetretenen Situation: der partielle Verzicht auf die Geschlossenheit der bisherigen Integrationsmaschinerie der „Volksparteien" ist für das Kapital in jedem Fall eine gewagte Operation (und die zumeist zaghafte Kommentierung in der bürgerlichen Presse bestätigt das), da in der Hoffnung auf das Auffangen künftig erwarteter sozialer und politischer Unruhe ein Stück des gegenwärtig durchaus noch funktionierenden Integrationsmechanismus in Frage gestellt wird — die Verantwortlichen müssen also die Möglichkeit massiver Kräfteverschiebungen auch im Innern der Bundesrepublik für erheblich akuter halten, als bisher nach außen hin sichtbar wird. Insofern ist der Beschluß von Kreuth, auch als Ausdruck der gewachsenen Widersprüche innerhalb des Kapitallagers selbst, ein Zeichen der Schwäche, nicht der Stärke — ein Versuch der Offensive mit dem Rücken zur Wand. Aber gleichzeitig erhöht die neue „Marschordnung" zunächst einmal, unter den Bedingungen einer noch schwachen demokratischen Bewegung und mangelnden außerparlamentarischen Drucks von links, die Manövrierfähigkeit der Kapitalkräfte innerhalb ihres im ganzen enger gewordenen Spielraums doch ganz beträchtlich: CDU und CSU werden „getrennt marschieren", dadurch taktisch beweglicher, ihre Integrationswirkung an den Rändern erhöhen (und bei der Situation des Beinahe-Patts in Bonn können bereits kleine Verschiebungen große Auswirkungen haben); zwar hat diese Form der „Arbeitsteilung" Reibungsverluste zur Folge, die noch schwer kalkulierbar sind, doch hält man in der SPD als Mitte-Links-Pendant analoge Entwicklungen wie jetzt im Unionslager für möglich; dabei ist die Konstituierung einer linken Variante der SPD als Partei solange überflüssig, wie die Aufgabe, zu systemkritischen Positionen und in der Konsequenz also zur DKP abwandernde Kräfte aufzufangen und in neuer Form an die Politik der SPD-Führung zu binden, noch dadurch zu bewältigen ist, daß man die Gründung einer solchen „linkssozialistischen" (aber zwangsläufig — im Maße ihrer Distanz von den Kommunisten — SPD-abhängigen) Partei als permanentes Diskussionsthema lanciert. Im übrigen setzt Strauß, wie die prompte Reaktion seiner Korrespondenzpartner Weber (aus der SPD ausgeschiedener Braunschweiger Oberstadtdirektor) u. a. mit der Kettwiger Initiative zur Gründung einer „freiheitlichen sozialen demokratischen" Partei zeigt, durchaus auch auf Rechtskräfte in der SPD, wenn er eine rechtsextreme Sammlungsbewegung ansteuert. Schon bei der Gründung seines Westberliner Ablegers „Bund Freies Deutschland", der 1975 bereits über 3 % der Stimmen gewinnen konnte, spielten bekannte Rechtssozialdemokraten eine Rolle.

Während also „neue" Farben in die offizielle politische Palette aufgenommen werden und das an „Abwechslung" gefährlich arm gewordene Bild des nach wie vor „staatstragenden" Systems der Integrationsparteien auflockern sollen, ohne daß dabei irgendwelche ernsthaften inhaltlichen Alternativen zum prokapitalistischen und antikommunistischen Konsens der auch in der neuen Marschordnung tonangebenden Kräfte erkennbar würden, soll andererseits der durch Kreuth verstärkte Sog von rechts zunächst die CDU, wie „liberal" und „sozial" auch immer sie sich nach außen etikettieren wird, insgesamt weiter nach rechts orientieren und damit zugleich den Gesamtdruck auf die gegenwärtige Koalition von SPD und FDP konsolidieren und stärken; von der CDU über die FDP zur SPD ist dementsprechend aus allen Bonner Parteiführungen zu hören, jetzt dürfe erst recht kein Stück rechten Terrains aufgegeben werden — zeitgemäße Variante des Drucks auf kritisch werdende innerparteiliche Kräfte.

Die FDP riskiert zwar, bei einem Wettlauf mit der ohne Strauß ebenfalls liberal firmierenden, aber für das Kapital womöglich solideren, jedenfalls kräftigeren CDU unter die Räder zu kommen. Aber für den Fall, daß angesichts der Fortsetzung des Sozialabbaus unter Federführung eines sozialdemokratischen Kanzlers, wachsender sozialer Spannungen und gewerkschaftlicher Aktivität die Integrationskraft der SPD nicht mehr ausreicht, ist jetzt die Alternative einer Großen Koalition ohne (zunächst) Strauß gangbar, unter Umständen in der Perspektive sogar der Ausbau der Biedenkopf-CDU zu einer Art „Austausch-SPD" mit „sozialliberalem" Anspruch. Anders als bei der Großen Koalition 1966—69, der als systemkonformes Sammelbecken für Unzufriedene gegen die linke Opposition außer einer farblosen FDP nur die relativ schwache und wegen ihres neofaschistischen Geburtsfehlers weithin diskreditierte „nationaldemokratische Partei" zur Verfügung stand, soll künftig die Strauß-Formation Aussicht auf erfolgreichere Rechtsbindung (und -nutzung!) sozialer und politischer Unruhe bieten. Sollte sie bei entsprechendem Zulauf sogar aus eigener Kraft Kanzlerpartei werden können — vielleicht wäre die Situation dann so zugespitzt, daß die führenden Kapitalkreise ihr Gewicht ganz offiziell nach rechtsaußen verlagern müßten, so wenig ihnen daran heute gelegen sein kann.

Schlechte Zeiten also für die Linke? Nicht, wenn der von rechts verstärkt freigesetzte Druck sie dazu anspornt, verstärkt den Gegendruck gewerkschaftlicher Aktivitäten, außerparlamentarischer Massenaktionen und Bürgerinitiativen zu mobilisieren; wenn sie das Spiel der Strauß-Kräfte entlarvt, im Gewande einer „Verfassungspartei" die wohlanständige Rechtsradikalisierung zu betreiben und zugleich im Sinne der „Arbeitsteilung" der CDU ein liberales bis linkes Image zuzuschustern; wenn sie dagegen — wie bereits gegen die Berufsverbote und andere Rechtstendenzen der Bonner Politik — den in fast allen europäischen Ländern wirksamen antifaschistischen Grundkonsens zur Geltung bringt und wenn sie dabei lernt, daß die Stärke der Linken, die sie in den Nachbarländern feststellt, eben bei allen Unterschieden die eine, überall gleiche Grundvoraussetzung hat: Zusammenarbeit gegen rechts, ungeachtet aller sonstigen Differenzen.

Der internationale Maßstab, in dem die Strauß-Initiative Parallelen in ähnlichen Versuchen der DC-Rechten in Italien, der Kräfte um Chirac in Frankreich und Margaret Thatcher in Großbritannien (oder z. B. Reagan im vergangenen US-Wahlkampf) findet, zeigt die Positionen der reaktionärsten Kräfte weiterhin in der Defensive. Weder in der Bundesrepublik, noch in den USA, noch erst recht andernorts, ist der 1976 mit erheblichem Kraftaufwand betriebene Versuch, die Entspannung abzubrechen, durchgekommen. Nach einer Phase relativer Stagnation scheint die Entspannungspolitik vielmehr wieder auf neue Impulse rechnen zu können — wie z. B. jüngst aus Bukarest —, und die ersten Äußerungen der neugewählten US-Administration geben Anlaß zu gemäßigtem Optimismus. Die Bedingungen verbessern sich damit, unter denen der Kampf gegen die Hauptgefahr für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit, gegen die Politik der Aufrüstung, zu greifbaren Erfolgen vorangetrieben werden kann. Wer den Hauptstoß seiner politischen Aktivität in dieser Situation auf einen Durchbruch in Richtung Rüstungsstopp richtet, trifft zugleich mit dem Militär-Industrie-Komplex den Nerv der Rechtsdynamik, nicht nur der Strauß'schen, sondern aller auf Abbau der demokratischen und sozialen, der politischen und gewerkschaftlichen Rechte gerichteten Kräfte in den Bonner Parteien.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

100 Ideologischer Klassenkampf

Editorial: Statt der Hundertfeier: Nachdenken über unsere theoretische Praxis

Wolfgang Fritz Haug
Was ist ein ideologischer Klassenkampf?

Frank Niess
Zur Soziologie und Geschichte des Antikommunismus

Mathias Greffrath
Das endgültige Ende der Ideologie? Scheiskys Weg der „Technokratie" zum „Klassenkampf"

Sozialismus-Diskussion (II)

Wolfgang Abendroth
Vorschläge zur Sozialismus-Diskussion

Ken Coates
Industrielle Demokratie – neue Perspektiven der britischen Arbeiterbewegung

* * *

Frigga Haug
Aufträge der Leser an die Zeitschrift. Ergebnisse der Leserumfrage

Tagungsbericht: Internationaler Hegelkongreß

Einzelpreis 9,– DM, im Abonnement 7,50 DM;
Schüler/Studenten 7,– DM, im Abonnement 6,– DM

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

Soeben erschienen:

AS 11 Brechts Tui-Kritik

Editorial:

I. Aufsätze

W. F. Haug: Zur Aktualität von Brechts Tui-Kritik – K. Ruoff: Tui oder Weiser? Zur Gestalt des Philosophen bei Brecht – F. Buono: Die drei Kongresse der Tui – G. Pickerodt: Die Lehren der Tui – W. Mittenzwei: Der Dialektiker Brecht oder Die Kunst Me-Ti zu lesen – D. Schlenstedt: Das Demonstrandum des Dreigroschen-Romans – R. Kawa: Die Kopflanger der Feudalaristokratie – D. Thiele: Brecht als Tui oder Der Autor als Produzent? – W. Mittenzwei: Brecht und die Schicksale der Materialästhetik

II. Buchbesprechungen

Mittenzweis neue Me-Ti-Ausgabe / Neuaufnahme der Auseinandersetzung mit Lukács in der DDR / Arbeiten zu Brechts Lyrik / Literatur zu Brechts Theater / Schriften von Manfred Wekwerth und Volker Braun / Völkers Brecht-Biographie

III. Geschichten

H. Claas: Die Verwirrung der Wörter – W. F. Haug: Der Kongreß der Ausdrucksberater. Zeitungsgeschichten

289 Seiten, Einzelheft 15,50 DM, im Abonnement 12,– DM
Schüler/Studenten 11,– DM, im Abonnement 9,– DM

ARGUMENT-VERLAG Postfach 210730 7500 Karlsruhe 21

Vor einer qualitativ neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik?

Von Lorenz Knorr

Die materielle Grundlage der Militär- und Rüstungspolitik in der Bundesrepublik — wenn man vom System als Ganzes absieht — entwickelte sich in den letzten Jahren in rasantem Tempo. Minister Leber konnte am 15. Januar 1976 feststellen, daß die Mittel zur Materialbeschaffung für die Bundeswehr seit 1971 um 74 % gestiegen seien, während Franz Josef Strauß im Jahre 1968, „in dem es wieder aufwärts ging", die militärische Materialbeschaffung um 25 % kürzte [1]). Allein in den beiden Krisenjahren 1975/76 wurden 23,6 Mrd. DM für militärische Neuinvestitionen aufgewendet. In den vier Jahren 1976—1979 beträgt die dafür veranschlagte Summe über 50 Mrd. DM [2]). Nach einer anderen Quelle wurden „allein in den letzten zwölf Monaten" gut 100 Mrd. DM für neue Waffensysteme bewilligt [2a]). Unter der Regierung von SPD und FDP gelangte die BRD hinsichtlich der Rüstungsausgaben an die dritte Stelle der Welt vor China und vor Frankreich [3]). Im tatsächlichen und im Pro-Kopf-Aufwand steht sie nach den USA mit Abstand vor allen anderen NATO-Mächten [4]). Der militärisch-industrielle Komplex (MIK) verdoppelte seit 1969 sein Volumen und partizipiert am internationalen Waffenhandel. Die Streitkräfte erreichten einen „Spitzenstand ihrer Ausrüstung und Ausbildung" [5]). Die in den nächsten Jahren anzuschaffenden „Präzisionswaffen" erreichen „von der Zerstörungskraft her die gleiche Wirkung wie Atomwaffen" [6]). „Die Modernisierung der Bundeswehr ist ohne Vergleich in der Welt, und auch künftig wird jeder woanders gesparte Pfennig in ihre erhöhte Feuerkraft investiert", erklärte Minister Leber vor dem Wirtschaftsbeirat der SPD. In der gleichen Rede bedauerte er, daß „die Bürger sich der äußeren Gefahren nicht mehr in genügendem Maße bewußt" sind und „die lange Friedenszeit in Europa von 31 Jahren das Fundament der Bundeswehr angreift"(!) [7]). Kein Wunder, daß der Rüstungshaushalt als einziger Etattitel auch mit den Stimmen der CDU/CSU verabschiedet wird. In der Militärpolitik existiert eine Allparteienkoalition.

Nach den unbestreitbaren Erfolgen, die nach 1969 mit der Anpassung der Bundesrepublik an den internationalen Entspannungsprozeß und mit den Ostverträgen für eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn erreicht wurden, vor allem nach dem erfolgreichen Abschluß der KSZE mit dem Gipfeltreffen der 35 Staats- und Regierungschefs im Sommer 1975, verstärkten sich die Gegenaktionen des Militär-Industrie-Komplexes und seines politischen Umkreises in der BRD. Das „Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" 1975/76 signalisiert in Terminologie und Strategie — u. a. mit dem angekündigten „Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO" — bereits die Versuche, KSZE, Entspannung und Abrüstung zu sabotieren [8]). Zu-

1) Bundestagsprotokoll v. 15. 1. 1976, S. 1410.
2) Mittelfristige Finanzplanung des Bundes, Drucksache 7/4101, S. 22.
2a) „stern", 47/1976.
3) R. L. Sivard, Weltausgaben für Militär und Soziales, New York 1976; vgl. auch „antimilitaristische informationen", 5/1976.
4) Ebd. Ferner: Weißbuch zur Sicherheit der BRD 1973/74, S. 219; ebd. 1975/76, S. 208—212.
5) Bundeskanzler Schmidt, „Bulletin", hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 41/1976, S. 389.
6) Minister Leber in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) v. 10. 4. 1976.
7) „Unsere Zeit" (UZ) v. 17. 2. 1976.
8) Vgl. „Blätter", 3/1976, S. 267 ff.

gleich stellt man während begonnener Abrüstungsverhandlungen enorme Geldsummen bereit, um — wie Leber feststellte — eine „neue Zerstörungsqualität ... in allen Größenordnungen" zu erreichen [9]). Mit „zielsuchender Munition", Laserstrahlen, „denkenden Bomben" und anderem elektronischen Gerät stehe man vor einer „Revolutionierung des Schlachtfeldes" [10]). Mit dem Überschreiten der technologischen Schwelle sei die westliche Sicherheitspolitik in eine neue Dimension vorgestoßen. Das nukleare Potential bleibe zwar ein Druckmittel der **Strategie des Nichtkrieges.** Aber ein mit Präzisionswaffen ausgerüstetes klassisches Heer verfüge demnächst über Vernichtungswaffen von einer derart abstoßenden Kraft, daß kein Gegner mehr Aussichten auf einen militärischen Sieg klassischer Art habe [11]).

Im Rahmen dieses gewaltigen Umrüstungsprogramms auf stärkere militärische Effizienz sowie auf größere geographische Reichweite spielt das auch Atomwaffen tragende MRCA-Mehrzweckflugzeug „Tornado", das Anfang Juli beim MBB-Rüstungskonzern in die Serienproduktion ging [12]), ebenso eine Rolle wie die 140 Rakentensysteme Roland II und das neue 6-Mrd.-DM-Fregatten-Programm der Marine [13]). Auch das verstärkte Bemühen um militärische Ausbildungs-, Erprobungs- und Einsatzstützpunkte für die Streitkräfte der BRD sowie um militärische Hafennutzungsrechte außerhalb des mitteleuropäischen Reduktionsgebietes und außerhalb des NATO-Bereichs spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Modernste Bewaffnung und territoriale Reichweite einer Streitmacht sagen jedoch noch nichts über ihr Wesen aus. Erst die Beantwortung der Frage, wessen Interessen die bundesdeutsche Streitmacht zu garantieren hat, führt an den Kern des Problems. Sind es die grundgesetzlich aufgetragene, aber nicht realisierte Sozialstaatlichkeit, der demokratische Fortschritt und dauerhafter Friede oder sind es die Privilegien der besitzenden und herrschenden Minderheit, die im prinzipiellen Widerspruch zu vorgenannten Zielen stehen? Wie ist die tatsächliche Machtstruktur der BRD, für deren Erhaltung die Streitkräfte wirken? [14])

„Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar ist. Wirtschaftliche Macht wird zur politischen Macht" [15]). „Bisher haben in (West-)Europa die kapitalistischen Interessen großer Konzerne Vorrang", stellt auch SPD-Präside Dröscher fest [16]). Durch die Notstandsgesetze vom 24. Juni 1968 können Soldaten gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden. „Abschreckung nach innen" und „Vorneverteidigung der Konzernherrschaft" sind mittlerweile zur Einschüchterung aller antimilitaristischen und antimonopolistischen Kräfte stärker perfektioniert denn je [17]). Sie dienen der Sicherung der gegenwärtigen Besitz- und Machtverhältnisse. Das aber ist nur die innenpolitische Funktion der Streitkräfte.

Sie haben auch eine außenpolitische: durch „ausreichende militärische Stärke ... die Teilung Deutschlands zu überwinden" [18]). In seiner jüngsten Rede vor der UNO bekräftigte Außenminister Genscher erneut den Anspruch auf eine „Wiedervereinigung" Deutschlands und damit auf Grenzveränderungen" [19]). Für

9) FAZ v. 12. 4. 1976.
10) A. Weinstein in FAZ v. 12. 4. 1976, 22. 5. 1976 und 29. 5. 1976.
11) Leber in FAZ v. 29. 5. 1976.
12) „berliner Extra dienst" v. 6. 7. 1976.
13) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 29. 1. 1976 und „Welt am Sonntag" v. 22. 2. 1976.
14) Vgl. „Blätter", 11/1975, S. 1193 ff.
15) Godesberger Programm der SPD, Abschnitt: Eigentum und Macht.
16) Was alles auf dem Spiel steht, München 1975, S. 68.
17) A. Pusch, Die Totalisierung der Gewalt, in: Anti-Wehrkunde, Darmstadt 1975, S. 127 ff.
18) NATO-Handbuch, Brüssel 1974, S. 62—64.
19) „Bulletin", 107/1976, S. 1067.

ihn ist durch den Entspannungsprozeß der Status quo nicht auf ewig festgeschrieben, sondern er schließt die „deutsche Einheit" ein [20]). Kein Wunder, daß unter solchen Voraussetzungen Minister Leber „gegen eine progressive Bundeswehr" agiert [21]). Die Regierung Schmidt/Genscher bezieht sich deutlich erkennbar auf den Deutschland-Vertrag vom 26. Mai 1952 (neue Fassung 23. Oktober 1954), der vom Kalten Krieg hervorgebracht wurde: „Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die der Bundesrepublik, besitzt, und das in die (west-)europäische Gemeinschaft integriert ist", ist das Ziel [22]). Deshalb sieht Minister Leber seine, der Bundeswehr und der NATO Aufgabe darin, „alle Möglichkeiten für eine Lösung der deutschen Frage offenzuhalten und nach besten Kräften die Basis dafür zu schaffen" [23]). Diese Basis liegt in der militärischen Stärke der Bundesrepublik. Man sagt zwar nicht mehr wie zu Adenauers Zeiten, daß man durch die Politik der militärischen Stärke „die Sowjetzone ... für die Freiheit zurückgewinnen" wolle [24]). Aber längerfristiger als Adenauer zielt man wieder in diese Richtung. Natürlich haben die Streitkräfte noch andere außenpolitische Funktionen.

Dringend auszugleichende „Sicherheits-Defizite"?

Die Rechtfertigung wachsender Rüstungsanstrengungen erfolgt nicht nur durch manipulierte und von vielen westlichen Instituten widerlegte Zahlen über die numerische Disparität zulasten der NATO und zugunsten des Warschauer Paktes [25]). Zugleich wird ein dreifaches internationales „Sicherheits-Defizit" der BRD unterstellt, das durch verstärkte Rüstung und globalstrategische militärische Maßnahmen ausgeglichen und überwunden werden soll.

1. Nicht nur CDU-geführte Bundesregierungen stellten fest, sondern auch die jetzige geht davon aus, daß die Bundesrepublik gegenüber beiden Weltmächten militärisch hoffnungslos unterlegen ist. Dieses „fundamentale Ungleichgewicht" sei angeblich ein „Sicherheits-Defizit" [26]), mit dem man sich nicht abfinde.

Die BRD wird also nicht mehr mit Frankreich, Großbritannien oder anderen Staaten ähnlicher Größenordnung verglichen, sondern angesichts ihrer Spitzenstellung bei jederzeit disponiblen Währungsreserven sowie ihrer relativen wirtschaftlichen und politischen Stabilität nur noch mit den USA und der UdSSR. Welcher Anspruch verbirgt sich dahinter? Zwar erklärte der Bundeskanzler beschwichtigend: „Wir sind keine Weltmacht"; aber dennoch mit Nachdruck: „Die weltpolitischen Erfahrungen der letzten Jahre zeigen unter anderem eines: Das internationale Gewicht der Bundesrepublik Deutschland hat zugenommen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Faktor geworden, der gefragt wird und der gehört wird. Damit wird uns eine erhöhte Verantwortung auferlegt" [27]).

2. Die Abhängigkeit von „oft antiwestlich eingestellten" Rohstoffproduzenten stelle ebenso ein „Sicherheits-Defizit" dar wie die ungesicherte, von der erstarkenden Sowjetmarine kontrollierbare Rohstoffzufuhr. Die eigene Rohstoffbasis deckt, ähnlich wie bei anderen westeuropäischen Staaten, nur etwa ein Fünftel des tatsächlichen Bedarfs. Die NATO insgesamt ist zu 60 % von Öleinfuhren ab-

20) Ebd., 94/1975, S. 886.
21) ARD-Tagesschau am 2. 11. 1976, 20 Uhr; UZ v. 3. 11. 1976.
22) Dokumente des geteilten Deutschlands, Stuttgart 1968, S. 229 ff., Ziff. 7. Vgl. insbes. van Well, in: „Europa-Archiv" (EA), 20/1976, S. 647 ff.
23) „Bulletin", 74/1973, S. 741.
24) K. Adenauer, Erinnerungen 1945—1953, Stuttgart 1965, S. 382.
25) Weißbuch 1975/76, S. 28—38; dazu: SIPRI-Yearbook 1976, Stockholm; The Military Balance, 1975/76, IISS London; Frieden in Europa, rororo-aktuell, S. 25 ff.; Anti-Weißbuch, rororo-aktuell, S. 46 ff.
26) Vgl. P. J. Katzenstein, in: EA, 11/1976, S. 349.
27) „Bulletin", 41/1976, S. 391.

hängig, der Warschauer Pakt dagegen ist autark. Während die USA nur zu 15 % auf Rohstoffzufuhren angewiesen sind, beträgt der Anteil bei Westeuropa 75 %[28]). Vielfältige langfristige Maßnahmen zur Sicherung von Rohstoffbedarf und -zufuhr seien deshalb erforderlich.

3. Diese „wirtschaftliche Verwundbarkeit" der Bundesrepublik steigere sich durch eine Exportquote von fast 25 % an der Gesamtproduktion. Die BRD als zweitgrößte Welthandelsmacht sei deshalb von Unsicherheiten und Schwankungen auf dem Weltmarkt mehr betroffen als andere Industriestaaten mit geringerer Exportquote. Das Interesse der BRD, dieses dritte „Sicherheits-Defizit" zu überwinden, nötige zu Aktivität sowohl gegen protektionistische Aktionen westlicher Partner als auch gegen eine neue dirigistische Weltwirtschaftsordnung im Sinne der VI. und VII. UNO-Sonderkonferenz [29]).

Die politische und die militärische Stabilität der Bundesrepublik — so wird erklärt — könne durch die Gefährdung von Rohstoffimporten und -zufuhr ebenso untergraben werden wie durch eine drastische Senkung des BRD-Exports durch eine labile Weltwirtschaft. Jede Störung des gegenwärtigen internationalen ökonomischen Systems — durch den Kampf um eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung, durch Rohstoffkartelle oder -boykotte — müsse daher „als Aggression erkannt, bewertet und beantwortet werden" [30]). Bundesdeutsche Militaristen und Konfrontationsstrategen definieren also „Aggression" auf ihre eigene Weise und im bewußten Widerspruch zur Aggressions-Definition der UNO [31]). Dies erinnert fatal an Görings Motto: Wer Jude ist, bestimme ich!

Zur Stabilisierung der derzeitigen Machtstruktur besitzt die Bundesrepublik gegen wirkliche, potentielle und als solche bezeichnete „Systemveränderer" zwar ausreichende, gleichwohl noch ausbaufähige „Sicherheits-Reserven" [32]). Um zu verhindern, daß international hervorgebrachte „wirtschaftliche Instabilität soziale Spannungen und politische Instabilität" nach sich zieht, bleibt nicht nur „einkommenspolitische Disziplin der Gewerkschaften weiterhin erforderlich", sondern auch das gemeinsame Festhalten der NATO-Staaten „an den Elementen der Stabilität in der Weltwirtschaft ... Wir müssen unser Bemühen durch abgestimmtes Handeln wechselseitig unterstützen" [33]), was auch an der Einmischung der Bundesrepublik in die inneren portugiesischen Verhältnisse deutlich sichtbar wurde.

Helmut Schmidts kurzgeschlossene Konsequenzen aus der Analyse der drei „Sicherheits-Defizite" bestehen neben detaillierten Verhaltensregeln für die westlichen Staaten in der Warnung an die Rohstoff- und Entwicklungsländer, „daß ein Umsturz der bestehenden Weltwirtschaftsordnung auch ihnen nur verderbliche Nachteile bringen" würde, wozu die NATO die „Geschlossenheit des Bündnisses nach außen zu manifestieren" sich genötigt sah. Die NATO werte „eine glaubwürdige Fähigkeit zur Abschreckung ... als einen stabilisierenden Faktor. Dies wirkt positiv auf die internationalen Beziehungen" [34]). Also „Rundum-Abschreckung", einschließlich nach innen.

28) EA, 11/1976, S. 349. Ferner: K. W. Berkhan, in: „Wehrkunde", 2/1975, S. 58 ff., und M. Wörner, ebd., S. 61 ff. Weißbuch 1975/76, S. 39 ff., insbes. Ziff. 70, 73 und 74. Vgl. auch R. Ellsworth, in: EA, 21/1975, S. 653 ff.
29) Bundeskanzler Schmidt, in: „Bulletin", 41/1976, S. 391, sowie 66/1976, insbes. S. 625. Vgl. auch Berkhan und Wörner, in: „Wehrkunde", 2/1975, sowie Katzenstein, in: EA, 11/1976. Ferner BDI-Mitteilungen 3/4-1976.
30) M. Wörner, in: „Wehrkunde", 2/1975, insbes. S. 65.
31) Vgl. A. Randelzhofer, in: EA, 20/1975, S. 621 ff.; V. Kuznetsov, in: „International Affairs", 3/1975, S. 21 ff; „Süddeutsche Zeitung (SR) v. 16. 4. 1974; „Außenpolitische Korrespondenz, 3/1975, S. 22/23.
32) Vgl. Bundestagsdebatte v. 22. 6. 1972, insbes. die Rede des damaligen Innenministers Genscher. Ferner H. Schwarz, Sicherheit oder Freiheit, Stuttgart 1974. Außerdem A. Pusch, a.a.O.
33) Bundeskanzler Schmidt, in: „Bulletin", 70/1975, S. 655/656.
34) „Bulletin", 72/1975, S. 669 ff.

Der Militärexperte der CDU, Wörner, zog die Schlußfolgerungen aus Bedrohungsanalyse und „Sicherheits-Defiziten" so: Die NATO müsse sich zu einer „politischen Haftungs- und Handlungsgemeinschaft" entwickeln. Die NATO und ihre Mitglieder „müssen besser verstehen lernen, daß die Bedrohung nicht nur militärischer Natur ist. Unsere Zukunftssicherung hängt von vielen anderen Faktoren ebenso ab: der Versorgung mit Rohstoffen, Energie, der Garantie des internationalen Warenhandels nach marktwirtschaftlichen Gesetzen und — besonders wichtig — der Erweiterung der politischen Interessensphäre der NATO über ihre territorialen Grenzen hinaus" [35]).

Eine kritische Prüfung dieser drei „Sicherheits-Defizite" zeigt, daß es sich um reine Apologetik handelt, für die man sinnigerweise die Situationsanalyse benützt. Das erste „Defizit" drückt den gewachsenen Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes aus, ist fast identisch mit altdeutschem Imperialismus und richtet sich gegen die Interessen aller Völker, einschließlich unseres eigenen. Das zweite ließe sich durch Mithilfe am unabwendbaren sozialen Ausgleich in der Welt sowie durch Verträge mit den Rohstoffproduzenten, vertragliche Sicherung der Seewege und maritime Abrüstung aus der Welt schaffen. Das dritte könnte man durch Ausweichen auf den stabilen und sehr ausbaufähigen Ost-West-Handel in ein Plus verwandeln [36]). Das innenpolitische „Sicherheits-Defizit" entsteht durch Umkehrung des ursprünglichen und trotz aller Einschränkungen immer noch gegebenen verfassungsrechtlichen Auftrags in sein Gegenteil. Durch die Verwirklichung der Erstfassung des Grundgesetzes sowie durch die Realisierung der Schlußakte der KSZE könnte äußere und innere Sicherheit für die Bevölkerungsmehrheit, wenn auch auf Kosten des Militär-Industrie-Komplexes, geschaffen werden [37]). Die Hauptfrage ist diese: strebt man Sicherheit durch politische Lösungen, durch Abbau der militärischen Konfrontation und Abrüstung sowie durch weltweite soziale Gerechtigkeit an, oder ist man bestrebt, im Widerspruch zum Verfassungsauftrag und zu den Ergebnissen der KSZE durch ständig verstärkte militärische Macht die Ziele der Konzerne durchzusetzen? Letzteres ist eindeutig der Fall. Eben dies fördert den Militarismus.

Korrektur der Brandtschen Ostpolitik?

Einen vorläufigen Kulminationspunkt hatte die Entwicklung der Rüstung sowie die Militarisierung des zivilen Lebens der Bundesrepublik bereits in den 60er Jahren erreicht. Nach dem Einschwenken der SPD auf die Außen- und Militärpolitik Adenauers mit Wehners Rede am 30. Juni 1960 im Bonner Parlament schien der CDU/CSU der Weg frei für eine rasante Steigerung der Militärausgaben und für die innere Vorbereitung auf den „Ernstfall" durch die verfassungswidrigen Notstandsgesetze. Ohne die verschleierten Rüstungskosten — die damals etwa so hoch waren wie die offen ausgewiesenen [38]) — stieg der Militäretat von 8,2 Mrd. DM in 1960 auf 12,9 Mrd. DM in 1961, auf 17,2 Mrd. DM in 1962 und auf 19,5 Mrd. DM in 1963 [39]). Diese überdimensionale Verstärkung des Herrschaftsinstruments zur Sicherung günstigster Bedingungen der Kapitalverwertung und zur Ausdehnung des geopolitischen Einflußbereichs der Konzerne war nur durch Mithilfe der „oppositionellen" SPD möglich. Zugleich schuf man zur Fesselung jedes potentiellen Widerstandes gegen die permanente Vermögens-

[35]) „Die Welt" v. 8. 6. 1976. Von kompetenten Parlamentariern wurde die Existenz einer regierungsamtlichen Studie über die „Sicherheits-Defizite" bestätigt, auch als Begründung für die im neuen Weißbuch dargelegte Militär-Strategie. Vgl. auch Weißbuch 1973/74, S. 29, Ziff. 49.
[36]) Vgl. „IPW-Berichte", 9/1976, S. 2 ff.
[37]) Dazu vom gleichen Verfasser: Sicherheit und Sicherheitspolitik in der BRD, Frankfurt/M. 1976.
[38]) Vgl. die Beweisführung des SPD-MdB Schäfer, Bundestagsprotokoll v. 15. 3. 1961, S. 8591.
[39]) Finanzberichte des BMF 1975, S. 346/347; Finanzbericht des BMF 1969, S. 448/449.

umschichtung zugunsten des Großkapitals [40]) sowie gegen die expansiv-aggressive Außen- und Militärpolitik zusätzliche Repressionsinstrumente und schränkte die Grundrechte ein bzw. ordnete sie staatlicher Omnipotenz unter [41]). Mit dem Karlsruher Parteitag 1964 erreichte die SPD die weitgehendste Anpassung an die Ziele von Großkapital und Militarismus: an der Stirnwand der Tagungshalle war Deutschland in den Grenzen von 1937 mit dem Motto „Erbe und Auftrag" zu sehen. Auf dem Dortmunder Parteitag gab man den Weg für die Notstandsgesetze — von der Generalität als unverzichtbar für die Vorbereitung des „Ernstfalls" gefordert — frei [42]).

Zwar hatten die Maßnahmen vom 13. August 1961 in Berlin die Grenzen der Politik militärischer Stärke ebenso signalisiert wie das Scheitern der NATO-Militärstrategie des „Zurückrollens des Kommunismus aus Europa". Die USA begannen in dieser Zeit unter Präsident Kennedy die Umorientierung ihrer Politik auf die von der UdSSR längst vorgeschlagene Entspannung [43]). Aber es bedurfte der Krise von 1966/67 und der wachsenden internationalen Isolierung der BRD wegen ihres Festhaltens am Kalten Krieg und an territorialen Forderungen, bis durch einen Stimmungsumschwung im Volke der Regierungswechsel von 1969 und mit ihm Entspannungspolitik in der Bundesrepublik möglich wurde. Die außerparlamentarischen Kräfte hatten an diesem veränderten Bewußtsein ebenso einen wichtigen Anteil wie die transformierte Machtkonstellation in Europa und in der Welt zulasten der NATO.

Trotz aller Vorbehalte in Bonn, die in der Weigerung ihren Ausdruck fanden, die DDR als Ausland anzuerkennen, erhärteten die Ostverträge der BRD und der sich festigende Entspannungsprozeß den Status quo in Europa. In der völkerrechtlichen Anerkennungswelle zugunsten der DDR und in der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO fand dies einen sinnfälligen Ausdruck. Es wäre an der Zeit gewesen, die Rüstungsausgaben einzufrieren und die materielle Basis des Militarismus nicht noch weiter wachsen zu lassen. Das geschah nicht. Aber infolge der ostpolitischen Verhandlungsaktivität und praktizierter friedlicher Koexistenz schrumpfte die Bedeutung des Militärapparats in den gesamteuropäischen Beziehungen. Das gleichzeitige Festhalten an der Zwei-Säulen-Doktrin der NATO, nämlich „ausreichende militärische Stärke" und „Entspannung" [44]), stabilisierte den Militarismus in der BRD. Obwohl seine materielle Basis noch wuchs, reduzierte sich sein Stellenwert als Faktor der Außenpolitik, weil die Entspannung dank der Erfolge der sowjetischen Initiativen zum Hauptelement des gesamteuropäischen und internationalen Entwicklungsprozesses geworden war. Der politische Handlungsspielraum der koexistenzbereiten Kräfte in Gesamteuropa vergrößerte sich erheblich, und auch in der Bundesrepublik entwickelte sich eine starke Aktivität der gesellschaftlichen Kräfte im Sinne der Unumkehrbarmachung des Entspannungsprozesses [45]). Man denke nur an die demokratische Selbsttätigkeit gegen den Kanzlersturzversuch der CDU/CSU und bei der Wahlbewegung 1972 in der BRD zugunsten von Entspannung und Reformpolitik.

Mit dem jüngsten Weißbuch, das Leber am 20. Januar 1976 der Öffentlichkeit vorstellte und dessen Inhalt durch das Vorwort des Kanzlers von diesem mitverantwortet wird, zeigte sich ein neuer Trend. Nicht nur, daß eine verstärkte

40) Vgl. B. Gleitze, Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik, Köln 1969, S. 6 ff.
41) Vgl. Holz/Neuhöffer, Griff nach der Diktatur, Köln 1965; Ridder u. a., Notstand der Demokratie, Frankfurt/M. 1967; Kogon u. a., Der totale Notstandsstaat, Frankfurt/M. 1965.
42) Vgl. u. a. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863—1975, Köln 1975, S. 364 ff., insbes. S. 371/372.
43) Vgl. K. Schoenthal (Hrsg.), Der neue Kurs, München 1964; ferner R. Barnet und M. Raskin, Nach dem Kalten Krieg, München 1966.
44) NATO-Handbuch, Brüssel 1974, S. 62 ff.
45) Vgl. „IPW-Berichte", 2/1972, S. 2 ff.; 4/1972, S. 2 ff.; 1/1973, S. 42 ff.

Aktivität des Militär-Industrie-Komplexes deutlich wird, den Entspannungsprozeß umzudrehen und Abrüstungsbemühungen zu stoppen. Die provokative Mißachtung der Ergebnisse der KSZE, verbunden mit forciertem Antikommunismus und politischem Irrationalismus bei verstärkter Betonung des militärischen Faktors, weist auf die Schwächung von Verhandlungslösungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen und auf den erneuten Vorrang militärischer Stärke bei der Durchsetzung politischer Ziele. Damit steuert eine SPD-geführte Regierung auf den zweiten Kulminationspunkt von Rüstung und Militarismus in der BRD zu.

Angesichts der Erfahrungen, die viele Völker mit dem deutschen Militarismus durchlitten, und der Katastrophen, die er den Deutschen bescherte, ist es ein Fanal, wenn im neuen Weißbuch festgestellt wird: „In internationalen Krisen entscheidet die politische Führung von Fall zu Fall, ob Verbände des Heeres außerhalb des Bundesgebietes eingesetzt werden" [46]). Formal scheint der Primat der Politik gegeben. Aber das Weißbuch ist ein Produkt des Militär-Industrie-Komplexes. Generalität und Rüstungsgewinnler fühlen sich unter Kanzler Schmidt wieder so stark, daß sie offene Drohpolitik gegenüber dem Ausland formulierbar glauben. Ein Vergleich mit den Weißbüchern seit 1970 zeigt, daß politische Orientierung und das Gewicht der Streitkräfte mit dem Kanzlerwechsel von 1974 verändert wurden. In keinem Weißbuch gab es bislang eine so unverhüllte Androhung militärischer Gewaltanwendung — auch atomarer! — wie in dem von 1975/76.

Wenn im Weißbuch im Widerspruch zu völkerrechtlichen Realitäten und zu den Ergebnissen der KSZE behauptet wird, daß diese „den Status quo in Europa nicht festgeschrieben" habe [47]), und wenn als Ziel demonstrativ die Einheit Deutschlands anvisiert wird [48]) — wenn auch unter Berufung auf politische Aussagen [49]) —, so bleibt zu fragen, ob damit nicht alles wieder rückgängig zu machen versucht wird, was unter Brandt mit Entspannungspolitik und Ostverträgen vertraglich festgeschrieben wurde [50]). Erhärtet werden solche Befürchtungen auch dadurch, daß das Abkommen UdSSR/USA über die Verhütung eines Nuklearkrieges vom 22. Juni 1973 [51]), das sich nicht nur auf beide Staaten bezieht, sondern das Atomkriege generell verhindern soll (Art. IV), nach der Interpretation des Weißbuchs den Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO angeblich nicht ausschließt [52]). Dient diese Verfälschung eines konstruktiven Abkommens auch zur Rechtfertigung der Tatsache, daß die Luftwaffe der BRD „für den nuklearen Einsatz ... Flugzeuge und Flugkörper als Trägermittel bereit" hält? [53]).

Durch den ehemaligen stellvertretenden Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa General Collins wurde bekannt, daß „ein taktischer Atomkrieg überwiegend in Westdeutschland abrollen" würde und daß unser Land nach dieser Planung — der Bonner Stellen zustimmten! — vernichtet würde, „weil hier die Masse der siebentausend taktischen Atomwaffen, der Hunderttausende von klassischen Bomben und die Millionen eigener Granaten ihre Ziele fänden" [54]).

---

46) Weißbuch 1975/76, S. 91, Ziff. 164.
47) Ebd., S. 74, Ziff. 136.
48) Ebd., S. 74, Zff. 136.
49) So Außenminister Genscher am 25. 7. 1975, vgl. Bundestagsprotokoll, S. 12799.
50) Zwar hielt auch Brandt an der Fiktion einer „deutschen Nation" und an „besonderen Beziehungen" zwischen beiden deutschen Staaten fest. Aber es ist ein großer Unterschied, ob man der Verhandlungs- und Verständigungspolitik den Vorrang einräumt bei Fortsetzung des Wettrüstens, oder ob man — wie im jüngsten Weißbuch — Verständigungspolitik und friedlichen Interessenausgleich torpediert und die Politik militärischer Stärke vor alles andere setzt.
51) Vgl. „Blätter", 7/1973, S. 788 ff.
52) Weißbuch 1975/76, S. 71/72, Ziff. 132.
53) Ebd., S. 97, Ziff. 178.
54) Die Arbeit des Generals erschien in „NATOs Fifteen Nations", zit. nach FAZ v. 11. 9. 1976.

Zwar gehen heute nicht einmal mehr die Scharfmacher der CDU davon aus, daß von seiten der UdSSR ein Angriff droht [55]), solange diese Herren nicht gerade auf einer Wahlversammlung sprechen; dort hört man es oft anders. Das renommierte Londoner Institut für strategische Studien, das in letzter Zeit im außereuropäischen Raum die Konfliktgefahr wachsen sieht, rechnet nicht mit einer Aggression des Warschauer Pakts [56]). Selbst Joseph Luns, dem Kalten Krieg verbundener Generalsekretär der NATO, bekundet trotz aller Wenn und Aber: „Im sowjetischen Denken ist Entspannung gleichbedeutend mit friedlicher Koexistenz. Ihr Hauptzweck ist es, das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und dem Westen so zu regeln, daß eine direkte militärische Konfrontation und vor allem ein Nuklearkrieg vermieden wird" [57]). Westliche Politiker und Militärs gehen aber offenbar davon aus, daß die UdSSR trotz ständiger politischer Friedensoffensiven und trotz ihrer betont militärstrategischen Defensivposition nach den bitteren Erfahrungen mit dem räuberischen Überfall Hitler-Deutschlands bei einem eventuellen Angriff der NATO auf das Territorium der Warschauer-Pakt-Staaten den Krieg sofort auf das Gebiet des Angreifers tragen würde. Nur so wird das Schreckenszenarium des US-Generals Collins erklärbar.

Wenn unter solchen Gegebenheiten und Konsequenzen die Generalität der BRD trotz Gewaltverzichtsverträgen und KSZE ihre Drohungen und Provokationen in jüngster Zeit verstärkte, braucht es nicht zu wundern, wenn als Fazit der sowjetischen Erklärung vom 22. Mai 1976 über die Beziehungen zwischen BRD und UdSSR die Bevölkerung der Bundesrepublik vor die Frage gestellt wird, ob sie ihre Tatkraft und ihren Einfluß auf die Waagschale des Friedens oder des Krieges zu legen gedenkt [58]). Die Bedeutung dieses Schrittes der UdSSR, in einer Phase der von ihr eingeleiteten und von allen Friedenskräften gegen den aggressiven Kern der NATO durchgesetzten Entspannung und der Gewaltverzichtsverträge eine derart schwerwiegende Frage zu stellen, ist offenbar von vielen noch nicht ausreichend erkannt. Diese Erklärung der UdSSR mit ihrer am Schluß formulierten Frage zeigt den Ernst der Lage, der durch das neue Weißbuch und das provokativ verstärkte Gewicht des militärischen Faktors in der BRD entstand.

Militarismus der BRD mit globaler Funktion?

Der unverhüllt angedrohte Einsatz von Streitkräften der BRD außerhalb des Landes, für den sich Bundesregierung und militärische Führung mit dem neuen Weißbuch klar erkennbar die Tür offenhalten, birgt noch weitere gefährliche Aspekte in sich. In der NATO — Produkt des überwundenen Kalten Krieges — gibt es bekanntlich vielfältige Erosionserscheinungen. Als eine dieser „gefährlichen Entwicklungen", die „zu verhindern" sind, sieht man „Tendenzen, Streitkräfte in Westeuropa einseitig zu reduzieren" [59]). Was andere als Erfolg der Entspannung erkennen und nützen oder unter dem Druck der Krise vollziehen, nämlich die Einschränkung der parasitären Militärausgaben, wird von Politikern, Militärs und Rüstungsgewinnlern der BRD als „Gefahr" eingeschätzt, auf die zu reagieren ist! Als „internationale Krisen", die den Einsatz von Streitkräften der BRD im Ausland verursachen könnten, nannte die Führungsmacht der NATO, die USA, den Einzug von Kommunisten in die Regierungen von NATO-Staaten, die Veränderung des europäischen Kräftegleichgewichts durch den Wechsel eines NATO-Staats in das sozialistische oder neutrale Lager u. a.[60]).

55) Vgl. Bundestagsprotokoll v. 15. 1. 1976, S. 14599 D, sowie v. 25. 7. 1975, S. 12847 B.
56) FAZ v. 17. 5. 1976.
57) „NATO-Brief", 2/1976, S. 4.
58) Vgl. „Blätter", 6/1976, S. 695 ff.; insbes. S. 699. Dazu auch: Bonner Politik gegen Sicherheit und Zusammenarbeit, vom Verfasser dieses Beitrags, Frankfurt/M. 1976.
59) Weißbuch 1975/76, S. 52, Ziff. 97.
60) Im Weißbuch wird der Frontwechsel Portugals immerhin für möglich gehalten; s. S. 54, Ziff. 102.

Nach eigenem Rollenverständnis sehen sich Bundesregierung und militärische Führung für die Erhaltung der NATO und deren unverminderte Schlagkraft verantwortlich: „Wer das Bündnis verteidigt und wer durch das Bündnis verteidigt werden will, hat Verantwortung für alle Bündnispartner. Die Bundesregierung hat daher die Lage der ganzen Allianz im Auge" [61]). In diesem leicht verklausulierten hegemonialen Anspruch wird der Versuch erkennbar, die westeuropäischen NATO-Staaten dazu zu bringen, stärker zu rüsten, das Feindbild des Kalten Krieges neu aufzupolieren sowie alle progressiven und Friedenskräfte vom politischen Einfluß fernzuhalten.

Falls mit „Kapitalhilfe", wirtschaftlichem Druck und politischer Erpressung der Historische Kompromiß in Italien, die Volksfront in Frankreich, die eventuelle militärische Neutralität der Niederlande oder eine starke Reduzierung der heute beinahe kriegsstarken Militärapparate in einem oder mehreren NATO-Staaten nicht zu verhindern wären, würden dann US- und bundesdeutsche Soldaten eingreifen, um den alten Status wieder herzustellen? Welchen Wert messen Bundesregierung und militärische Führung dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Staaten zu, das zu respektieren sie durch den Beitritt der BRD in die UNO und durch die Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE verpflichtet sind? Haben die westeuropäischen Staaten die Bundesregierung und die Streitkräfte der BRD zu ihrem Vormund bestellt? Soll die Hegemonie der BRD in Westeuropa, die durch Wirtschaftspotential und Währungsreserven sektoral längst gegeben ist, nun auch politisch und militärisch wirksam werden?

Der US-Präsidenten-Berater R. Barnet schrieb einmal über die US-Streitkräfte, daß ihr größter Teil nicht unterhalten werde, „um unsere Verbündeten vor Angriffen von außen zu verteidigen, sondern um ihre Regierungen gegen die eigene Bevölkerung zu schützen" [62]). Stellt das neue Weißbuch die Weichen dafür, daß auch westdeutsche Soldaten in der sich vertiefenden Krise der Monopolherrschaft im Ausland mithelfen, daß die Bevölkerung die einseitige Abwälzung der Krisenlasten nicht verhindern und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit nicht bewirken kann?

Das „Modell Deutschland", das Kanzler Schmidt im Wahlkampf den westeuropäischen Nachbarn anbot, enthält ebenfalls einen hegemonialen Anspruch und dazu eine Portion Chauvinismus, der nicht nur für die Führung der CDU/CSU kennzeichnend ist. In Verbindung mit der wachsenden Rüstungskapazität und schleichenden Militarisierung und einhergehend mit den undemokratischen Berufsverboten enthält dieses „Modell" politische Brisanz für das ganze Europa. In der „internationalen Verantwortung" der Bundesrepublik, wie sie Kanzler Schmidt definiert [63]), schwingt nicht nur politische und wirtschaftliche Lehrmeisterei im Sinne des Krisenmanagements zulasten von Lohnabhängigen und Mittelstand mit, sondern auch offener und verdeckter Interventionismus, der erst im Zusammenhang mit den einschlägigen Aussagen des Weißbuchs seinen wahren Charakter offenbart [64]).

Doch hegemoniale Bestrebungen sind nicht nur Ziel, sondern zugleich Mittel zu einem noch größeren Anspruch. Der geplante Einsatz von 12 Fregatten der Bundesmarine, die nach Expertenansicht wegen ihrer Größe zur Küstenverteidigung in Ost- und Nordsee völlig ungeeignet sind [65]), läßt durch deren Vergleichbarkeit mit Zerstörern sowie durch deren Bewaffnung — u. a. mit der 110 km reichenden

61) Ebd., S. 52/53, Ziff. 89.
62) Vgl. Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes, Hamburg 1971, S. 32.
63) „Die neue Gesellschaft", 5/1976, S. 388 ff.
64) Zum „Modell" vgl. auch Karl D. Bredthauer, in: „Blätter", 9/1976, S. 975 ff.
65) „Welt am Sonntag" v. 22. 2. 1976.

Harpoon-Rakete — zusätzliche Schlüsse zu, was unter dem Einsatz von Streitkräften der BRD außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets zu verstehen ist. Der ehemalige stellvertretende Oberbefehlshaber der US-Marine W. H. Bagley zeigte die künftige maritime Globalstrategie der NATO wie folgt auf: Die Demonstration durch Präsenz von Seestreitkräften vor den Küsten rohstoffproduzierender Länder dürfe man nicht der UdSSR allein überlassen. Die NATO sollte bereits in Friedenszeiten maritime Schlüsselstellungen besetzen. Ein koordiniertes Vorgehen „außerhalb des Bündnisbereichs" bei wirtschaftlichen, politischen und militärischen Problemen sei erforderlich. Verlagerung der atomaren Substanz außerhalb des Hauptbereichs (d. h. Abbau überflüssiger atomarer Kapazität in Mitteleuropa und verstärkte atomare Präsenz auf den Weltmeeren; d. Verf.). Diese „Erweiterung der Bündnisstrategie" verlange, „die Flagge des Westens häufig an den Flanken des Allianzbereichs sowie an den besonders wichtigen Punkten außerhalb ihres Raumes" zu zeigen und „im Nahen Osten, in Afrika und Südwestasien ... Hafennutzungsrechte für Seestreitkräfte zu gewinnen". Die Bundesrepublik als zweitstärkster NATO-Partner müsse „die Grenzen der Nord- und Ostsee überschreiten" [66]).

Im neuen Weißbuch wird zu diesem Thema zunächst einmal das „Sicherheits-Defizit" bestätigt: „Das Nord-Süd-Gefälle und die labile innenpolitische Lage in Ländern der Dritten Welt bilden mittlerweile ein Stabilitätsrisiko für das globale Gewicht der Kräfte und damit für die westliche Welt ... Die starke Abhängigkeit des Westens von Einfuhren aus der Dritten Welt birgt ein doppeltes Risiko. Sowohl die Förderung als auch der Transport des Erdöls können gedrosselt, gestört oder unterbrochen werden ... Zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verstärken sich die Interdependenzen und damit die Gefahren, daß Krisen übergreifen" [67]). Was liegt dann näher, als zum Auftrag der Marine festzustellen: „See- und Seeluftstreitkräfte sind vorzugsweise ein Mittel der politischen Führung, um Krisen zu bewältigen". Mit „Aktionen im hoheitsfreien Seeraum" und durch „Schiffsbesuche im Ausland" (!) kann „die internationale Ordnung" gewahrt oder wiederhergestellt werden [68]). Welche Ordnung soll da unter Beteiligung der Bundeswehr wiederhergestellt werden? Das alles klingt zwar noch etwas verschlüsselt im Vergleich zu der deutlichen Sprache des US-Admirals. Aber schließlich ist das Fregatten-Programm erst angelaufen. Forderungen jedoch, den Kompetenzbereich der NATO global auszudehnen und für die BRD entsprechende Aufgaben zu übernehmen, fehlen wahrlich nicht [69]).

Mit Ausbildungs- und Stationierungsplätzen für die Streitkräfte der BRD auf Kreta und der Pyrenäenhalbinsel, in Frankreich, Kanada und den USA u. a.[70]) ist ansatzweise der Versuch unternommen, auch Einsatzmöglichkeiten außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets vorzubereiten. Offensichtlich wird hier die Salami-Taktik angewendet: ein Scheibchen ist noch nicht viel. Schließlich hat man in der BRD kaum Möglichkeiten, weitreichende neue Präzisionswaffen auszuprobieren, noch dazu solche, die in ihrer Wirkung denen von atomaren Sprengkörpern gleichen. Aber aus vielen solchen Scheibchen ergibt sich die ganze Wurst: die

66) EA, 20/1975, S. 633 ff., insbes. S. 638—641. Wer das „Europa-Archiv" über Jahre hinweg vergleichend mit der politischen Wirklichkeit verfolgt, dem dürfte die geistig-ideologische Vorbereitungsfunktion auf geplante, der Öffentlichkeit noch nicht bekannte Ereignisse ebenso auffallen wie die Funktion nachträglicher Interpretation und Rechtfertigung.

67) Weißbuch 1975/76, S. 39/40, Ziff. 70, 72 und 74.

68) Ebd., S. 103, Ziff. 187/188.

69) Vgl. z. B. General a. D. Steinhoff, in: „Die Welt" v. 15. 1. 1976; M. Wörner, MdB, bei verschiedenen Gelegenheiten; s. auch: „Wehrkunde", 4/1976, S. 175 ff. Bei Bundeskanzler Schmidt finden sich in manchen Reden und Schriften Formulierungen, die mindestens den Schluß nahelegen, daß eine globale Kompetenz, der NATO notwendig sei, so z. B. in: Verteidigung oder Vergeltung, S. XIII; „Bulletin", 41/1976, S. 391, Ziff. 10.

70) Zu vielen Übungsaufenthalten der BRD-Streitkräfte außerhalb Mitteleuropas existiert eine Fülle von Meldungen in der Tagespresse.

globalstrategische militärische Präsenz. Den USA fehlt es seit Vietnam an Kraft, um die Selbsternennung zum Weltgendarmen erneut und allein zu bestätigen. Da wird es an altbekannter Nibelungentreue unserer Generalität nicht fehlen, an einer kollektiv ausgeübten Weltgendarmrolle teilzuhaben und eine neue Weltwirtschaftsordnung zu verhindern [71]).

Von einigen Teilnehmern aus den schwarzafrikanischen Staaten war auf der Weltkonferenz für Entwicklung im Oktober 1976 in Budapest zu hören, daß die BRD nicht nur Waffen und atomares Know-how an das Rassistenregime in Südafrika liefere, sondern daß beim Besuch des vom Dienst suspendierten Generals Rall auf der Gesprächsliste neben atomarer Zusammenarbeit auch militärische Hafennutzungsrechte, Flugzeugstützpunkte und Heeresausbildungsmöglichkeiten in abgelegenen Buschgebieten standen. Welche Bedeutung der militärisch-industrielle Komplex der BRD dem Rassistenstaat im Rahmen der „Sicherheits-Defizit-Bewältigung" globalstrategisch „für die Verteidigung der Interessen des freien Westens" beimißt, zeigt auch eine Schautafel im Weißbuch, die deutlicher als alle Worte den Schluß nahelegt, daß die Südafrikanische Republik durch die NATO gesichert werden müsse [72]). In einer anderen Publikation wird betont, daß die „globalstrategische Schlüsselposition" Südafrikas zu einer „Verklammerung" des Apartheid-Staates — dessen aggressive und ausbeuterische Politik selbstredend verniedlicht wird — mit NATO und EWG nötige. Sowohl die Sicherung der Kap-Route als auch die strategisch wichtigen Rohstoffe und zugleich die Bewahrung des Landes als antikommunistisches Bollwerk berühre unmittelbar lebenswichtige Interessen der „freien Welt" [73]). Nicht aufgedeckt wird in diesem regierungskonformen Beitrag der „verdeckte Rüstungstransfer" der BRD in die Republik Südafrika [74]), dem „südlichsten Brückenkopf der NATO", in dem auch deutsche Konzerne Superprofite auf Kosten der diskriminierten eingeborenen Bevölkerung erwirtschaften und deshalb ihre hohen Investitionen auch militärisch garantiert sehen wollen. Die Interessen der Militärs und der Konfrontationspolitiker, die Südafrika — wie auch Brasilien und den Iran — enger an die NATO zu binden versuchen, und der Konzerne decken sich in diesem Fall [75]).

Vor dem Vietnam-Desaster der USA gab es viele US-Politiker und -Militärs mit der zur Praxis gewordenen Meinung, daß der „American Way of Life" nur gesichert sei, wenn er in der ganzen Welt anerkannt wäre [76]). Dementsprechend richtete man die globale Militär- und Wirtschaftsstrategie ein. Heute kann man den Eindruck haben — und das Weißbuch bekräftigt ihn —, daß in Bonn Personen in führenden Positionen davon ausgehen, daß die „Sicherung der freien Marktwirtschaft", dieses Synonym für die Herrschaft der großen Konzerne und Multis, den Einsatz der Streitkräfte der BRD im Rahmen einer globalen Strategie erforderlich mache [76a]). Vor allem im militärisch-industriellen Bereich der BRD ist man dabei, sich in enger Kooperation mit dem Pentagon auf eine globale Rolle der BRD vorzubereiten. Der militärische Größenwahn, der 1918 und 1945 in die Katastrophen führte und der im Weißbuch eine neue Manifestation erlebt, steht wieder als Drohung vor den europäischen und außereuropäischen Völkern. Amtliche Beschwichtigungen können davon nicht ablenken.

71) Zur Ausweitung der NATO-Kompetenz vgl. auch „Blätter", 6/1975, S. 612 ff., insbes. S. 617/618.
72) Weißbuch 1975/76, S. 41.
73) „Wehrkunde", 3/1976, S. 127 ff.
74) Vgl. „Blätter", 5/1976, S. 502 ff.; 8/1976, S. 928 ff.
75) Vgl. T. Thomas, in: „Blätter", 2/1976, S. 139 ff.
76) B. Röling, Einführung in die Wissenschaft von Krieg und Frieden, Neukirchen/Vluyn 1970, S. 52.
76a) Vgl. M. Wörner, in: „Die Welt" v. 8. 6. 1976.

Sprengt die BRD die Wiener Abrüstungsverhandlungen?

In der letzten Phase des Bundestagswahlkampfes 1976 sprachen sich mehrere führende SPD-Politiker für Abrüstung, auch in Mitteleuropa aus [77]). Einige meinten das sicher ernst, denn der Sachzwang, den aufgeblähten Militärapparat zu reduzieren und im Interesse der Funktionstüchtigkeit anderer Gesellschaftsbereiche parasitäre Rüstungsausgaben für produktive Sozialinvestitionen einzusparen, wächst mit jedem Tag. Für manche jedoch waren solche Erklärungen reiner Wahlspeck. So erklärte z. B. der stellv. SPD-Vorsitzende Koschnick: „Für mich hat das militärische Engagement der Amerikaner in Norddeutschland absolute Priorität." Die zusätzliche Stationierung von US-Brigaden in der BRD, noch dazu der berüchtigten „Ledernacken" von Vietnam, ist ein deutlicher Affront gegen die Wiener Abrüstungsverhandlungen. In der gleichen Rede setzte Koschnick „Sicherheit" mit militärischer Stärke gleich [78]), während er in einer auf Wahlwerbung für die SPD angelegten Publikation genau den gegenteiligen Standpunkt vertrat [78a]). Nicht nur bei diesem Beispiel wäre die Frage nach der Glaubwürdigkeit zu erheben. Soweit es aber die Regierungspraxis unter Schmidt und Leber betrifft, lassen die Fakten keinen Zweifel an deren Gegnerschaft zu den Wiener Abrüstungsverhandlungen aufkommen [79]).

Politikern und Diplomaten westlicher und östlicher Staaten in Wien fällt seit 1974 die destruktive Haltung der Bonner Repräsentanten bei den Verhandlungen über die Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa auf. Ein bundesdeutscher Diplomat erklärte sogar demonstrativ und drohend, daß man z. Z. „noch" verhandle [80]). Zwar hatten NATO-Experten diese Verhandlungen von Anfang an „vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Veränderung des militärischen Status quo zugunsten der NATO" sowie zur Verhinderung der einseitigen Rüstungsminderung in einigen westeuropäischen Staaten und als „diplomatisches Spielmaterial", als Gegengewicht zu den Vorschlägen der UdSSR und der Warschauer Pakt-Staaten für eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz betrachtet [81]).

Die NATO-Staaten rückten auch von ihrer ursprünglichen Position ab, als ihre östlichen Verhandlungspartner mit einem konkreten und realistischen Vorschlag am 8. November 1973 weitgehend auf die NATO-Wünsche vom 26./27.'Mai 1970 — die auch schon im Ergebnis der Wiener Vorverhandlungen berücksichtigt wurden — eingingen [82]). Ursprünglich hatte die von Brandt geführte Regierungskoalition der SPD/FDP jedoch konstruktiv auf diese Verhandlungen und deren Vorbereitung reagiert [83]). Besonders auffallend nach dem Kanzlerwechsel 1974 in Bonn, aber auch schon vorher, hatten Militärs und Kalte Krieger der BRD die positive Fortentwicklung der Wiener Verhandlungen blockiert. Sie wollten „die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte in der BRD und in den Benelux-Staaten nicht zur Debatte stellen" [84]), womit das Verhandlungsziel insgesamt ignoriert wurde.

77) „Sozialistische Korrespondenz", 20/1976, S. 5; „Bremer Bürgerzeitung", nach SPD-Informationen v. 16. 9. 1976.
78) FR v. 8. 6. 1976.
78a) Was alles auf dem Spiele steht, a.a.O., S. 93 ff., insbes. S. 95—97.
79) Zwar hatte Kanzler Schmidt am 23. 9. 1976 in einem Interview mit dem Deutschen Depeschen-Dienst die Fortsetzung und Konkretisierung der Wiener Abrüstungsverhandlungen als Gesprächsthema mit L. Breschnew bezeichnet. Am 29. 9. 1976 bekundete er in der österreichischen Zeitung „Die Presse" sein Interesse an neuen politischen Initiativen in dieser Sache. Aber auch bei ihm kann es nur um Wahlpropaganda gegangen sein, wie sich angesichts des von ihm zu verantwortenden Weißbuchs belegen läßt.
80) Hektografierter Bericht einer DFU-Delegation, die in Wien alle an der Abrüstungskonferenz vertretenen staatlichen Delegationen konsultierte, insbes. Ziff. 6 und 7. Ferner „Deutsche Volkszeitung" (DVZ), 9/1975.
81) Vgl. Senghaas u. a., in: „Aus Politik und Zeitgeschehen", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 13/1973, S. 42/43.
82) EA, 7/1974, S. 223 ff., insbes. S. 225. Dazu: Dokumente zur Abrüstung und Sicherheit, Bd. VII, Bonn 1971, S. 117/118; V. Komlev, Die Wiener Verhandlungen, Moskau 1974, S. 18 ff.
83) Texte zur Deutschlandpolitik, Bd. IV, Bonn 1970, S. 10 und 36; ferner: W. Brandt, Friedenspolitik in Europa, Frankfurt/M. 1968, S. 189; vor allem: Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik 1971/72, S. 9 ff., Ziff. 7.
84) EA, 15/1974, S. 510, vgl. ferner L. Ruehl, in: EA, 10/1973, S. 325 ff.; hier wird die von Bonn inspirierte

Immer deutlicher zeichnete sich ab, daß die NATO, vor allem die BRD, die Wiener Verhandlungen so zu führen versuchte, um damit Tempo und Richtung des Entspannungsprozesses beeinflussen zu können, um damit die militärische Integration Westeuropas voranzutreiben — was auf die Hegemonie des Stärksten, der BRD, hinausläuft —, um damit innere Veränderungen in Osteuropa zu erreichen und um anstelle von Sicherheit im Sinne der KSZE und Abrüstung die „Festigung der Militärblöcke" zu betreiben [85]). Der Leiter des Londoner Instituts für Strategische Studien, Ch. Bertram, sieht in einer derartigen Praxis das Hauptinteresse nicht darin, „den militärischen Status quo in Europa billiger oder den politischen Status quo lebensfähig zu machen, sondern ihn zu ändern" [86]).

Unter den Wiener Verhandlungspartnern ist allgemein bekannt, daß die BRD eine Beeinträchtigung ihrer politischen und militärischen Rolle — genauer: ihrer Ambitionen — sieht, wenn gerade in Mitteleuropa mit der Abrüstung begonnen würde. Dabei ist der angehäufte Explosivstoff doch gerade hier am größten und deshalb die Verringerung der Vernichtungspotentiale am dringendsten. Aber entspannungsfeindliche Politiker, Militärs und Diplomaten der BRD fingen sich sozusagen in den von ihnen selbst ausgelegten Schlingen, als sie „das Signal von Reykjavik" begrüßten, mit dem die NATO 1968 ihr „diplomatisches Spielmaterial" in Form von militärischen Reduzierungswünschen vorbrachte [87]). Man dachte nämlich nicht im Ernst daran, daß die WP-Staaten auf einen solchen Vorschlag eingehen würden. Als diese schneller und konkreter als die NATO-Staaten akzeptable Vorschläge präsentierten [88]), versuchte man mit allen nur erdenklichen Tricks, konkrete Verhandlungsergebnisse zu verhindern und die andere Seite dafür verantwortlich zu machen.

Einer dieser Tricks liegt im angeblich nötigen Abbau vorhandener Disparitäten [89]). Tatsächlich aber bekundeten NATO und WEU bei anderen Gelegenheiten das Bestehen eines relativen militärischen Kräftegleichgewichts, auch in Mitteleuropa [90]). Am 9. April 1976 erklärte Bundeskanzler Schmidt: „Die globale Balance der Kräfte ist ... gesichert. Keineswegs sind wir etwa unterversichert, wie manche Schwarzmaler in letzter Zeit glauben machen wollen. Die zahlenmäßige Überlegenheit der anderen Seite bei Teilen der konventionellen Streitkräfte wird durch das überlegene nukleare Potential und den höheren technologischen Entwicklungsstand des Westens insgesamt ausgeglichen" [91]). Eine interessante Variante zu dieser Diskussion trug General a. D. Graf v. Baudissin bei: „Je entspannter die zwischenstaatlichen Beziehungen werden, das heißt, je unumstrittener friedlicher Konfliktaustrag zur Norm geworden ist, desto mehr schrumpft die Bedeutung des militärischen Kräfteverhältnisses, desto eher werden auch Ungleichgewichte hingenommen" [92]).

Ein weiterer Trick liegt in Zahlenmanipulationen über Rüstungsausgaben. Nach Angaben des Stockholmer SIPRI-Instituts blieben die Rüstungsausgaben der UdSSR von 1970 bis 1973 — bei wachsendem gesellschaftlichen Gesamtprodukt — mit 63 Mrd. $ (umgerechnet) konstant, 1974 reduzierte man auf 61,9 Mrd. $ [93]).

Bremsung der Wiener Verhandlungen mit vielen Vorwänden begründet. Dazu auch: W. Wieczorek in: „Wissenschaft und Frieden", 3/1974, S. 58 ff. und 71/72; I. Oeser, in: „Einheit", 10/1975, S. 1161 ff., sowie in: „Deutsche Außenpolitik", 6/1976, S. 805 ff.

85) EA, 7/1974, S. 223 ff., insbes. 228/229.

86) Adelphi-Paper des IISS, Nr. 84, S. 10 und 12.

87) Vgl. L. Ruehl, in: EA, 10/1973, S. 325 ff.; F. W. Seidler, Die Abrüstung, München 1974, S. 397 ff., insbes. S. 408.

88) Vgl. G. Matthiessen, Von der Entspannung zur Abrüstung, Köln 1975, S. 27 ff.

89) Vgl. Bonner Antwort v. 1. 7. 1976 auf die sowjetische Note v. 22. 5. 1976, in: „Bulletin", 78/1976, S. 740, Ziff. 6.

90) Vgl. Bericht über die NATO-Ratstagung in: FAZ v. 23. 5. 1975; Bericht über die 22. Parlamentariertagung der WEU in: „Die Welt" v. 15. 6. 1976.

91) „Bulletin", 41/1976, S. 389.

92) „Vorwärts", 14/1976.

93) SIPRI-Yearbook 1976, S. 151.

Treue-Bücher
zu günstigen Preisen für Abonnenten

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können in den Wochen vor Weihnachten, spätestens bis Jahresende, nachfolgend aufgeführte Bücher aus Sonderauflagen bzw. Restposten mit Treue-Rabatt zu erheblich herabgesetzten Preisen beziehen. Wir bieten:

Nach einjährigem Abonnement: 20 % Treue-Rabatt
Nach zweijährigem Abonnement: 25 % Treue-Rabatt
Nach dreijährigem Abonnement: 30 % Treue-Rabatt

Bestellen Sie bitte die gewünschten Bücher gegen Vorüberweisung des Gesamtbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Der für Sie infrage kommende reduzierte Preis ist den Rabattspalten neben den angebotenen Büchern zu entnehmen. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummer(n)** sowie die **Anzahl** der Bücher.

Die Lieferung von Büchern im Gesamtwert von **über 20,– DM** erfolgt **porto- und verpackungsfrei.** Bei Bestellungen unter 20,– DM zahlen Sie bitte 1,– DM für Porto und Verpackung mit ein.

Pahl-Rugenstein Verlag

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
1	*Abendroth u. a.*, Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
118	*Arnaszus/Beyer/Sandkühler u. a.*, **Materialismus — Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt,** 259 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
2	*Badstübner/Thomas*, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–55. 512 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
5	BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
101	*Buhr/Irrlitz*, **Der Anspruch der Vernunft.** Bürgerliche deutsche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus, 280 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
122	*Butterwegge*, **Alternativen der Wirtschaftslenkung,** 200 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
12	*Deppe*, Das Bewußtsein der Arbeiter, 359 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
102	*Deppe*, **Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration,** 358 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
	Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bände Je 650 S. Ln. mit Schutzumschlag, Großformat, je Band 42,– DM			
13a	Bd. 1: 1939–1941.	**33,60**	**31,50**	**29,40**
13b	Bd. 2: Juni 1941–November 1942.	**33,60**	**31,50**	**29,40**
15	*Elsner*, Die EWG – Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften. 208 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
16	*Engelberg (Hrsg.)*, Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S. 38,– DM	**30,40**	**28,50**	**26,60**
103	*Frauenaktion Dortmund (FAD)*, **Schwangerschaft und der neue § 218.** Hdb. für Frauen, 203 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
19	*Freyberg/Fülberth u. a.*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, 456 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
22	Das Grundgesetz. Verfassungsentwicklung und demokratische Bewegung in der BRD, 145 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
23	*Hahn*, Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie, 348 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
24	*Halfmann (Hrsg.)* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, 239 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
25	*Hanstein*, Hand- u. Kopfarbeit in d. materiellen Produktion, 238 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**9,–**
26	*Haug*, Vorlesungen z. Einführung ins „Kapital", 196 S., 2. verb. Aufl. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**10,40**
27	*Hervé*, Studentinnen in der BRD, 206 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
105	*Hinrichs/Peter*, **Industrieller Friede?** Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 300 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
106	*Hofmann*, **Jan Amos Comenius.** Bildbiographie, 108 S. Ln. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
29	*Hofschen/Ott*, SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
119	*Huffschmid/Schui (Hrsg.)*, **Gesellschaft in Konkurs?** Handbuch der Wirtschaftskrise in der BRD 1973–1976, 530 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,–**
124	*Kahl*, **Positivismus als Konservativismus,** 301 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
30	*Kedrow*, Klassifizierung der Wissenschaften. 2 Bände, Band 1 509 S. 17,80 DM	**14,25**	**13,35**	**12,45**

Fett gedruckte Titel sind Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 1976

bitte wenden

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
31	*Kempe*, SPD und Bundeswehr, 279 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
32	*Kievenheim/Leisewitz (Hrsg.)*, Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, 384 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
33	*Kramer*, Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, 279 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
34	Kritik der bürgerl. Geschichtsschreibung, Handbuch, StA., 566 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
35	*Krysmanski/Marwedel (Hrsg.)*, Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader, 294 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
38	*Kühnl*, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. und 13 Abb., 512 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
39	*Maase*, Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
40	*Matthiessen*, Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus, 216 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
41	Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Sammelband, 396 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
99	*Menschik*, Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, 424 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
107	*Meyer*, **Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR.** Ein Quellenband, 500 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
43	Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S. 10,– DM	8,–	7,50	7,–
45	*Opitz*, Der deutsche Sozialliberalismus 1919–1933, 304 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
46	*Oppolzer*, Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung im Denken von Karl Marx, 303 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
48	*Parygin*, Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
49	*Peter*, Literarische Intelligenz und Klassenkampf. Die „Aktion" 1911–1932, 221 S. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
50	*Priester*, Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, 336 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
52	*Räuschel*, Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, 264 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
54	*Schleier*, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, 594 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
57	*Semjenow*, Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, 379 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
120	*Simon*, **Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände** BDA, BDI und DIHT, 237 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
58	*Sorg*, Marxismus und Protestantismus in Deutschland. Zur Marxismus-Rezeption in der evangelischen Kirche 1848–1948, 237 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
59	*Stiehler*, Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
60	*Streisand*, Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Auflage, 484 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
121	*Strutynski*, **Die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten um die Jahrhundertwende,** 384 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
61	*Stuby/Mayer*, Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
62	*Suchodolski*, Einführung in die marxistische Erziehungstheorie, 562 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
63	*Tjaden-Steinhauer*, Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter. Umrisse einer theoretischen Bestimmung, 184 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
65	*Tumanow*, Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln. 17,80 DM	14,25	13,35	12,45
112	*Wagner*, **Recht als Widerspiegelung u. Handlungsinstrument,** 196 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
113	**Wörterbuch der Psychologie.** 2500 Stichwörter und über 100 Abb., 596 S. Ln. Großformat 28,– DM	22,40	21,–	19,60
	Erziehung und Bildung			
67	*Christian*, Probleme des Erkenntnisprozesses im politischen Unterricht, 152 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
104	*Gerhard-Sonnenberg*, **Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit** (MASCH), 250 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
69	*Hofmann*, Allgemeinbildung. Problemgeschichtliche Studie, 175 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,–
70	*Keseling u. a.*, Sprach-Lernen in der Schule, 110 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
71	*Koch*, Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, 176 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
72	*Ljublinskaja*, Kinderspychologie, 544 S., Ln. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
73	*Lompscher (Hrsg.)*, Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins, 320 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
74	*Autorenkollektiv Wissenschaftspsychologie (Münster)*, Materialistische Wissenschaft und Psychologie, 446 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
75	*Petrowski (Hrsg.)*, Allgemeine Psychologie, 488 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
76	Plädoyer f. eine demokratische Bildungspolitik, Sammelbd., 192 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
	Hefte zu politischen Gegenwartsfragen			
77	*Kühnl*, Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, 32 S. 3,– DM	2,40	2,25	2,10
78	*Volpert*, Die „Humanisierung der Arbeit", 32 S. 3,– DM	2,40	2,25	2,10
79	*Grossner/Schierholz*, Projekt MRCA, 64 S. 6,– DM	4,80	4,50	4,20
80	*Krusewitz/Kade*, Anti-Enzensberger, 47 S. 4,– DM	3,20	3,–	2,80
82	Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika, 64 S. 6,– DM	4,80	4,50	4,20
83	*Fülbert/Harrer*, Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, 48 S. 4,– DM	3,20	3,–	2,80
84	*Matthiessen u. a.*, Von der Entspannung zur Abrüstung, 79 S. 6,– DM	4,80	4,50	4,20
114	*Wüstenhagen*, **Atomindustrie** und Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung, 48 S. 4,– DM	3,20	3,–	2,80
115	*Heinemann/Gollwitzer/Benz/Améry/Fritzsche*, **Reden gegen das Berufsverbot**, 48 S. 4,– DM	3,20	3,–	2,80
116	*Hinz/Krusewitz/Krysmanski/Wüstenhagen*, **Umweltmisere, Bürgerinitiativen und die Verantwortung der Wissenschaftler**, 60 S. 6,– DM	4,80	4,50	4,20

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Bitte ausschneiden!

Postvermerk

Postvermerk

Ausstellungsdatum

Unterschrift

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Postscheckamt **Köln**

in **5000 Köln 51**

Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung (Bitte deutlich schreiben!)

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

DM | Pf

Empfängerabschnitt

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Zahlkarte/Postüberweisung

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

DM | Pf (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

PSchA | Postscheckkonto Nr. des Absenders | Postscheckteilnehmer

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Postscheckamt **Kln**

Pahl-Rugenstein Verlag

Vorgebirgstraße 115

5000 Köln 51

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Absender der Zahlkarte

DM | Pf | für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Für Vermerke des Absenders

Bestell-Nr.		Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
		Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht, je Heft 48 S. 3,– DM	**2,40**	**2,25**	**2,10**
86	1	*Ermel,* Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland			
87	2	*Fülberth,* Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie			
88	3	*Halfmann,* Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik			
89	5	*Albrecht,* Die Wiederaufrüstung der BRD			
90	6	*Weiß,* Geschichte der deutschen Spaltung 1945–55			
91	7	*Rupp,* Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945			
92	8	*Breuer,* Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929/1932			
125	10	*Lison,* **Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung**			
126	11	*Hiedels,* **Novemberrevolution 1918/1919**			
127	12	*Louran/Schönle,* **Unterrichtsmodell: Novemberrevolution** 6,– DM	**4,80**	**4,50**	**4,20**

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger

Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
Unter DM 20,– Porto		**1,–**
B **Kaufbetrag**		

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM

(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Nach eigenen Angaben der UdSSR betrug der Anteil der Rüstungsausgaben am Staatshaushalt 11,1 % in 1971, 10,3 % in 1972, 9,9 % in 1973, 9,1 % in 1974, 8,4 % in 1975 und 7,8 % in 1976 [94]). Tatsächlich gaben die WP-Staaten von 1950—1970 nicht einmal die Hälfte der Summe für Rüstung aus wie in der NATO für den gleichen Zweck [95]). Obwohl die Militärausgaben der USA auch heute noch — selbst inflationsbereinigt! — weit über denen der UdSSR liegen [96]), berechnet man neuerdings die Kosten des sowjetischen Waffen- und Mannschaftsbestandes in US-Preisen. Waren und Leistungen der UdSSR in US-Preisen zu berechnen: keinem vernünftigen Volkswirtschaftler würde das angesichts der prinzipiellen Unterschiedlichkeit beider Gesellschaftssysteme einfallen. Man tut es aber um die Öffentlichkeit mit gefälschten Ergebnissen zu konfrontieren bzw. irrezuführen [97]). Der demokratische US-Abgeordnete Les Aspin bemühte sich im Frühjahr 1976 in einem „fact sheet" um die Widerlegung solcher Manipulationen [98]). Immer wieder jedoch werden neue Tricks ersonnen, um die eigenen Rüstungssteigerungen zu rechtfertigen und die Wiener Abrüstungsverhandlungen zu blokkieren [99]).

Was aber bedeutet es für die regionalen Abrüstungsverhandlungen in Mitteleuropa, wenn die BRD in wachsendem Maße außerhalb des in Wien festgelegten Reduktionsgebietes Truppen und Waffen stationiert? In welche Richtung zielen die Versuche, atomar bestückbare Flugzeuge wie MRCA und U-Boote oder die im Bau befindlichen Fregatten nicht nur außerhalb des mitteleuropäischen Raumes, sondern auch außerhalb des NATO-Kompetenzbereichs — wie etwa in Südafrika, Brasilien und Persien — einsatzfähig zu halten? Alle eventuellen Festlegungen, mit Reduzierungen von Truppen und Waffen an der brisanten Nahtstelle der beiden größten Militärallianzen das Wettrüsten einzudämmen und mehr Sicherheit zu schaffen, blieben wirkungslos, wenn die BRD ihr militärisches Operationsfeld auf globale Bereiche ausdehnte. Das neue Rollenverständnis, als eine Art „Ordnungsfaktor" sowohl „Verantwortung für alle Bündnispartner" zu tragen wie auch als „Krisenbewältiger" außerhalb des NATO-Bereichs zu wirken [100]), gefährdet den möglichen Erfolg der Wiener Abrüstungsverhandlungen. Des Kanzlers Aussage: „Die deutsche Außenpolitik ist bereit, auch außerhalb Europas zur Überwindung von Krisen und Konflikten beizutragen" [101]), muß im Kontext mit den Festlegungen im Weißbuch gesehen werden. Dort ist das Instrumentarium beschrieben, mit dem BRD und USA ihre Außenpolitik betreiben, d. h. militärische Pressionen ausüben wollen!

Soweit eine tatsächliche Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa erreicht würde und nicht — wie Bonner Planer offensichtlich zur Täuschung der Öffentlichkeit anvisieren — lediglich ein verringerter Personalbestand bei verstärkter Feuerkraft, wäre es ein psychologisch wichtiger erster Schritt und ein Vorteil für alle europäischen Staaten. Als Übergangslösung zu effektiveren Schritten wäre es auch hinzunehmen, wenn zunächst nur Truppen verringert würden. Eine weitere Verdünnung militärischer und waffentechnischer Präsenz in Mitteleuropa könnte folgen, ebenso die angemessene Abrüstung an den Flanken. Wenn aber die BRD als Kompensation für Fortschritte in Mitteleuropa außerhalb Europas Streitkräfte stationiert, statt an einer weltweiten Reduzierung aller

94) K. Tschernenko, Ein Jahr nach Helsinki, Moskau 1976, S. 24.
95) SIPRI-Yearbook 1969/70, S. 6 und 266—269.
96) Vgl. SZ v. 1. 4. 1976; SIPRI-Yearbook 1976, S. 151.
97) Vgl. „Der Spiegel", 34/1976, S. 75; dazu „Sowjetunion heute", 17/1976, S. 8 ff.
98) Vgl. auch: „antimilitaristische informationen", 8—9/1976.
99) So erklärte Minister Leber vor der NATO-Ratstagung am 9. 12. 1975, die industrielle Rüstungskapazität der WP-Staaten sei „fünfmal so groß wie in den NATO-Staaten"; vgl. FR v. 10. 12. 1975.
100) Weißbuch 1975/76, S. 53, Ziff. 98, S. 91, Ziff. 164, S. 103, Ziff. 187/188.
101) „Bulletin", 41/1976, S. 391, Ziff. 10.

Rüstungspotentiale mitzuhelfen, könnten außereuropäische Krisen und Konflikte rasch die Entspannungserfolge in Mitteleuropa gefährden. Das wäre ein Spiel mit dem Feuer.

Auch die neuen militärtechnologischen Entwicklungen können Verhandlungserfolge in Wien zunichte machen, wenn man nicht bald konkrete Ergebnisse erreicht. Die USA entwickeln bekanntlich mit der „Cruise Missiles" einen neuen „Marschflugkörper", der zum Unterschied von ballistischen Raketen während des ganzen Fluges angetrieben wird und der seine Flugbahn verändern kann. Es handelt sich um einen mit knapp 7 m Länge relativ kleinen, zwischen 600 und 3000 km aus eigener Kraft fliegenden und zielgenau bis 30 m im Umkreis treffenden Flugkörper, der durch Verwendung eines neuen Werkstoffs von der herkömmlichen Radarabwehr kaum registriert wird [102]). In verschiedenen Varianten gebaut, kann er fest oder beweglich von Land und von Flugzeugen oder U-Booten mit großem Aktionsradius — also auf ungleich größere Distanz, als seine eigene Reichweite beträgt — eingesetzt werden. Die Cruise Missiles sind konventionell und atomar bestückbar und durchbrechen die bislang strenge Scheidung zwischen den strategischen Waffen der beiden Weltmächte und den taktisch-operativen oder konventionellen Waffen anderer Staaten. Damit entsteht nicht nur militärstrategisch eine völlig neue Situation, sondern auch für die Abrüstungsverhandlungen. Bei letzteren deckte bislang SALT den strategischen Bereich ab und Wien den konventionellen und taktisch-operativen.

„Die westeuropäischen Länder besitzen sowohl die Technologie als auch die strategischen Konzeptionen für ihre Nutzung ... Von Stellungen in Mitteleuropa aus könnten Marschflugkörper mit großer Reichweite verlockende Alternativen zum Flugzeug für die Ausführung von Interdiktions-Aufträgen tief im feindlichen Hinterland darstellen. Mit nuklearen oder auch nichtnuklearen Gefechtsköpfen ausgerüstet, könnten diese Systeme, an Land oder in europäischen Küstengewässern dislozíert, einen leistungsfähigen Ersatz für die verwundbaren ... schnell alarmbereiten Flugzeuge bilden" [103]). Hatte nicht Leber erklärt, daß „eine neue Zerstörungsqualität ... in allen Größenordnungen" entwickelt werde und daß die anzuschaffenden „Präzisionswaffen ... von der Zerstörungskraft her die gleiche Wirkung wie Atomwaffen" [104]) erreichen?

Von Ingenieuren des MBB-Konzerns war zu hören, daß das Know-how für den Bau solcher Marschflugkörper vorhanden sei, daß im Juni 1976 Militärs von der Bonner Haardt-Höhe mit leitenden Ingenieuren von MBB über dieses Projekt beraten hätten und daß man seine Weiterverfolgung nach dem Wahltag am 3. Oktober 1976 ins Auge zu fassen gedenke. Spielt Bonn deshalb auf Zeitgewinn in Wien, bis man andere vor vollendete Tatsachen stellen kann? Blockiert man deshalb die realistischen Abrüstungsvorschläge der WP-Staaten mit offensichtlich unzumutbaren Veränderungsversuchen für das entstandene Kräftegleichgewicht, um den so erzwungenen Stillstand als „Entspannungskrise" ausgeben und die Finanzierung der neuen „Zerstörungsqualität" besser rechtfertigen zu können? Benötigt man deshalb den Vorwand, Wien sei technisch bereits fehlgeschlagen, weil keine Parameter für eine gleichwertige Reduzierung der unterschiedlichen Rüstungen gefunden seien? Solche Parameter benötigt man aber nicht, wenn man vom relativen Kräftegleichgewicht ausgehend auf beiden Seiten prozentual gleichwertig Waffen und Streitkräfte aller beteiligten Staaten verringert. Wie schlußfolgerte General a. D. Graf v. Baudissin? „Gelingt es, durch

102) Vgl. „Wehrkunde", 5/1976, S. 240 ff.; EA, 14/1976, S. 457 ff.; „Interavia", 6/1976, S. 580 ff.
103) EA, 14/1976, S. 461 und 462.
104) FAZ v. 10. 4. 1976 und 12. 4. 1976.

intensive Kooperation und die damit entstehende Interdependenz ... auf beiden Seiten positive Erwartungen an die Weiterentwicklung friedlicherer Beziehungen zu wecken, wäre eine qualitativ neue sicherheitspolitische Situation entstanden" [105]). Genau diese Entwicklung versuchten goldbetreßte Heroen in Bonn und Militaristen in Zivil zu verhindern. Hier zeigen sich die Sonderinteressen des Militär-Industrie-Komplexes.

Bei den Cruise Missiles decken sich die Interessen der US-Administration und der Bundesregierung bzw. der Militär- und Rüstungskreise der USA und der BRD nicht. Die USA versuchen aus vielschichtigen Gründen an dem Privileg festzuhalten, das ihnen der Alleinbesitz von strategischen Waffen innerhalb der NATO garantiert. Das neue Rollenverständnis führt Bonn dazu, daß man sich immer stärker als gleichberechtigter Partner der USA versteht und entsprechende Forderungen stellt [106]). „Ein Abkommen, das der Dislozierung von Marschflugkörpern in Mitteleuropa Beschränkungen auferlegt — sei es direkt oder indirekt auf dem Wege über Nichtumgehungsklauseln im Zusammenhang mit der Begrenzung anderer Trägermittel wie beispielsweise Flugzeuge —, (würde) künftige strategische Optionen konventioneller oder nuklearer Art einengen, die heute der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten in der Region offenstehen" [107]). Wenn die Bundesrepublik jedoch in Südafrika oder in Persien in Ko-Produktion die Cruise Missiles erstellen und sie dort stationieren würde, wären alle Nichtumgehungsklauseln in Mitteleuropa überspielt. Und eine spezielle Lex BRD kann man wohl nicht schaffen.

Einige bereits zitierte Reden und Interviews Lebers offenbaren, daß man in Bonn auf die technologische Entwicklung setzt. Sie ebnet den Unterschied zwischen strategischen und taktisch-operativen sowie konventionellen und atomaren Waffen ein. Damit würde auch der Atomwaffensperrvertrag seine Wirkung verlieren, auch wenn er formell erfüllt bliebe. Wenn das so sein sollte — und alle Wahrscheinlichkeiten und Fakten deuten darauf hin —, dann liegt hier die eigentliche Motivation dafür, daß die BRD-Delegation in Wien der Hauptbremser aller Abrüstungsforschritte ist, unbeschadet aller verbalen Bekundungen: Wir wollten ja so gern, aber die Russen ...

Da man in Bonn die BRD nicht mehr als Regionalmacht versteht, sondern als Staat mit internationaler Verantwortung, da man außerdem den militärischen Faktor als Instrument bei der Durchsetzung politischer Ziele überschätzt — nebenbei der alte Irrtum in der imperialistischen Politik! —, wird auch das Drängen nach einem für weltweite Aufgaben geeigneten Militärpotential und der Widerstand in Wien gegen eine eventuelle Beschränkung des militärischen Status der BRD erklärbar, wenn auch angesichts der deutschen Geschichte nicht gerade verständlich.

Eine Übereinstimmung zwischen USA und Bundesrepublik in der Cruise-Missiles-Sache ist nicht in Sicht. Deshalb klingt es wie ein Kompromißvorschlag, was NATO-Generalsekretär Luns anläßlich der Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe von sich gab: die USA sollten ihre Cruise Missiles mit atomaren Sprengkörpern in Europa stationieren [107a]). Das hieße aber, vorwiegend auf dem

105) „Vorwärts", 14/1976.
106) Einem westlichen Friedensforschungsinstitut wurden konkrete Informationen zugespielt, wonach Minister Leber seinen US-Kollegen Rumsfeld bedrängte, die Cruise Missiles weder in die SALT-Gespräche noch in die Wiener Verhandlungen einbeziehen zu lassen. Die NATO müsse sich derartige Optionen offen halten, um gegenüber dem WP nicht ins Hintertreffen zu gelangen. Offensichtlich aber ging es Leber nicht um die NATO als Ganzes, sondern um spezielle Interessen bestimmter Kräfte in der BRD.
107) EA, 14/1976, S. 466.
107a) FR v. 20. 11. 1976.

Boden der BRD — wodurch die bestehende Overkill-Kapazität noch erhöht, statt verringert würde. Am Streben der BRD nach eigenen Marschflugkörpern wird dieser Vorschlag Luns nichts ändern.

Kräfte für und wider verstärkte Militarisierung der BRD

Nicht erst die Personalkrise an der Spitze der „Bundeswehr" in den letzten Wochen verdeutlichte den Geist derer, die sich „für die Sicherheit der BRD zuständig" glauben und die immer mehr Unsicherheit und Vernichtungsrisiko produzieren. Der wachsende Einfluß des MIK sowie die gefährlichen Intentionen und Folgen, die damit verbunden sind, zeigen sich schon seit Jahren [108]). Die Streitkräfte als internes und außenpolitisches Instrument eines restaurativen Staates — ein Produkt des Kalten Krieges und verletzten Völkerrechts wie Potsdamer Abkommen u. a. — waren von Anfang an auf revanchistische Ziele ausgerichtet und mit antikommunistisch-undemokratischem Geist erfüllt [109]). Die Hauptverantwortlichen in den aufzubauenden Streitkräften der BRD waren nicht nur Hitler-Generale, sondern zugleich Kriegsverbrecher und am Massenmord Beteiligte [110]). Der als Hauptkriegsverbrecher einzustufende General Heusinger, Hitlers einstiger Operationschef und erster Generalinspekteur der Streitkräfte, gehörte nach Kriegsende zur sogenannten „historischen Division", die für die USA „Erfahrungen" der Ostraubzüge auswertete und als Gegenleistung nicht vor Gericht gestellt wurde [111]). Diese „historische Division" brachte nicht nur zu Papier, daß man, wären 1940 schon Atombomben verfügbar gewesen, „Leningrad ... durch Atomwaffeneinsätze ausgeschaltet" und „Moskau ... zu atomisieren" versucht hätte [112]). Auch präsentierte sie Pläne, mit mindestens 30 Panzer- und Panzergrenadier-Divisionen bis „zur traditionellen russischen Verteidigungslinie längs des Dnjepr und den nordwärts fließenden Flüssen" vorzustoßen, um „die Kontrolle über diesen riesigen neuen Kampfplatz Europas zu erringen" [113]). Auf solche Pläne baute die Wiederaufrüstung der BRD und die spätere Roll back-Militärstrategie der NATO. Mindestens sieben Hitler-Generale der „historischen Division" erlangten Führungspositionen in den Streitkräften der BRD. Generale und Offiziere wie Graf v. Baudissin oder v. Bonin, die sich um das Konzept vom „Staatsbürger in Uniform" oder eine reine Defensivarmee gegen die alten Traditionen mühten, hatten keine Chance: durch die Anlage der Bonner Politik und durch die Kräfteverhältnisse in Generalität und Offizierskorps. Für die alten Generale ging es um Revanche; für sie blieb der Krieg trotz Kernwaffen „eine große Symphonie ... Es ist die Aufgabe der Generalstabserziehung, das heilige Feuer in der Brust der Offiziere zu entfachen, damit sie dem Krieg, der höchsten Steigerung menschlichen Lebens, gewachsen sind" [114]). In einer Generalsdenkschrift forderten die Traditionalisten die atomare Bewaffnung der Streitkräfte [115]). Sie verstanden sich „sui generis" als „Staat im Staate". Als der frühere Wehrbeauftragte Admiral a. D. Heye (CDU) vor dieser gefährlichen Entwicklung und

108) Vgl. u. a. Engelhardt/Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, Köln 1974; Schmidt, Der Militär-Industrie-Komplex, Frankfurt/M. 1972; H. Heye, In Sorge um die Bundeswehr, „Quick"-Sonderdruck, 1964.

109) Vgl. auch U. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der BRD, Köln 1974.

110) Der Verfasser konnte in einem Jahre dauernden Gerichtsverfahren mit über 500 Dokumenten den Nachweis führen, daß die damaligen Generale Heusinger, Speidel, Foertsch und Kammhuber wegen Anstiftung und Mitwirkung am Massenmord auf die Anklagebank gehören. Die Dokumente wurden vor Gericht verlesen. Die Generale quittierten kurze Zeit darauf den Dienst. Aber der alte Geist, in dem sie die Streitkräfte aufgebaut hatten, blieb erhalten. Das bewies u. a. auch die spätere Affäre des für die Erziehung der Soldaten verantwortlichen Generals Karst.

111) Vgl. „Beiträge zur Zeitgeschichte", 3/4-1959, S. 174; „Wehrkunde", 1/1959.

112) „Wehrkunde", 7/1960.

113) „Newsweek" v. 10. 4. 1950.

114) So General Boettiger, in: „Wehrkunde", 9/1964.

115) „Bulletin" v. 20. 8. 1960; vgl. auch Sonderheft der „Blätter" 1962: Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der BRD, S. 48/49.

vor dem „uniformierten Schrumpfkopf" warnte, wurde *er* entlassen und diffamiert, aber nicht jene, die den alten Geist und die alten Praktiken pflegten [116]).

Ein amtierender Inspekteur des Heeres durfte — alles folgende bereits unter SPD-Verantwortung — an der Seite Francos eine faschistische Siegesparade abnehmen. Offiziere der Führungsakademie applaudierten, als ihr chilenischer „Kamerad" Pinochets Diktatur verherrlichte. Der stellvertretende Kommandeur der Führungsakademie, General Raulf, wurde wegen Bestrebungen zur Mitbestimmung versetzt, der Traditionalist General Wagemann, bereits von früher durch neonazistische Äußerungen bekannt, kommandiert die Führungsakademie im alten Stil weiter. Offiziere der Streitkräfte ehrten den Hitler-Paladin Dönitz und nehmen an Kameradschaftstreffen der ehemaligen Waffen-SS teil, einer als „verbrecherisch" erklärten Organisation. Die Rüstungsgewinnler machten zu keiner Zeit solche Profite wie unter Minister Leber. Die Manöverlagen der Streitkräfte häufen sich, bei der gegen streikende Arbeiter und demokratische Massendemonstrationen vorgegangen wird. Damit wachsen Befürchtungen, Generalität und der MIK insgesamt könnten ihre Aufgabe so wie Pinochet in Chile verstehen [117]).

Vor diesem Hintergrund ist die gegenwärtige Führungskrise im Militärapparat zu sehen. Sie begann damit, daß Leber anstelle des zivilen Staatssekretärs Mann den General Schnell berief und damit das militärische Element zu Lasten der zivilen Kontrolle verstärkte. Seitdem Leber zuständiger Minister ist, „haben immer öfter die Militärs das letzte Wort" [118]). Daß der neue Staatssekretär Schnell bestimmte Atomwaffen in deutsche Verfügungsgewalt zu bringen versucht, um sie früher als von der NATO geplant einsetzen zu können, wurde kurz nach seiner Ernennung bekannt [119]). Linie und Kontinuität von der „historischen Division" über die Generalsdenkschrift bis zum neuen Staatssekretär sind erkennbar hergestellt. Paßt es dem Minister ins Konzept oder merkt er es nicht?

Mit dem erstmaligen Auftreten des unbelehrbaren Nazi-Offiziers Rudel in einer Kaserne der BRD zeigte sich deutlicher als vorher der alte Geist: unter einem SPD-Minister und -Kanzler. Die Entlassung der Generale Krupinski und Franke täuscht nur darüber hinweg, daß „die hohen Militärs" Leber „auf der Nase herum tanzen", daß mit der Rudel-Affäre „nur die Spitze eines Eisbergs sichtbar" wurde, weil Leber „mit Vorliebe konservative" Generale befördert; „progressive Offiziere haben hingegen kaum eine Chance, Generalssterne zu bekommen... Und auch sonst war Generalsfreund Leber willig. In seiner Fraktion drückte er alle beiseite, die den Militärs kein neues teures Gerät spendieren wollten" [120]). Atomwaffen oder Waffen mit ähnlicher Wirkung in den Händen von Generalen, die nichts vergessen und nichts dazugelernt haben? Damit erhielte das Y — Kfz-Kennzeichen der Streitkräfte — seinen Sinn: das Ende von Germany!

Die längst notwendigen personellen Veränderungen an der Spitze der Streitkräfte müßten beim Minister beginnen, wenn die Bedeutung des militärischen Faktors reduziert, die weitere Militarisierung gestoppt und der Entspannungs- und Demokratisierungsprozeß eingeleitet bzw. verstärkt werden sollten. Ein Minister für die Militärmacht, der auf seine Spitzengenerale „hört wie kaum einer seiner Vorgänger", der durch seine „unverhohlene Bewunderung für alles Militärische einem neuen Kommißgeist den Weg ebnete" und den die Generale „in der

116) Vgl. H. Heye, a.a.O.
117) Moneta/Horn/Hansen, Bundeswehr in der Demokratie — Macht ohne Kontrolle?, Frankfurt/M. 1974; vgl. u. a. auch „Wehrkunde", 10/1976, S. 493 ff.
118) „Der Spiegel", 43/1976; „Die Zeit", 43/1976; FR v. 13., 14. und 15. 10. 1976.
119) „Die Welt" v. 15. und 16./17. 11. 1976; FR v. 13. und 16. 11. 1976; UZ v. 18. 11. 1976.
120) „stern", 47/1976.

Tasche" haben [121]), der gehört gefeuert, wenn er nach diesen Skandalen nicht selbst den Hut nimmt. Allerdings ist dies nur zum Teil eine personelle Frage. Hier geht es vor allem um Politik, aber auch um Machtstrukturen.

Wo aber sind die Kräfte, die einen dringend erforderlichen Wandel herbeiführen können? Gibt es Mächte und Entwicklungen, die den verhängnisvoll gewachsenen Einfluß des MIK auf die Politik der BRD einzudämmen in der Lage sind?

Zunächst ist festzustellen, daß die seit Mai 1974 sichtbare politische Umgewichtung zugunsten des militärischen Faktors und zu Lasten entspannungsfördernder Handlungen gegen den Haupttrend der internationalen Entwicklung erfolgte. Verbal wird zwar auch in Bonn festgestellt, daß die Entspannung alternativlos ist und daß die koexistentielle Zusammenarbeit Erfolge für Menschen und Völker brachte [122]). Aber die rasant verstärkte materielle Basis des Militarismus in der BRD, der weiter wirkende Traditionalismus einer Aggressionsarmee in der Generalität, verbunden mit dem Festhalten aller Bonner Parteien an der „Einheit der Nation" und dem Streben nach der „Einheit Deutschlands" — was zusammen Grenzänderung und Krieg einschließt —, konterkarieren alle Friedens- und Entspannungsbekundungen [123]).

In der Weltpolitik wächst dagegen der Einfluß jener Kräfte, die Abrüstung auf die internationale Tagesordnung setzen. Die Friedensinitiativen der UdSSR in der UNO, gerichtet auf einen Gewaltverzichtsvertrag aller Staaten, auf eine Weltabrüstungskonferenz, auf Verbot von Entwicklung, Herstellung und Einsatz neuer Massenvernichtungsmittel werden von immer mehr Staaten und von einem zunehmenden Teil der Weltöffentlichkeit aktiv unterstützt. Mehr denn je drängen blockfreie Staaten und antiimperialistische Befreiungsbewegungen darauf, daß die Staaten mit den größten Rüstungsanstrengungen durch einen ersten symbolischen Schritt 10 % ihrer Militäretats für die Lösung der Weltprobleme und der sozialen Frage in ihren eigenen Ländern freisetzen. Wie der Weltkongreß der Friedenskräfte im Herbst 1976 in Helsinki zeigte, entwickelte sich die Weltfriedensbewegung zur größten Massenbewegung unserer Zeit. Den Appell des Weltfriedensrates gegen das Wettrüsten und für Abrüstung unterzeichneten in wenigen Monaten über 200 Millionen Menschen [124]). Der internationale Druck auf jene Staaten, die das Wettrüsten forcieren und auf jene Kräfte, die aus dem Rüstungsgeschäft Maximalprofite ziehen, nimmt weiter zu. Der politische Manövrierraum derer, die am Primat der Rüstung vor allen anderen Staatsaufgaben und an der Stärkung des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen festhalten, schrumpft insgesamt, auch wenn die Bundesrepublik, insbesondere ihr militärisch-industrieller Komplex innerhalb der NATO größeren Einfluß erlangten. Die Sachzwänge, die von ungelösten Weltproblemen wie atomare Vernichtungsgefahr, Hunger, Krankheit, Armut, Analphabetismus, Energieknappheit, außerhalb der sozialistischen Staaten auch Arbeitslosigkeit und Inflation ausgehen, drängen immer wuchtiger zur koexistentiellen Zusammenarbeit, zur friedlichen Lösung aller internationalen Differenzen und zur Abrüstung. Die Sensibilität in der Weltöffentlichkeit ist für diese Zusammenhänge rasch gewachsen, führte zu tieferer Einsicht in die konstruktiven Alternativen zum Wettrüsten und zur aktiven Bereitschaft, in diesem Sinne zu wirken.

In der BRD setzte die Kundgebung der 40 000 am 22. Mai 1976 in Bonn unter dem Motto „Stoppt das Wettrüsten" ein Signal für die verstärkte Aktivität koexistenz-

121) „Der Spiegel", 46/1976.
122) Bundeskanzler Schmidt, in: „Bulletin", 89/1976, S. 840; ebd., 41/1976, S. 389, Ziff. 7, und S. 390, Ziff. 8.
123) Vgl. S. Schwarz, in: „Deutsche Außenpolitik", 1/1975, S. 65 ff., und 2/1975, S. 227 ff.
124) Vgl. DVZ, 41/1976.

und abrüstungsbereiter Personen und Gesellschaftsgruppen [125]). An den Vorbereitungsveranstaltungen zu dieser beachtlichen Manifestation nahm eine große Zahl von Menschen teil, die ihren Informationsgrad über Rüstung und Abrüstung steigerten mit dem Willen, ihre Einsicht in die erkannten Vorteile verringerter Militärpotentiale und die Nachteile bzw. Gefahren des Wettrüstens weiterzuvermitteln. In gewerkschaftlichen Beschlüssen drückt sich immer deutlicher die Forderung „Sozialreformen statt Wettrüsten" aus. Der DGB-Vorsitzende Vetter verlangte auf der Bildungspolitischen Konferenz des DGB, die für „Rüstung und Rüstungsforschung benötigten Mittel einzuschränken und zum Ausbau der Infrastruktur und besonders dem Bildungswesen" verfügbar zu machen [126]). Wenn die Gewerkschaften ihre Möglichkeiten noch stärker für die Abrüstung einsetzten, wären wir auch in der BRD bald einen großen Schritt weiter.

Auch in den Kirchen wachsen Einsicht und Aktivität für Abrüstung. Nachdem der Weltkirchenrat in Nairobi ein Antimilitarismus-Programm beschloß, unterzeichneten bereits einige tausend evangelische Pfarrer der BRD, darunter Pröpste und Kirchenräte, einen Aufruf für Abrüstung. In den meisten Jugend- und Studentenorganisationen hat sich die Parole „Bildung statt Rüstung" seit langem durchgesetzt.

Das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit beschloß für das Jahr 1977 ein umfangreiches Aktionsprogramm, um die Bewegung zu verbreitern und den Einfluß auf die politische Entwicklung zu verstärken [127]). Alle, die erkennen, daß die Abrüstung eine Hauptaufgabe unserer Zeit ist, sind zur Mitwirkung aufgerufen. Alle, die für eine weltweite Verringerung der Militärlasten und der für sie benötigten menschlichen und natürlichen Energien zugunsten besserer Lebensbedingungen aller Völker eintreten, sollten dies gemeinsam mit Gleichgesinnten tun. So wächst die erforderliche Gegenmacht.

Je mehr es gelingt, die Ergebnisse der KSZE [128]) gegen den Widerstand des militärisch-industriellen Komplexes zu realisieren — das ist sowohl eine staatliche und gesellschaftliche Aufgabe auf internationaler Ebene, als auch auf innenpolitischer —, desto leichter kann der wachsende Militarismus gebremst und das Gewicht des militärischen Faktors intern und in den zwischenstaatlichen Beziehungen verringert werden. Die Durchsetzung des politischen Auftrags der Schlußakte der KSZE ist die praktikable Alternative gegen eine drohende neue Qualität des Militarismus in der BRD. Für diese Alternative und Perspektive gilt es alle Kräfte und Energien zu mobilisieren.

125) DVZ, 22/1976; „Bulletin Nr. 6 des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit".
126) UZ v. 15. 11. 1976.
127) Vgl. DVZ, 46/1976.
128) „Blätter", 8/1975; ferner „Zwischen Helsinki und Belgrad, Perspektiven fortschrittlicher Gesellschaftspolitik im Zeichen der KSZE", in: „Blätter", 7/1976, S. 733 ff.

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

76 *Simon* Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDA, BDI und DIHT. 240 S. DM 12,80

81 *Kahl*, Positivismus als Konservatismus. 301 S. DM 14,80

82 *Butterwegge* Alternativen der Wirtschaftslenkung. 200 S. DM 9,80

84 *Hinrichs/Peter* Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft und Rationalisierung in der Weimarer Republik. 298 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Bürgerinitiativen, Atomenergie und Wissenschaft*)

Von Hans-Helmuth Wüstenhagen

Wer die Argumentation der Bürgerinitiativen gegen die Atomenergie untersucht, wird nicht nur auf einen breiten Fächer technisch begründeter Aussagen stoßen, sondern auch erkennen, daß dieser Kampf für die Bürgermitbestimmung, für eine moderne Demokratie geführt wird.

Keine der bisher bekannten Großtechnologien konnte die Macht der *Technokratie,* ihre bestimmende Rolle für die Gesellschaft so ausbauen, wie es im Bereich Kernenergie der Fall ist.

Wer den das Parlament zu einem Schattendasein verurteilenden Einfluß der Promotoren der Atomenergie studiert, muß erkennen, daß die Mandatsträger de facto ausgeschaltet wurden und Technokraten im Grunde die politischen Entscheidungen fällten. Das „entmachtete" Parlament stimmte ja nicht *selbst* den grundlegenden Entscheidungen für die Kernenergie zu! Es gab sein Votum zu diesem Problemkreis, zu Rentabilitäts-, Sicherheits- und Folgeabschätzungen, ohne den tatsächlichen Inhalt der Entscheidungen in der Tat ausreichend beurteilen zu können.

Hier ist ein Einbruch in den Rechtsstaat erfolgt, weil für den einzelnen Abgeordneten eine Überschaubarkeit der Entscheidungen nicht mehr gegeben war. Sie stimmten dem zu, was ein Gutachtergremium empfohlen hatte, und dies ohne Kontrolle, ob die Auswahl der Gutachter optimal war. Die individuelle Verantwortung wurde delegiert, ohne daß die Gutachter politische Konsequenzen zu tragen hätten.

Das „entmachtete" Parlament, die Statistenrolle der Mandatsträger im „Fall Kernenergie" kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden. Wer aber die möglichen Folgeabschätzungen der Atomenergie leidenschaftslos untersucht, wird Eingriffe in das Dasein und die Zukunft der Bürger erkennen, die so weitgehend sein können, wie es bei herkömmlichen Technologien nie der Fall war. Berücksichtigt man, daß die Entscheidung für die Kernenergie — dies trifft auf alle westlichen Demokratien zu — durch die Delegation von Politikern auf die Gutachter erfolgte, dann erheben sich ernste Fragen über die Funktionstüchtigkeit unserer Demokratie. Diese Fragen umfassen den Komplex: Wer entscheidet denn tatsächlich? Wie und von wem wurde die Entscheidung herbeigeführt? Welche Verantwortung tragen die wirklich verantwortlichen Gutachter? Sind sie für die Bürger überhaupt greifbar? Stellen sie sich der öffentlichen Diskussion? Wer hat eigentlich diese Gutachter „begutachtet"?

Und in der Tat: Der elitäre Kreis einiger weniger Gutachter machte und macht heute noch die Atompolitik. Niemand kennt ihre politische Orientierung, ihre gesellschaftspolitische Einstellung, ihre menschliche Qualifikation. Kaum jemand in der Öffentlichkeit weiß, wer sich hinter der die Bundesregierung beratenden „Reaktorsicherheitskommission", der „Strahlenschutzkommission" verbirgt! Kein Mitglied dieser doch wirklich maßgeblichen Gremien hat vor einer breiten Öffentlichkeit jemals Rede und Antwort gestanden. Hier ist ein Vorhang herunter-

*) Erscheint zugleich in Band 28 der „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen" (Pahl-Rugenstein Verlag): Wüstenhagen/H. J. Krysmanski/R. Krysmanski/Hinz, Umweltmisere, Bürgerinitiativen und die Verantwortung der Wissenschaftler.

gelassen, der dem Außenstehenden, ja selbst dem Politiker kaum eine Beurteilung erlaubt.

Unterstellt man diesen Gremien die Vertretung der sogenannten „reinen" Wissenschaft (die es gar nicht gibt), dann ist die Beratung durch Fachwissenschaftler, fern von politischen Zusammenhängen, irrelevant oder zumindest so einseitig, daß sie fehlerhaft sein muß. Zur Beurteilung der Sicherheit einer Schraube im Reaktorbetrieb können diese Experten selbstredend etwas sagen. Ob allerdings gerade sie, die im Dienste dieses Wissenschaftszweiges stehen, über die Verantwortlichkeit der eigenen Technik, durch die sie groß geworden sind, *die* Aussagekraft besitzen, mag bezweifelt werden. Wo bleibt — und dies ist mehr als notwendig — die strenge wissenschaftliche Untersuchung, wie es mit den Menschen aussieht, die sich in diesem technokratischen Bereich hochgedient haben, die in „ihm" aufgewachsen sind? Sind sie „Diener des allgemeinen Interesses" oder lediglich der Technik, die sie selbst mit groß gemacht haben? Was würde geschehen, wenn einer derjenigen, die Amt, Würden und Wohlstand dieser Technologie verdanken, am Stamm, der ihn trägt, zu sägen beginnt? Welche Folgen sind für den, der aus der Crew ausbricht, möglich? Welche menschliche Haltung wäre hierfür nötig? Mit Sicherheit ein über sich selbst Hinauswachsen und menschliche Kraft.

Diese heimlichen, aber nicht gewählten Herrscher bestimmen durch ihre Aussagen direkt oder indirekt, was der Staat zu tun hat, welche Mittel dem eigenen Forschungszweig letzten Endes zufließen. Sie sind es, welche Regierung und Parlament veranlassen, durch permanente und beliebig erweiterbare „Forschungsvorhaben" immer tiefer in die Verpflichtung „Kernenergie" einzusteigen und — weil es sich „um zu verantwortende" Steuermittel handelt — sich in einen immer größer werdenden politischen Zwang zu bringen.

Welcher Politiker, welche Regierungsfraktion, welche Regierung könnte die Milliarden, die bisher für die Atomenergie aufgewandt wurden, gegenüber dem Stimmbürger als im Grunde hinausgeworfen rechtfertigen?

Die letzten Endes demokratisch nicht einwandfrei kontrollierte Schraube dreht und dreht sich. Ihr Gewinde hat bereits soviel Spielraum erreicht, daß dies Regierungen und Parlamentsabgeordneten zur Selbstverständlichkeit geworden ist. 18 Mrd. hat der Bund bisher in die Entwicklung für die Kernenergie gesteckt. Wer aber alle Aufwendungen, alle Subventionen mit Akribie untersucht, die in anderen Haushaltstiteln versteckt sind — und dies ist bis heute leider nicht geschehen —, käme mit Sicherheit auf einen erheblich höheren Betrag. Über die im Gefolge der Atomenergie entstandenen Dienststellen in Bund und Ländern, über die Kosten von Sicherheitsmaßnahmen ebenfalls im Gefolge der Kernenergie für die öffentliche Hand zum Beispiel, existieren keinerlei monetäre Aufstellungen. Allein der notwendige Verwaltungsaufwand für die Kernenergie kostet heute schon Bund und Länder mehrfache Millionenbeträge. Die Kosten der Kernenergie wachsen wie ein Krebsgeschwür, und dies ebenfalls völlig unkontrolliert.

Wer weiß, daß die „saubere" Kosten/Nutzen-Analyse für die Kernenergie bis heute nicht existiert, fragt sich außerdem, unter welchen volkswirtschaftlichen Voraussetzungen dieses Lotteriespiel betrieben wird . . .

Welche demokratische Einstellung (und wer garantiert hierfür?) haben eigentlich die Mitglieder der „beratenden" und in Wirklichkeit bestimmenden Wissenschaftler-Gremien? Der „Radikalenerlaß", so wird begründet, solle den Staat

schützen. Wer aber schützt den Staat vor den im Bereich ihrer Wissenschaft „radikalen Wissenschaftlern"? Kann eine die Umwelt gefährdende Technik — bis heute übersehen wir nicht einmal den Gesamtkomplex der möglichen Gefährdung — nicht das Leben vieler Mitbürger bedrohen? Besteht durch von ihrer Wissenschaft her „radikale" Gutachter nicht eine große Gefahr, die wir alle ernst nehmen müßten?

Wer aus dem elitären Kreis der Atomenergie-Gutachter hat über den engen Verbund der Fragen von Freiheit in einer Demokratie und Zwang zur Unfreiheit durch die Sicherung von kerntechnischen Anlagen vor Terror und Sabotage schon einmal nachgedacht? Eine Sonderpolizei wird, baut man die Kernenergie so aus wie vorgesehen, zur dringenden Notwendigkeit. Eine Sonderpolizei, die mit heute noch unbekannten Sondervollmachten auszurüsten ist! Wer aus dem Kreis der Gutachter hat sich mit den Gedanken befaßt, ob diejenigen, welche die Atomreaktoren beherrschen, sich nicht zu den Beherrschern des Volkes erheben könnten? Sind Forschungsvorhaben in dieser Richtung jemals in Auftrag gegeben worden? Wo bleiben Gutachten über die Aufstockung der „Atompolizei", der für sie notwendigen „Sondervollmachten", ihre Auswirkungen auf unsere Demokratie? Welche Verstärkung benötigt die Polizei, um die immer mehr an Zahl wachsenden Atomkraftwerke und nuklearen Transporte sowie zukünftige Wiederaufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe zu sichern? Welche zusätzlichen Kosten werden entstehen? Was veranlaßte eigentlich den Staat, viele der Problemkreise bis heute ununtersucht zu lassen? War es das Gremium der Berater? Wer befaßt sich damit, einmal aufzuzählen, was dieser Kreis an grundlegender Polit-Beratung unterließ und welche Gründe hierfür dann vorgebracht werden?

Hat sich der Staat bei der Berufung z. B. der Reaktorsicherheitskommission nur — überspitzt ausgedrückt — auf die Sicherheit der Reaktorschrauben beschränkt? Auch wenn dem so ist, wäre es nicht Aufgabe dieser Wissenschaftler gewesen, ihrer Gesamtverantwortung getreu, auf alle offenen Fragen zu verweisen? Oder ist diese Kommission überhaupt nicht in der Lage, Gesamtzusammenhänge zu begreifen und zur Diskussion zu stellen?

Wer überhaupt hat die *Leerstellen* der Entscheidungsprozesse, ihre sich immer mehr und deutlicher offenbarende „Halbheit" untersucht und Folgerungen daraus gezogen?

In all diesen Fragen findet das Aufbegehren der Bürger gegen diese Technik auch ihre Erklärung. Nicht die in enge Bereiche eingebundenen Fachwissenschaftler, die „Götter der Beratung", der „Beeinflussung" und „politischen Steuerung" des Durchsetzens der Kernenergie, die eine nicht mehr wissenschaftliche, sondern staatliche Macht ausüben (der sie sich zum Teil wahrscheinlich gar nicht bewußt sind), waren es, welche diese großen Unterlassungen aufzeigten, sondern Bürger, denen es um den Schutz des Lebens und damit um eine zutiefst demokratische Haltung ging.

Das Echo auf die immer lauter werdende harte Kritik der Bürger zeigt, welch elitäres Denken manchen dieser jetzt Betroffenen beseelt. „Spinner, Phantast, Ostagent, Systemveränderer" sind Bezeichnungen und Beurteilungen, die man den Gegnern der Kernenergie emsig unterstellt. Oft wird, um die eigene Ansicht zu verteidigen, zum äußersten Mittel der Diffamierung gegriffen. Kann sich die Atomenergie nur noch auf dieser Basis durchsetzen? Es scheint fast so.

Die in die Werbung gesteckten Millionen der Energieversorgungsunternehmen, der Kernindustrie, die — untersucht man Zusammenhänge — zumindest zum Teil (Beispiel über Forschungsaufträge) vom Staat indirekt finanziert sind, dienen einer unverantwortlichen Meinungsmache. Hier gibt es „gelöste" Probleme am laufenden Band, ungelöste werden als gelöst vorgestellt. Wohl kaum sind bisher so hohe finanzielle Mittel für die Werbung ausgegeben worden wie für die Kernenergie. Die Propagandawelle, die Halb- und Unwahrheiten aneinanderreiht, erklärt die Atomenergie nicht nur als ausgesprochen umweltfreundlich. Die „ausgehenden Lichter", kommende Armut ohne Durchsetzung der Kernenergie stehen hier dem Glück des Volkes mit Atomenergie gegenüber. Die Darstellungen sind ein Beweis für den geistigen Hintergrund derjenigen, die diese Werbung veranlaßt und auch zu verantworten haben. Es zeigt sich deutlich, was die Auftraggeber vom „mündigen Bürger" halten. Die Antwort hierauf lautet: Nichts!

Volksverdummung aber hat Grenzen. Nicht zuletzt ist es gerade der Art und Weise der Kernenergiewerbung zu verdanken, daß immer mehr Bürger nachdenklich werden.

Wie Hitlers vergebliche Endsieg-Werbung mit dem Slogan „Wollt Ihr Kanonen oder Butter?" verbunden war, wiederholen die Werbeverantwortlichen der Kernenergie dies mit: Wollt Ihr Atomkraftwerke und damit Wohlstand oder keine Atomkraftwerke und damit wirtschaftlichen Niedergang, Armut und Siechtum? Wer einen an der Realität vorbeigehenden, unlauteren „Wettbewerb" betreibt, sollte von den Trägern dieses Staates, der gewählten Regierung, den Abgeordneten, zumindest zur Ordnung gerufen werden. Was aber geschieht? Regierung und Abgeordnete schweigen. Warum? Welches sind die Beweggründe, daß immerhin halbstaatliche Energieversorgungsunternehmen, in denen allzu oft auch gewählte Vertreter des Volkes sitzen, diese Art von Werbung betreiben? Wer veranlaßt das Schweigen der Politiker, welches immer peinlicher, immer gefährlicher für unsere Demokratie wird? Welche Zusammenhänge bestehen hier? Stößt man da in Bereiche, die besser nicht aufgedeckt werden sollten?

Als im Januar 1976 im Deutschen Bundestag die „Kernenergiedebatte" stattfand, hielten es ganze 10 % der Abgeordneten für nötig, ihr bis zum Schluß zu folgen. Diese Debatte war sicherlich eine der wichtigsten des Jahres. Die große Problematik der Kernenergie scheint den Abgeordneten noch weitgehend unbekannt, sonst hätten sich — dies muß angenommen werden — nicht 90 % desinteressiert gezeigt. Bei ihnen scheint — im Gegensatz zu vielen Bügern — die Werbung der Kernindustrie die richtige Wirkung gezeitigt zu haben.

Noch nie scheinen diese Parlamentarier davon gehört zu haben, daß die nukleare Katastrophe eines Kernkraftwerks durchaus möglich sein und im negativsten Fall Millionen das Leben kosten kann, daß diese Katastrophe ein nationales Ausmaß hätte und ihre Auswirkungen durchaus mit einem lokalen Krieg zu vergleichen wären.

Findet der „moderne Krieg" zukünftig auf der Ebene dieser dann nationalen Katastrophen statt? Wer trägt hierfür die Verantwortung? Sicherlich mit jene 90 % der Abgeordneten, die sich der Kernenergiedebatte durch Abwesenheit entzogen.

Eingehend sollte man auch die Fachwissenschaftsbereiche Kernenergie an Universitäten und den verschiedenen Forschungsinstituten untersuchen, um Fehler-

quellen bei der Technologiebewertung zu erkennen. Für den Eingeweihten steht fest, daß die „Freiheit der Forschung" im Bereich Kernenergie nur insofern vorhanden war, als sie sich direkt auf deren Förderung bezog. Kritische Wissenschaftler wurden in dem Augenblick unerwünscht, da sie sich aus der rein fachbezogenen technischen Forschung heraus interdisziplinär zu äußern begannen. Die Hierarchie der Forschungseinrichtungen scheint in ihrer Struktur lediglich den — überspitzt ausgedrückt — „idealen Fachmann" zuzulassen, nicht aber den Wissenschaftler, der sich bemüht, in Zusammenhängen zu denken.

Mit Sicherheit gab und gibt es im Kreis der Wissenschaftler pro Atomenergie solche, die — von der Größe und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Macht einer Entwicklung geblendet — in ihr eine der Möglichkeiten für die Überlebenschance einer Erdbevölkerung auf überfülltem Raum, in dem die natürlichen Ressourcen zu Ende gehen, sehen. Allerdings steht in diesem Kreis das Zahlenspiel der Atomenergie im Vordergrund, während die möglichen Auswirkungen kaum ernsthaft berücksichtigt werden.

Fast alle Wissenschaftler, welche die Kernenergie vertreten, sprechen — zwar sehr unterschiedlich pointiert — auch von ihrem Risiko. Sie suchen Vergleiche der Vertretbarkeit dieses Risikos mit anderen des täglichen Lebens. Weil wir bereit sind, das Kraftfahrzeug zu benutzen — so argumentieren sie —, könne auch das angeblich viel geringere Risiko atomarer Anlagen getragen werden.

Untersucht man die Hintergründe dieser Auffassung, die damit verbunden ist, daß ja das Leben an sich ein dauerndes Risiko sei, dann stellt sich die berechtigte Frage, welche ethische Einschätzung es gestattet, diese gefährliche Technik mit der bisher als „normal" geltenden Risikobetrachtung zu vergleichen. Anstelle des „Die moderne Technik hat das Leben zu sichern und zu bewahren" ist bei den Wissenschaftlern der Kernindustrie eine fast *selbstverständliche* Lebensvernichtung getreten. Die materiellen Vorteile, so sagen sie, geben uns das Recht, „minimale" Verluste einzukalkulieren. Die Toten auf unseren Straßen erscheinen den Promotoren als Beweis der Vertretbarkeit ihrer Technologie. Wer aber kann mit gutem Gewissen dieses Leid vertreten? Wenn wir schon an den Verkehrsfolgen erkennen müssen, in welchen Engpaß wir geraten sind, dann darf es einfach nicht erlaubt werden, ihn für die Vertretbarkeit der Kernenergie als (un)moralischen Zeugen anzuführen. Die Realisten, die Tote einfach „mir nichts, dir nichts" einkalkulieren, sollten mit Sicherheit hierfür zur Verantwortung gezogen werden. Geplanter, berechneter Mord an *Unbekannt* — geplant, berechnet, toleriert durch den Staat, der die Kernenergie zuläßt. Wer aber von denjenigen, die dies propagieren, wäre als Opfer bereit — aus der gepredigten Theorie ausscherend —, sich der Praxis zur Verfügung zu stellen? „Ich bin kein Selbstmörder", würde die Antwort lauten. Nach dem Sankt-Florians-Prinzip handelnd, heißt es doch bei diesen Leuten: „Ich werde schon nicht derjenige sein, der daran glauben muß!"

Viele der Atomwissenschaftler, die vom Risiko sprechen, tun dies unwissenschaftlich und unehrlich. Warum? Keiner von ihnen kann die berechtigte Frage beantworten, was eigentlich „vertretbares" Risiko sei. „Vertretbares Risiko" aber wäre, definiert und allgemein anerkannt, die einzige Voraussetzung, um hier überhaupt eine Aussage machen zu können, weil der Bereich, der außerhalb des Vertretbaren läge, für unzulässig erklärt werden müßte. Noch absonderlicher erscheinen unter dieser Betrachtung die Gerichtsurteile, die sich mit der Zulässigkeit und den möglichen Folgen von Kernkraftwerken befassen.

Die Dritte Gewalt im Staate, die bei Prozessen über die Zulassung und den Betrieb von Kernkraftwerken entscheidet, tut dies also willkürlich. In einem Rechtsstreit wäre es notwendig, daß sich das Urteil eines Gerichts am „vertretbaren Risiko" orientiert. Jeder Urteilsspruch scheint demnach bisher ein politischer gewesen zu sein. Politische Urteile jedoch werden — so wird es uns gesagt — nicht in demokratischen, sondern lediglich in autoritären Staaten gefällt.

Welcher Staatsrechtler aber hat bislang hierüber nachgedacht? Die Unterhöhlung der Freiheit der Bürger mag heute durch Großtechnologien, wie die der Atomenergie, stärker und weitgehender gefährdet sein als durch politische Ideologien.

Wer von den Parlamentariern, die einem kleinen Kreis von Sachverständigen gehorchen, welches Mitglied der Regierung (die lediglich Wohlstand verspricht und bei diesen Vorhaben de facto „um jeden Preis"), wer bei den Atomtechnikern, den Wissenschaftlern der verschiedensten Disziplinen hat über mögliche Folgen dieser Entwicklung sich genügend Gedanken gemacht? Die Bürger hingegen haben angefangen nachzudenken. Die Bürger sind wach geworden. Sie forderten in dem Augenblick ein Mitspracherecht, als sie all diese Unterlassungen und Fehlermöglichkeiten erkannten. Da die Mandatsträger ihre Kontrollfunktion nur ungenügend wahrnahmen, mußte der Bürger sich zu Wort melden, mußte er sein Recht in der Demokratie selbst vertreten. Schon längst ist das Verhalten des Parlaments, der großen politischen Parteien in Sachen Atomenergie zum öffentlichen Skandal geworden und damit zu einer Bewährungsprobe unserer Demokratie. Welche Rolle bei diesem Skandal die einseitige und damit falsche Orientierung des Parlaments durch Wissenschaftler spielt, mag dahingestellt bleiben. Die Verantwortung tragen trotzdem die Politiker.

Lehren aus den Erkenntnissen zu ziehen, wäre denkbar einfach. Sie würden — kämen sie zum Tragen — die Einsicht der Gewählten voraussetzen. Atompolitik und Atomwissenschaft, wie auch Atomtechnik, müßten auf ihre Schwachstellen hin untersucht werden. Ernsthaft zu prüfen ist, ob wir diese gefährliche Form einer Energie überhaupt benötigen und ob es nicht genügend andere Lösungen gibt. Hierfür aber wäre Zeit vonnöten, die, *ehrlich* genutzt, nicht unter dem Zwang stehen dürfte, weitere Kernkraftwerke zu bauen.

Es ist sinnlos, über die Atomenergie entscheiden zu wollen, wenn die mit ihr verbundene Industrie immer weiter wächst und schon allein hierdurch ein immer stärkerer Zwang entsteht.

In den Bereich einer dringend notwendigen breiten Diskussion über die Kernenergie gehört, wie wir uns zukünftig dagegen absichern können, von einer Technologie überrannt zu werden, bevor wir ihre Gefahren klar beurteilen können. Was die Kernenergie selbst betrifft, so könnten wir uns heute noch, wäre der politische Wille vorhanden, von ihr trennen. Noch sind wir in diese Technik nicht derart verstrickt, was Abhängigkeit und Arbeitsplätze anbelangt, daß wir das Steuer nicht herumreißen könnten. In wenigen Jahren — geht die Entwicklung im gleichen Maße weiter — wird es anders sein.

Klugheit, Vernunft und Humanität wären die Väter eines Moratoriums. Die Lehre der Geschichte jedoch zeigt, wie selten Entscheidungen unter diesen Prämissen gefällt worden sind.

Ära „Atomenergie" sagen die einen und verbinden diese mit den Begriffen Fortschritt und Wohlstand. Sie dürften ein Trojanisches Pferd in unserem Staat aufgestellt haben. Die Kernkraftwerkskatastrophen werden kommen, das besagen die Wahrscheinlichkeitsberechnungen. Über das Ausmaß solcher Katastrophen kann viel vorausgesagt werden, Es ist nicht alles. Was aber behaupten die Atombefürworter? Keine Technik sei so weitgehend erforscht, auf keinem Gebiet sei man über die möglichen Folgen so gut unterrichtet... Leider vergessen sie anzufügen, daß keine der bisher bekannten Technologien ein solch unübersehbares Gefährdungspotential aufweist wie eben die Kernenergie.

Wer möchte das heute noch bestreiten? Allein die Ablagerung von radioaktivem Müll stellt uns vor Probleme, die wir einfach nicht zufriedenstellend lösen können, wenn wir bedenken, daß wir ihn Tausende von Jahren sicher aufbewahren müssen. Wie sieht es aus, wenn wir durch immer mehr Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen eben doch mehr an künstlicher Strahlung abbekommen? Wissen wir überhaupt schon genügend über die Auswirkungen der Strahlung? Sind die Erfahrungen durch Atombombenexplosionen — was die Auswirkungen der Strahlung anbetrifft — tatsächlich vergleichbar mit einer Kernkraftwerkskatastrophe?

Ein weiterer, in dieses Zeitalter nicht mehr passender Faktor: Wir können unsere Umwelt, die in vielen Bereichen bereits mehr als belastet ist, nicht noch mehr vergiften. Die Milchmädchenrechnung, daß wir dies mit neuen Stoffen immer in einem bestimmten Maße tun dürften, geht auf längere Zeit nicht mehr auf. Dieser in den letzten Jahrzehnten sich ständig stärker beschleunigende Vorgang der weltweiten Verschmutzung stellt einen Vorgriff auf das Lebenspotential kommender Generationen dar. Verantwortung — wo ist sie hier zu finden? Reicht doch anscheinend das politische Gewissen der staatstragenden Parteien nur für eine vierjährige Wahlperiode. Wird hier dem Bürger — um der Macht willen, die man behalten möchte — nicht ganz bewußt die Unwahrheit gesagt? Wäre es nicht höchste Zeit, im politischen wie auch im parlamentarischen Raum über diese begrenzte Welt zu sprechen? Stehen unsere Parlamentarier nicht fortwährend auf der Seite der Industrie, die im Gegensatz zur tatsächlichen Situation behauptet, alles sei technisch machbar, Umweltbelastungen könnten beliebig reduziert, die Produktion (trotz zu Ende gehender Ressourcen) gesteigert werden? Haben die Parlamentarier denn nicht erkannt, daß — schlagen sie durch Gesetzesmaßnahmen eine Verminderung der Umweltbelastung vor — die Industrie sofort mit drohendem Verlust an Arbeitsplätzen antwortet?

Falsch programmiert scheint vieles in diesem Staat. Die Bürger aber, die sich organisieren, die aus Erkenntnis und Gewissen sich dieser Entwicklung entgegenstellen, werden sie die Durchsetzungskraft haben, das politische Geschehen zu verändern? Wird der Staat, werden die großen Parteien — fühlen sie sich angegriffen — nicht so reagieren wie die Gummiknüppel von Wyhl? Werden die Maßnahmen gegen die Bürger verstärkt? Alles deutet darauf hin, daß jetzt schon durch die verschiedenen Verordnungen, die Bonn erlassen will, das Bürgerrecht weiter eingeschränkt wird. Wird dieser, unser Staat immer radikaler werden? Mit Haft den berechtigten und notwendigen Ungehorsam seiner Bürger bestrafen?

Werden die Gewerkschaften lediglich die Politik der Lohnerhöhungen fortsetzen? Werden sie zusammen mit der Industrie ihren Weg weitergehen und ihre

gesellschaftspolitische Aufgabe vergessen? Die Auseinandersetzung der IG Metall um die Humanisierung der Arbeitswelt ließ vor Jahren aufhorchen und hoffen, daß neben der Lohnpolitik auch Humanität vordringlicher Inhalt der Gewerkschaftspolitik sei. Wer die jungen, alerten Herren sieht, welche die Gewerkschaften bei der Anhörung zu Umweltgesetzen und Verordnungen in Bonn vertreten, verliert jede Hoffnung. Sie unterscheiden sich fast in nichts von den Repräsentanten der Industrie.

Die „moralischen" Institutionen, die Kirchen? Werden sie ihr sich von Tag zu Tag verringerndes Gewicht in die Waagschale für eine lebensfähige Umwelt werfen? Wyhl schien hier ein Anfang, doch allzu schnell ging der Vorhang des Schweigens wieder herunter.

Können wir Hoffnung haben? Hoffnung nur dann, wenn die Bürger den Notbehelf der Bürgerinitiativen richtig handhaben. Was aber heißt dies? Für das einzutreten, was man als richtig erkannt hat. Zeit, Mühe und Geld müssen aufgebracht werden. Der Drohung von außen ist zu widerstehen.

Diese Arbeit, von der Basis her getan, ohne große Organisation, ohne Unterstützung, ist schwer. Die Veränderung des Denkens, der Verzicht auf falschen Fortschritt wird sich nur von der Basis her entwickeln und weiterverbreiten können. Die Zwänge, die durch falsche großtechnologische Entwicklung sich heute schon teilweise zeigen, führen zur galoppierenden Schwindsucht unserer Bürger- und Lebensrechte. Treiben wir die gefährliche Entwicklung weiter so voran, dann werden wir die in Kürze auftretenden Probleme kaum mehr lösen können.

Die Bürgerinitiativen sind überall im Lande angetreten. Manches haben sie bereits verändert. Die Kernenergie, und dies ist den vielen Initiativen zu verdanken, ist zu einer Frage unserer Demokratie geworden.

Medien unter Druck

Zur Entwicklung der inneren Pressefreiheit

Von Andreas Bartsch und Reinhard Bispinck

Die von den Rechtskräften seit Jahren betriebene stetige Einschränkung demokratischer Rechte macht auch vor der inneren Pressefreiheit in den Massenmedien nicht halt. In den Rundfunk- und Fernsehanstalten, aber auch in der Presse greifen Programmverantwortliche, Chefredakteure und Herausgeber immer häufiger zu mehr oder weniger offenen Maßnahmen der Zensur oder versteckten, bisweilen auch offenen Repression.

Eines der jüngsten und zugleich auch gravierendsten Beispiele ist die vorläufige Absetzung der vom Norddeutschen und Westdeutschen Rundfunk (NDR und WDR) gemeinsam erstellten 13teiligen Fernsehreihe für Arbeitnehmer „Der Betriebsrat". Ursache war das seit Monaten andauernde Sperrfeuer der Arbeitgeberverbände, denen offensichtlich die ganze Richtung des Fernsehkurses nicht paßte, und die daraufhin gegen die Sendereihe mobilmachten. Erinnert sei auch an den „Fall" Wolfgang Hahn, Moderator eines Rundfunkmagazins beim NDR, der zu Zeiten der Diskussion um die Reform des Paragraphen 218 ein passendes Kästner-Gedicht zitierte und eine Platte von Qualtinger („Die Engelmacherin") spielte. Hahn wurde daraufhin vom Dienst suspendiert.

Aus dem Pressebereich sei der Fall des Redakteurs Peter Kleinert vom „Kölner Stadt-Anzeiger" aufgeführt. Kleinert hatte sich in einem Filmbericht für den WDR über die Kriminalberichterstattung in der Presse („Immer auf der Seite der Opfer") kritisch auch mit Berichten seiner eigenen Zeitung über PVC-Erkrankungen in der Firma Dynamit-Nobel AG auseinandergesetzt. Ergebnis: Nach seiner vom Verleger verfügten Kündigung kämpft Kleinert augenblicklich vor den Arbeitsgerichten um seinen Arbeitsplatz.

Als schwerwiegender Eingriff in die innere Pressefreiheit ist auch die Äußerung des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf anzusehen, der aufgrund der ihm nicht genehmen Wahlkampfberichterstattung der „Deutschen Presseagentur" die Frage aufwarf, ob denn eine Nachrichtenagentur, die im Informationsbereich nahezu eine Monopolstellung innehabe, das Recht der inneren Pressefreiheit für sich in Anspruch nehmen dürfe [1]).

Die Liste dieser Beispiele kann beliebig verlängert werden. Doch illustrieren schon diese wenigen Fälle, wie heute in den Massenmedien mit der inneren Pressefreiheit umgesprungen wird; wozu die Verantwortlichen imstande sind, wenn es um die Verhinderung einer kritischen, vorurteilsfreien Berichterstattung geht. Für die Betroffenen — und das sind sowohl die Journalisten als auch die Konsumenten von Presse, Funk und Fernsehen — ist es wichtig, sich mit dieser Verletzung eines wesentlichen Grundrechts auseinanderzusetzen, damit einerseits die Absichten derjenigen, die hinter diesen Maßnahmen stehen, erkannt werden können, und andererseits rechtzeitig der Widerstand der Betroffenen organisiert werden kann. Zunächst ist es erforderlich, sich einige Tatbestände ins Gedächtnis zurückzurufen, die zum Verständnis der anhaltenden Kampagne der Rechtskräfte in diesem Lande unumgänglich sind.

Die ökonomisch-politischen Rahmenbedingungen

Wer aktuellen Ereignissen im Bereich der Massenmedien auf den Grund gehen will, kommt nicht umhin, einen kurzen Blick in die Nachkriegsgeschichte zu werfen. Wer sich über die mangelnde Stärke und Präsenz einer demokratischen Presse in der Bundesrepublik wundert, findet dort die Erklärung. Und wer danach fragt, warum die Presse hierzulande nach den Grundsätzen eines beliebigen Wirtschaftsunternehmens geführt wird, der muß ebenfalls die Geschichte bemühen. Wie beim Aufbau ökonomischer und politischer Strukturen allgemein, bemühten sich die Alliierten auch im Bereich der Massenmedien nach Kräften und mit einigem Erfolg um die Restauration kapitalistischer Verhältnisse. Nachdem es unmittelbar nach der Kapitulation und einem kurzen massenmedialen Blackout zunächst Mitteilungsblätter der Besatzungsmächte gegeben hatte, gingen die Alliierten

[1]) Vgl. „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 9. 10. 1976.

alsbald zu sogenannten Lizenzausgaben deutscher Zeitungen über. Lizenzträger waren sorgfältig ausgewählte Personen, die verpflichtet wurden, „das Unternehmen nach besten Geschäftsgrundsätzen zu betreiben" [2]), und sich in starker inhaltlicher und personeller Abhängigkeit von der Militärverwaltung befanden.

Dieser Auszug aus der ersten Betriebsanweisung für die Presse ist typisch für die alliierte Pressepolitik: Die Lizenzträger waren nichts anderes als kapitalistische Gewerbetreibende, die ökonomische Rentabilität war von Anfang an dominantes Prinzip, dem sich die informations- und meinungsbildende Aufgabe der Presse unterzuordnen hatte. Die Restauration im Pressewesen war perfekt, als man den anfangs mit Funktionsverbot belegten Altverlegern die beschlagnahmten Produktionsmittel — Druckanlagen und Verlagshäuser — zur erneuten Zeitungsproduktion zur Verfügung stellte und die Lizenzträger nach Aufhebung der Lizenzpflicht von Treuhändern zu Eigentümern der Verlage wurden. Ganze Betriebe wurden in dieser Phase verschenkt. Damals hat auch Axel C. Springer als kleiner Verleger begonnen — mit der „Hör zu" und den „Nordwestdeutschen Heften". Die von den Besatzungsmächten nicht nur im Pressewesen durchgesetzte Restauration zeitigt auch heute noch ihre Folgen: Als erfolgreicher Verleger gilt mehr denn je derjenige, der auf das ökonomisch beste Ergebnis verweisen kann. Journalistische und publizistische Leistungen werden letztlich am Gewinn gemessen; und die Zahl der Journalisten, denen dieses Prinzip nicht einleuchten wollte und die daraufhin ihren Abschied nehmen mußten, ist im Laufe der Jahre stetig gewachsen.

Auf die Gefahr hin, Bekanntes zu wiederholen, sollen zwei ökonomische Tatbestände an dieser Stelle in Erinnerung gerufen werden:

— Zeitungen bzw. Presseerzeugnisse ganz allgemein werden durch Abonnementseinnahmen und durch Anzeigenerlöse finanziert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich der Einnahmeschwerpunkt von den Abonnements zu den Anzeigen verschoben hat und sich dort immer weiter konzentriert. Zwei Drittel bis sogar drei Viertel der Einnahmen eines Tageszeitungsverlags kommen von den Inserenten. 1955 war das Verhältnis noch ausgeglichen, vor dem Zweiten Weltkrieg umgekehrt [2a]). Somit ist offensichtlich, wer auf den Verleger die maßgebliche ökonomische Macht ausübt: Nicht der Leser mit seiner von Springer beschworenen „täglichen demokratischen Abstimmung an den Kiosken" ist für den Verleger der entscheidende Faktor in der betriebswirtschaftlichen Kalkulation, es sind die Anzeigenkunden. Der Leser zahlt mit dem weit unter Kostendeckung liegenden Abonnementspreis die Konsequenz: Direkte Intervention der Inserenten, wenn das „redaktionelle Umfeld der Werbung" den Interessen der Anzeigenkunden zuwiderläuft, ist die tägliche Praxis in den Verlagsetagen: So ist der Verleger gezwungen, diesen Druck der Werbewirtschaft an seine Redaktion weiterzugeben, indem er ebenso unvermittelt wie undemokratisch inhaltliche Weisungen erteilt. Der Dumme ist der Leser, dessen Informationsbedürfnis im Zweifel auf der Strecke bleibt.

— Da Zeitungsverlage wie jedes normale Wirtschaftsunternehmen nach dem Prinzip der Profitmaximierung geführt werden, unterliegen sie auch den in der privaten Wirtschaft herrschenden Gesetzmäßigkeiten der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Satz- und Druckkosten sinken mit steigender Auflage rela-

---

[2]) *Betriebsanweisung* für die Presse Nr. 1, Militärregierung Deutschland, Nachrichtenkontrolle — Anhang A, zit. nach: Berliner Autorenkollektiv Presse: Wie links können Journalisten sein?, Hamburg 1972, S. 44.
[2a]) K. Fohrbeck/J. Wiesand, Der Autorenreport, Reinbek 1972, S. 98, und Berliner Autorenkollektiv Presse, a.a.O., S. 60.

tiv, Anzeigenerlöse steigen mit steigender Auflage, die Umsatzrentabilität ist bei hohen Auflagen relativ weitaus am höchsten. „Als Grundlage für die weitere Ausdehnung ihrer Verlage haben also diejenigen Zeitungen, die ohnehin am größten sind, fast tausendmal mehr Mittel zur Verfügung als die kleinen" [3]). „Ausdehnung ihrer Vorlage" heißt hierbei sowohl Aufkaufen schwächerer Konkurrenz wie auch Personalkosten senkende Investitionen für neue und rationalisierende Technik, z. B. das Ersetzen von Bleisatz durch Lichtsatz mit seinen enormen Arbeitsplatzeinsparungen. Die Liquiditätsvoraussetzungen beider Investitionsarten steigen mit jeder Erhöhung der Auflage.

Bei den öffentlich-rechtlichen Funk- und Fernsehanstalten stellt sich die ökonomische Lage anders dar: Weder die ARD noch das ZDF stehen unter einem direkten ökonomischen Erfolgszwang; sie sind lediglich dazu gezwungen, Einnahmen und Ausgaben zur Deckung zu bringen. Dennoch unterliegen Funk und Fernsehen einer mehrfachen ökonomischen Einflußnahme. Da ist zum einen der starke Druck seitens der elektronischen und chemischen Industrie, die einerseits bei den Rundfunk- und Fernsehanstalten selbst und andererseits bei den Hörern und Zuschauern einen guten Teil ihres Absatzmarktes findet. Sowohl die Einführung stereophoner Sendungen im Hörfunk im Jahre 1962 wie auch der Beginn des Farbfernsehens im Jahre 1967 sind Musterbeispiele dafür, welchen Einfluß die private Wirtschaft auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten hat. Im ersten Fall war es der einschlägigen Industrie gelungen, derart viele Stereoempfänger zu verkaufen, daß die Anstalten gezwungen waren, unter Aufwendung erheblicher finanzieller Mittel entsprechende Sendungen auszustrahlen. Die Einführung des Farbfernsehens macht noch weitaus deutlicher, daß es sich hierbei keineswegs um ein Zuschauerbedürfnis gehandelt hat, war doch die Zahl der verkauften Farbgeräte verschwindend gering.

Abgesehen von diesem Zusammenhang zwischen privater Wirtschaft und öffentlich-rechtlichen Anstalten muß auf eine entsprechende Verflechtung im Rahmen des Werbefernsehens und bei der Vergabe von Auftragsproduktionen an private Produktionsfirmen verwiesen werden. So ist in den letzten Jahren die Abhängigkeit der Anstalten von den Werbeeinnahmen immer größer geworden; beim ZDF stammten 1972 rund 46 % der Einnahmen aus Werbeerlösen [4]), und 39 % aller Sendungen produziert das ZDF nicht mehr in eigener Regie, sondern erteilt freien, privaten Produktionsgesellschaften den Auftrag und damit auch indirekt die inhaltliche Kontrolle [5]).

Insgesamt ist ein zunehmender direkter und indirekter Einfluß des Kapitals auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten festzustellen, der in dem Tatbestand begründet liegt, daß die Anstalten zur Programmfinanzierung in immer stärkerem Maße auf die Einnahmen aus den Werbespots angewiesen sind und daß aus Gründen der Personaleinsparungen Produktionen nach draußen vergeben werden. Von dem daraus resultierenden politisch-inhaltlichen Einfluß des privaten Kapitals auf Funk und Fernsehen wird noch zu reden sein.

Nach bürgerlicher Auffassung kommen der Presse vor allem zwei Aufgaben zu: Information als Grundlage für eine demokratische Meinungs- und Willensbildung und Mitwirkung bei der öffentlichen Kontrolle gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen [6]). Dieses Pressemodell, das sich im Kampf gegen die Feudalmacht im

[3]) Berliner Autorenkollektiv Presse, a.a.O., S. 65.
[4]) „Funk-Report", 5/1975.
[5]) K. Fohrbeck/J. Wiesand, a.a.O., S. 145.
[6]) D. Stammler, Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution, Berlin (West) 1971, S. 357 ff.; vgl. auch E. Stotz, Schwere Zeiten für Journalisten, in: „die feder", 1/1975, S. 1.

18. Jh. herausgebildet hat, übersieht freilich, daß seit Bestehen des bürgerlichen Rechtsstaates die Systemkritik als existentielles Moment des Presseinhalts und -zusammenhalts weggefallen ist. Der kommerzielle Charakter, der auch in Zeitungsverlagen herrschende Zwang zur Kapitalverwertung dominiert über die publizistische Absicht des Verlegers. Damit findet die öffentliche Aufgabe der Presse dort ihre Grenze, wo die Interessen der privaten Kapitaleigner, die Kapitalverwertung, tangiert werden. Axel C. Springer hat dies in seinem vielzitierten Ausspruch: „Auch ein Zeitungshaus ist ja zunächst einmal ein Wirtschaftsunternehmen" plastisch zusammengefaßt.

Es sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß auch bei dieser Entwicklung die Alliierten mit ihrer Pressepolitik nach dem Zweiten Weltkrieg Pate gestanden haben [7]). Dabei sind sie nicht nur für die ökonomischen Strukturmerkmale im Pressesektor verantwortlich zu machen, sie haben sich auch um die politische Ausrichtung der Presseorgane verdient gemacht: In ihren „Betriebsanweisungen für die Presse" wurden exakte Vorschriften für die Nachrichtenverarbeitung gegeben (so wurde z. B. das Umschreiben oder sonstige Abändern von Nachrichten eine Zeitlang untersagt), und sie stellten — unterstützt durch das westdeutsche Großkapital — konformen, d. h. pro-westlichen Zeitungen Gelder in Höhe von 15 Mio. DM aus dem sogenannten GARIOA-Fonds zur Verfügung [8]). Darüber hinaus griffen die Alliierten und die erstarkende Reaktion in Westdeutschland zu Mitteln ökonomischer Repression und politischer Diffamierung, um fortschrittliche Zeitungen bzw. deren Lizenzträger mundtot zu machen [9]).

Die auf diese Weise hergestellten ungleichen ökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen sind die Ursachen der monopolisierten Struktur und der inhaltlichen Rechtslastigkeit des Pressebereichs. Die oben beschriebene Macht der Anzeigenkunden tut ein übriges, um aufmüpfige Verleger auf rechten Kurs zu bringen. Diese eminente ökonomische Abhängigkeit darf allerdings nicht von der Tatsache ablenken, daß die Verleger zumeist auch selber ein gewichtiges Interesse daran haben, Politik zu machen. Auch wenn es sie Millionen kostet. Bestes Beispiel ist Springers „Welt", die von dem Konzernherrn seit Jahren trotz hoher Verluste mit Hilfe von Profiten aus anderen Objekten am Leben erhalten wird.

Dieses politische Eigeninteresse der Verleger ist eine zweite wichtige Ursache für den stärker werdenden Druck auf kritische und daher unliebsame Journalisten. Die gesetzliche Absicherung der verlegerischen Alleinherrschaft über Form und Inhalt der Zeitungen erfolgt über den Paragraphen 118 des Betriebsverfassungsgesetzes, den sogenannten Tendenzschutzparagraphen. Er erschwert eine wirksame Interessenvertretung der Kollegen und macht wirtschaftliche und inhaltliche Mitbestimmung unmöglich. Es versteht sich nahezu von selbst, daß das neue Mitbestimmungsgesetz ebenfalls für die Medienkonzerne in der Bundesrepublik keine Gültigkeit hat. Die in vielen Verlagen existierenden Redaktionsstatute können diese Knebelung der bei der privaten Presse Beschäftigten in keiner Weise kompensieren.

Während der Zeitungsinhalt eindeutig direkt von Verlegermacht und Kapitaleinfluß abhängt, liegen die Verhältnisse bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten um einiges komplizierter. Dies hängt nicht zuletzt mit der Tatsache zusammen, daß es den Amerikanern in der Nachkriegsphase nicht gelang, in den alliierten

7) Berliner Autorenkollektiv Presse, a.a.O., S. 41 ff.
8) Ebd., S. 56.
9) Ein Beispiel dafür ist die Kampagne gegen die Lizenzträger der FR, deren antifaschistischer Kurs bei der amerikanischen Besatzungsmacht und bei der Reaktion kein Gefallen fand.

Rundfunkkommissionen ihre Vorstellungen privatwirtschaftlicher Sendungen nach heimischem Vorbild durchzusetzen. Statt dessen wurden öffentlich-rechtliche Anstalten gegründet, deren Kontrolle durch zwei Formen von Aufsichtsgremien sichergestellt werden, „die beide der bürgerlichen Interessenvertretung dienen und über eine personelle Repräsentanz den herrschenden bürgerlichen Konsensus sicherstellen" [10]).

In den Aufsichtsgremien der süddeutschen Sender („ständisch-pluralistisches Modell") sitzen neben Parteienvertretern sogenannte „gesellschaftsrelevante Kräfte", zu deutsch: Lobbyisten aller möglichen Verbände, von der Anwaltskammer über die jüdische Kultusgemeinde bis hin zum Beamtenbund. Diese Zusammensetzung hat jedoch einen Mißproporz bei den Parteienvertretern in keiner Weise verhindern können, da auch die Verbandslobbyisten zumeist Parteien angehören. In den norddeutschen Sendern existiert das „parlamentarisch-pluralistische" Modell, d. h. die Aufsichtsgremien sind nach den Mehrheitsverhältnissen in den Parlamenten zusammengesetzt. Bei den anderen Sendern, z. B. auch beim ZDF, herrschen Mischformen. Ohne die Zusammensetzung der Gremien im einzelnen zu überprüfen, kann mit Recht bezweifelt werden, ob der Anspruch demokratischer Kontrolle in der Realität erfüllt wird. Ein Indiz dafür ist die verschwindend geringe Zahl der Gewerkschafter in den Aufsichtsgremien [11]) und — das sollte nicht vergessen werden — die so gut wie nicht existenten Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten. „Allen Funkgremien ist gemeinsam der Umstand, daß sie keiner gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen sind; sie kontrollieren nur sich selbst. Sie fungieren als Selbstkontrolle eines bürgerlichen Parteienblocks, dessen politische Praxis sich in nicht-öffentlichen Sitzungen vollzieht" [12]). Dieser institutionalisierte Parteieinfluß auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten qua Aufsichtsgremien führte und führt in vielen Fällen zu intensiven Aktivitäten vornehmlich der CDU/CSU mit dem Ziel, sämtliche relevante Positionen bis zum unteren Ende der Hierarchie mit parteifrommen Journalisten zu besetzen.

Der von den Parteien in unterschiedlicher Intensität ausgeübte Einfluß über die Gremien äußert sich in einem enormen Konformitätsdruck auf die Journalisten und somit letztlich auch im Programm. In direktem Zusammenhang damit steht der Einfluß auf die Programmacher innerhalb der Anstalten. Noch ehe sich externer Protest ankündigt, setzt der Mechanismus der Selbstzensur ein. Intendant, Chefredakteur, Hauptabteilungsleiter, Abteilungsleiter, Redaktionsleiter, Redakteur und — früher oder später — auch der Autor selbst wachen darüber, daß nichts über den Sender geht, was politischen Ärger über die Aufsichtsgremien einbringen könnte.

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, daß weder die privatrechtlich organisierte Presse noch die öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Lage sind, im Rahmen eines kapitalistisch organisierten Gesellschaftssystems einem demokratisch legitimierten Auftrag nachzukommen. Vielmehr deuten die vielfältigen Versuche ökonomischer bzw. politischer Einflußnahme an, daß den Massenmedien ein immer höherer Stellenwert in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen unserer Gesellschaft zugemessen wird. Dabei haben das Kapital und seine parteipolitischen Fürsprecher in letzter Zeit ihre Anstrengungen erheblich verstärkt, die Massenmedien für ihre Interessen zu funktionalisieren.

---

10) G. D. Dahlmüller u. a., Kritik des Fernsehens, Darmstadt und Neuwied 1973, S. 243.
11) Vgl. S. M. Müller-Dohm, Medienindustrie und Demokratie, Frankfurt/M. 1972, und „Hörfunk-Fernsehen-Film", 1/1975, S. 6.
12) G. D. Dahlmüller u. a., a.a.O., S. 253.

Innere Pressefreiheit in privatwirtschaftlichen Medien

Der Verleger, dies wurde schon eingangs festgestellt, ist primär Unternehmer, Produzent und Händler bedruckten Papiers. Er unterliegt den wirtschaftlichen Zwängen eines auf Profit ausgerichteten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, und diese Zwänge sind es, die auch auf den Inhalt der Zeitung, mithin auf die innere Pressefreiheit, dominierenden Einfluß ausüben. Die ökonomische Abhängigkeit der Tagespresse von den Anzeigenkunden ist jedoch nicht so groß, daß sich damit jede Unterordnung des Verlegers unter die Inserenteninteressen rechtfertigen ließe. Stünde den Zeitungsverlegern insgesamt das Wasser bis zum Halse, wäre ihre Erpreßbarkeit, direkte inhaltliche Einflüsse der werbetreibenden Wirtschaft zu dulden, zumindest verständlich. Erst jüngst wies die IG Druck und Papier in einer umfangreichen Berechnung jedoch nach, daß die verlegerische Schwarzmalerei der eigenen wirtschaftlichen Lage nichts als Zweckpropaganda ist mit dem Ziel, staatliche Subventionen zu erlangen und im Profitinteresse arbeitsplatzgefährdende oder vernichtende Rationalisierungen und Konzentrationen zu legitimieren und niedrige Tarifabschlüsse zu erzwingen.

Allein das Potential der Anzeigeneinnahmen erhöhte sich von 1956 bis 1972 durch Verdoppelung des Gesamtumfangs, relative Ausweitung des Anzeigenraums und steigende Anzeigenpreise gewaltig [13]). Die Klagen der Verleger über ihre wirtschaftliche Situation nahmen indes von Jahr zu Jahr zu. Und wenn durch kleine statistische Tricks kein Minus mehr erzielt werden konnte, wurde ungeniert zu plumpen Fälschungen gegriffen: Da wurde mal der Werbeumsatz von Großbetrieben des Einzelhandels (z. B. Kaufhäuser mit ihren Riesenanzeigen in Tageszeitungen) und die Parteienwerbung „methodisch" getilgt. Dies ergab dann z. B. im Vergleich 1971/72 nur einen Zuwachs von einem Prozent. Mit Parteien- und Kaufhauswerbung wären es 19,8 % geworden. Ein andermal wurde (nach dem Wahljahr 1972) die Parteienwerbung wieder in die Statistik aufgenommen, um im Gegensatz zum Wahljahr naturgemäß rapide Einnahmenausfälle statistisch nachzuweisen [14]).

Mangels amtlicher Statistik — erst durch das Pressestatistikgesetz wurden die Verleger zu statistischen Angaben verpflichtet, umfassende Auswertungen stehen jedoch noch aus — hat sich die IG Druck und Papier mehrfach zu Hochrechnungen und Schätzungen verlegerischer Gewinnsituationen veranlaßt gesehen. Zuletzt veröffentlichte „die feder" im Mai 1976 eine Berechnung, wonach das Jahr 1975 — in Verlegerstatistiken kommt es noch nicht vor — insgesamt rund 1 Mrd. DM Gewinn für Tageszeitungsverlage gebracht hat. Das entspricht einer Umsatzrentabilität von rund 20 % [15]) — mehr als doppelt so viel wie im Boomjahr 1972. Der vielfach als stabilitätsfeindlich kritisierte Streik der IG Druck und Papier im Frühjahr 1975 erscheint so in einem gänzlich anderen Licht, was zusätzlich durch die Aussperrungspraxis der Verleger und Druckereiunternehmer demonstriert wird: Unternehmer, denen das Wasser bis zum Halse steht, sind froh, wenn die Beschäftigten arbeiten und wenn sie vom Schwerpunktstreik ausgenommen sind. Unternehmer aber, die wirtschaftlich abgesichert sind oder zumindest keine aktuellen Existenzsorgen haben, können sich den Klassenkampf von oben erlauben und ihre Macht ausspielen.

---

13) Vgl. im einzelnen „Bericht der Bundesregierung über die Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland" (1974), (im folgenden „Pressebericht"), BT-Drucksache 7/2104, S. 31.
14) Vgl. M. K. Knoche, Zur Angstmache am Beispiel angeblich existenzgefährdender Anzeigenrückgänge, in: „die feder", 11/1974, S. 3.
15) E. Ferlemann, in: „die feder", 5/1976, S. 1 f.

Die oben bereits erwähnte Konzentrationsentwicklung setzt sich auch in jüngster Zeit fort. Neuestes Zahlenmaterial zur Pressekonzentration liefern die „Media-Perspektiven" 5/1976 [16]). 121 publizistische Einheiten werden dort für 1975 ausgewiesen; das sind Vollredaktionen, die nicht nur Lokales, sondern über Politik, Sport, Wirtschaft, Kultur alle klassischen Zeitungsressorts selbst herstellen und vielfach zahlreiche Unterredaktionen, die nur Lokales herstellen, mit dem politischen „Mantel" beliefern. Gegenüber dem Höchststand vom Dezember 1954 (225) ist das eine Verminderung um fast die Hälfte (46,3 %). Zugleich ist die Gesamtauflage von 13,4 auf 18,1 Mio. täglicher Exemplare (42,9 %) gestiegen. Fast doppelt so viele Zeitungen wie 1954 werden von fast halb so vielen Vollredaktionen erstellt. Allein von 1974 auf 1975 stieg der Konzentrationsgrad in der Tagespresse um 2 % von 43 auf 45 % beim Auflagenanteil der fünf größten Tageszeitungsverlage und von 50,1 auf 54,6 % bei den zehn größten Verlagen mit 35 Zeitungen. Die restlichen 366 Zeitungen teilen sich die andere Hälfte, genauer: 45,4 % der täglichen Auflage [17]).

Die fünf größten Verlage im Tageszeitungsgewerbe des Jahres 1975 [18])

	Tagesauflage		
Springer-Konzern	*5 298 722*	*= 28,3 %*	*(davon „Bild" 4 218 108 = 22,4 %)*
WAZ-Konzern	*1 183 217*	*= 6,28 %*	*(WAZ, WR, NRZ, WP)*
Gruppe „Stuttgarter Zeitung"	*783 375*	*= 4,16 %*	
DuMont-Schauberg, Köln	*738 563*	*= 3,89 %*	*(„Kölner Stadt-Anzeiger", „Express")*
Gruppe „Süddeutsche Zeitung"	*475 035*	*= 2,52 %*	

1969 waren es noch 29,8 % der Kreise und kreisfreien Städte, in denen es nur noch eine lokale Zeitung gab. 1973 waren es schon 38,3 %. Bayern, Rheinland-Pfalz und das Saarland tun sich mit jeweils über 60 % von Einzeitungskreisen besonders hervor [19]). Das bedeutet, daß im Bundesschnitt 27,6 % der Bevölkerung keine Wahlmöglichkeit zwischen lokalen und regionalen Informationen mehr haben, in Bayern die Hälfte, in Rheinland-Pfalz und im Saarland nahezu zwei Drittel [20]). Musterbeispiel rasanter Pressefusion ist die Schaffung des WAZ-Imperiums, das mit über 1 Mio. Tagesauflage hinter Springer rangiert. Würde man die „Bild-Zeitung" als publizistischen Sonderfall ausklammern, wäre die WAZ-Gruppe mächtiger als Springer.

1974 kaufte die WAZ (über 600 000 Tagesauflage) knapp 8 % der Anteile der „Westfälischen Rundschau" (WR, über 200 000 Auflage). Zuvor hatte sie 92 % der Hagener „Westfalen-Post" (WP, über 150 000) erstanden. Eine stattliche Anzahl einverleibter und eingestellter kleinerer Lokalblätter kommt hinzu. Seit dem 1. Januar 1976 gehört nun auch die „Neue Rhein-Ruhr-Zeitung" (NRZ) mit über 220 000 Auflage zum WAZ-Konzern, der damit zum exklusiven Millionenclub gehört.

Erhaltung von Pressevielfalt und Arbeitsplätzen, das wird von den Fusionspartnern in der Regel als Begründung angegeben. Doch die Praxis sieht immer anders aus. Allein die WAZ-NRZ-Fusion, so befürchten Gewerschafter, werde rund

16) W. J. Schütz, Publizistische Konzentration der deutschen Tagespresse, in: „media perspektiven", 5/1976, S. 189 ff.
17) H. H. Diederichs, Ökonomische und publizistische Konzentration der Pressemedien in der BRD 1975/76, in: „media perspektiven", 5/1976, S. 208.
18) Ebd., S. 209.
19) Presseberichi, a.a.O., S. 17 ff.
20) Ebd.

800 Arbeitsplätze im technischen Bereich kosten. Und auch redaktionelle Einschränkungen werden bereits vermeldet: In Velbert gibt es die NRZ nicht mehr, in Dinslaken keine WAZ, in Kettwig, Moers und Mülheim ist der Lokalteil beider Blätter identisch, überall identisch ist der Anzeigenteil, in weiteren Redaktionen wächst der Leistungsdruck durch mehr Platz, den Redaktionen bei gleicher personeller Besetzung zu füllen haben [21]). Daß Pressekonzentration und -fusion sich nicht nur im Rahmen wirtschaftlichen Überlebenskampfes abspielt, indem die kleine Zeitung dem Aufkauf durch die große zustimmt, um den Konkurs zu vermeiden, zeigen die Methoden der Großen, mit denen diese gegen die Kleinen vorgehen: So werden kostenlos Anzeigenblättchen verteilt, die im Hause des großen Verlags am Ort hergestellt werden, mit dem einzigen Ziel, aus dem bei Unternehmen und Geschäften meist begrenzten Anzeigenetat nicht nur den Anteil für die große Zeitung am Ort einzuheimsen, sondern auch noch der kleinen den Restetat abspenstig zu machen. So druckt der „Kölner Stadt-Anzeiger" das Blatt „Wochenende" im Kreis Köln mit einer Auflage von 945 000 Anzeigenblättchen in NRW [22]). Ein anderer Grund als der Profitmaximierungswille privatkapitalistischer Unternehmer unter Inkaufnahme schwerer Schäden für die Pressevielfalt und -freiheit kann hier nicht erkannt werden. Mit diesen Anzeigenblättern und zusätzlich mit billigen Anzeigen- und Abonnementspreisen in konkurrenzintensiven Gebieten bei gleichzeitig weit höheren Preisen für Anzeigen und Abonnements in Gebieten des Monopols hat die WAZ eine Unzahl kleiner Lokalzeitungen in den Konkurs oder die Übernahme durch Mutter WAZ getrieben. Höchstrichterlich, durch zweitinstanzliche und rechtskräftige Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm wurde der WAZ jetzt „Verdrängungswettbewerb" bestätigt. Die noch unabhängigen „Ruhr-Nachrichten" (Dortmund, Auflage 253 344) hatten dies der WAZ vorgeworfen. Das Gericht sah den Verdrängungswettbewerb als erwiesen an, da ein Abonnementpreis von 7,30 DM, verglichen mit den übrigen Preisen zwischen 10,— und 12,30 DM zwischen Köln, Kassel und Münster, als Dumping angesehen werden müsse, mit dem einzigen Ziel der Vernichtung der Konkurrenz [23]).

In Monopolgebieten teuer, in Konkurrenzregionen so billig wie irgend möglich: Diese Methode gilt für Abonnements wie für Anzeigen. Als Großverlag kommt man so noch auf seine Kosten, weil die Erträge aus Monopolregionen die Verluste aus Konkurrenzregionen überkompensieren. Für den Kleinverleger führt dieser Weg zum Konkursrichter oder zur Fusionsverhandlung.

Jede Machtkonzentration in einem Zeitungskonzern, jede Schließung einer Redaktion ist eine Einschränkung der möglichen Meinungsvielfalt und damit eine Beschneidung der Pressefreiheit. Kommt zur ökonomischen Macht eines Zeitungskonzerns — wie im Falle Springer — noch ein ausgeprägtes Sendungsbewußtsein des Konzernherrn, so sind direkte inhaltliche Eingriffe der Verlagsleitung in die Redaktionsarbeit mit dem Endziel der Meinungsgleichschaltung aller zum Konzern gehörenden Blätter an der Tagesordnung. Ist die Macht des Konzerns erst einmal gefestigt, so braucht er vor Nachrichtenfälschung und Hetze nicht mehr zurückzuschrecken, wie das Beispiel der „Bild-Zeitung" beweist.

Daß WAZ-Chef Grotkamp liberale und konservative („Westfalen-Post") Blätter unter seinem Konzerndach vereinigt, ohne gleich politische Gleichschaltung seiner Redakteure zu praktizieren, muß kein Dauerzustand bleiben. Die Gefahr, daß

21) Vgl. „druck und papier", Nr. 5/1976, S. 8 f.
22) A. E. Möller/H.-J. Schlamp, Presse unter Druck, Sendung des WDR, II. Programm, 16. 5. 1976.
23) „Media perspektiven", 5/1976, S. 242.

ein Konzernherr seine ökonomische Macht auch politisch mißbraucht, ist zu groß, als daß sie nicht durch klare gesetzliche Kompetenzabgrenzungen zwischen Verlag und Redaktion unterbunden werden müßte im Sinne der Freiheit der Meinung und im Sinne der demokratischen Informationsfunktion der Presse. Was sich in den großen Zeitungsverlagen abspielt, ist vielfach nur noch Verlegerfreiheit, nicht Meinungs- und nicht Pressefreiheit. Mit zunehmender Konzentration und zunehmendem politischen Druck aus der Verlagsetage sinkt auch in den Redaktionen die Lust, für die Freiheit der Meinung zu kämpfen: Selbstzensur der Redakteure kommt der Zensur durch den Verleger zuvor. Denn Verlegergroll, gar eine Kündigung, kann sich heute kaum ein Journalist mehr erlauben, will er nicht seine berufliche Existenz riskieren. Die Aussicht, nach dem Rausschmiß aus einer Redaktion überhaupt einen Arbeitsplatz in einer anderen zu finden, sinkt mit jedem Tag fortschreitender Pressekonzentration und steigender Arbeitslosigkeit in diesem Beruf. Durch die Festanstellungswellen in den öffentlich-rechtlichen Anstalten und die Gegenmaßnahmen der Funkhäuser steht einem auf der Straße stehenden Journalisten heute auch das nächste Funkhaus nicht mehr offen, denn die Anstalten müssen eine Festanstellungsklage nach kurzer freier Mitarbeit befürchten. So kennzeichnet Duckmäusertum statt politischer Courage die Szene in mehr und mehr Redaktionen. Den Schaden hat der Leser.

Die folgenden Beispiele für verlegerische Meinungs- und Personalwillkür sind auf dem zweifachen Hintergrund ökonomischen Drucks der Anzeigenkunden auf den Verleger einerseits und Macht- und Expansionsstreben der Verlage selbst andererseits zu sehen: „Zwischen publizistischen und kommerziellen Interessen besteht nun einmal im Presseunternehmen ein Gegensatz, den wir nicht vernebeln lassen sollten. Damit der demokratische Anspruch des Bürgers auf umfassende Information und freie Meinungsbildung nicht immer mehr in Abhängigkeit von Siemens, Opel, Henkel, Reemtsma, Unilever und Sunlicht gerät, ist es höchste Zeit für klare Kompetenzabgrenzung zwischen Redaktion und Verlag. Oder wollen wir Journalisten uns auf die nur-wirtschaftliche Aufgabe beschränken lassen, das geeignete Umfeld für Whisky- und Zahnpasta-Reklame zu produzieren?" [24]) Es wurde schon angedeutet, daß die Verleger sich jedoch nicht darauf beschränken, die Inserentenwünsche an die Redaktion weiterzuleiten. Seit Journalisten sich in der Deutschen Journalisten-Union (dju) gewerkschaftlich organisieren, mehren sich auch die Fälle, in denen Verleger aus reinem Herr-im-Hause-Denken und angeblich verletztem Ehrgefühl mit Kündigungen um sich werfen, wo immer gewerkschaftliche Journalisten zur Durchsetzung ihrer und ihrer Kollegen Interessen das eigene Verlagshaus angriffen.

Dies und die zunehmende Solidarisierung der Verleger in ihrem Kampfbund „Bund deutscher Zeitungsverleger" (BDZV) gegen alle gesetzlichen oder tarifvertraglichen Ansätze, die verlegerische Freiheit im Sinne der Pressefreiheit zu beschneiden, hat auch ehemals als liberal angesehene Verleger längst ins Lager der klassenkämpferisch engagierten Feudalherrn einrücken lassen, die mit journalistischem und technischem Personal umspringen wie ehedem die Feudalherren mit den Leibeigenen. Eckart Spoo, dju-Bundesvorsitzender, erhielt von Karl Gerold, dem Herausgeber der „Frankfurter Rundschau" (FR), 1971 die Kündigung, weil in dem von Spoo herausgegebenen Buch „Die Tabus der bundesdeutschen Presse" ein anderer Autor die FR kritisiert hatte [25]). Nicht zufällig fiel diese Kündigung in die Zeit beginnender Aktivierung und Solidarisierung gewerkschaftlich organi-

[24]) E. Spoo, Verleger-Ideologie — Anspruch und Wirklichkeit, in: „die feder", 3/1973, S. 5 f.
[25]) Vgl. Berliner Autorenkollektiv Presse, a.a.O., S. 91 ff.

sierter Journalisten, die somit eingeschüchtert werden sollten: Vom „Trierischen Volksfreund" wurde September 1971 der Sprecher der vier dju-Journalisten gekündigt, vom „Main-Echo" Aschaffenburg im November 1971 der Leiter der Bezirksredaktion Lohr und Landesvorsitzende Bayern der dju, Jörg Barczynski, tz-Reporterin Hannelore Messow, Mitglied des dju-Landesvorstandes Bayern, wurde drei Tage später entlassen.

In dieselbe Zeit fiel die Aktion von „Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein, der eine hausinterne Opposition, die sich vor allem in der Redaktionsstatuten-Diskussion engagierte, kündigte. Anzeigenboykottdrohungen und -maßnahmen der Wirtschaft, die einen „Linkstrend" im „Spiegel" zu beobachten glaubte, machten ihm die Entscheidung leichter: Am 8. September 1971 wurde Alexander v. Hofmann gekündigt, am 24. September Bodo Zeuner und Hermann Gremliza, zum Jahresende 1972 mußte Otto Köhler gehen, sein hausinternes Engagement über das journalistische Selbstverständnis des „Spiegel" hatte ihm Feinde geschaffen. Auch Dieter Brumm, Sprecher der dju-Betriebsgruppe, wurde gekündigt. Ein Protestschreiben von 108 „Spiegel"-Redakteuren nützte nichts [26]).

In der Zwischenzeit, von 1972 bis heute, wurde ein solch massives Vorgehen vieler Verlage gegen sich gewerkschaftlich organisierende Journalisten in diesem Ausmaß nicht mehr beobachtet. Das soll nicht heißen, daß diese Praxis nicht stetig, wenn auch ohne Häufungen, fortgesetzt wurde. Im Jahre 1975 mußte sogar ein Funktionär des standesbewußten und weitgehend gewerkschaftsfeindlichen Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), Fritz Richert, dies spüren: Kaum war er in den ehrenamtlichen DJV-Vorstand berufen, kündigte die „Stuttgarter Zeitung" ihrem Ressortchef Innenpolitik mit der Begründung, beide Tätigkeiten seien unvereinbar. Zwar setzte Richert sich im Arbeitsgerichtsprozeß durch, die „Stuttgarter Zeitung" muß ein dreiviertel Jahr lang nach seiner Kündigung sein Gehalt weiterzahlen, zusätzlich muß sie Sozialabfindungen leisten, doch seinen Job ist Fritz Richert los. Einen „neuerlichen Fall von Willkür eines privaten Zeitungsverlegers" [27]) sieht die IG Druck und Papier in Wetzlar. Die „Neue Wetzlarer Zeitung" kündigte Anfang August 1976 ihrem Redakteur Rainer Eble wegen „politisch einseitigem Journalismus" zum 31. Dezember 1976. Das dju-Ortsvereinsvorstandsmitglied hatte Mißfallen durch seine Berichterstattung über eine Radikalenerlaß-Diskussion auf dem Marburger SPD-Parteitag erregt. Inzwischen sind auf Betreiben der örtlichen CDU zwei weitere Redakteure der „Neuen Wetzlarer Zeitung" — das Ehepaar Waltraut und Winfried Rohloff — dazu gebracht worden, „freiwillig", mit einer Abfindung, auszuscheiden. Winfried Rohloff hatte kritisch über Unregelmäßigkeiten beim Bau einer Friedhofskapelle berichtet [28]).

Skandalöser noch ist ein anderer Fall des Jahres 1976, weil er seinen Anfang schon vor sechs Jahren nimmt und der betroffene Journalist seit dieser Zeit von seinem Verleger beargwöhnt und attackiert wird. Von Peter Kleinert ist die Rede, dem stellvertretenden dju-Bundes- und NRW-Landesvorsitzenden, und seinem Verleger Alfred Neven DuMont, Herausgeber des „Kölner Stadt-Anzeigers". Es begann im Jahre 1970, als Kleinert sich für den vom Verleger Neven entlassenen liberalen Chefredakteur Joachim Besser stark und damit beim Verleger unbeliebt machte. Im selben Jahre initiierte Kleinert auf einer Tagung der Gewerkschaft in Loccum eine Entschließung zur Mitbestimmung im Pressebereich, was Verleger Neven seinem Nachrichtenredakteur, der dorthin als Berichterstatter über Ver-

[26]) Vgl. B. Zeuner, Veto gegen Augstein — Der Kampf der „Spiegel"-Redaktion um Mitbestimmung, Hamburg 1972.
[27]) C. Eilrich, Entlassen wegen „politischer Einseitigkeit", in: „druck und papier", 17/1976, S. 6.
[28]) Vgl. „die feder", 10/1976, S. 12.

handlungen über ein Redaktionsstatut bei seiner Zeitung entsandt war, übelnahm. Im Februar, auf dem Höhepunkt der Kündigungswelle gegen dju-Funktionsträger, wollte Kleinert einen „berliner Extradienst"-Artikel über die „Spiegel"-Kündigungen ans Schwarze Brett heften. Der damalige Vize-Chefredakteur und heutige Chefredakteur Schmitz war jedoch der Auffassung, das „diene" nicht dem Betriebsfrieden. Kleinert zitierte vor Kollegen Schmitz aber so, als habe dieser gesagt, „das stört den Betriebsfrieden". Diese Wortklauberei nahm der Verlag zum Anlaß, Kleinert zu beurlauben. Eine Intervention von Vertrauensleuten in der Chefetage und eine kurze Arbeitsniederlegung der Setzer und Drucker, die den Andruck beim „Stadt-Anzeiger" um zwanzig Minuten verzögerte, verhinderten die Kündigung [29]). Kleinert wurde aber aus der Nachrichtenredaktion auf einen eigens für ihn geschaffenen Posten nach Düsseldorf abgeschoben. Im März 1973 versuchte der Verleger, eine Falschmeldung über einen angeblichen Gewerkschaftsausschluß Kleinerts und eine Streik-Solidaritätsadresse zur Anzweifelung seiner Verfassungstreue und zum Ausschluß aus dem Redaktionsbeirat zu verwenden. Im Juni 1975 erntete Kleinert das Mißfallen der Chefredaktion wegen eines „Vorwärts"-Artikels über die WAZ-Fusion mit der NRZ. Am 25. November 1975 teilte der Verlag mit, daß Kleinerts Arbeit als Fernsehautor nicht mehr als „Nebentätigkeit" geduldet werden könne.

Das war die letzte Warnung, drei Monate später, am 24. Februar 1976, wurde Peter Kleinert gekündigt. Mit Rainer Ostendorf hatte er einen Film gedreht, der am 12. Februar 1976 um 21 Uhr im Dritten Kanal des WDR gesendet wurde: „Immer auf der Seite der Opfer — Kriminalberichterstattung, ihre Methoden und Folgen". An zwei beispielhaften Fällen, dem von der Boulevardpresse genüßlich hochgespielten „Folterhaus von Darmstadt" und dem zunächst unbeachteten „PVC-Skandal von Troisdorf" wurde gezeigt, wie in einem Fall gewissenlos auch Nicht-Verurteilte und jugendliche Straftäter mit Namensnennung bleibend geschädigt werden, wenn sie wehrlos und schwach sind. Andererseits wurde vorgeführt, wie berichtet wird, wenn es bei der Belegschaft eines mächtigen Herstellers des Kunststoffs PVC, der Dynamit-Nobel-AG in Troisdorf, „Gesundheitsschäden und sogar Todesfälle gibt, weil Arbeiter mit einem hochgiftigen chemischen Stoff zu tun haben" [30]). Obwohl die DKP-Werkszeitung den Fall längst aufgerollt hatte, seien in der örtlichen Presse Nachrichten dazu unterdrückt worden. Betroffen von diesen Vorwürfen war auch die Siegburger Lokalausgabe des „Kölner Stadt-Anzeigers", der „Rhein-Sieg-Anzeiger". Nicht nur Verleger und Chefredaktion, auch Redaktionskollegen Kleinerts sahen sich verunglimpft, obwohl im Film die Behauptungen durch eindeutige und kompetente Aussagen bewiesen wurden: Der Troisdorfer Internist (CDU-Vorstandsmitglied) Paul Schmetkamp, warf der „seriösen Presse" zu spätes Aufgreifen des Skandals vor. Bei frühzeitiger Information hätten seiner Meinung nach weitere Erkrankungen verhindert werden können.

Die Kündigung kam am 24. Februar 1976, knapp zwei Wochen nach dem umstrittenen Film. Zur bitteren Enttäuschung Kleinerts stellten sich Redaktionsbeirat und Betriebsrat nicht gegen die Kündigung. Begründet wurde die Kündigung zum einen mit der angeblich arbeitsvertraglichen Verletzung durch Nebentätigkeit im Fernsehen, zum anderen — und vor allem — mit einer „gravierenden Störung des Betriebsfriedens durch diffamierende Berichterstattung über die Arbeit der Redaktion und der Redakteure des ‚Kölner Stadt-Anzeigers' [31])". In einem

29) Vgl. H. Lölhöffel, Ist Solidarität strafbar?, in: „die feder", 4/1976, S. 3 ff.
30) Ebd., S. 4.
31) Aus den Kündigungsgründen.

Schreiben an den ehemaligen WDR-Intendanten Klaus v. Bismarck sah Verleger Neven die „privatwirtschaftliche Presse und ihre Verleger verunglimpft" und protestierte „mit aller Schärfe": „Hier sind durch lügnerische Kombinationen Demokratie und das Mindestmaß menschlicher Beziehungen demontiert." Der Film beinhalte „eine so massive Wahlhilfe für die DKP", „wie sie in anderen Fernsehsendungen wohl kaum beobachtet werden konnte" [32]). Zugleich bat Neven den WDR-Intendanten, den Film dem Verwaltungsrat des WDR vorzuführen WDR-Fernsehdirektor Werner Höfer antwortete, er teile nicht die Meinung, „als wäre eine Information schon dann entwertet, wenn sie — vielleicht sogar zuerst — von kommunistischer Seite kommt. Ich kann mich nicht zu der Auffassung durchringen, daß es auch so etwas wie einen Radikalenerlaß für die Wahrheit geben soll" [33]).

IG Druck und Papier und dju soladisierten sich nach kurzem internen Streit mit Kleinert in einem offenen Brief an Verleger Neven, der unter anderem von führenden IG Druck-Funktionären unterzeichnet worden war. „Es scheint uns bemerkenswert, daß keiner der übrigen im Film kritisierten Verlage gegen Kleinert oder den WDR vorgegangen ist. Offenbar bot der Film, weil ihm keine sachlichen Unrichtigkeiten nachzuweisen sind, keinerlei Anhaltspunkte dafür" [34]). Die WDR-Gruppe der Rundfunk-Fernseh-Film-Union unterstützte diesen Brief und sammelte ebenfalls Unterschriften.

Inzwischen ist die Kündigungsschutzklage Kleinerts mit Rechtshilfe der IG Druck und Papier in der ersten Instanz zu Kleinerts Gunsten entschieden und die Kündigung für unwirksam erklärt worden. Es gehört in die Rubrik „Nachrichtenmanipulation", wenn der „Kölner Stadt-Anzeiger" am 23. September 1976 diese Meldung nicht „Kleinert gewinnt in der ersten Instanz" überschreibt, sondern „Verlag legt Berufung ein".

Innere Pressefreiheit in öffentlich-rechtlichen Medien

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind nicht frei von wirtschaftlichem Druck, von ökonomisch fundierter Einflußnahme. Die Verwertung von Kapital ist insofern eine der Medienfunktionen, als Funk und Fernsehen Produktverbraucher anderer Produzenten sind. In diesem Zusammenhang sei am Beispiel des Süddeutschen Rundfunks (SDR) die Verflechtung der Anstalten mit der privaten (Film-)Wirtschaft erläutert [35]).

Tochtergesellschaft des SDR ist die Rundfunkwerbung Stuttgart (RFW). Geschäftsführer sind der Intendant und der Verwaltungsdirektor des SDR, der RFW-Aufsichtsrat ist mit Mitarbeitern des SDR besetzt. Die Programmverantwortung für die RFW hat ebenfalls der SDR-Intendant. Geschäftsziel des Unternehmens sind allerdings nicht die Realisierung öffentlicher Aufgaben, sondern Profitmaximierung, d. h. Einschaltquotenmaximierung. Es zeigt sich die erste Verquickung von kommerziellen Interessen und Programmgestaltung, denn die RFW bestreitet eigenverantwortlich das vom SDR ausgestrahlte Werberahmenprogramm.

Eine weitere Verflechtung ergibt sich aus der 25%-Beteiligung der RFW an der Bavaria-Atelier-Gesellschaft mbH, die im übrigen von der Westdeutschen Werbe-

32) Aus dem Schreiben von Neven DuMont an den ehemaligen Intendanten des WDR Klaus v. Bismarck.
33) Zit. nach: „die feder", 4/1976, S. 5.
34) Kopie im Besitz der Verf.
35) Vgl. im folgenden: G. Ellinghaus, Die Fernsehmacher — Eine Untersuchung über Produktionsbedingungen und Einstellungen von Mitarbeitern des SDR, Tübingen 1975, auszugsweise abgedruckt in: „Funk-Report", 5—6/1975.

fernsehen GmbH des WDR und einer privatwirtschaftlichen Gruppe gehalten wird. Der Geschäftszweck der Bavaria ist rein privatwirtschaftlicher Natur. Daß die Bavaria in erheblichem Umfang auch auf den Programminhalt des SDR Einfluß nimmt, ergibt sich aus der „Abnahmeverpflichtung" des SDR, die sich nach Berechnungen des Medienwissenschaftlers Gert Ellinghaus von vor zwei Jahren auf rund 17 Mio. Mark beläuft. Das sind rund 19 % des SDR-Haushalts.

Außer der Beteiligung an Bavaria hat die RFW — wie gesagt eine Tochter des SDR — selbst zwei Tochtergesellschaften, die sich mit der Herstellung, dem Erwerb und Vertrieb von Filmen jeglicher Art (hauptsächlich Kinofilmen) befaßt. Geschäftsführer der Tochtergesellschaften ist der Fernsehdirektor des SDR. Ellinghaus kommentiert diese innige Verflechtung öffentlich-rechtlicher Anstalten mit privatwirtschaftlichen Unternehmen: „Man darf vor solchem Hintergrund davon ausgehen, daß eine öffentlich-rechtliche Kontrolle solcher privatwirtschaftlicher Aktivitäten nicht gegeben ist. Festzuhalten ist, daß ... ein großer Bereich, der in den Fernsehbetrieb integriert ist, nicht öffentlich-rechtlich organisiert ist. Bedenklich ist ..., daß die in diesem Unternehmen zusammengefaßte Programmverantwortung nicht von Redaktionen des SDR wahrgenommen wird" [36]).

Es steht somit außer Zweifel, daß die Verflechtung öffentlich-rechtlicher Anstalten mit privatem Kapital von erheblichem Einfluß auf die Sendeinhalte ist. Doch die innere Pressefreiheit ist durch einen weiteren Tatbestand gefährdet: Jede Funk- und Fernsehanstalt lebt zu großen Teilen von der Arbeit sogenannter „freier Mitarbeiter", die nicht fest angestellt sind und von dem Verkauf einzelner Beiträge leben. Wer hinter dieser arbeitsrechtlichen Konstruktion „selbständiger Medienproduzenten" eine besonders ausgeprägte Unabhängigkeit des einzelnen Autors vom Sender vermutet, der durfte sich in den letzten Jahren eines Besseren belehren lassen. Denn die ohnehin durchaus existente Abhängigkeit [37]) wurde in den letzten Jahren durch die sich verschärfende Finanzknappheit der Sendeanstalten weiter verschärft. So sind die Vergütungen der freien Autoren vor allem im Hörfunk nicht im gleichen Ausmaß gestiegen wie die Gehälter der fest angestellten [38]), darüber hinaus sind aufgrund zum Teil einschneidender Programmkürzungen [39]) die Verdienstmöglichkeiten absolut gesunken. Die daraus resultierende Existenzangst unter den Freien führte zu einer ganzen Welle von Festanstellungsklagen mit einem zweifachen Ergebnis: Hunderte von neuen Planstellen mußten geschaffen werden (allein im Jahre 1975 beim WDR 212), und zugleich wurden die übriggebliebenen Freien von den Funk- und Fernsehhäusern mißtrauisch überwacht. So sorgt z. B. beim WDR ein Computer dafür, daß nur solche freien Mitarbeiter weitere Aufträge erhalten, die eine kritische (weil Festanstellungsklage ermöglichende) Einkommensgrenze nicht überschreiten.

Diese Praxis hat häufig zur Folge, daß bestimmten Sendungen, die in hohem Maße von den Beiträgen freier Autoren leben, etwa ab Mitte des Jahres auf eine Reihe bewährter Mitarbeiter nicht mehr zurückgreifen können, da diese inzwischen die rote Karte bekommen haben. Darüber hinaus stehen die freien politisch-inhaltlichen Repressionen aufgrund ihrer unsicheren Position sehr viel hilfloser gegenüber als fest angestellte Redakteure, da sie jederzeit mit einem faktischen Beschäftigungsverbot rechnen müssen. Kein Wunder, daß dieser doppelte Druck häufig zur unmerklich internalisierten Selbstzensur führt.

[36]) Ebd., S. VI.
[37]) Sie reicht von der wirtschaftlichen Abhängigkeit bis zur totalen Weisungsgebundenheit.
[38]) F. Fohrbeck/A. J. Wiesand, a.a.O., S. 154.
[39]) Seit 1965 ist beim WDR die Zahl der 45-Minuten-Feature-Filme halbiert worden. Ähnliches gilt für die anderen Anstalten. Vgl. R. Schostack, Immer weiter im eigenen Saft schmoren?, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 25. 11. 1975.

Abgesehen von ihrer ökonomischen Funktion, erfüllen die öffentlich-rechtlichen Medien bestimmte ideologische Aufgaben. Als wesentlicher Bestandteil der Bewußtseinsindustrie leisten sie einen erheblichen Beitrag zur Bewußtseinsbildung des Menschen, tragen zur Entstehung und zum Abbau bestimmter Einstellungen und Erwartungshaltungen bei. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer bestimmten inhaltlichen Ausrichtung zumindest des Gesamtprogramms oder sogar einzelner Sendungen, wenn die Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo von den herrschenden Kräften mit Erfolg durchgesetzt werden soll. Der Medienwissenschaftler Dahlmüller spricht davon, daß der Inhalt der Medien sich darauf reduziert, „die Entpolitisierung der Bevölkerung (zu) fördern und in der schmalen Zone der politischen Berichterstattung nur die herrschenden Tendenzen (zu)zulassen" [40]). Auch wenn diese Behauptung der Realität in der Bundesrepublik möglicherweise nicht in vollem Umfang gerecht wird, so läßt sich doch seit Jahren ein intensives und kontinuierliches Bemühen vornehmlich der Rechtskräfte registrieren, das exakt in die von Dahlmüller beschriebene Richtung zielt. Die Strategie der Uniformierung zeichnet sich durch eine inhaltliche und organisatorische Vielfalt aus, die es schwierig macht, dahinter eine einheitliche politische Konzeption auszumachen. Arbeitgeberverbände, Hörervereinigungen, Einzelpersönlichkeiten und Parteien und ein Teil der Presse sind die Akteure, die zum Teil mit Hilfe von Funk- und Fernsehdiensten, Hörerbriefkampagnen etc. in arbeitsteiliger Weise unter dem Schlagwort „Ausgewogenheit" eine politische Neutralisierung des Programms anstreben; auch liberale und sozialdemokratische Kräfte wirken dabei mit. „Als einseitig wird alles bezeichnet, was den Proporz der in den Kontrollgremien sitzenden bürgerlichen Parteien gefährdet", „einseitig ist zweitens alles, was die Zone sozialer Konflikte berührt", „einseitig sind schließlich alle Sendungen, die in irgendeiner Form die gemeinsamen Interessen der in den Kontrollorganen vertretenen bürgerlichen Gruppen verletzen könnten" [41]).

Der politisch-ideologische Kampf um die inhaltliche Gestaltung des Rundfunk- und Fernsehprogramms wird im wesentlichen auf zwei Ebenen geführt: An erster Stelle steht das Bemühen der Rechtskräfte, die Rahmenbedingungen der Programmerstellung in ihrem Sinn zu beeinflussen. Mit Rahmenbedingungen sind konkret gemeint die Besetzung der Aufsichtsgremien durch CDU/CSU-Parteigänger, die Usurpierung von Intendanten-, Direktoren- und Hauptabteilungsleiterposten durch politisch zuverlässige Personen und der massive Versuch, reaktionäre medienpolitische Konzepte durchzusetzen.

Als Beispiel für solche Personalpolitik mag der Bayerische Rundfunk gelten, wo sich ab 1970 das bis dahin liberale Bild rasch änderte: CSU-Chefredakteur Mühlfenzl herrscht über 16 Redaktionen, die fast alle von politischer Bedeutung sind, während sein Proporz-Stellvertreter Schneider (SPD) nur über sechs politisch weniger relevante Redaktionen die redaktionelle Aufsicht ausüben darf. Hinzu kam beim Bayerischen Rundfunk, daß im Rahmen einer von Mühlfenzl zu verantwortenden „Strukturreform" Sendezeiten gestrichen wurden, wobei „zufällig ... drei der vier betroffenen Redaktionsleiter SPD-Sympathisanten waren" [42]). Da der CDU/CSU diese Erfolge ihrer Politik nicht in jedem Sender beschieden sein können, startet sie bei günstiger Gelegenheit Frontalangriffe auf die Unabhängigkeit der Sendeanstalten. So drohte anläßlich einer Intendantenkonferenz die Bayerische Staatsregierung im vergangenen Jahr die Aufkündigung des Länderabkommens über die Koordinierung der Ersten Fernsehprogramme an, wenn dieses nicht

40) G. D. Dahlmüller u. a., a.a.O., S. 275.
41) Ebd., S. 278 ff.
42) „Funk-Report", zit. nach: „die feder", 7—8/1975, S. 1 f.

bald „ausgewogener" werde und auf verzerrende Darstellungen verzichte. Einen ähnlichen Vorstoß unternahm die Landesregierung von Baden-Württemberg, die unter anderem verlangte, jede Sendung müsse in sich ausgewogen sein und umstrittene Sendung dürften nur bei Zwei-Drittel-Zustimmung der Anstalten gesendet werden [43]). Selbst konservative Intendanten sprachen damals von einer drohenden Verletzung der verfassungsmäßig verankerten Rundfunkfreiheit [44]).

Parallel zu der globalen Einflußnahme von CDU/CSU und den ihnen nahestehenden Kräften verlaufen die tagtäglichen Angriffe auf einzelne Sendungen, auf einzelne Redakteure oder beides zusammen. Ein großer Teil dieser oft regelrechten Zensur- und Unterdrückungsmaßnahmen vollzieht sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit; d. h., sie werden von der Masse der Hörer und Zuschauer gar nicht zur Kenntnis genommen oder ihnen erst gar nicht zur Kenntnis gebracht. Es sollen deshalb im folgenden einige eklatante Fälle summarisch genannt und zwei weitere detaillierter analysiert werden. Vorweg sei darauf hingewiesen, daß Intendanten, Programmdirektoren, Chefredakteure, Hauptabteilungsleiter etc. den politischen Gruppen außerhalb der Anstalt die Arbeit häufig abnehmen: deren Einfluß wird dann nur mittelbar wirksam. Eines der am häufigsten zensierten Programme ist die medienkritische Sendung „Glashaus — tv intern" im Ersten Fernsehprogramm. Nicht selten wird die Realisierung der von der Redaktion geplanten Themen untersagt, weil sie zu „brenzlig" sind, hin und wieder kommt es vor — wie zuletzt bei der Sendung über die Verflechtung des Rundfunks mit der Privatwirtschaft anläßlich der Funkausstellung —, daß Intendanten ihre Teilnahme davon abhängig machen, daß bestimmte Filmbeiträge nicht gesendet werden [45]).

Ein Gedicht von Alfred Andersch, das sich kritisch mit der Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik auseinandergesetzt hat, durfte im Literaturmagazin des Südwestfunks nicht verlesen werden [46]). Die Redakteure des progressiven Jugendmagazins „direkt" wurden auf die Attacken des CSU-Bundestagsabgeordneten Friedrich Zimmermann hin und aufgrund einer Intervention von ZDF-Intendant Holzamer an die „Pflicht zur Pluralität" erinnert. Man warf ihnen vor, „eine total mißverstandene Konzeption" verfolgt zu haben, und machte für die Zukunft Sendeauflagen. Der DGB sprach daraufhin von einem „Begräbnis dritter Klasse" [47]). Ähnlich erging es dem Jugendmagazin „s-f-beat" vom Sender Freies Berlin. Die dort erfolgten Selbstdarstellungen von Jugendgruppen wurden unterbunden, Randgruppenprobleme sollten nach Ansicht des SFB-Programmdirektors nur noch selten aufgegriffen werden, Liedermacher (wie z. B. Degenhardt) sollten nicht im Rahmen des Programms auftreten. Auch dieser Sendung war damit der Zahn gezogen. Selbst eine breite Protestwelle fortschrittlicher Jugendverbände konnte daran nichts mehr ändern [48]).

Als in einer Sendung im Rahmen der Reihe „Vor Ort" die Bewohner von Wyhl und Umgebung sich unkommentiert und überwiegend negativ zum geplanten Bau des Kernkraftwerks äußerten, kam es innerhalb der ARD zu heftigen Kontroversen.

Die Absetzung der von NDR und WDR gemeinsam produzierten dreizehnteiligen Kursusreihe über das Betriebsverfassungsgesetz mit dem Titel „Der Betriebsrat — Ein Kurs für Arbeitnehmer" ist der bislang deutlichste Beweis dafür, welch star-

43) Vgl. „Funk-Korrespondenz", 27—28/1975, und „Hörfunk-Fernsehen-Film", S. 2 f.
44) „Hörfunk-Fernsehen-Film", 8/1975, S. 3.
45) Vgl. „Funk-Report", 16/1975.
46) In diesem Fall zeigten sich auch die minimalen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Programmacher, die keinerlei Einfluß in dieser Auseinandersetzung hatten. Vgl. „Funk-Korrespondenz", 16—17/1976.
47) „Funk-Report", 2/1975.
48) FR v. 29. 4. 1975 und „Funk-Report", 8/1975, 10/1975.

ken Einfluß die Arbeitgeber im Zweifelsfall auf die Programminhalte der Rundfunk- und Fernsehanstalten haben. Wochenlang standen der WDR und der NDR unter dem Trommelfeuer der Arbeitgeberverbände, die eine Absetzung der Sendereihe forderten, da sie gegen eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit" von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gerichtet sei. Sie fanden Unterstützung beim Programmdirektor des Norddeutschen Rundfunks, Friedrich-Wilhelm Räuker (CDU), der, von den schleswig-holsteinischen Arbeitgebern aufgescheucht, schwere „rechtliche und inhaltliche" Bedenken gegen einige Beiträge geltend machte. Ein nordrhein-westfälischer Sprecher der Arbeitgeberverbände sprach sogar von einer „ideologischen, klassenkämpferischen Auslegung" des Betriebsverfassungsgesetzes [49]). Als die Arbeitgeber im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung rechtliche Schritte gegen den NDR androhten, zog NDR-Intendant Martin Neuffer (SPD) Ende Juli dieses Jahres die „Konsequenz": Er setzte die Sendereihe vom Programm ab. Und das, obwohl er lediglich fünf von 13 Filmen gesehen hatte und obwohl er das schriftliche Begleitmaterial nicht kannte, obwohl der Justitiar des NDR keinerlei Verstoß des Fernsehkursus gegen den gesetzlich fixierten öffentlich-rechtlichen Auftrag des Fernsehens entdecken konnte. In einer Fernsehsendung am 10. Oktober 1976 behauptete Neuffer dann noch, seine Ablehnungsgründe hätten mit denen der Arbeitgeber nichts zu tun [50]).

Die Autoren der Sendereihe, Jürgen Schröder-Jahn und Klaus Haak, die sich mit Entschiedenheit gegen den Eingriff des Intendanten wandten, machten darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber schon während der Dreharbeiten versucht hatten ihre Teilnahme an der Sendung davon abhängig zu machen, daß der Inhalt ihren Vorstellungen entspreche. Absicht der Arbeitgeber sei gewesen — so Autor Klaus Haak —, eine breite Information der arbeitenden Bevölkerung über ihre Rechte im Betrieb zu verhindern. Dies sei ihnen voll und ganz gelungen — dank des Intendanten und trotz einer breiten Protestwelle zahlreicher Organisationen und Einzelpersönlichkeiten. Der Redakteursausschuß des NDR sprach im Zusammenhang mit der Entscheidung des Intendanten Neuffer zu Recht von einem Eingriff in die innere Rundfunkfreiheit.

Die Liste dieser Beispiele von Nachzensur und Unterdrückung von unbequemen Meinungen könnte endlos verlängert werden. So z. B. um die vielen Briefe des CSU-Generalsekretärs Gerold Tandler, in denen dieser gegen die politische Tendenz des „Frühschoppens", von „Panorama" und mehreren anderen Beiträgen Front machte und für die Zukunft „Ausgewogenheit" forderte. Es sei auch an die Aussage des CDU-Bundestagsabgeordneten Friedrich Vogel erinnert, DKP-Mitglieder gehörten nicht in die Rundfunk- und Fernsehanstalten [51]): Das ist nichts anderes als der Versuch, auch in den Funkhäusern den Radikalenerlaß zu praktizieren. Im folgenden sollen die Angriffe auf die Hörfunk-Jugendsendung „Radiothek" des WDR analysiert werden, um klarzumachen, mit welch subtilen Methoden die fortschrittsfeindlichen Kräfte in der Bundesrepublik im Bereich der Massenmedien ihre Vorstellungen durchzusetzen versuchen.

Die Angriffe auf die „Radiothek" begannen im Spätsommer 1974 und liefen später parallel mit der „Rotfunk"-Kampagne der CDU anläßlich der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1975. Der westfälische CDU-Vorsitzende Windelen gab vor Vertriebenen und Flüchtlingen in der Union das Signal zum Angriff mit dem Ausruf: „Wir werden uns nicht länger diesen Rotfunk gefallen lassen", und

49) J.-L. Dortans in der Sendung „Glashaus — TV-intern" v. 10. 10. 1976.
50) Vgl. M. Neuffer in der o. g. Sendung „Glashaus — TV-intern".
51) Sitzungsprotokoll des Deutschen Bundestages v. 24. 10. 1975.

drohte im Falle eines Wahlsiegs mit „Änderungen im WDR" [52]). Nach der Wahl ging es weiter: Der stellvertretende Sprecher der CDU Karlheinz Prues sprach vor der katholischen Thomas-Morus-Akademie von verfassungsfeindlichen Sendungen des WDR und nannte unter anderem die „Radiothek". Die Rechtspresse sekundierte vortrefflich. So schrieb die „Neue Bildpost" am 28. März d. J. zu einer Sendewoche in der „Radiothek" über die Gewerkschaftsjugend: „Es ist Kommunismus in Reinkultur, der hier auf die Jugendlichen herabsäuselt . . ."

Begonnen hatte die Kampagne mit dem Antrag des NRZ-Chefredakteurs Jens Feddersen, der in seiner Eigenschaft als Mitglied des Programmbeirats des WDR die Einsetzung einer Kommission zur Beobachtung der „Radiothek" durchsetzte. Vom 24. Februar bis zum 24. April 1975 wurden sämtliche Sendungen der „Radiothek" mitgeschrieben und der Kommission vorgelegt — 1500 Seiten Papier. Diese legte dem Programmbeirat ihre Meinung vor, und der kam zu folgendem mehrheitlichen Ergebnis:

— Lediglich ein Drittel der Sendungen erfülle den von der Redaktion selbst gesteckten Anspruch, Hintergrund und Information zu ausgewählten Themen zu liefern;

— rund 40 % der Sendungen böten Anlaß zur Kritik;

— dies gelte teilweise sogar für komplette Sendungen, z. B. die gesamte Portugal-Berichterstattung;

— manche Sendungen, z. B. die über die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) seien „erschreckend einseitig";

— die Redaktion handele nach dem Motto: Wir lassen uns unsere Meinung nicht durch Recherchen kaputtmachen [53]).

Die Redaktion der „Radiothek" wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorwürfe und machte auf folgende Tatsachen aufmerksam:

— Ein von einem Mitglied der Beobachtungskommission erstelltes Minderheitsvotum, das ausgesprochen positiv für die „Radiothek" ausfiel, blieb vom Programmbereit unberücksichtigt;

— die Kommission hat ihr Gutachten dem Programmbeirat vorgelegt, ohne der Redaktion Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben;

— die auf Anforderung der Kommission vorgelegten und nach Redaktionsmeinung besonders gut gelungenen Sendungen sind von dieser überhaupt nicht diskutiert worden;

— der Hauptkritiker der „Radiothek", Jens Feddersen, war bei den Gesprächen mit der Redaktion nur einmal anwesend;

— die bei der Beobachtung zugrundeliegenden Fragen waren einseitig;

— die Kommission hat von den im Beobachtungszeitraum gesendeten Beiträgen lediglich zwölf genauer untersucht, und das waren ausschließlich solche, die von ihr als negativ eingestuft wurden;

— die von der Kommission benutzten Beurteilungskriterien sind verschwommen, unpräzise und nirgends definiert [54]).

Ohne weitere Details der monatelangen Auseinandersetzung zwischen „Radiothek"-Redaktion und Programmbeirat aufzuschlüsseln, kann eines mit Sicherheit

52) Deutsche Presseagentur v. 23. 2. 1975.
53) Vgl. „Funk-Report", 12/1975.
54) Vgl. Stellungnahme der Redaktion „Radiothek" zur Erklärung des Programmbeirats.

festgestellt werden: Die an der Sendereihe vorgebrachte Kritik konnte in nahezu allen Punkten widerlegt werden. Wo sie berechtigt war, ist sie auf die unzureichende materielle und personelle Ausstattung der Redaktion zurückzuführen. Intendant und Hörfunkdirektor haben sich voll und ganz auf die Seite der Redaktion gestellt, und dennoch haben die Kritiker ihr Ziel erreicht: Eine an den Interessen der Jugendlichen orientierte erfolgreiche Sendung war ins Gerede gekommen, die Dreckschleuderei hatte Spuren hinterlassen, die Rehabilitation der Sendung in der breiten Öffentlichkeit konnte daher nur schwer gelingen. Dafür sorgte allen voran Springers „Welt", in der mit schöner Regelmäßigkeit Enno v. Loewenstern den „marxistisch orientierten" Redakteuren vorwarf, sie hätten die massive Kritik der Aufsichtsgremien total ignoriert [55]).

Daß sich an Form und Inhalt der „Radiothek" trotz dieses einjährigen Frontalangriffs nichts geändert hat, ist nicht zuletzt den zahlreichen Solidaritätsbekundungen demokratischer Organisationen und Einzelpersönlichkeiten zu danken. Eine von den nordrhein-westfälischen Jungsozialisten durchgeführte Untersuchung unter 250 000 Jugendlichen ergab, daß 80 % der Befragten die Beibehaltung der „Radiothek" forderten und lediglich 6 % an eine einseitige Beeinflussung durch die Sendung glaubten [56]).

Daß die rechten Scharfmacher sich mit dem Ergebnis ihrer Kampagne nicht begnügen wollten, zeigte sich anläßlich der „Radiothek"-Berichterstattung über Fahrpreiserhöhungen bei den Kölner Verkehrsbetrieben, als deren Vorsitzender, Josef Prinz, im Verein mit dem CDU-Landtagspräsidenten in NRW, Wilhelm Lenz, und der Kölner Lokalpresse einen erneuten Angriff startete. Seine Behauptung, ein von ihm gegebenes Interview sei bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden, sollte erneut die „Linkslastigkeit" der Sendung belegen. Der Aufforderung, seinen Vorwurf zu belegen, ist Prinz allerdings nicht nachgekommen. Die Aktion verlief, wie schon so viele zuvor, im Sande. Doch wann die nächste Attacke gegen die „Radiothek" erfolgt, ist wohl nur eine Frage der Zeit.

Die Auseinandersetzungen um die „Radiothek" sind ein Musterbeispiel dafür, mit welchen Methoden konservative und reaktionäre Kräfte liberale Freiräume, die es — wenn überhaupt — vornehmlich im Hörfunk gibt, in den Medien torpedieren. In einer konzertierten Aktion von CDU-Mitgliedern in den Aufsichtsgremien, Rechtspresse und rechtslastigen Funk- und Fernsehdiensten werden zunächst Behauptungen in die Welt gesetzt, anschließend eine Überprüfung der so erzeugten „Vorwürfe" gefordert, bei der man sich dann vereint um die „Ausgewogenheit" der betroffenen Sendungen bemüht. Bei derartigen Manövern scheuen einige Personen oder Organisationen — wie gezeigt — vor plumpen Lügen nicht zurück. Diese Vorfälle ordnen sich nahtlos ein in den schleichenden, zunehmenden Abbau demokratischer Rechte in der Bundesrepublik, der ansonsten durch die Verschärfung der Strafprozeßordnung, den Paragraphen 88 a und durch die unverändert rigide Praxis der Berufsverbote (auch in SPD-regierten Ländern) gekennzeichnet ist [57]).

Wenn es darum geht, Konsequenzen aus den Tendenzen zum Abbau der inneren Pressefreiheit in der privaten Presse wie auch in den öffentlich-rechtlichen Anstalten zu ziehen, dann darf dieser Tatbestand nicht übersehen werden. Im folgenden sollen jedoch vor allem die Möglichkeiten skizziert werden, die sich den

55) Vgl. „Die Welt" v. 28. 8. 1975, 10. 9. 1975, 11. 9. 1975.
56) Vgl. „'ran", 1/1976.
57) In diesem Zusammenhang mag eine WDR-interne Anweisung von Interesse sein, das Wort „Berufsverbot" in Beiträgen nicht unkommentiert zu verwenden.

betroffenen Journalisten und Druckern in den Tageszeitungen bieten, um das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und die innere Pressefreiheit zu sichern und — wo nötig — wiederherzustellen. Dies gilt analog für die Mitbestimmung der Journalisten und Techniker in den Funkhäusern.

Perspektiven einer Demokratisierung von Presse, Funk und Fernsehen

Die Forderungen nach Demokratisierung der Tagespresse ergeben sich aus der Darstellung der Situation von selbst. Alle Forderungen sind so alt wie unerfüllt. Das beginnt mit mehr theoretischen Ideen wie denen von Horst Holzer, der eine Überführung der privatwirtschaftlichen Tagespresse in gemeinwirtschaftliche, öffentlich-rechtliche oder Stiftungsformen vorschlägt [58]), um so eine demokratische Presse zu gewährleisten, die frei von unternehmerischer Interessenpolitik ist. Das setzt sich fort in den diversen Medienkonzepten der Parteien und Gewerkschaften, die in unterschiedlicher Konsequenz die Kompetenzen zwischen Verlag und Redaktion regeln wollen, um so dem Verleger die wirtschaftliche Leitung des Hauses und die Grundsatzkompetenz in der politischen Richtung und der Wahl des Chefredakteurs, der Redaktion aber die Kompetenz der täglichen Detailarbeit zu sichern [59]). Die Fülle der verschiedenen Modelle kann hier nicht detailliert dargestellt werden, sie laufen aber alle auf eine teils halbherzige und damit wirkungslose, teils konsequente und somit heftig umkämpfte Beschneidung der verlegerischen Weisungsbefugnis über die Redaktion hinaus. Auch das inzwischen politisch gescheiterte Presserechtsrahmengesetz enthielt in den bekannt gewordenen Entwürfen solche Kompetenzregelungen [60]).

Übriggeblieben und verabschiedet sind aus dem ursprünglich umfassenden Konzept eines Presserechtsrahmengesetzes das Pressestatistikgesetz, mit dem endlich eine Gesetzespflicht zu statistischen Angaben wie für alle anderen Unternehmer nun auch für Verleger und eine in der Praxis noch unbewährte Pressefusionskontrolle im Rahmen der Kartellgesetzgebung existiert. Wie auch im Rahmen der allgemeinen Kartellgesetzgebung ist dem Bundeskartellamt aber bei generell verbotenen Verlagsfusionen mit über 25 Mio. DM Gesamtumsatz der beteiligten Unternehmen eine Erlaubnismöglichkeit gegeben, wenn betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten nachgewiesen werden. Dieser Nachweis wird fusionswilligen Verlegern im Zweifel mit Hinweis auf gefährdete Arbeitsplätze schon gelingen.

Wo umfassende Ansätze wie die des Presserechtsrahmengesetzes zur Zeit nicht durchsetzbar erscheinen, bleibt die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung, die freilich derzeit genauso geringe Erfolgsaussichten hat. Der Mitbestimmungsforderung voraus geht aber noch die Forderung nach Abschaffung des Tendenzschutzparagraphen. Dieser Paragraph 118 des Betriebsverfassungsgesetzes nimmt Tendenzbetriebe, damit auch Presseunternehmen, von den ohnehin minimalen Mitbestimmungsrechten des Betriebsverfassungsgesetzes aus. Damit haben die Betriebsräte in Presseunternehmen weniger Rechte als die Kollegen in anderen Unternehmen. Im neuen Mitbestimmungsgesetz, das seinen Namen ohnehin nicht verdient, ist ebenfalls eine Tendenzklausel aufgenommen. Es gibt zwar höchstrichterliche Lichtblicke in Tendenzschutzentscheidungen [61]), wonach eindeutig nur die *Mitbestimmungs*rechte des Betriebsverfassungsgesetzes von der Tendenz-

58) H. Holzer, Kommunikationssoziologie, Reinbek 1973.
59) Vgl. H. S. Schmidt, Publizistik und „Tendenzschutz": Die konservative Herrschaft, in: „vorgänge", 6/1973, S. 103 ff.
60) Eine gute Zusammenarbeit der kontroversen Meinungen zum Presserechtsrahmengesetz findet sich in der Beilage 49/1975 v. 6. 12. 1975 der Wochenzeitung „Das Parlament".
61) Vgl.: „Tendenzwende" im Tendenzschutz?, in: „die feder", 9/1976, S. 11 f.

klausel ausgenommen sind, nicht aber alle sonstigen Informations-, Anhörungs- und Beratungsrechte, die unterhalb dieser Mitbestimmungsschwelle liegen und dem Betriebsrat auch in Tendenzbetrieben zustehen. Trotzdem bleibt vor allen weitergehenden paritätischen Mitbestimmungs- und Kompetenzabgrenzungsforderungen die Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 118 BetrVG erstes Ziel gewerkschaftlicher Arbeit zur Demokratisierung der Presse.

Ein kleiner Fortschritt, von IG Druck-Chef Leonhard Mahlein als „Erfolg und Modell für die Zukunft" gelobt [62]), wurde unlängst von der SPD und IG Druck publiziert: Tarifvertraglich wurde zwischen IG Druck und den 100prozentigen SPD-Presseunternehmen sowie deren Dachkonzern eine umfassende Mitbestimmungsregelung beschlossen. Einem „Tarifvertrag über die Mitbestimmung des Betriebsrates" und einem „Tarifvertrag über die Zusammenarbeit von Verlegern und Redakteuren in den Redaktionen" soll eine „paritätische Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der Obergesellschaft" in Kürze folgen. Nach der langen und unseligen Unternehmerpraxis der SPD in ihren Presseunternehmen ist hier erstmalig ein gewerkschaftlicher Durchbruch gelungen, dessen praktische Umsetzung von jedem Gewerkschafter wie auch Verleger aufmerksam verfolgt werden sollte [63]).

Die Durchsetzung von Demokratisierungsforderungen in Presse, Funk und Fernsehen erfordert ein geschlossenes Auftreten der dort abhängig Beschäftigten. Grundvoraussetzung dafür ist, daß sich auch die freien Autoren, die Wortproduzenten, subjektiv als das verstehen lernen, was sie objektiv sind: abhängig Beschäftigte, die inhaltlich Weisungen unterliegen und materiell ungesichert und abhängig sind. Die Standesideologien, wachgehalten in Organisationen wie z. B. dem Deutschen Journalistenverband und dem Freien Deutschen Autorenverband, verhinderten bislang eine breite Bewußtseinsänderung der Autoren, weg von ständischer Arroganz hin zu gewerkschaftlicher Organisierung. Die Schriftsteller des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) und die Journalisten der dju haben den Weg in die Gewerkschaft, die IG Druck und Papier, gefunden. Drucker, Setzer und Autoren treten hier geschlossen für gemeinsame Forderungen ein. Doch solange es ständische Organisationen gibt, die sich gemeinsamer Interessenvertretung von Arbeitern, Angestellten und selbständigen Autoren widersetzen, solange Funkautoren und -techniker in einer anderen Gewerkschaft organisiert sind (Rundfunk-Fernseh-Film-Union, RFFU, in der Gewerkschaft Kunst im DGB), solange nicht auch Künstler und Interpreten, kurz: alle in der Medienindustrie Beschäftigten einer geschlossenen Industriegewerkschaft angehören, solange hat die Gewerkschaftsbewegung der industriellen Konzentration von der Tagespresse zu Multimedienkonzernen nichts Gleichgewichtiges entgegenzusetzen. Und solange darf sie sich nicht wundern, wenn die gewerkschaftliche Dezentralisation der industriellen Konzentration stets unterliegt. Gegen alle Standesideologien und gegen alle Besitzstandswahrungen gewerkschaftlicher Verbände, die fürchten, in einer Gesamtgewerkschaft unterzugehen, muß der Gedanke der Mediengewerkschaft wachgehalten und an seiner Verwirklichung beharrlich gearbeitet werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Publizistik, in der sich die mediengewerkschaftlichen Rivalen im DGB, die IG Druck und die Gewerkschaft Kunst, zusammengefunden haben, ist, gemessen an Martin Walsers Idealen von der IG Kultur, mit denen er 1970 publizistischen Wirbel entfachte, der drei Jahre später im Beitritt des Schriftstellerverbandes zur IG Druck und Papier mündete, aber dort auch versiegte,

62) „druck und papier", 19/1976, S. 14.
63) Siehe im einzelnen: SPD-Betriebspolitik, Hrsg. Parteivorstand der SPD, 9/1976, S. 1—12.

eine bescheidene Realität mediengewerkschaftlicher Vorstellungen. Die AG Publizistik vom Vorstandstreff zur Mediengewerkschaft auszubauen, ist daher eine vordringliche Aufgabe zur Durchsetzung demokratischer Strukturen in den Massenmedien.

Das „Entwicklungsmodell" des chilenischen Militärregimes – Anspruch und Wirklichkeit*)

Von Dieter Paas

Indikatoren der Wirtschaftskrise

Drei Jahre militärfaschistischer Herrschaft haben Chiles Wirtschaft in eine Krise gestürzt, deren Ausmaß nur mit den katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929—32 vergleichbar ist. In Chile ging damals das durchschnittliche Bruttosozialprodukt der Jahre 1930—34 gegenüber dem vorangelegenen Jahrfünft um 11 % zurück. Die Bergbauexporte, in erster Linie die Salpeterausfuhren, sanken von 1929 bis 1933 um 75 %. Allein im Bergbau schieden in dieser Zeit 62 000 von 104 000 Beschäftigten au der Produktion aus und vermehrten das Heer der Arbeitslosen [1]).

Die heutige Krise steht dem quantitativ nicht nach. Abwärtstendenzen, die sich schon 1974 deutlich abzeichneten, haben sich 1975 und 1976 erheblich verschärft. So fiel die Industrieproduktion, die sich 1974 „nur" um 3,8 % vermindert hatte, im vergangenen Jahr um 24,1 % [2]). Im ersten Halbjahr 1976 stagnierte die Produktion auf diesem Niveau, das um 13 % unter dem des Jahres 1969 liegt. Außer in der Industrie ist auch im Bergbau (1975: — 7 %; 1976: weiterer starker Rückgang mit Ausnahme des Kupfers), in der Landwirtschaft [4]) und besonders im Bauwesen (1975: minus 40—50 %; 1976: weiterer Rückgang im ersten Halbjahr um rund 10 %) ein Schrumpfen der Produktion zu verzeichnen. Die Bruttoinvestitionen sanken 1975 um rund 40 %, im ersten Halbjahr 1976 um weitere 39 %!. Von Regierungsseite wird der Rückgang des Bruttosozialprodukts für das Jahr

*) Vgl. zum internationalen Kontext auch den Beitrag von Nicole Ball „Milton Friedman — der Nobelpreisträger und sein Modell" (d. i. Chile) in Heft 11/1976 der „Blätter". D. Red.

1) Zu den Folgen der Weltwirtschaftskrise für Chile vgl. Aníbal Pinto, Chile, un caso de desarrollo frustrado (Chile, ein Fall fehlgeschlagener Entwicklung), Santiago 31973, S. 165 ff.

2) Nach Angaben des Industriellenverbandes SOFOFA v. Februar 1976. Vgl. „Ercilla" (Wochenzeitschrift mit rechts-christdemokratischer Orientierung), Nr. 2124, 14.—20. 4. 1976, S. 15.

3) „Ercilla", Nr. 2137, 14.—20. 7. 1976.

4) Von der Junta wird zwar für das Agrarjahr 1974/75 ein Anstieg der Erzeugung um 4,3 % behauptet, doch widerspricht diese Zahl den offiziellen Angaben für die einzelnen Produktionszweige. Auf diesen Einzelangaben beruhende Berechnungen ergeben einen Produktionsrückgang von 7,7 %. Vgl. José Franco Mesa, Agricultura: El difícil año 75, in: „Mensaje" (Zeitschrift der chilenischen Jesuiten), Nr. 247, März—April 1976. Im Agrarjahr 1975/76 erreichte die Weizenernte einen Minusrekord von 550 000 t — gegenüber 1,37 Mio. t 1970/71 und 1,2 Mio. t 1971/72.

1975 mit 15 % angegeben [5]); pro Kopf gerechnet, liegt es nun unter dem Stand, den Chile schon 1962 erreicht hatte.

Im Dezember 1975 erreichte die Arbeitslosenquote im Großraum Santiago 18,6 %, im März 1976 19,8 %, im Vierteljahr April—Juni 1976 19,1 % [6]) — das entspricht für das ganze Land einer Zahl von etwa 600 000 Arbeitslosen. Dazu kommen zur Zeit (nach Angaben vom Juli 1976) noch 175 000 Personen, die im Rahmen eines Notprogramms, dem „Plan de Empleo Minimo", eingesetzt sind und fürs Straßenfegen, Heckenschneiden usw. eine weit unter dem Minimaleinkommen liegende Entlohnung erhalten [7]).

Ein weiterer Indikator für die Lähmung der wirtschaftlichen Aktivität in Chile unter der Junta ist das Absinken der Einfuhren, besonders der Lebensmittel-, Rohstoff- und Investitionsgüterimporte, deren Gesamtwert 1975 um 44,5 % niedriger lag als im Vorjahr. Diesem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß der Rückgang der Exporte um 35 %, hauptsächlich bedingt durch den Fall der Kupferpreise im Gefolge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, nicht zu einem noch größeren Defizit in der Handels- und Zahlungsbilanz geführt hat [8]). In den Monaten Januar bis Juli 1976 fielen die Einfuhren um weitere 6,4 % gegenüber 1975, während die Ausfuhren dank der seit März steigenden Kupferpreise wieder anwuchsen, so daß für 1976 mit einer positiven Handelsbilanz zu rechnen ist.

Trotz aller Depressionserscheinungen bewegt sich die Inflationsrate nach wie vor auf Weltspitzenniveau; sie erreichte im Jahre 1975 340,7 %. Durch die von Finanzminister Cauas verordnete „Schocktherapie" zur Bekämpfung der Inflation konnten die Preissteigerungen seither nur mühsam etwas gedämpft werden; die Inflationsrate für den Zeitraum Januar bis Oktober 1976 liegt immer noch bei 151,3 % (gleicher Zeitraum des Vorjahrs: 280,4 %) [9]).

Von den Zielen des sogenannten magischen Vierecks — Wachstum, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Preisstabilität — ist die chilenische Wirtschaft mit Ausnahme der Handelsbilanz im dritten Jahr der Militärdiktatur also weit entfernt. Das Bild verdüstert sich aber noch mehr, wenn man die materielle Lage der großen Mehrheit der Bevölkerung betrachtet. Die Realeinkommen der Lohnabhängigen (einschließlich der Angestellten) waren schon im März 1974 gegenüber 1968/69 um mindestens 60 % gefallen; nimmt man als Vergleichsjahr 1972, so vergrößert sich der Abstand noch [10]). In den Jahren 1974 und 1975 sind die Realeinkommen weiter abgesunken. Vorsichtig geschätzt, leben heute zwei Drittel der chilenischen Familien von weniger als 100 Mark im Monat. Konnte ein Arbeiter oder Angestellter mit dem täglichen Mindesteinkommen im September 1973 noch 22 kg Brot kaufen, so waren es im

5) Vgl. „Ercilla", Nr. 2124, 14.—20. 4. 1976, S. 15.
6) Nach Untersuchungsergebnissen des Instituts für Ökonomie der Universität von Chile. Vgl. „Ercilla", Nr. 2137, 14.—20. 7. 1976) und des Nationalen Instituts für Statistik (INE).
7) „Mensaje", Nr. 251, August 1976.
8) Nach Angaben der chilenischen Zentralbank betrug 1975 das Defizit in der Handelsbilanz rund 200 Mio. US-Dollar (Zahlungsbilanz: — 262 Mio. US-Dollar). Vgl. „Ercilla", Nr. 2119, 10.—16. 3. 1976 und Nr. 2124, 14.—20. 4. 1976, S. 15.
9) „El Mercurio" (rechtsorientierte, heute profaschistische Tageszeitung im Eigentum des Clan Edwards, einer der größten Kapitalgruppen Chiles mit Verbindungen zu US-Konzernen, z. B. Pepsi-Cola), Edición Internacional, 2.—8. 5. 1976.
10) Hierin stimmen verschiedene Kalkulationen über die Entwicklung der Realeinkommen überein, die der Unzulänglichkeit — und teilweise auch Fälschung — des offiziellen Preisindex' dadurch Rechnung zu tragen versuchen, daß sie mit realistischeren Warenkörben arbeiten. Vgl. Michel Chossudovsky, Hacia el nuevo modelo económico chileno — Inflación y redistribución del ingreso (1973—1975— Auf dem Weg zum neuen chilenischen Wirtschaftsmodell — Inflation und Einkommensumverteilung), Universidad Católica del Perú y Universidad de Ottawa, Canadá, Serie de Documentos de Trabajo, Nr. 19, Mai 1974; José Aldunate L., S. J., Salarios y precios ¿Cómo sigue la situación?, in: „Mensaje", Nr. 238, Mai 1975, S. 186—197.
11) Vgl. „Boletín Informativo" (hrsg. vom Comité Chileno de Solidaridad con la Resistencia Antifascista, La Habana, Kuba), Nr. 71, 13.—26. 8. 1976, S. 8. Die Kaufkraft gegenüber Brot ist ein aussagekräftiger Indikator für das materielle Lebensniveau in Chile, da Brot das wichtigste Nahrungsmittel ist. Vgl. auch Berta Olguín, El genocidio económico, in: „Boletín Informativo", Nr. 71, Anexos, Documento Nr. 61, S. 3.

Juni 1975 nur noch 5 kg [11]). Man erhält eine Vorstellung von der brutalen Umverteilung der Einkommen zugunsten einer kleinen Minderheit, wenn man dem Rückgang des BSP pro Kopf um 12 % zwischen 1970 und 1975 [12]) die Schrumpfung der Realeinkommen um mindestens 60 % bei mehr als vier Fünfteln der Bevölkerung gegenüberstellt [13]).

Günstige ökonomische Ausgangsbedingungen nach dem Putsch

Die wohl einmalige Häufung derart negativer Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als nach dem Putsch vom 11. September 1973 die Aussichten der Junta auf baldige ökonomische Erfolge als recht günstig erschienen. Die Beendigung der von der Opposition inszenierten Streiks und Sabotageaktionen, die gewaltsam erzwungene Erhöhung der Arbeitsintensität, die Erwartung einer rasch steigenden Investitionsfreudigkeit der Unternehmer, das Ende des US-gesteuerten Kredit- und Lieferboykotts gegen Chile sowie die anscheinend guten Chancen für einen bedeutenden Zustrom von Auslandskapital in ein militärisch befriedetes Chile und das ungewöhnliche Steigen der Kupferpreise und Deviseneinnahmen [14]) — all dies gab den optimistischen Prognosen, die in der Junta-Propaganda in den ersten Monaten nach dem Putsch gang und gäbe waren, scheinbar genügend Berechtigung. Pablo Baraona, einer der sogenannten Chicago-Boys unter den Wirtschaftsexperten der Junta [15]) und heute Präsident der Zentralbank, versprach ein Wirtschaftswunder wie in der Bundesrepublik: Schon nach drei — allerdings „harten" — Monaten komme der Aufschwung mit einem Wirtschaftswachstum von 10 % im Jahre 1974; die Inflationsrate könne schon 1974 auf Null gesenkt werden [16]).

Was die Produktionsziffern angeht, schien die Entwicklung in den ersten zwei bis drei Monaten nach dem Putsch den Junta-Experten zunächst recht zu geben. So gelang es, mit Hilfe des nun wieder fließenden Nachschubs an Maschinen und Ersatzteilen aus den USA sowie durch militärische Kontrolle und Verschärfung der Arbeitshetze [17]) die mittlere Monatsproduktion von Kupfer in den Monaten Oktober—Dezember um annähernd 50 % gegenüber dem Durchschnitt der vorangegangenen Monate des Jahres 1973 zu steigern. Die industrielle Produktion des Monats Oktober lag um 50 % über der im September 1973, und auch die durchschnittliche Industrieproduktion der Monate Oktober und November übertraf noch um 12 % den mittleren Wert der Monate Januar bis September 1973 [18]). Doch schon im Dezember 1973, also kaum ein Vierteljahr nach dem Putsch, war dieser Aufwärtstrend zu Ende. Die ersten Anzeichen einer Produktionskrise wurden bei der industriellen Erzeugung sichtbar, die im Dezember um 5,6 % hinter dem Ergebnis von Dezember 1972 zurückblieb. In den kommenden Monaten des Jahres 1974 bestätigte sich diese Tendenz. Es zeigte sich nun, daß hinter dem ephemeren Oktober—November-Aufschwung Faktoren gestanden hatten, die nur

12) Vgl. „Ercilla", Nr. 2115, 11.—17. 2. 1976, S. 33.
13) Wichtige Angaben hierzu, wie auch generell über die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Putsch, bietet Hugo Facio, Die Wirtschaft Chiles unter dem Faschismus, in: Chile heute — Wirtschaft und Menschenrechte, hrsg. von Gustavo Becerra-Schmidt, Frankfurt/M. 1976, S. 5—25.
14) Zum Zeitpunkt des Putsches befand sich der Kupferpreis gerade in einer steilen Hausse; im April 1974 erreichte er mit 1,52 Dollar pro pound eine Rekordmarke. Damit war eine erhebliche Steigerung der Deviseneinnahmen verbunden, die sich 1974 gegenüber 1972 nahezu verdreifachten. Vgl. Banco Central de Chile, „Boletín Mensual", Nr. 564, Februar 1975, S. 336, und Nr. 551, Januar 1974, S. 77.
15) Die Chicago-Boys sind meist von der Katholischen Universität von Santiago stammende Ökonomen, die im Rahmen eines langfristigen Kooperationsvertrags bei Milton Friedman und Arnold Harberger an der Abteilung für Ökonomie der Universität von Chicago studiert haben. Näheres darüber bei Andre Gunder Frank, Ökogorillas. Chicago-Mafia in Chile, in: „Neues Forum", Heft 251, November 1974, S. 13 ff.
16) „El Mercurio", 17. 10. 1973.
17) Für die Kupfermine Chuquicamata z. B. las sich dies in der gleichgeschalteten Presse so: „Die Bergleute arbeiten unter dem angemessenen Schutz von Truppeneinheiten und erreichten schon Produktionsrekorde . . .", aus: „La Tercera" (auflagenstärkste chilenische Tageszeitung mit vor allem kleinbürgerlicher Leserschaft, steht den rechten Radikalen nahe), 18. 9. 1973.
18) Vgl. Banco Central de Chile, „Boletín Mensual", Nr. 55, Mai 1974, S. 622.

kurzfristig produktionsstimulierend wirken konnten. Stattdessen begannen auf die Produktionsentwicklung zunehmend diejenigen Faktoren einzuwirken, die dem von der Junta vertretenen „Wirtschaftsmodell" innewohnten und die daher das ökonomische Geschehen in Chile auf längere Dauer bestimmten sollten.

Der wirtschaftspolitische Extremismus der Junta

Mochte unmittelbar nach dem Putsch noch Unklarheit darüber bestanden haben, welche ökonomische und politische Konzeption die Junta verfolgen würde, so hielt diese — vielleicht von einer gewissen Überschätzung der Optionsmöglichkeiten der Militärs [19]) genährte — Ungewißheit nicht lange an. Schon einen Monat nach dem Sturz der Regierung Salvador Allende wurde mit der Einsetzung des Direktors der Zeitung „El Mercurio", Fernando Léniz, als Wirtschaftsminister und mit den sich hieran anschließenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen deutlich, daß die Errichtung der Militärdiktatur nicht der Wiederherstellung des Status quo ante schlechthin diente, daß man sich nicht mit der bloßen Restauration der ökonomischen und politischen Verhältnisse, wie sie vor der Inangriffnahme des Reformprogramms der Unidad Popular bestanden hatten, begnügen wollte. Über Konterrevolution und kapitalistische Restauration hinaus hatte das neue Regime die Funktion, eine Verschärfung der Ausbeutung und Ausplünderung breitester Volksschichten in einem Maße durchzusetzen, die nur durch systematische Anwendung von Gewalt [20]) zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, der Bauern und der Mittelschichten und durch einen rücksichtslosen Bruch mit den demokratischen Institutionen Chiles, *also durch Realisierung einer faschistischen Gesellschaftskonzeption,* möglich war.

Es ging jetzt darum, eine grundlegende Verbesserung der Verwertungsbedingungen für das in- und ausländische Großkapital durchzusetzen. Die Überausbeutung der Arbeiterschaft, die Reduzierung der Reallöhne und eine steile Einkommenskonzentration [21]) sollten die Voraussetzungen für eine hohe kapitalistische Akkumulationsrate und damit — so das „Entwicklungsmodell" — für ein beschleunigtes und anhaltendes Wachstum nach brasilianischem Muster schaffen [22]).

Schon in den 50er Jahren war versucht worden, durch eine rigorose Austeritätspolitik zu Lasten der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung die Dauerkrise, in der sich Chiles abhängige Wirtschaft seit Jahrzehnten befunden hatte [23]), zu lösen. Markantestes Beispiel ist das „Stabilisierungsprogramm" der Klein & Saks-Mission, die auf Druck des Zeitungsmagnaten Edwards und des Internationalen Währungsfonds 1956 von der Regierung Ibáñez gerufen wurde. Es sah u. a. eine Verringerung der Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Einfrieren der Löhne und Gehälter bei gleichzeitiger Aufhebung von Preiskontrol-

19) Hier mag die Überschätzung des Gewichts der verfassungstreuen und demokratischen Sektoren innerhalb der Streitkräfte durch die Unidad Popular noch über eine kurze Zeitspanne fortgewirkt haben. Zur Selbstkritik in diesem Zusammenhang vgl. u.a. das Dokument der Kommunistischen Partei Chiles „Die Pseudolinke — das trojanische Pferd des Imperialismus", in: „Informations-Bulletin", Nr. 6/7, 1976, S. 56.

20) Die UN-Resolution über den „Schutz der Menschenrechte in Chile" spricht von der „flagranten und konstanten Verletzung der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten" sowie von der „institutionalisierten Praxis von Folter und grausamer Behandlung". Vgl. den Beschluß der 30. Vollversammlung v. 7. 11. 1975.

21) Nach den Berechnungen von Michel Chossudovsky, a.a.O., S. 20, war der Anteil der oberen 5 % der Einkommensbezieher schon im März 1974 auf 50 % des gesamten verfügbaren Einkommens — gegenüber einem Anteil von 22,7 % im Jahre 1967 — gestiegen.

22) Vgl. dazu Pedro Vuskovic und Máximo Montoya, El genocidio económico de la Junta Militar Chilena (Der wirtschaftliche Völkermord der chilenischen Militärjunta), hekt., Mexiko, Februar 1975, S. 7.

23) Nach der Weltwirtschaftskrise hatten Zweiter Weltkrieg und Korea-Krieg auf die chilenische Wirtschaft eine expansive Wirkung. Mit dem Ende des Korea-Krieges und durch die fallenden Kupferpreise verschärften sich die ökonomischen Probleme wieder erheblich. Vgl. Anibal Pinto, a.a.O., S. 328 ff., und Dieter Boris/Elisabeth Boris/Wolfgang Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971, S. 141 ff.

len und Abwertung der chilenischen Währung, d. h. bei steigenden Preisen vor. Doch führten derartige Programme für das Großkapital nicht zu durchschlagenden und dauerhaften Erfolgen; solange Koalitionsfreiheit und parlamentarische Verhältnisse bestanden, waren extreme „Lösungen" nicht durchzusetzen.

Nach dem Sieg der kubanischen Revolution setzte man, um der wirtschaftlichen Entwicklung neue Impulse zu verleihen und die wachsende antiimperialistische Bewegung einzudämmen, auf die reformistische Strategie der Kennedyschen „Allianz für den Fortschritt". Doch nicht zuletzt wegen des ökonomischen und politischen Fehlschlags dieser Reformstrategie in Chile erfolgte bei den herrschenden Kreisen der USA und Chiles mit Beginn der 70er Jahre eine erneute Umorientierung auf eine orthodoxe „Stabilitätspolitik". Da sich die nationalen und internationalen Kräfteverhältnisse gegenüber den 50er Jahren inzwischen verschoben hatten, mußte eine solche Stabilitätspolitik nun aber viel repressivere und extremere Formen annehmen. Dies ließ aus der Sicht des Monopolkapitals die Wahl der militärfaschistischen Alternative als zwingend erscheinen [24]). Durch die Niederlage der Volkskräfte bot sich nun die Gelegenheit, ein solches extremistisches Projekt in Angriff zu nehmen, und die Reaktion war entschlossen, sie zu nutzen.

Das „Modell": Ideologie und Programm

Selbstverständlich leugnet die Junta den Klassencharakter ihres Wirtschaftsmodells. Im selben Maße, wie sie Ausbeutung und Unterdrückung, also den Klassenkampf von oben, verschärfte, mußte sie andererseits bemüht sein, als Regierung der „nationalen Einheit", als Verkörperung der „geistigen Integration des Landes" zu erscheinen. So heißt es in der „Erklärung der Prinzipien der Regierung Chiles" vom 11. März 1974: „Jede Konzeption, die einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen den sozialen Klassen unterstellt und schürt, wird zurückgewiesen" [25]). In der deklamatorischen Verurteilung nicht nur der sozialistischen, sondern auch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — die entwickelten Gesellschaften des Westens seien „in einen Materialismus abgeglitten, der den Menschen geistig erstickt und versklavt" [26]) — begegnet uns ebenfalls ein bekanntes Ideologem des Faschismus wieder.

Zur ideologischen Begründung ihrer Wirtschaftspolitik dienen der Junta neben dem einfachen Antikommunismus auch einige Bruchstücke der katholischen Soziallehre. In der „Erklärung der Prinzipien" erkennt man die Handschrift des Opus Dei [27]), von Klerikalfaschisten wie Jaime Guzmán [28]). Das „Subsidiaritätsprinzip" muß herhalten, um nicht nur allgemein das Recht auf Privateigentum und auf freie Unternehmerinitiative, sondern einen extremen Wirtschaftsliberalismus und Anti-Etatismus, die Rückgabe und Verschleuderung der Betriebe des vergesellschafteten Sektors an die transnationalen Monopole, den Abbau staatlicher Leistungen usw. zu rechtfertigen [29]).

[24]) Dies wird vom Sprachrohr der chilenischen Großbourgeoisie „El Mercurio" auch offen ausgesprochen: „Heute glaubt keiner mehr, daß man den Kommunismus mit Strukturreformen bekämpft." Angesichts des Fehlschlags der „Allianz für den Fortschritt" gebe es für Lateinamerika nur zwei Alternativen, die castro-kommunistische und die militärische; letztere sei leider „für einige Sektoren" mit „äußerst schmerzhaften" Maßnahmen verbunden, bevor eine „dynamische Entwicklung" eingeleitet werden könne. „El Mercurio", Edición Internacional, 2.—8. 5. 1976.
[25]) „Declaración de Principios del Gobierno de Chile", aus: „El Mercurio", 13. 3. 1974.
[26]) Ebd.
[27]) Zur ideologischen Bedeutung des Opus Dei im chilenischen Faschismus vgl. Armand Mattelart, Un fascisme créole en quête d'idéologues, in: „Le Monde Diplomatique", Juli 1974, S. 7 f.
[28]) Jaime Guzmán, Juraprofessor an der Katholischen Universität von Santiago und einer der geistigen Führer der rechten Terrorbewegung „Patria y Libertad", war zunächst Berater von Luftwaffengeneral und Juntamitglied Leigh, bis er zum engen Beraterkreis von Pinochet vorstieß. Er ist Mitglied der Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die eine korporatve Struktur erhalten soll.
[29]) Vgl. die „Declaración de Principios" . . ., a.a.O.

Wie jedes faschistische Regime vor die Notwendigkeit gestellt, den Interessengegensätzen zwischen den herrschenden Monopolen und den nur scheinbar an der Herrschaft beteiligten Mittelschichten Rechnung zu tragen und sie ideologisch zu überbrücken, entwickelte die Junta eine Staatsideologie, die ein widerspruchsvolles Gemisch unterschiedlicher Doktrinen und Ideen darstellt. Neben den schon erwähnten Elementen der katholischen Soziallehre und des christlichen Naturrechts und einem hispanisierenden und militaristischen Traditionalismus stehen auch Versatzstücke, die modernen Spielarten der bürgerlichen Ideologie entlehnt sind, insbesondere ein Technizismus, dessen angeblich unpolitischer und nichtideologischer Charakter ständig herausgestrichen wird. Die Junta geht in der ideologischen Strapazierung des „Technischen" in ihrer Wirtschaftspolitik sogar soweit zu behaupten, eine marxistische Regierung wäre gezwungen, genau dieselben Maßnahmen wie sie anzuwenden, wenn sie die anstehenden ökonomischen Probleme meistern wolle.

Die Funktion der technizistischen Legitimierung der Wirtschaftspolitik der Junta kommt hauptsächlich dem Monetarismus der Chicagoer Schule Friedmans [30]) und der dem Monetarismus nahestehenden stabilitätspolitischen Orthodoxie des Internationalen Währungsfonds zu. Nach der Diagnose der Monetaristen besteht die Ursache aller ökonomischen Übel in Chile in den enormen Kosten, mit denen eine aufgeblähte Bürokratie und eine übermäßig außengeschützte nationale Industrie verbunden seien. Hohe Haushaltsdefizite, bedingt durch eine zu ausgedehnte Staatsaktivität und übertriebene Sozialleistungen, führten zu unkontrollierter Geldexpansion und damit zu hohen Inflationsraten. Die fehlende Weltmarktkonkurrenz lasse den Fortbestand ineffektiver Betriebe mit hohem Kostenniveau zu und trage so ebenfalls zur Inflation bei;au ßerdem folge aus der Einschränkung des freien Marktmechanismus eine unrationelle Verteilung der ökonomischen Ressourcen und damit Stagnation.

Die aus dieser Diagnose abzuleitende Therapie gebiete einen radikalen Abbau der staatlichen Bürokratie und der öffentlichen Leistungen sowie die Liquidierung nicht konkurrenzfähiger Betriebe. Betriebsstillegungen, Produktionsrückgang und Massenentlassungen seien unvermeidliche, wenn auch vorübergehende Folgen der „Schocktherapie". Stabilität habe zunächst Vorrang gegenüber Wachstum. Während der Regierungszeit Allendes habe man über die Verhältnisse gelebt, jetzt müßten für einige Zeit Opfer gebracht, die Gürtel enger geschnallt werden. Seien einmal die Stabilitätsziele erreicht, dann komme der Aufschwung auf solider Grundlage, und die Masseneinkommen könnten wieder steigen.

Auf der Grundlage dieser Konzeption wurde von den Ökonomen der Junta nach dem Putsch ein Wirtschaftsprogramm entwickelt, an dessen Ausarbeitung auch CIA-Experten beteiligt waren [31]). Die darin für die einzelnen wirtschaftlichen Bereiche vorgesehenen, im folgenden skizzierten Orientierungen haben mit geringen Modifikationen bis heute Geltung behalten:

1. Eigentums-(„Ordnungs"-)Politik: Möglichst weitgehende Privatisierung der Betriebe des gesellschaftlichen Sektors in Industrie, Bergbau, Bauwesen und Landwirtschaft, und zwar auch solcher Betriebe, die schon vor der Regierung der

[30]) Zur ideologischen Funktion des Monetarismus vgl. Herbert Schui, Ökonomische Stabilisierung durch Monetarismus?, in: „Blätter", 6/1975, S. 632—648.

[31]) „CIA-collaborators were involved in preparing an initial overall economic plan which has served as the basis for the Junta's most important economic decisions", aus: Covert Action in Chile 1963—1973, Staff Report of the Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities, United States Senate (Bericht der Church-Kommission des US-Senats über geheime Aktivitäten der CIA in Chile), Washington, November 1975, S. 39.

Unidad Popular in Staatshand waren. Von der Privatisierung ausgenommen werden sollen nur die sogenannten strategischen Betriebe. Die führende, weil dynamische und effiziente Rolle des freien Unternehmertums wird hervorgehoben.

2. Preispolitik: Abschaffung der staatlichen Preisbindung und Preissubventionen bis auf wenige Ausnahmen (z. B. Brot, Verkehrstarife).

3. Einkommenspolitik: Senkung der realen Masseneinkommen durch Einfrieren bzw. verzögerte Inflationsanpassung der Löhne und Gehälter. Konzentration der Einkommensverteilung, um dadurch eine forcierte kapitalistische Akkumulation zu ermöglichen. Inflationsbekämpfung durch Senkung der Massennachfrage.

4. Haushaltspolitik: Ausgleich des Staatshaushalts vor allem durch Reduzierung der Staatsausgaben, weniger durch höhere Einnahmen. Ausgabenkürzungen besonders im infrastrukturellen und sozialpolitischen Bereich. Inflationsbekämpfung durch Senkung der staatlichen Nachfrage und der Zuschüsse für staatliche Betriebe.

5. Sozialpolitik: Verringerung der Sozialbeiträge der Unternehmer, „um Anreize für die Verwendung von Arbeitskraft zu schaffen" [32]). Privatisierung sozialpolitischer Einrichtungen (Altersversorgung, Krankenversorgung).

6. Kreditpolitik: Fortschreitende Reduzierung der staatlichen Kapitalkredite und Bildung eines privaten Kapitalmarkts. Reprivatisierung von Banken und Versicherungen. Hochzinspolitik zur Erhöhung der gesellschaftlichen Sparquote und zur Inflationsbekämpfung.

7. Außenhandelspolitik: Liberalisierung des Außenhandels durch Abschaffung von Depots und Kontingenten und durch Abbau der Zölle. Öffnung der eigenen Märkte für Produkte der Auslandsindustrie, um durch internationale Konkurrenz die Effizienz der nationalen Industrie zu steigern und ineffiziente Betriebe und Sektoren zur Aufgabe zu zwingen. Verbesserung der Handelsbilanz durch Reduktion der Importe von Gütern des Massenbedarfs, vor allem Lebensmittel. Exportförderung besonders bei nichttraditionellen Exportgütern.

8. Währungspolitik: Festsetzung eines „realistischen" Kurses, d. h. Unterbewertung der chilenischen Währung und damit Importverteuerung und Exportverbilligung, um eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz zu erreichen. Ständige kleinere Abwertungen, die mit der Inflationsrate Schritt halten.

9. Politik gegenüber dem Auslandskapital, Kernstück des „Entwicklungsmodells" der Junta: Niedrige Löhne und Sozialleistungen, Streikverbot, freier Kapitalverkehr und Gewinntransfer, feste Eigentumsgarantien sollen ausländische Investoren anlocken und ein hohes Wirtschaftswachstum einleiten. Ablehnung derjenigen Bestimmungen des Andenpakts, die eine Begrenzung der Gewinnrückführungen und eine schrittweise Nationalisierung über staatliche Beteiligungen vorsehen. Großzügige Entschädigungen für unter der Unidad Popular nationalisierte US-Betriebe.

Modell und Realität: Die eingebaute Dauerkrise

Die Problematik des Modells — sowohl sein extrem volksfeindlicher Charakter als auch die darin angelegte Krisenhaftigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung — enthüllt sich schnell, wenn man es in Beziehung setzt zur ökonomischen Realität Chiles, wie sie sich historisch entwickelt hat. Dabei springen folgende Widersprüche ins Auge:

[32]) Exposición sobre la gestión económica del gobierno, Ministros de Hacienda y Economía (Exposé des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums über die Wirtschaftspolitik der Regierung), hekt., Santiago, 13. 6. 1974, S. 10.

1. Die angestrebte Privatisierung der bis dahin staatlichen Betriebe ist vor dem Hintergrund des chilenischen Entwicklungsprozesses zu sehen, der — mehr noch als in anderen lateinamerikanischen Ländern — unter maßgeblicher Beteiligung des Staates verlief. Diese Beteiligung erfolgte einerseits durch direkte staatliche Investitionen und durch den Aufbau von Staatsbetrieben, andererseits durch Gewährung umfangreicher Kapitalhilfen an den privaten Sektor. Träger dieser Entwicklung war die 1939 gegründete CORFO, die staatliche Körperschaft zur Förderung der industriellen Entwicklung. Nicht ohne Grund hat der Staat in Chile diese Rolle übernommen. Vom privaten Sektor gingen wenig Entwicklungsimpulse aus, da die chilenische Bourgeoisie aus objektiven wie subjektiven Gründen wenig investitionsbereit war. So stieg der Einfluß des Staates auf die wirtschaftliche Entwicklung ständig: 1969, am Ende der Regierungszeit Freis, die mit einer weiteren Zunahme der staatlich geförderten Industrialisierungsprojekte einherging, lag der Anteil der privaten Investitionen (einschließlich der privaten Auslandsinvestitionen) an den Gesamtinvestitionen bei rund 25 %, während die staatlichen Direktinvestitionen 50 % und die staatlichen indirekten Investitionen 25 % stellen [33]) — und das bei einer ohnehin niedrigen gesamtwirtschaftlichen Investitionsquote von traditionell 15—17 % [34]).

Zwar ist der Klasseninhalt dieses starken staatlichen Engagements nicht zu übersehen: Die reformistisch orientierten Regierungen von Aguirre bis Frei förderten solche Projekte, die günstige Reproduktionsbedingungen für das private Kapital schaffen sollten (z. B. durch subventionierte Preise für industrielle Zwischengüter, Energie u. ä.) und für private Anleger nicht rentabel waren, oder auch Projekte, die in der Aufbauphase keine Gewinne abwarfen oder als zu riskant erschienen; war die Aufbauphase überwunden und die Rentabilität gesichert, wurden diese Unternehmen privatisiert. Doch trug eine solche staatliche Entwicklungspolitik immerhin der Tatsache Rechnung, daß sich für bestimmte wirtschaftlich zentrale Produktionsbereiche unter den gegebenen Bedingungen weder in- noch ausländische private Investoren fanden.

Die Junta will nicht nur derartige staatliche Aufbauprojekte ganz vermeiden (in den bald drei Jahren ihrer Existenz wurde kein einziges staatliches Industrieprojekt in Angriff genommen), sie will auch den vor der Unidad Popular entstandenen staatlichen Wirtschaftssektor nahezu vollständig abbauen. Höchstens 23 gegenüber früher etwa 180 Betrieben sollen Staatseigentum bleiben [35]). Die übrigen werden, solange sie noch unter staatlicher Leitung sind, durch Entlassung eines Teils der Belegschaft und Senkung der Lohnkosten sowie durch Festsetzung „realistischer" Preise zu Lasten der nationalen Abnehmer (mittlere und kleinere Unternehmer, Konsumenten) zunächst saniert, dann „normalisiert", d. h. auf dem Wege der Ausschreibung privatisiert.

Diese Praxis der „Normalisierung" muß unter den Verhältnissen in Chile vor allem folgende Konsequenzen haben: Zum einen verstärkt sie den Konzentrationsprozeß, da nur in- oder ausländische Großunternehmen finanziell in der Lage sind, die vom Staat veräußerten Betriebe zu erwerben. Zum andern vergrößert sie die Abhängigkeit Chiles gegenüber den kapitalistischen Industrieländern, da für die Entwicklung des Landes notwendige Produktionszweige vernachlässigt, stillgelegt oder dem Auslandskapital überlassen werden. Da sich

[33]) ODEPLAN (Planungsbehörde der Regierung), La inversión publica en el período 1961—1970, Santiago 1971; vgl. auch Sergio Ramos, Chile ¿Una economia de transición?, Cuadernos del CESO 15, Santiago o. J., S. 79 ff.
[34]) ODEPLAN, a.a.O., Abb. 3.
[35]) Vgl. „El Mercurio", Edición Internacional, 11.—17. 4. 1976. Die Kriterien für die Bestimmung der „strategischen" Betriebe wurden im Lauf der Zeit immer mehr aufgeweicht. Nach dem Putsch noch verkündeten Leigh und der erste Wirtschaftsminister der Junta, General González Acevedo, alles, was legal verstaatlicht worden sei, solle in Staatshand bleiben.

die strukturellen Bedingungen (Marktlage, überlegene Auslandkonkurrenz), die schon in den zurückliegenden Jahrzehnten den privaten Sektor zu großer Zurückhaltung bei produktiven Investitionen bewogen, kaum verändert haben, sind ferner von den jetzt privatisierten Unternehmen nur geringe Wachstumsbeiträge zu erwarten.

Einer der mit den Privatisierungen offiziell verfolgten Zwecke, nämlich die Inflationsbekämpfung durch Abbau staatlicher Subventionen an defizitäre Betriebe und durch Erhöhung der öffentlichen Einnahmen beim Verkauf, wird deshalb nicht erreicht, weil die staatlichen Unternehmen meist erst dann private Käufer finden, wenn sie saniert sind, d. h. Gewinne abzuwerfen beginnen. Die durch den Verkauf erzielten Einnahmen sind gering, da die Betriebe unter Wert und in Raten veräußert werden.

2. Gegen eine völlig auf den Marktmechanismus vertrauende Preispolitik spricht in Chile zunächst, daß die schon seit Jahrzehnten verfolgte Politik der offiziellen Preise und Preissubventionen nicht nur antiinflationäre, sondern auch Einkommens- und Sozialpolitik war. Zahlreiche Güter des Massenbedarfs wurden schon lange vor der Regierung der Unidad Popular direkt oder indirekt vom Staat subventioniert, um den unteren Einkommensschichten ein minimales Konsumniveau zu sichern. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß Chiles Wirtschaft — trotz ihres relativ niedrigen Entwicklungsstandes — einen hohen Monopolisierungsgrad aufweist. Knapp die Hälfte der Industrieproduktion entfällt auf die Konsumgüterindustrie, wo der Konzentrationsgrad außergewöhnlich weit fortgeschritten ist. In der Nahrungsgüterindustrie z. B. vereinen 20 Firmen annähernd die Hälfte der Produktion auf sich, in der Textilindustrie erreicht der Anteil der 20 Größten 70 %, in der Getränkeindustrie 80 % usw. In den marktbeherrschenden Unternehmen ist zudem der Anteil des Auslandskapitals besonders gewichtig, meist sogar dominierend.

Von freier Konkurrenz kann also in weiten Bereichen des Gütermarkts nicht die Rede sein. Eine Freigabe der Preise muß in erster Linie den Monopolen zugutekommen, die Preiserhöhungen leicht durchsetzen können und Absatzeinbußen und unausgelastete Kapazitäten in Kauf nehmen.

3. Eine forcierte kapitalistische Akkumulation durch Senkung der Masseneinkommen und eine Politik der Einkommenskonzentration muß sehr schnell an die Barriere eines schrumpfenden inneren Marktes stoßen. Tatsächlich begann die bis heute andauernde Krise auch unmittelbar nach den Preisfreigaben vom 11. Oktober 1973, nach denen — bei eingefrorenen Löhnen und Gehältern — die Preise schlagartig um das Zwei- bis Zehnfache in die Höhe schnellten.

Im brasilianischen „Modell", dem ökonomischen Vorbild der Junta, wurde der Widerspruch zwischen steigender Investitionskraft der Produktionsmittelbesitzer und sinkender Massennachfrage nicht so schnell fühlbar. Eine relativ dünne Schicht von 5 % der Einkommensbezieher, die aber absolut über 5 Millionen Personen umfaßt, verwendete dort ihre auf Kosten von 80 % der Bevölkerung erheblich verbesserten Einkünfte zum Kauf langlebiger Konsumgüter (Autos, Elektro-Elektronik-Artikel), wodurch über mehrere Jahre (von 1967 bis 1974) ein Produktionsboom aufrechterhalten werden konnte [36]). Dieselben 5 % machen aber in Chile absolut nur 500 000 Konsumenten aus, d. h. selbst bei einer starken Steigerung ihrer Einkommen stellen sie einen so begrenzten Markt dar,

[36]) Vgl. José Serra, El „milagro" económico brasileño (Das brasilianische „Wirtschaftswunder"), Santiago 1972, S. 68 ff.

daß sie keinen Anreiz für größere Investitionsvorhaben auf dem Gebiet langlebiger Konsumgüter bieten [37]).

Der Ausweg aus diesem Dilemma wird daher von den Junta-Ökonomen — mehr noch als von den Brasilianern — im Export gesehen. Die Neuerschließung von Auslandsmärkten über die traditionellen Exportprodukte (Kupfer, Eisenerz, Salpeter, Fischmehl, Papier und Zellulose) hinaus ist aber wegen der überlegenen Konkurrenz der kapitalistischen Industrieländer nur bei einer sehr begrenzten Zahl von Erzeugnissen möglich. Es sind dies vor allem landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel, und zwar — jedenfalls bisher — nicht so sehr durch Produktionssteigerungen [38]) als vielmehr durch eine scheinbare „Sättigung" der nationalen Nachfrage infolge der Senkung der Masseneinkommen. Auf diese Weise hat die Junta bei Nahrungsmitteln, die früher importiert wurden, einen Überschuß für den Export hervorgebracht [39]) und verkündet dies als großen Erfolg. Die bisherige Entwicklung zeigt jedoch, daß die Wachstumsimpulse, die von solchen Exportmöglichkeiten ausgehen, bei weitem von den negativen Auswirkungen der Einschränkung der inneren privaten und staatlichen Nachfrage übertroffen werden.

4. Eine Verminderung der öffentlichen Funktionen im sozialpolitischen und infrastrukturellen Bereich führt nicht nur zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung (z. B. im Gesundheitswesen, im sozialen Wohnungsbau, im Bildungswesen), sondern auch zu einer Verringerung der Investitionen in wichtigen Wirtschaftssektoren und damit zu Produktionsrückgang und vermehrter Arbeitslosigkeit. Der Rückgang der Bautätigkeit um nahezu 50 % im Jahre 1975 ist auf diese Politik zurückzuführen. Ein weiterer, auch mittel- und langfristig äußerst nachteiliger Effekt ist der Exodus von hochqualifizierten Fachleuten (Wissenschaftler, Techniker, Ärzte usw.), die von den Entlassungen in Universitäten und staatlichen Institutionen betroffen sind und ins Ausland abwandern.

5. Bei der Alters- und Krankenversorgung plant man eine Privatisierung der Versicherungsträger [40]), um die „Effizienz" des Systems zu erhöhen. Die Versicherungsleistungen sollen eng an die Beiträge gebunden sein, deren Höhe „freiwillig", d. h. vom Einkommen abhängig ist [41]). Die Funktion dieser Institutionen, einen sozialen Ausgleich zugunsten der unteren Einkommensschichten zu schaffen, wird damit abgebaut, während gleichzeitig neue unproduktive Kapitalanlagemöglichkeiten geschaffen werden.

6. Erklärtes Ziel bei der Bildung eines privaten Kapitalmarkts ist in erster Linie die Steigerung der Sparquote, um das Wachstum zu beschleunigen und die Inflationsraten zu senken. Hohe Zinsen und eine weitgehende Lockerung der Kontrolle der Zentralbank über die privaten Finanzierungsgesellschaften sollen den privaten Sparer anlocken, der sein Geld, über den Kapitalmarkt vermittelt, den produktiv investierenden Unternehmern zur Verfügung stellt.

37) Der Anteil der kleinen Minderheit, die in Chile nach dem Putsch ihre Einkommen verbessern konnte, liegt sicherlich niedriger als 5 %. Die Produktion langlebiger Konsumgüter ist auch beträchtlich zurückgegangen, bei Autos z. B. 1975 gegenüber 1974 um 43,5 %. Vgl. „Ercilla", Nr. 2115, 11.—17. 2. 1976, S. 34. Andererseits werden mehr Autos undandereLuxusartikel aus dem Ausland importiert. Dies ist kein Widerspruch: Die chilenische Autoproduktion konzentrierte sich auf Kleinwagen (z. B. Renault R 6, Citroën 2 CV), während heute vorwiegend große amerikanische Wagen importiert werden. Einerseits liegt die einheimische Produktion einfacher Plattenspieler darnieder, andererseits werden teure Stereoanlagen importiert.

38) Vgl. Anm. 4.

39) Der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse und weiterverarbeiteter Lebensmittel stieg 1975 gegenüber „Ercilla", Nr. 2115, 11.—17. 2. 1976, S. 35.
1974 (Januar bis November) von 91,1 auf 169,8 Mio. Dollar, d. h. von knapp 5 % auf 12 % der Exporte. Vgl.

40) Vgl. z. B. „El Mercurio", Edición Internacional, 25.—30. 4. 1976, und „Ercilla", Nr. 2127, 5.—11. 5. 1976.

41) Kritik an diesen Regierungsplänen wurde von den Gewerkschaften vorgebracht. Vgl. „La Tercera", 27. 4. 1976.

Diese Konzeption trägt der Wirklichkeit zunächst insofern wenig Rechnung, als der Sparbeitrag der Privatpersonen in Chile traditionell nie mehr als 5 % der gesamten Sparsumme betrug (größter Sparer war der Staat); der von hier ausgehende mögliche Kapitalbildungseffekt wird also recht bescheiden sein. Darüber hinaus hält auch die simple Argumentation: „Hohe Zinsen — hohe Geldeinlagen — Verringerung des Geldumlaufs — Preisstabilität" einer Prüfung an der Realität nicht stand. Die große Liquidität und Kurzfristigkeit der neugeschaffenen Finanzinstrumente hat vielmehr zu einer hektischen Spekulation geführt, die die Geldumlaufgeschwindigkeit stark beschleunigt und damit die Inflation weiter angeheizt hat. Das Verhalten der Unternehmer unter den Bedingungen der Existenz eines nahezu unkontrollierten privaten Kapitalmarkts beschreibt ein chilenischer Ökonom: „So wie sich der ‚Kapitalmarkt' entwickelt hat, hat er für die Unternehmer vor allem den Effekt, daß sie die Gelderlöse aus ihren Verkäufen anlegen können: Sie deponieren ihr Geld in den Finanzierungsgesellschaften, die ihnen einen Nominalzins zahlen [42]), und heben sie am Monatsende ab, wenn sie ihre Zahlungen mit festem Datum (besonders Löhne und Steuern) tätigen müssen. Da die letzteren im Gegensatz zu den Preisen keine monatliche Inflationsanpassung erfahren, streichen die Unternehmer diesen Zins als Gewinn ein. Mit anderen Worten: Der Nettoeffekt dieses ‚Kapital'-Markts besteht darin, daß die Unternehmer ihr *Geld* der Inflation anpassen können, selbst für Zeiträume von wenigen Tagen. Anders die Löhne, die nicht von Tag zu Tag oder von Monat zu Monat inflationsangepaßt werden" [43]).

In dem nach dem Putsch inganggebrachten Mechanismus „Inflation — regressive Einkommensverteilung — Stagnation" ist also der neugeschaffene private Kapitalmarkt ein wichtiges Zwischenglied und verstärkendes Element.

7. Die Diskussion um das Für und Wider einer Liberalisierung des Außenhandels hat in Chile eine lange Geschichte. Freihandelsdoktrinen setzten sich z. B. nach 1860 voll durch [44]), was damals zur Vernichtung der Ansätze einer eigenständigen Entwicklung durch die englische Konkurrenz führte. Es bedarf keiner ausführlichen Begründung, daß die heutigen Nutznießer eines ungeschützten chilenischen Marktes vor allem die transnationalen Monopole sein werden. Der Lehrbucheffekt einer Steigerung der Effizienz der chilenischen Wirtschaft durch den rauhen Wind der Weltmarktkonkurrenz wird an realem Gewicht weit hinter dem Effekt der Zerstörung oder Nichtentfaltung nationaler Ressourcen zurücktreten. Wie auch in anderen Entwicklungsländern mit geringen oder unwirksamen staatlichen Außenhandels- und Devisenbestimmungen wird der Import von (Luxus-) Konsumartikeln für eine schmale Oberschicht einen erheblichen Teil der stets knappen Devisen für unproduktive Zwecke abziehen.

Nachdem vor kurzem die Einfuhr von Gütern bis zum Wert von 1500 US-Dollar freigegeben wurde, bemerkte selbst die sonst servile Zeitschrift „Ercilla" skeptisch: „Es scheint fraglich, ob der Zweck ‚Konkurrenz' erfüllt wird, und zwar zunächst deshalb, weil diejenigen, die sich dieser Möglichkeit bedienen werden, die Wohlhabenden sind. Außer Ersatzteilen werden sie Radios, Haushaltsgeräte, Elektroartikel, Bettwäsche und alle Art von nicht unbedingt notwendigen Dingen

---

42) Zeitweise lag der Zinssatz 1975 bei 23 % pro Monat, also noch nennenswert über der monatlichen Inflationsrate.

43) Ernesto Tironi, Mercado de capitales, deficit fiscal e inflación (Kapitalmarkt, Haushaltsdefizit und Inflation), in: „Mensaje", Nr. 237, März—April 1975, S. 96.

44) Großen ideologischen Einfluß übte der französische Freihandelstheoretiker Courcelle Seneuil aus, der von 1855—1863 Regierungsberater und Universitätslehrer war und einen Kreis von Schülern hinterließ, die manche Ähnlichkeit mit den heutigen Chicago-Boys aufweisen. Vgl. Aníbal Pinto, Chile, un caso de desarrollo frustrado, a.a.O., S. 56.

einkaufen... Außerdem entsprechen all diese dauerhaften Konsumgüter mit einem gewissen Luxuscharakter genau einigen der von der Rezession am meisten betroffenen Industriezweige" [45]).

8. Die Politik des „realistischen Wechselkurses", also der ständigen Abwertungen des Escudo/Peso, ist ein Standardrezept des Internationalen Währungsfonds zur Herstellung einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz, das von vielen lateinamerikanischen Ländern befolgt wird. Realismus heißt hier nichts anderes als passive Anpassung an die Realitäten des kapitalistischen Weltmarkts, also Akzeptierung der für die Entwicklungsländer und ihre Produkte ungünstigen Tauschrelationen.

Abwertungen sind natürlich auch ein Inflationsfaktor, nicht nur direkt dadurch, daß ein ständiger Kostendruck von den importierten Lebensmitteln, Rohstoffen, Zwischenprodukten und Maschinen ausgeht, sondern auch durch die Inflationserwartungen der Unternehmer, die die mit Sicherheit eintretenden Kostensteigerungen in der Preiskalkulation mit Wiederbeschaffungspreisen antizipieren.

9. Chile kann den Kapitalbedarf für eine ausgeglichene und schnelle Entwicklung zumindest mittelfristig nicht aus eigenen Kräften decken und ist insofern auf den Zufluß von „Auslandskapital" angewiesen. Die Form, in der die Junta dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen versucht, verkehrt aber den eigentlichen Zweck in sein Gegenteil. Die historische Erfahrung in Chile zeigt überdeutlich, daß mit jeder Phase des ohne staatliche Planung und Kontrolle erfolgenden Zustroms von Auslandskapital Abhängigkeit und Unterentwicklung auf neuer Stufenleiter reproduziert wurden. Was die englischen Salpeterkönige und die US-amerikanischen Kupferkonzerne in Chile investierten, wurde von den von ihnen abgeführten Gewinnen weit übertroffen [46]). Den isolierten sektoralen Entwicklungseffekten dieser Auslandsinvestitionen steht der Verlust der Verfügbarkeit über die nationalen Reichtümer gegenüber, die für eine proportionale gesamtwirtschaftliche Entwicklung benötigt werden.

In den sechziger Jahren nahmen im Rahmen der reformkapitalistischen Entwicklungsstrategie des christdemokratischen Präsidenten Frei die Auslandsinvestitionen in der Industrie stark zu; 1969 betrug ihr Anteil an der Gesamtheit des industriellen Aktienkapitals schon 20,3 %. Obwohl sich diese Investitionen auf die technologieintensiven und dynamischen Industriezweige (Petrochemie, Pharmazie, Elektroindustrie, Automobilbau) konzentrierten, trugen sie wenig zur Steigerung der industriellen Exporte und zur Kapitalbildung bei. Ersteres, „da sie überwiegend als Konzerntöchter gegründet wurden und ein Konkurrenzkampf mit Schwestergesellschaften in den weiteren lateinamerikanischen Staaten in der Konzernstrategie von vornherein nicht vorgesehen war" [47]). Vor allem aber war der Beitrag zur Kapitalbildung äußerst bescheiden: „Untersuchungen für Lateinamerika zeigen, daß etwa die Hälfte der Neuinvestitionen durch Reinvestition von Gewinnen finanziert werden. Andererseits werden aber nicht sämtliche Gewinne zur Kapitalbildung verwendet, sondern in der Industrie beträgt der Prozentsatz etwa 56 %. So läßt sich erklären, daß der Nettokapitalzufluß ausländischer Unternehmer an ihre Töchter in Chile zwischen 1961 und 1969 nur 37,4 Millionen US-Dollar betrug" [48]).

45) „Ercilla", Nr. 2124, 14.—20. 4. 1976, S. 18.
46) Die Berechnungen des Contralor General (oberster Rechnungsprüfer) bei der Festsetzung der Entschädigungen für die enteigneten US-amerikanischen Kupfergesellschaften ergaben, daß die seit 1955 abgeführten exzessiven Gewinne den Buchwert der Kapitalanlagen weit übertrafen. Man errechnete, daß die Kupferkonzerne zwischen 1930 und 1970 647 Mio. Dollar ausführten. Zwischen 1965 und 1970 wurden 552 Mio. Dollar an Gewinnen außer Landes gebracht. Vgl. die Rede des Präsidenten Allende am Tag der Nationalisierung des Kupfers (11. Juli 1971), in: Discursos — Salvador Allende, La Habana 1975, S. 131 ff.
47) Heiner Sassenfeld, Einige Überlegungen zur Ableitung einer optimalen Entwicklungsstrategie. Der Fall Chile, unveröff. Manuskript, Santiago, Januar 1974, S. 15.
48) Ebd.

Die Ökonomen der Junta ziehen aus diesen mageren Ergebnissen den Schluß, man müsse dem ausländischen Investor noch wesentlich günstigere Bedingungen bieten, als sie unter früheren bürgerlichen Regierungen schon gegeben waren. So schuf man sofort die Grundvoraussetzungen für ein gutes Investitionsklima: Minimallöhne, Streikverbot, Unterdrückung jeder gewerkschaftlichen und politischen Aktivität. Hinzugefügt wurden mit dem Gesetzesdekret Nr. 600 eine absolute Eigentumsgarantie für das Auslandskapital und die Aufhebung jeglicher Beschränkung bei der Rückführung von Gewinnen. Mit dem Gesetzesdekret Nr. 600 beging man einen offenen Verstoß gegen die Bestimmungen des Andenpakts, die eine schrittweise nationale Beteiligung an Auslandsunternehmen und eine Begrenzung der jährlichen Gewinnausfuhr auf 14 % des investierten Kapitals vorschreiben. Zugunsten der Interessen des internationalen Monopolkapitals hat die Junta somit die Funktion übernommen, den Andenpakt von innen her auszuhöhlen und die schwachen Ansätze einer unabhängigen Entwicklungspolitik der Andenländer im Keim zu ersticken [48a]).

Hat nun die totale Auslieferungspolitik der Junta an den Imperialismus die erwarteten Erfolge gebracht? Bisher blieb der Kapitalzufluß aus dem Ausland eher spärlich. Bis zum Mai dieses Jahres wurden von der Junta Investitionsprojekte ausländischer Firmen in Höhe von 314 Mio. Dollar gebilligt [49]). Der überwiegende Teil dieser Summe entfällt auf Projekte, die jahrelange Anlaufzeiten haben, d. h. nur ein Bruchteil des bekanntgegebenen Betrags ist bisher tatsächlich ins Land geflossen.

Der Zusammensetzung der geplanten Investitionsvorhaben kann entnommen werden, worauf das Interesse des Auslandskapitals vor allem andern gerichtet ist: auf die Ausbeutung der chilenischen Bodenschätze. Nach Angaben des neugeschaffenen „Komitees für Auslandsinvestitionen" vom Juli 1975 entfielen von den damals gebilligten Investitionen 86 % (163 von insgesamt 190 Mio. Dollar) auf Bergbauprojekte (darunter ein 36-Mio.-Projekt der westdeutschen Metallgesellschaft zur Gewinnung von Blei und Zink in der Provinz Aysén im äußersten Süden Chiles) [50]). Industrielle Investitionen spielen nur eine untergeordnete Rolle; die alten Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen werden so weiter vertieft. In den vergangenen Monaten ist eine Reihe neuer Investitionsvorhaben hinzugekommen, die sich durch ihren äußerst geringen Beitrag zur produktiven Kapitalbildung auszeichnen. Es handelt sich einerseits um Neueröffnungen von Filialen ausländischer Banken, die an den außergewöhnlich guten Spekulationsmöglichkeiten in Chile partizipieren wollen, andererseits um den Kauf bisher staatlicher chilenischer Unternehmen durch Auslandskonzerne [51]). Ein Beispiel auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik ist das Staatsunternehmen IRT, das vom größten brasilianischen Hersteller von Fernsehapparaten, Colorado Radio y Televisión (der seinerseits von ausländischem Kapital kontrolliert wird), für 3 Mio. US-Dollar gekauft wurde. Künftig sollen hier im Auftrag der Firma Blaupunkt Fernseher für den westdeutschen Markt montiert werden [52]).

48a) Mit den Ölmilliarden des devisenstarken Venezuela im Rücken haben die fünf anderen Andenpaktländer jedoch — trotz weitgehender Kompromißbereitschaft — den Erpressungsversuchen durch die chilenische Militärdiktatur nicht nachgegeben. Nachdem die Absicht der Junta, die Integration der Andenländer de facto zu verhindern, damit durchkreuzt war, zog sich Chile am 30. Oktober 1976 aus dem Andenpakt zurück. Als Alternative wird die Annäherung an die Länder des La Plata-Beckens (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) angepriesen. Vgl. „Chile-Nachrichten", 42, 30. 10. 1976, S. 19 ff., und „El Mercurio", Edición Internacional, 31. 10. — 6. 11. 1976.

49) „El Mercurio", Edición Internacional, 16.—22. 5. 1976.

50) „El Mercurio", Edición Internacional, 17.—23. 3. 1975.

51) Vgl. „El Mercurio", Edición Internacional, 16.—22. 5. 1976.

52) Vgl. „Ercilla", Nr. 2124, 14.—20. 4. 1976, S. 22 f.

Es mag sein, daß sich nach der in der letzten Zeit von westlichen Ländern betriebenen Aufwertung des faschistischen Regimes (siehe die Chile-Besuche des US-Finanzministers William Simon und des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff v. Amerongen, im Mai; die Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten [OAS] in Santiago im Juni sowie die Stimmenthaltung des Vertreters der Bundesrepublik in der 3. Kommission der Vollversammlung der Vereinten Nationen bei der jüngsten Abstimmung über die Resolution zur Verurteilung der chilenischen Regierung wegen ihrer Verantwortlichkeit für die andauernde Verletzung der Menschenrechte in Chile) der Zufluß ausländischen Kapitals nach Chile verstärken wird. An der einseitigen Zweigstruktur und den geringen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungseffekten der Auslandsinvestitionen wird dies nichts ändern.

Der kleine Unterschied in der Frauenfrage

Von Jutta Menschik

Bis vor kurzem waren Frauen vollauf damit beschäftigt, Strategien zur Emanzipation zu entwickeln; inzwischen allerdings scheint es zum guten Ton zu gehören, diese wieder in Frage zu stellen. Die umfangreichste Kritik an den bestehenden Strategien leistet Ulrike Prokop in ihrem jüngst erschienenen Buch: „Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche" [1]). Sie mag in diesem Zusammenhang für viele stehen.

1. Die Verselbständigung der Kritik

Prokop moniert: „Die Frauen sind Objekte der Strategien. Die Ebene der Strategien hat sich gegenüber der Ebene des Alltagslebens der meisten Frauen weitgehend verselbständigt: Gegenwärtig jedenfalls gibt es keine politische und wissenschaftliche Strategie, die die Frauen, ihr empirisches Denken und Handeln, nicht instrumentell auffassen würde." (42 f.) Den Grund für die Objektrolle der Frauen, ihr Schachfigurendasein auf dem Spielbrett von Strategien, sieht sie in der Nichtberücksichtigung des realen weiblichen Lebenszusammenhanges. Dieser orientiere sich vor allem auf „Haushalt, Familie, Erziehung und Geselligkeit" (44). Vier Strategien werden beschuldigt — de facto ist es das *gesamte* Emanzipationsarsenal —, die „produktiven, lebendigen Aspekte der ‚Befreiung der Frau' " (10) zu ignorieren: zwei „bürokratisch-effektive" zum Abbau weiblicher Defizite und

[1]) Ulrike Prokop, Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche, Frankfurt/M. 1976.
Die folgende Erörterung ist keine vollständige Buchkritik, sondern beschränkt sich auf die Diskussion der von Prokop kritisierten Strategien.

zwei „rhetorische".

1.1. Das verselbständigte *Leitbild des Abbaus weiblicher Defizite* in Beruf und Politik will die Frauen angeblich auf das Niveau von Konkurrenz und Karriere heben, was natürlich nicht gutgehen kann, denn: „Die Identität der zufriedenen, leistungsfähigen Berufstätigen, die so rational kalkulieren und konkurrieren kann wie nur je ein Mann, wird als Enttäuschung erlebt." (12) Nicht ein Atom von Beleg für diese vernichtende Behauptung wird angeführt, auch nicht die Spur einer Auseinandersetzung mit den Argumenten von Betty Friedan über Myrdal/Klein bis hin zu Helge Pross geleistet, die da alle ausführen (mit einem Berg empirischer Daten im Hintergrund), daß die Berufsidentität der Frau wächst mit ihrer Zufriedenheit am Arbeitsplatz und letztere wiederum basiert auf durchgesetzten, d. h. anerkannten Fähigkeiten. (Eine Berufswelt, in der Leistung alles ist und das Versagen aus jemandem ein Nichts macht, wird diese Prinzipien nicht „ritterlich" vor den Frauen verstecken, es sei denn, diese seien gewillt, ewig das Fußvolk der Erwerbshierarchie zu bleiben und ihre Rücken für männliche Aufstiege und Karrieren hinzuhalten.) Die Leugnung des Zusammenhangs zwischen relativer Zufriedenheit und beruflichem Erfolg, der wohl fast ausschließlich eine solide Ausbildung zur Grundlage hat, führt die Bemühungen all der Frauen ad absurdum, die mit 20 (nach Beendigung der Lehre), mit 30 (nach Lösung eines sie erstickenden Liebesverhältnisses), mit 36 (nachdem sie lange über sich nachgedacht haben), mit 42 (nachdem die Kinder außer Haus sind) oder überhaupt zu dem Schluß kommen, das Ruder noch einmal rumzuwerfen, zu lernen, sich weiterzubilden, um eine berufliche Renaissance gewollter, bewußter und qualifizierter zu erleben. Dieser Trend ist real, doch keineswegs die Vorstellung, daß Erwerbsarbeit „mit Emanzipation gleichgesetzt wird." (11) Zum einen heißt dies doch dem dümmlichen Zweckvorurteil der blaustrümpfigen „Emanzipierten' aufzusitzen, die für das Aktenbündel unterm Ellenbogen bereitwillig den zärtlichen Geliebten im Arm preisgibt, zum anderen ist die Verwechslung des Trends fortschreitender Frauenerwerbstätigkeit mit dem schmerzhaften Emanzipationsprozeß, d. i. Befreiung von Zwang, Herrschaft und Unterdrückung allgemein, immer eher das Metier schlechtmeinender Patriarchen, denn von Frauen, die beginnen, ihre Interessen wahrzunehmen, gewesen. Dennoch zeigt eine solche Befürchtung, daß die Rolle der Frauenerwerbstätigkeit auf dem Wege zur Emanzipation noch längst nicht genügend propagiert und publiziert ist, was hier zugleich den Auftrag bedeutet, darauf (in Punkt 2) zurückzukommen.

1.2. Die Erhebung der *„Anpassung der Geschlechterrollen"* zum weiteren desillusionierenden Leitbild würde nur eine formale Aufwertung des weiblichen Geschlechts (und Abwertung des männlichen?) bringen, die „die Frage, wie Männer und Frauen gleichermaßen autonome Subjekte werden können, ... in oberflächliche sozialtechnische, berufsfunktionale Forderungen" umwandelt, „die über die realen Schwierigkeiten der Realisierung von Gleichheit durch moralische Appelle und Verhaltensformeln hinwegtäuschen." (23) Sicherlich mag die Gefahr einer Rollengleichheit, die an rein quantitativen Maßstäben gemessen wird und so eine qualitative Analyse der Frauen verhindert, subjektiv ehrlich gewittert werden. Doch wie bombastisch erscheint die Angst vor einer Verformung des Sozialcharakters von Frau als auch Mann angesichts der bescheidenen Faktizitäten.

Wenn Sozialisationsforscher von USA bis UdSSR zu dem bedenkenswerten Schluß kommen, daß die Geschlechtsidentifikation sich trotz Systemauseinandersetzung nach exakt den gleichen Mustern abspielt, ist es doch eigentlich die freundlichste aller Koexistenzen, zu fragen, wie diskriminierende als auch überhöhende Geschlechterdifferenzierung auszuräumen sei. (Hüben wie drüben provo-

zieren die Fragen: „Welches Kind ist braver, stärker, ungehorsamer, fleißiger, wagemutiger?" identische Antworten [2]).) Wenn der amerikanische Biologe Money [3]) anführt, daß bei der Beschneidung eineiiger Zwillinge im Kleinkindalter eines davon erheblichen Schaden genommen hat, d. h. nach plastischer Operation zum Mädchen wurde und im Alter von 3 Jahren sich in Röckchen drehte und die Finger nicht schmutzig machen mochte, scheint doch der Untergang des Abendlandes weniger besiegelt als aufgehoben. Wenn also eine künftige Generation angestrebt wird, die ein Persönlichkeitsideal erreichen soll, das bei Achtung und Anerkennung der Geschlechts*unterschiede* auf Geschlechts*diskriminierung* verzichten kann, wäre eigentlich dem Macht-Ohnmachtgefälle zwischen den Geschlechtern eine Barriere gesetzt, ganz ohne Aufgabe von Individualität. Und abschließend hierzu: wenn sich herausstellen sollte, daß Männer ebenso gern Blumen in Vasen arrangieren möchten wie Frauen oder das Grau ihres Alltagsanzugs gegen üppige Farbenspielerei eintauschen wollten oder gar eine eigentümliche Begabung zeigten, Kindertränen zu trocknen, und auf der anderen Seite Frauen Leitungsqualitäten, Durchsetzungsvermögen, Engagement entwickeln sollten, wären doch bestenfalls Stereotype gestorben, stattdessen neue Erkenntnise geboren worden.

1.3. Drittens wird behauptet: „Eine rhetorisch verselbständigte Strategie der Frauenemanzipation stellt der *Ökonomismus* dar." (30) Dem wäre nichts hinzuzufügen, stünde Ökonomismus nicht als sozialistische Praxis schechthin. Deren „Argumentation für die Berufstätigkeit der Frau setzt Berufstätigkeit und folgenreiche poetische Bewußtwerdung naiv ineins. Vor dem Eintritt in das Berufsleben sei die Frau nur von ‚gängigen Vorstellungen', Stereotypen, Vorurteilen, also von dumpfer Irrationalität geleitet, aus der sie dann aber wie Phönix aus der Asche hervorgeht ... Das ökonomistische Verständnis der Probleme der Frauen führt schließlich zur Idealisierung bürokratischer Effektivität, der gut funktionierenden Technokratie, für die die DDR-Verwaltung als exemplarisch erscheint." (30 f.) Diese verdammenswerte Technokratie wird anschließend illustriert als Recht jeder Frau in der DDR, ein Jahr nach Geburt eines Kindes mit der Arbeit in der Produktion auszusetzen, Bereitstellung von Kindergärten und -krippen, Aufhebung der Konzentration von Frauen auf „weibliche Berufe", Weckung der technischen Begabung von Mädchen durch polytechnischen Unterricht etc. Die von der „DDR-Bürokratie" angestrebte Idealfrau, „die Staatsbürgerin mit einem festen sozialistischen Standpunkt, deren Gesichtskreis sich ständig vergrößert" [4]), erscheint — gemessen am heutigen Standard — so übermächtig und unwirklich wie „eine von Bürokratien unter Repräsentationsgesichtspunkten zusammengesetzte Monster-Frau", deren Utopie schon ausreicht, „das wirkliche Leben, die wirklichen Interessen und Tätigkeiten der Frauen" (33) zu entwerten. Wenn die gebildete Frau, der es weder an Können, Interessen, Selbstvertrauen und schon gar nicht an Charme und Liebesbereitschaft mangelt (ich kenne Hunderte davon!) ausreicht, die erschreckende Vision eines weiblichen King-Kong zu erzeugen, die die Grundfesten des „wirklichen" weiblichen Lebens erschüttert, müssen doch wohl eher diese in Frage gestellt werden.

„Der Ökonomismus als staatstragende Ideologie, ... der Marxismus als Legitimationswissenschaft", heißt es weiter, mißgönne den Frauen „die wie immer verzerrte Chance des Entrinnens". (35) Natürlich kann es nicht darum gehen, die zugegebenen Freiheitsmomente von Hausarbeit gegenüber Lohnarbeit zu igno-

2) Heinz Dahnhauer, Geschlecht und Persönlichkeit. Eine Untersuchung zur psychischen Geschlechtsdifferenzierung in der Ontogenese, Berlin (DDR) 1973.
3) J. und Anke Money/A. Ehrhardt, Männlich — Weiblich. Die Entstehung der Geschlechtsunterschiede, Reinbek 1975.
4) Um eine ganze Epoche voraus, Leipzig 1970, S. 187.

rieren oder die von Frauenhand fließbandgefertigte Schuhsohle gegenüber dem hausgemachten Gulasch zu preisen, sondern es geht um die Auskundschaftung objektiver Möglichkeiten, mit denen Frauen unabhängiger werden können. Und hierzu ist der (noch so karge) an der Maschine verdiente Lohn geeigneter als das Wangetätscheln nach einer gelungenen Abendmahlzeit. Das hat mit dem „Ideal des Glücks" (35) noch wenig zu tun, steht ihm aber immerhin nicht im Wege. Schließlich, doch bestimmt nicht zum letztenmal ausgeführt, gibt es keinen Automatismus zwischen Erwerbstätigkeit und politischer Bewußtwerdung. Es gibt Menschen, die ihr Leben lang im Arbeitsprozeß die Hände regen, die Augen jedoch vor den sozialen Gegebenheiten verschließen. Es gibt aber auch solche (und ihre Zahl möge wachsen!), die einen Zusammenhang sehen zwischen Produktionsweise und Produktionsverhältnissen (woran Marx und Engels nicht unschuldig sind), die den Widerspruch von Verausgabung von Arbeitskraft auf der einen, von Anhäufung von Kapital auf der anderen Seite zunehmend ungerechter und unerträglicher finden und für die tägliche Arbeit und tagtäglicher Kampf um Vermenschlichung von Arbeitsbedingungen immer untrennbarer werden.

Die Notwendigkeit zu diesem Handeln wächst nicht in der Feierabendatmosphäre des familialen Heims, mag sie als behaglich oder frustrierend empfunden werden, sondern aus den Erfahrungen am Arbeitsplatz. So ein Erkenntnisprozeß ist weder spezifisch männlich, geschweige denn antiweiblich, sondern denen nahegelegt, die gesellschaftlich arbeiten müssen oder wollen. Hierzu zählen die Frauen, deren Lebenszusammenhang bis zu acht Stunden täglich von Erwerbsarbeit gefüllt ist, die zwischen Haushalt und Betrieb pendeln, die sich über die privaten Beziehungen in der Familie hinaus auch noch für die sozialen im Kollegenkreis verantwortlich fühlen, die die Kinder erziehen und ihre eigene Weiterbildung deswegen nicht abschreiben möchten und für die sich Geselligkeit und Gesellschaft nicht ausschließen, sondern einander bedingen. Wenn diese Frauen ihr Dasein — zu Recht — als doppelbelastet empfinden und dennoch nicht mehrheitlich den Schluß daraus ziehen, die Berufsarbeit aufstecken zu wollen (nach Helge Pross würden 50 % der erwerbstätigen Frauen den Betrieb zugunsten des Haushalts aufgeben) [5]), bleibt ihnen nur als Lösung die Forderung nach gesellschaftlicher Unterstützung.

Ein privater Kochstreik hat noch keine Gesellschaft in Schrecken versetzt, schon eher aber die Vorstellung einer Vielzahl organisierter Frauen, die im (Selbst)-Bewußtsein ihrer ökonomischen Wichtigkeit (pädagogisch zu verantwortende) Betriebskindergärten, kinderfreundliche Arbeitszeiten, Verringerung von Arbeitsstunden etc. verlangen oder imstande sind, die ebenso angemessene wie als vermessen geltende Drohung eines Streiks für gleiche Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit wahrzumachen. Die langsam, aber stetig wachsende Zahl von Frauen, die sich in den Gewerkschaften organisieren (bisher sind es von allen arbeitenden Frauen 19 %; bei den Männern über 50 %), weil ihnen nicht ausreicht, daß „der Mann ja schon Beitrag zahlt", sondern sie ihre Sache selbst verhandeln wollen, ist noch lange kein Grund zur Euphorie.

Auf jeden Fall aber setzen diese Frauen eine Position ins Unrecht, die sich bemüht, die „realen Bedürfnisse und Interessen der Frauen" auf „Familienorientierung, Mode- und Freizeitorientierung, ... Ichschwäche, Narzißmus und romantische Illusionen" zurechtzustutzen. (35 f.) So ernsthaft sich Prokop auch bemüht, für die eben genannten Strukturen des weiblichen Sozialcharakters Belege zu bringen, gelingt ihr doch eher die Beschreibung eines erzwungenen Istzustandes

5) Helge Pross, Gleichberechtigung im Beruf? Eine Untersuchung mit 7000 Arbeitnehmerinnen in der EWG, Frankfurt/M. 1973.

als das Ausloten tatsächlicher und vielleicht tief verborgener Bedürfnisse. Immerhin wird die wissenschaftliche Beweisführung durch Alltagsbeobachtungen scheinbar unterstützt, etwa, wenn sich die Verkäuferin zwei Stunden vor Feierabend die geschwollenen, schmerzenden Füße reibt und den Gesprächsversuch der organisierten Kollegin über Arbeitsschutz hin zu Frauenemanzipation mit dem bündigen Vermerk zurückweist: „Eine Frau muß Frau bleiben."

1.4. Wie bereits angekündigt, bleibt keine zur Zeit existierende Strategie zur Aufhebung weiblicher Unterdrückung von Ulrike Prokops Kritik ausgenommen. Neben der ältesten und immer noch nicht eingelösten Forderung nach gleichberechtigter Teilnahme von Frauen an Beruf und Politik, neben der bei uns ursprünglich durch die Kinderladenbewegung bekannt gewordenen Parole von der Anpassung der Geschlechterrollen, neben der Propagierung der weiblichen Berufsrolle vor dem Hausfrauendasein in sozialistischen Ländern bleibt nur noch als „verselbständigtes Leitbild 4" der Antipatriarchalismus oder *Feminismus.* (Selbstverständlich gehe ich davon aus, daß Feminismus keine geschlossene Theorie verkörpert, sondern eine Vielzahl von Positionen umschließt. Eines allerdings dürfte allen gemeinsam sein, nämlich zum Schlag gegen patriarchalische Strukturen auszuholen, weshalb es als legitim erscheint, der besseren Lesbarkeit halber „Antipatriarchalismus" mit Feminismus zu übersetzen.)

Diesem nun — verstanden als antipatriarchalisches Modell — wirft Prokop vor, daß „die Vorstellung von gesellschaftlicher Herrschaft und das Verständnis von Leiden" nur „noch persönlich begriffen werden können", also „auf den Wahrheitsanspruch von Erkenntnis verzichtet" (39) wird. Indem die feministische Argumentation mit ihrer weiblichen Schlagseite den Blick auf das Allgemeine versperrt, wirft sie zugleich ein Blitzlicht auf die Barbarei in den alltäglichen Beziehungen, die der wissenschaftliche Sozialismus in der Tat nicht eingeplant hatte. Diesem Moment ist unbedingt zuzustimmen. Bedingteres Verständnis allerdings ruft Prokops Abwehr gegen jene feministische Prüderie hervor, die „Lippenrot und frei fallendes Haar" (41) verachtet und zugleich zuläßt, daß „mit dem Angriff auf den unterdrückenden Zwang zu Jugendlichkeit und adrettem Aussehen, auf den die kosmetische Schönheit reduziert ist, ... jede Stilisierung, jede Künstlichkeit, jeder Luxus der Kritik" verfällt. (41)

Die Erkenntnis, „daß Schönheit, Güte und Nachgiebigkeit der Frauen Lebenslügen der Schwachen waren" (40) und deshalb ihre Funktion behalten werden, solange Frauen schwach sind, ist sicher ebenso richtig wie der Vorstoß, diese Lebenslügen zu durchbrechen. Einen erfrischend schockierenden Versuch, den Schönheitsbegriff in Frage zu stellen, macht etwa die Schriftstellerin Margot Schroeder [6]), die ein Liebesgedicht an sich selbst beginnen läßt: „Ich liebe meinen Hängebusen, die Tränensäcke unter meinen Augen, die Orangenhaut auf meinen Oberschenkeln — in Männeraugen längst verblüht." Sie bricht eine Lanze für all die Frauen, denen Dekor und Kitsch, Stilisierung und Imagination nicht als notwendige Lebenslügen, sondern schlicht als überflüssige Lügen erscheinen. Sie zählt sich zu den Frauen, denen immer ein Stück gefehlt hat, so „ganz richtig" schön zu sein, und die es jetzt nicht mehr sein wollen.

Die drastische Konsequenz hieraus, „die energische Verweigerung der Ausbeutung durch ‚den Mann' und auch die Aversion gegen ‚Liebesverhältnisse' prinzipiell" (42) scheint der voreilige, aus der augenblicklichen Betroffenheit heraus

[6]) Margot Schroeder ist bekanntgeworden durch ihre Romane „Ich stehe meine Frau", Frankfurt/M. 1974, „Der Schlachter empfiehlt noch immer Herz", München 1976, und ihren Gedichtband „Die Angst ist baden gegangen", Berlin (West) 1976.

gezogene Schluß zu sein, der allerdings nicht dazu beiträgt, neue und notwendig gewordene Formen von Sexualität, Liebe und Beziehungen zu entwickeln.

Wurde bisher die Kritik an den bestehenden Strategien diskutiert, soll im folgenden aufgezeigt werden, wie die Strategien selber entstanden sind und begründet werden. Wenn sie etwas an der Situation von Frauen verändern wollen, sind sie Reflex auf oder Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Doch bereits bei der Einschätzung der Realität bricht ein schier unversöhnlicher Gegensatz zwischen Materialismus und einer sich ausbreitenden Variante des Feminismus [7]) aus, dessen Zuspitzung sich in Handlungsweisen ausdrückt, die Sozialistinnen und „feministische Feministinnen" einander als Feindinnen erscheinen lassen.

2. *Sozialistische Perspektive oder feministische Tendenzen?* [8])

Die marxistische Emanzipationstheorie sieht die Frauenfrage nicht als isoliertes Problem eines Geschlechts, sondern will sie im allgemeinen sozialen und historischen Zusammenhang verstanden wissen. Drei Aspekte seien vor allem zu berücksichtigen, wenn die Frau Emanzipation als Prozeß der Befreiung von Herrschaft und Unterdrückung vorantreiben will:

1. Ihre Teilnahme am Produktionsprozeß;

2. die Enthüllung der bürgerlichen Familienstruktur und die Einsicht in ihre historische Wandelbarkeit;

3. die praktische Durchsetzung der Frauenemanzipation durch Organisierung der Frau im Zusammenhang mit revolutionären Arbeiterorganisationen.

Dieses immerhin schon 80 Jahre alte „Drei-Punkte-Programm" soll den folgenden Abschnitt strukturieren.

2.1. Frau und Produktion

Solange nur die ökonomische Seite von Arbeit und nicht zugleich deren persönlichkeitsbildende Seite denen, die über Frauenerwerbsarbeit räsonieren, bekannt ist, wird dieser Punkt Quelle von Mißverständnissen und Vorurteilen bleiben. Es ist richtig, daß auch der wissenschaftliche Sozialismus Arbeit als werteschaffende Betätigung faßt, deren Ziel es ist, Produkte zur Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums herzustellen. Aber dieses ist nur die eine Seite. Die andere, von der Emanzipationsdiskussion meist vernachlässigt, berücksichtigt die persönlichkeits- und geschichtsbildende Funktion der Arbeit, ohne die die Menschen mit ihren heutigen Bedürfnissen und den von ihnen geschaffenen Staats- und Gesellschaftsformen undenkbar wären.

Es ist das Verdienst der Marxisten, diese Erkenntnis formuliert zu haben. Auch sie gehen aus von der Zweckgerichtetheit der Tätigkeit: denn Verausgabung von Muskel- und Geisteskraft, die als Ergebnis etwas Nicht-Nützliches hervorbringt und damit keinerlei allgemeine Bedürfnisse befriedigt, kann nicht Arbeit sein. Eine solche Tätigkeit, die nur zum Spaß geschieht, wäre etwa Spiel oder Hobby.

Wenn also Arbeit zweckgerichtete Tätigkeit ist und Frauen an ihr teilnehmen, leisten sie einen Beitrag zur Ökonomie ihres Landes. Doch daneben ist Arbeit zugleich menschliche Tätigkeit *die* entscheidende Bedingung, die den Menschen

7) Bezieht sich auf den Aufsatz „Feministische Tendenzen oder Was so alles unter Feminismus verstanden wird". In: Frauenjahrbuch '76, München 1976.
8) Bezieht sich auf ebd., ebenso wie die in Klammern angegebenen Seitenzahlen im Text. Auf diesen Aufsatz wird so prominent zurückgegriffen, weil „der Konzeption dieses Jahrbuchs lag — und liegt — der Anspruch zugrunde, Ausdruck der derzeitigen deutschen Frauenbewegung zu sein".

aus dem Tierreich ausgesondert hat. Karl Marx gibt hierzu einen treffenden Vergleich: „Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vorneherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut" [9]).

Der Mensch arbeitet, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei sind zunächst die Grenzen durch die Natur gesetzt. Aber die menschlichen Bedürfnisse, die nicht starr sind, sondern sich im Verlauf der Geschichte ständig entwickeln und sich vervielfältigen, sind zugleich der Motor, die natürlichen Grenzen zu überwinden. Der Mensch wirkt auf die Natur ein, macht sie sich zu eigen und erwirbt zugleich neue Fertigkeiten und Erfahrungen. Indem er die Natur ändert, ändert er sich selbst.

Schon in der frühen Menschheitsgeschichte stellte sich heraus, daß ein Mensch allein zu wenig ist, seine Bedürfnisse zu entwickeln. Kooperation, d. h. das Zusammenwirken mehrerer Menschen zur Erzeugung eines Produkts, Arbeitsteilung, d. h. die Zergliederung des Arbeitsprozesses und die Entwicklung der Arbeitshilfsmittel von den primitivsten Werkzeugen bis heute hin zu modernen Automatenaggregaten waren die Folge. Indem nicht mehr ein Mensch isoliert arbeitet, sondern einer für alle und alle für einen, ist Arbeit nicht nur menschliche, sondern gesellschaftliche Tätigkeit.

Der Entwicklung der Produktivkräfte (dem Zusammenwirken der lebendigen Arbeitskraft des Menschen mit den von ihm geschaffenen Produktionsmitteln) wären an sich keine Schranken gesetzt, wohl aber in einer Klassengesellschaft. Hier ist der arbeitende Mensch von den Produktionsmitteln — die ihm nicht gehören — getrennt und wird erst durch den Verkauf seiner Arbeitskraft (an den Eigentümer der Produktionsmittel) wieder mit ihnen zusammengefügt. Unter diesen Bedingungen erscheint Arbeit als äußerer Zwang „und ihr gegenüber die Nichtarbeit als ‚Freiheit und Glück' " [10]).

Unabhängig aber von jeder Gesellschaftsordnung ist die Hauptproduktivkraft der Mensch, was naturgemäß Männer und Frauen umfaßt. Anders ausgedrückt heißt dies, daß alles, was Frauen von dieser Bestimmung fernhält, nicht natürlich ist. Wenn heute infolge der Industrialisierung der Ort der gesellschaftlichen Arbeit außerhalb der Familie liegt (ganz im Gegensatz zur feudalen Familie), verlangt die Auffassung, auch Frauen als menschliche Hauptproduktivkraft zu begreifen, geradezu den Beitrag der Frauen an der Erschließung des Fortschritts und gibt ihnen den Auftrag, an der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums gleichwertig mitzuwirken. Auf der anderen Seite verbietet ein solcher Standpunkt — theoretisch — ein Dasein als Vollhausfrau. Dies wäre nämlich Beharren auf traditioneller Arbeitsteilung, in der der Mann die gesellschaftlichen Werte erschafft und sie der Frau im Austausch für ihre privaten Dienste im Haushalt — Kinderversorgung, Kochen, Putzen, Waschen, Einkaufen etc. — zukommen läßt.

Es geht also darum, daß Frauen nicht länger „das andere Geschlecht" sind, das neben den geistig-produktiven Männern existiert, sondern sie gleichermaßen an Wissen, Bildung, Technik und Fortschritt teilnehmen zu lassen. Um Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit beider Geschlechter zu gewährleisten, ist

[9]) Karl Marx, Das Kapital. Bd. 1, Berlin (DDR) 1971, S. 193.
[10]) Ders., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) Wien o. J., S. 505.

allerdings stets die Konsequenz zu überprüfen oder notfalls herzustellen, ob Frauen im Arbeitsprozeß die gleichen Positionen wie den Männern offenstehen; ihre Arbeit gleich bewertet wird; sie mit gleicher Bildung ausgestattet werden wie die männlichen Produzenten; ihnen Möglichkeiten zu Aus- und Weiterbildung offenstehen; Lösungen angeboten werden zur Verringerung von Hausarbeit, um auszuschließen, daß Erwerbsarbeit vornehmlich zur Doppelbelastung von Frauen wird.

Wir wissen, daß die sozialistischen Länder den kapitalistischen hierbei (mit Ausnahme des letzten Punktes) meilenweit voraus sind. Sie haben damit erstmalig das Prinzip durchbrochen, das in kapitalistischen Ländern immer nocht gilt, nämlich, daß Frauenarbeit nicht billige, sondern teure Arbeit ist.

Dies darf nur nicht heißen, daß Erwerbsarbeit in sozialistischen Staaten eventuell zu bejahen, in kapitalistischen Staaten auf jeden Fall zu verdammen ist. Hier wie dort ist sie *das* Vehikel für finanzielle Eigenständigkeit der Frau. Auf diese Position zu verzichten, hieße, geduldig wie ein Kalb auf den Ernährer Ehemann oder Vater Staat (Sozialhilfe) zu warten. Eine Leugnung der Erringung relativer Selbständigkeit durch die Berufstätigkeit wäre also gleichbedeutend mit dem masochistischen Akt, sich selbst einen Strick um den Hals zu hängen und diesen dem Mann in die Hand zu geben, auf daß die Frau sein Anhängsel werde. Hinzu kommt, daß die berufstätigen Frauen aus dem beschränkten Rahmen des Familienlebens heraustreten, ihren Horizont erweitern, Kollegialität neben den Familienbeziehungen erfahren, eigene Interessen entwickeln und möglichst erkennen, daß die Forderung nach mehr Ausbildung, mehr Geld, mehr Bildungsurlaub und Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht nur die individuellen Bedürfnisse der Frau bereichert, sondern allgemeine. Mit der Erfahrung, daß Frauen ihre Identität nicht mehr darüber beziehen müssen, von einem Mann geliebt bzw. gebraucht zu werden, wenn sie nicht mehr ausschließlich von der Anerkennung des Ehemanns abhängig und daher weniger vom Liebesverlust des Mannes bedroht sind, scheint hier die Chance gegeben zu sein, daß Frauen sich ohne pekuniären Zwang in eine Liebesbeziehung begeben können und ausschließlich die gegenseitigen Gefühle die wechselseitige Abhängigkeit bestimmen, nicht das Kalkül.

2.2. Familienbeziehung und Hausarbeit

Es ist wiederum den Marxisten geschuldet — vor allem Engels mit seiner Studie „Über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" —, die Familienbeziehungen als wandelbare, stets von der gesellschaftlichen Produktionsweise abhängige analysiert zu haben. So ist der Beruf der Hausfrau und Mutter ein relativ neuer, der seine Wurzel in der durch die Industrialisierung verursachten Trennung von Konsumtion und Produktion hat. In der mittelalterlichen Großfamilie war zwar die Frau mit mannigfaltigen produktiven Tätigkeiten — Gärtnern, Weben, Kerzenziehen, Buttern etc. — beschäftigt, arbeitete zudem auf dem Felde oder im Handwerksbetrieb des Mannes, die Kinder jedoch wurden von der Großmutter oder den unverheiratet gebliebenen Tanten erzogen und versorgt. Die Familie war die Gesellschaft im kleinen (beileibe nicht Keimzelle der Gesellschaft), was sich erst änderte, als der Mann außer Haus arbeiten ging und die Frau zu Hause blieb. Was so geworden ist, gilt heute als immer und ewig, sprich natürlich. Und einige der Feministinnen sind verblendet genug, zu dieser offiziellen Ideologie nur bestätigend zu nicken.

In einem Punkt jedoch erhalten sie ungewollt Schützenhilfe von den Marxisten. Diese, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten zu erkennen strebend, gingen davon

aus, daß die Industrialisierung, und damit die Erwerbstätigkeit der Frau, nicht vor dem Privaten haltmachen würde. Wenn der mechanische Webstuhl jedes handwerkliche Geschick überflüssig machen sollte und jeden mittelalterlichen Tuchbetrieb durch die Konkurrenz der Großwebereien zu Kreuze kriechen ließ, zudem Mann, Frau und Kinder dem Siegesrausch des kapitalistischen Produktionsprozesses einverleibt wurden, war für sie die schlüssige Konsequenz, daß dieser „Fortschritt" von Industrialisierung und Vergesellschaftung auch die Privathaushalte durchdringen würde. Der Verlagerung der Produktion in die Fabriken sollte die Auslagerung von Haushaltsfunktionen in die Gesellschaft auf dem Fuß folgen Denn wo hätten die 16 Stunden lang arbeitenden Frauen Zeit finden sollen, die Kinder zu versorgen, woher die Männer die Kräfte nehmen, die Wohnungseinrichrung instandzuhalten und zu reparieren? Doch hier ging es nicht um Werte, geeignet, mehr Wert zu hecken, sondern es ergab sich profitlich, die Haushalte in mittelalterlicher Dämmerung zu halten, während die Märkte wuchsen und eine technische Innovation nach der anderen dazu diente, den Warenreichtum schillernder und das Bankkonto der Unternehmer berstender werden zu lassen.

Man tat so, als gäbe es nur eine Familie, die der Bourgeoisfrau, die sich im Kreis ihrer Dienstboten tödlich langweilte, ebenso wie die der Proletarierin, die sich zu Tode schuftete. Die überwältigende Macht der einen Seite und die erzwungene Schwäche der anderen ließ eine Familienideologie entstehen, die heute bei uns noch unangefochten offiziell existiert und widerstandslos selbst die Köpfe der „feministischen Feministinnen" infiziert.

Weil alternative Möglichkeiten für außerfamiliale Kindererziehung bei uns eher abschreckend als anregend diskutiert werden, progressive Einrichtungen wie schwedische Servicehäuser (in denen Kochen, Waschen, Einkaufen in parterre gelegenen Einrichtungen geschieht, für die Kinder ganze Etagen reserviert sind) weder per Diskussion, geschweige denn durch finanzielle Unterstützung als reales Experiment propagiert werden, bleibt diesen Kämpferinnen nur noch die mystische Aufwertung der Hausfrauenrolle, um eine allgemeine Emanzipation zu verhindern. Sie haben erkannt, daß während der Hausarbeit gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird, deren ökonomischer Gehalt unter dem Mythos von Hausfrauenliebe und -aufopferung verschwindet. Um Hausarbeit nicht länger als sekundäres Geschlechtsmerkmal von Frauen erscheinen zu lassen und zugleich die wirkliche Verausgabung von Arbeitskraft wieder sichtbar werden zu lassen, fordern sie den Lohn für die Hausarbeit. „In der Diskussion um Lohn für Hausarbeit geht es gerade darum, die erpresserische Alternative abzulehnen, die diese Gesellschaft an Frauen richtet: entweder isoliertes Hausfrauendasein leben zu müssen oder, wenn sie erwerbstätig sind, die Doppelbelastung in Kauf nehmen zu müssen... Lohn für Hausarbeit bietet für Frauen die Wahl: Berufstätigkeit außerhalb des Hauses wählen zu *können*, aber nicht zu müssen, nur weil es keine andere Möglichkeit gibt, an eigenes Geld heranzukommen" (81 f.).

Vom scheinbaren Standpunkt der Schwäche wird hier über Männer als Geldeinbringer verfügt, sich genüßlich die Möglichkeit überlegend, sich selbst aus allem „männlichen" Streß des Wirtschaftslebens herauszuhalten. Selbstredend sollen die männlichen Arbeitstiere „eine langfristige zusammenhängende politische Perspektive" ermöglichen. (82) Denn(!) sie „hassen es, von Männern definiert zu werden. ... Wir hassen männliche Macht und die männliche Art zu denken und handeln, weil sie uns Frauen unterdrückt. Wir *haben* einen Männerhaß, *wir* sind es, die definieren, was wir darunter verstehen." (75) Nichts mehr von der Dimension der Persönlichkeitsbildung durch Arbeit, nur ein Achselzucken

auf den Einwand, daß Lohn für Hausarbeit Frauen erst recht auf ihre Frauenrolle festlegen würde. (vgl. 84) Auch für das Durchbrechen der hausfraulichen Isolation haben sie eine zu Boden schlagende Lösung. „Weil die Arbeitsplatzbedingungen meist betont kommunikationsfeindlich angelegt sind" (86), wird der Stadtteil als paradiesische Idylle für Kommunikation und Kontakte angepriesen. „Da läuft auf den Spielplatzbänken und im Supermarkt mehr Kommunikation, als wir gemeinhin wahrzunehmen bereit sind. Was allgemein als Frauengeschwätz abgetan wird, bekommt eine andere Bedeutung, wenn frau es unter dem Aspekt der Arbeitswelt der Frau betrachtet. Gespräch unter Frauen, wo sie über Kochrezepte, Preise etc. reden, ist Austausch von Erfahrungen für den eigenen Arbeitsplatz." (86) Daß Hausfrauen dies wirklich tun, ist Ausdruck ihres normalen, nüchternen Alltags. Die Glorifizierung seitens „intellektuell Emanzipierter" (88), ihre romantisierende Schleimseligkeit erzeugt jedoch fast Übelkeit. Natürlich bitten sie nicht „den Staat ... darum, Hausarbeit zu rationalisieren" (90), weil sie sonst ihrer „perspektivischsten" Forderung beraubt wären: „Lohn für Hausarbeit bedeutet also Geld und damit Macht für eine Arbeit, die sich qualitativ gegen die sog. produktive, destruktive gesellschaftliche Arbeit richtet" (89 f.), womit der Sieg des Gemeinen über das Allgemeine errungen wäre.

2.3. Frauen gemeinsam mit wem?

Wenn heute allein niemand mehr arbeiten, schon gar nicht eine eigene Politik durchsetzen kann, stellt sich die Frage nach Bündnispartnern. Der Schlüsselpunkt der Gesellschaftsanalyse von Marxisten ist seit jeher das Kapital gewesen. All die, die ihm dergestalt ausgeliefert sind, ihre Arbeitskraft gegen Arbeitslohn einzutauschen, sind schon durch diese Tatsache miteinander verbunden. Wie schon ausgeführt, agieren einige in diesem Kapitalverhältnis unbewußt, andere jedoch bewußt, d. h. an die Substanz gehend. Dem Kapitalverhältnis sind sowohl nichtbesitzende Männer wie auch Frauen preisgegeben, letztere jedoch doppelt. Frauen spüren nicht nur die Unterdrückung und Demütigung am Arbeitsplatz, sondern erleben nur zu oft deren Verlängerung zu Hause. In diesen Familienbeziehungen gibt es sowohl den gleichberechtigten Austausch von Erfahrenem als auch die Ausübung brutaler Gewalt, wenn das Abreagieren angestauter männlicher Aggressionen das zutiefst menschliche Bedürfnis nach Anschmiegen, Entgegenkommen, Verständnis schon durchsetzt hat. Beiden Geschlechtern bleibt als konkrete Utopie die Erwartung auf Aufhebung der gesellschaftlichen Spaltung in unten und oben, einen Zustand, den sie sich erst noch erkämpfen müssen. Bei der Emanzipation vom Untertan — Zaungast einer Gesellschaft, die ihre uneingeschränkte Möglichkeit nur wenigen offenbart, das Unmögliche dagegen vielen zumutet — zum Gleichen unter Gleichen, der schafft und auch davon hat, mag noch viel Überwindung kosten: dennoch haben Frauen noch mehr zu überwinden. Ihre jahrhundertelange kulturelle Zurücksetzung, ihre erst zögernd aufgebrochene Rechtlosigkeit macht sie objektiv anfälliger für und subjektiv mißtrauischer gegen Emanzipation überhaupt. Wenn das Ziel für Männer und Frauen auch das gleiche ist, mögen die Wege dorthin doch verschieden sein.

Dies allerdings ist den „feministischen Feministinnen" schon Grund genug, einen ganz anderen Kernpunkt der Gesellschaftsanalyse auszumachen: das Patriarchat. Mit dieser Stoßrichtung haben sie sich die abstrakte Legitimation erworben, die Klasse der Frauen auszurufen. Schon immer hat mich ihre merkwürdige Affinität für diese marxistische Kategorie interessiert. Wenn die Klassentrennung die tatsächliche Scheidung in Besitzende und Nichtbesitzende kennzeichnet, müßten diese energischen Heroinen doch die Frage beantworten können, wo diese

bundesrepublikanischen Unternehmerinnen einzuordnen seien. Ihre Antwort müßte konsequenterweise sein: „Die Klasse der Frauen vegetiert besitzlos unter der Herrschaft der besitzenden Männer. Diese Frauen gehören, weil besitzend, der Klasse der Männer an." Eine solche Antwort wird natürlich nicht gegeben, wohl aber wird sich hinter der Ausflucht verschanzt: „*Alle* Frauen sind von Schwangerschaft, Abtreibung, Vergewaltigung bedroht." Meiner bescheidenen, wenn auch ungläubigen Meinung nach hätte hierfür die Unterscheidung nach Geschlecht genügt. Weil dieses wohl zu spitzfindig erscheint, müssen wir zur Kenntnis nehmen: „Der feministische Feminismus plädiert also für eine radikale Trennung von den Linken." (77) Es erstaunt, aber steht geschrieben: „Häufig erschreckt es uns, daß in der BRD es oft die CDU/CSU ist, die ähnlich klingende Analysen und Forderungen stellt. Dazu ... müssen wir in unserem Umdenkungsprozeß lernen, daß selbst die linken Kategorien von links und rechts, fortschrittlich und reaktionär vom Frauenstandpunkt aus sich verschieben. Was ja gar nicht so verwunderlich ist, wenn frau sich anguckt, was die Linken denn so zu der Frauenfrage bringen. Es sind falsche Loyalitäten zu glauben, daß die ‚Progressiven' auch mehr für Frauen bringen würden. Links und rechts sind patriarchale Einteilungen. Unsere Frauenpolitik setzt eben an ganz anderen Ebenen an." (91) Jedem auch nur latent geschichtsbewußten Menschen gellt noch im Ohr: „Ich kenne keine Parteien mehr ...", jetzt ergänzt durch ein feministisches Wispern: „Wir kennen nur noch Frauen."

3. Was bleibt?

Es bleibt die Notwendigkeit, die Frauenfrage zu lösen, doch ergeben sich nach eingehender Betrachtung nur wenige Möglichkeiten. Weitaus die wenigsten Frauen in der neuen Frauenbewegung leisten sich eine so politische Meinung wie Simone de Beauvoir: „Kurz, früher glaubte ich, der Klassenkampf müsse dem Kampf der Geschlechter vorangehen. Ich bin jetzt der Meinung, daß sie beide gleichzeitig geführt werden müssen" [11]). Diese Auffassung vertritt auch die Berliner Frauenzeitschrift „Courage". Auf die Frage nach Bündnispartnern dieser Position im feministischen Lager erfolgt mehr oder weniger Achselzucken. Was bleibt, ist die Erwartung, daß Gewerkschaften und Parteien, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung handeln, von der Spontaneität und Phantasie vieler Feministinnen so gewinnen können, wie letztere sich die Erfahrungen des jahrhundertelang währenden Kampfes um Arbeiterrechte zu eigen machen müssen. Die Aufgabe, die arbeitende Frau zum autonomen Subjekt der Geschichte werden zu lassen, legt jedenfalls näher, sich mit den gegebenen Verhältnissen auseinanderzusetzen, als die mühsam aus diesen Verhältnissen gewachsenen Strategien damenhaft zurückzuweisen.

11) Simone de Beauvoir, Alles in Allem, Reinbek 1974. Zit. nach Jutta Menschik (Hrsg.), Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, Köln 1976, S. 322.

Medienkritik

DER WILDE WESTEN ALS SOZIALES LERNFELD

Der Western „Cheyenne" von John Ford gilt innerhalb des Genres „amerikanischer Western" als einer der wenigen, die bemerkenswert deutlich Partei ergreifen für die unterdrückten Indianer. Nachdem Ford 15 Jahre lang in seinen Filmen Indianer nur als blutrünstige Monster auftreten ließ, entfachte sich nun die Diskussion um die Echtheit dieser „Rehabilitation" in seinem 1963 gedrehten Film. Unabhängig von dieser Fragestellung, die wohl mehr auf Fords Fähigkeiten, Marktmöglichkeiten auszuloten, zielen, lassen sich an diesem Film typische Merkmale des „amerikanischen Western" zeigen:

Zu Beginn des Films werden die Resultate des Aufeinandertreffens der indianischen Produktionsweise mit der der „Weißen" gezeigt: kümmerliche, hungernde, aussterbende Reste des einst mächtigen Stammes der Cheynnes, die aus Verzweiflung die Reservation verlassen und „widerrechtlich" zu ihren alten Jagdgründen aufbrechen. Die nichtintegrierte völkische Gruppe an der gesellschaftlichen Peripherie wird folgerichtig durch das Exekutivorgan Armee verfolgt, um — notfalls um den Preis ihrer Vernichtung — zur Integration gezwungen zu werden.

Im Verlauf des Films setzt bei den Hauptpersonen ein Prozeß ein, in dessen Verlauf sich die „Moral" durchsetzt; schließlich setzt der Held eine persönliche Vorsprache beim einsichtigen Innenminister durch. Alles scheint sich zum Guten zu entwickeln: die „gestörte" Kommunikation zwischen den sozial Depravierten und der Gerechtigkeitsinstanz Regierung ist durch diesen Brückenschlag geflickt. Die Gerechtigkeit findet jedoch nicht mehr rechtzeitig den Weg zu den Unterdrückten. Im blind autoritätshörigen Handeln *subalterner, psychisch deformierter Persönlichkeiten* treibt das Geschehen zum tragischen Zwischenhöhepunkt: Die zynisch Hunger und Kälte ausgelieferten Indianer begehen einen zweiten Aufstand und schießen sich noch einmal den Weg frei.

Trotz aller vernunftgeleiteter Bemühungen des Helden und der Regierung scheint nun die Vernichtungsautomatik geradezu naturwüchsig über die Indianer hinwegzugehen: Sie werden auf der Flucht von der Armee eingekesselt. Doch, im letzten Augenblick greift Carl Schurz, der Innenminister, höchstpersönlich in das Rad der Geschichte; er springt zwischen die Fronten und entbietet den Cheyennes die Möglichkeit der Rückkehr „in die Heimat".

Im nächsten Bild dann Indianerfolklore: die eben noch abgerissenen, hungernden Elendsgestalten im feschen Lederdress; als in der letzten Sequenz ein Indianerkind in den Armen der weißen Lehrerin das Wort „Heimat" stammelt, hat der Rezipient die Gewißheit, daß den Indianern eine frohe Zukunft gewiß ist. Die Moral hat über „blinde" Gewalt gesiegt.

Auf dem Weg der Schaffung fiktiver Fluchtwege aus der Bewältigung von Geschichte hat der Film alle Spuren der Fluchtursache getilgt: Gerade dadurch erhält dieses Genre seine Wirksamkeit. Sein hoher Unterhaltungswert stellt sich her, indem die gewohnten Bezugsgrößen selektiver und verzerrter Wirklichkeitswahrnehmung bei den Rezipienten bestätigt und verstärkt werden und zugleich eine restlose Tilgung der Problemvorhaben suggeriert wird. Angesichts des sinnlich „erlebten" Siegs der Moral müssen Fragen nach der heutigen sozialen Stellung der Indianer oder beliebiger anderer Randgruppen in den USA oder im Lande des Rezipienten geradezu paradox erscheinen. Solche Fragen läßt die vorgeführte, *genossene* Filmwirklichkeit nicht zu, sie fallen in der Regel der Verdrängung anheim.

Das soziale Lernziel ist erreicht, wenn der Rezipient aufgenommen hat, daß eine glückbringende Integration aller Gruppen und Personen möglich ist, wenn nur alle beteiligten Einzelpersönlichkeiten den moralgeleiteten Wunsch danach haben — und wenn *„Natur"*-Katastrophen in der Konjunktur der Interessenkollision durch *„Helden"* verhindert werden.

Henning Walter

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Die wirtschaftliche Entwicklung im 3. Quartal 1976

Bruttosozialprodukt (BSP)

	Mrd. DM	Veränderungen in % gegenüber 2. Quartal 1976	Veränderungen in % gegenüber 3. Quartal 1975
BSP [1])	*150,1*	*— 1,1*	*+ 5,8*
BSP [2])	*279,1*	*— 1,0*	*+ 9,0*
Bruttolohn- und -gehaltssumme [2])	*128,6*	*+ 1,0*	*+ 7,7*
Nettolohn- und -gehaltssumme [2])	*90,9*	*— 0,5*	*+ 5,5*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [2])	*61,2*	*— 6,1*	*+ 12,4*
Abschreibungen [2])	*33,4*	*— 0,3*	*+ 6,0*
Privater Verbrauch [1])	*87,1*	*— 1,5*	*+ 3,8*
Investitionen [1])	*35,0*	*— 1,5*	*+ 4,5*
Ausfuhr [1])	*56,8*	*+ 0,4*	*+ 14,5*
Öffentlicher Verbrauch [1])	*21,8*	*— 1,4*	*+ 2,4*

1) Real, d. h. in Preisen von 1962.
2) Nominal, d. h. in jeweiligen Preisen.
Quelle: „DIW-Wochenberichte", 47/1976.

Die wirtschaftliche Entwicklung im 3. Quartal 1976 war durch ein Nachlassen des Wachstumstempos der gesamtwirtschaftlichen Produktion gekennzeichnet. Das BSP nahm in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem 2. Quartal 1976 nicht mehr zu.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist Berlin (West) führt diese „Wachstumspause" mitten im konjunkturellen Aufschwung auf eine ausgeprägte „Sommerpause" zurück. Viele Betriebe, mehr als in den Vorjahren, legten Sommerpausen ein, die sich auf das Produktionsergebnis des Sommerquartals negativ auswirkten.

Dadurch ist allerdings nicht die Ursache der Stockung genannt. Denn es wurden vor allem deshalb vermehrt Sommerpausen eingelegt, weil die Auftragslage diese Art verdeckter Kurzarbeit nahelegte.

Eine Ursache der schon nach einem halben Jahr „Aufschwung" eingetretenen Verlangsamung hängt offensichtlich mit der Investitionsprämie zusammen. Während die Investitionstätigkeit im 1. Halbjahr etwa entsprechend dem BSP zunahm, ging sie im 3. Quartal saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal wieder zurück. Das ist auf den Ablauf der Auslieferungsfrist für die Zulage am 30. Juni zurückzuführen.

Für die weitere Zukunft ist allerdings wieder eine gewisse Belebung der Anlagetätigkeit zu erwarten, wobei zunehmend Ersatzinvestitionen eine Rolle spielen werden.

Zielsetzung der Investitionen der Industrie

Kapazitätserweiterung			*Rationalisierung*			*Ersatzbeschaffung*		
1975 [1])	*1976*	*1977*	*1975*	*1976*	*1977*	*1975*	*1976*	*1977*
26 %	*16 %*	*15 %*	*47 %*	*54 %*	*49 %*	*27 %*	*30 %*	*36 %*

1) Jeweils im Herbst jedes Jahres.
Quelle: Konjunkturtest des „Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung", in: „Wirtschaftskonjunktur", 10/1976.

Die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit wird auch durch die öffentliche Hand negativ beeinflußt, die ihren Anteil an der Gesamtnachfrage weiter gesenkt hat. Das wirkt sich vor allem in der Bauwirtschaft aus. Symptomatisch ist die Entwicklung im öffentlichen Wohnungsbau. Nach einer Schätzung der „Wirtschaftswoche" wird der Bau von Sozialwohnungen in den nächsten Jahren weiter drastisch reduziert werden.

Bau von Sozialwohnungen (in 1000)

1973	1974	1975	1976	1977	1978
180	145	140	80	60	30

Quelle: „Wirtschaftswoche", 46/1976.

Der private Verbrauch nahm auch im 3. Quartal nur unterproportional zu, wobei der Anstieg teilweise durch Auflösung von Spareinlagen und durch zusätzliche Konsumentenkredite getragen wurde. Das wird sicher auch im Vorgriff auf die 1977 freiwerdenden Mittel aus „vermögenswirksam" angelegten Spareinlagen geschehen sein.
Die Konjunkturpolitiker und auch die Wirtschaftsforschungsinstitute spekulieren gegenwärtig offen auf diese Gelder. Es wird geschätzt, daß 1977 etwa 25 Mrd. DM verfügbar werden. Das ist, so das Unternehmer-„Handelsblatt" (vom 9. November 1976), „das brauchbare Gegenargument gegen eine gewerkschaftliche Kaufkrafttheorie der Löhne".
Nun waren die Tarifverträge über „vermögenswirksame Leistungen" ja mit dem Ziel abgeschlossen worden, die Ungleichheit der Vermögensverteilung abzubauen. Es sollten von den Arbeitern und Angestellten dauerhafte „Vermögen" gebildet werden, aus denen diesen auch entsprechende Vermögenseinkünfte zufließen sollten.
Schon immer war gegen diese Absichten ins Feld geführt worden, daß solche Rücklagen lediglich aufgeschobenen Konsum darstellen und keinerlei Beteiligung am Produktivvermögen der Gesellschaft beinhalten. Für Banken und Industrie stellen sie eine billige, staatlich subventionierte Kapitalquelle dar.
Diese Einwände — früher empört zurückgewiesen — werden nun von allen Seiten bestätigt. Der „aufgeschobene Konsum" aus den „vermögenswirksam" angelegten Lohnbestandteilen wird nun offen gegen zukünftige Lohnerhöhungen aufgerechnet. Dieser nicht uninteressante Akzent in der Diskussion über eine „gerechtere Vermögensverteilung" sollte in Zukunft nicht unbeachtet bleiben.
Darüber hinaus aber ist es auch fraglich, ob das Freiwerden dieser Anlagen tatsächlich zu einem entsprechenden Zuwachs des Konsums führen wird. Einmal ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt immer noch unsicher und dürfte viele Arbeiter und Angestellte zu vorsichtigem Konsumverhalten veranlassen. Außerdem sind die Ersparnisse teilweise schon jetzt ausgegeben: Zur Jahresmitte 1976 lag der Stand der privaten Ratenkredite mit 47,5 Mrd. DM um fast 9 Mrd. DM über der Vorjahressumme. Wahrscheinlich werden die freiwerdenden Mittel zu einem nicht unwesentlichen Teil zur Rückzahlung der in der letzten Zeit relativ zinsgünstigen Konsumentenkredite verwendet werden.

Die Reallöhne und -gehälter sinken seit Jahresanfang ebenso wie die realen Masseneinkommen, die sich zusätzlich noch aus Renten, Unterstützungen und Beamtenpensionen zusammensetzen.

Veränderung der Löhne und Gehälter je Beschäftigten in % gegenüber dem Vorjahr

	Brutto	Netto	Real	Preise [1]	Masseneinkommen
1. Quartal 1976	+ 6,9	+ 3,7	— 1,8	+ 5,5	+ 4,6
2. Quartal 1976	+ 7,5	+ 3,9	— 1,1	+ 5,0	+ 4,2

[1] Index der Lebenshaltungskosten für Arbeitnehmerhaushalte.
Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/1976; eigene Berechnungen.

Für das 3. Quartal liegen zwar noch keine vergleichbaren Zahlen vor. Die Entwicklung der Tarifeinkommen aber zeigt, daß es nicht zu einer Beschleunigung der Nominallohnanstiegs gekommen ist. Bezogen auf die geleisteten Arbeitsstunden ist der Reallohnrückgang noch größer, da im Zuge der Konjunkturbelebung die Kurzarbeit abgenommen und Überstundenarbeit zugenommen hat. Zumindest für das laufende Jahr muß also mit einem deutlichen Reallohnverlust gerechnet werden, sowohl gemessen an den pro-Kopf-Einkommen als auch an der Summe der Löhne und Gehälter.

Vor allem beim Einzelhandel mit dauerhaften Konsumgütern, ausgenommen Pkw, ist es daher im Jahresverlauf zu einem Rückschlag gekommen, obwohl die hohe Konsumentenverschuldung zu einer gewissen Stabilisierung beigetragen hat.

Als ausgesprochene Konjunkturstütze hat sich der Export herausgebildet, nachdem die Wiederauffüllung der Vorratslager zu einem gewissen Abschluß gekommen ist. Das ist

um so bemerkenswerter, als die Konjunktur wichtiger Handelspartner wachsende Unsicherheiten aufweist und die DM unter starkem Aufwertungsdruck steht.
Die günstige Kostensituation der Bundesrepublik verschafft dieser die nötigen internationalen Konkurrenzvorteile. Außerdem wirkt sich auch der verstärkte Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen positiv auf den Warenexport aus.
Inzwischen wurde der Höchststand vor dem Einbruch 1975 überschritten, die Exportabhängigkeit der BRD ist größer als vorher. Die internationalen Handelsbilanzungleichgewichte nehmen wieder zu. Die Wirtschaft der BRD ist so verstärkt in den internationalen Zusammenhang von Konjunktur und Krise eingeordnet, der wirtschaftspolitische Spielraum der Bundesregierung ist noch enger geworden.

Weder die Belebung der Produktion noch der sprunghafte Anstieg der Unternehmergewinne bei relativ niedrigen Zinsen und hoher Selbstfinanzierungsquote hat sich bisher nennenswert auf die Beschäftigung ausgewirkt.
Nach den Berechnungen des DIW nimmt die Zahl der abhängig Beschäftigten zwar wieder etwas zu, jedoch nur aus saisonalen Gründen. Im 3. Quartal waren fast 100 000 Arbeiter und Angestellte weniger berufstätig als im Vorjahr, in saisonbereinigter Betrachtung stagnieren die Beschäftigungszahlen seit einem Jahr.
Infolgedessen ist die Arbeitslosigkeit immer noch auf einem Niveau, das nur wenig unter dem des Tiefpunkts der Krise liegt.

Arbeitsmarkt (in 1000)	*November 1976*	*Veränderungen in 1000 gegenüber Oktober 1976*	*November 1975*
Arbeitslose	*985*	*+ 41*	*— 129*
Kurzarbeiter	*168*	*+ 28*	*— 521*
Offene Stellen	*202*	*— 19*	*+ 19*

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, lt. Pressemeldungen.

Seit Oktober nehmen die Arbeitslosenzahlen wieder zu. Das ist zwar im wesentlichen auf Saisonfaktoren zurückzuführen, zeigt aber auch, daß es keine wirkliche konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt gibt.

Die konjunkturelle Situation insgesamt wird auch für die Zukunft nicht allzu optimistisch eingeschätzt. Die sehr pessimistisch gefärbten Meldungen aus einzelnen Branchen — vor allem aus der Stahlindustrie — dürfen allerdings nicht zu ernst genommen werden. Sie sind auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Tarifverhandlungen zu verstehen. Sie können jedoch nicht verdecken, daß die Lohnkosten der Industrie heute niedriger sind als 1970, daß die Arbeitsproduktivität sogar den Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter übertroffen hat.

(1970 = 100)	*2. Quartal 1976*	Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
Arbeitsproduktivität [1]	*138,4*	*+ 9,6*
Löhne und Gehälter je Produkteinheit	*135,9*	*— 3,3*
Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit	*98,8*	*— 5,6*

1) Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie M.

Diese Zahlen machen deutlich, in welchem Maße die Unternehmen die Krise zur Bereinigung der Lohnkosten nutzen konnten. Begünstigt wurden sie dabei auch durch die für die Gewerkschaften ungünstigere Laufzeiten und Kündigungstermine der Tarifverträge. Da die wichtigsten Abschlüsse getätigt waren, als die Krise gerade erst ihren Tiefpunkt überschritten hatte, gewannen die Unternehmer eine Lohnpause von einem Jahr, so daß sie die Früchte des Aufschwungs allein ernten konnten.

Entgegen allen Behauptungen in der Krise haben die für die Arbeiter und Angestellten sehr ungünstigen Abschlüsse weder zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit noch zu einer Belebung der Investitionen geführt. Lediglich die Verteilungsposition der Unternehmer wurde verbessert.

Jörg Goldberg

Tagung der Memorandum-Gruppe in Bremen

Am 4. und 5. November 1976 fand an der Universität Bremen eine wissenschaftliche Tagung über „Aktuelle Probleme sozialorientierter Wirtschaftspolitik in der BRD" statt, an der rund hundert Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin sowie eine Reihe von Gewerkschaftsvertretern teilnahmen. Die Tagung war aus dem Kreis der Unterzeichner des Memorandums „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" initiiert worden, das Anfang November 1975 veröffentlicht worden war. *) Dieses Memorandum und insbesondere die in ihm vorgeschlagenen Alternativen zur Wirtschaftspolitik in der BRD hatten eine breite Resonanz in der Öffentlichkeit ausgelöst und auch dazu geführt, daß in der Folge einige Treffen aus dem Kreis der Unterzeichner und weiterer Interessenten stattfanden, auf denen beraten wurde, wie die in dem Memorandum vorgeschlagenen Alternativen zur Wirtschaftspolitik theoretisch weiter untermauert und ausgeführt werden können.

Die Bremer Tagung war auf einer Reihe von Sitzungen vorbereitet worden, unter anderem durch die ausführliche Vordiskussion eines Papiers zum Generalthema der Tagung mit dem Thema „Krisenmomente der wirtschaftlichen Entwicklung in der BRD — Notwendigkeiten einer alternativen Wirtschaftspolitik". Dies Papier kann als Ausdruck eines gewissen Konsenses betrachtet werden. Seine Thesen, die in der einleitenden Plenumsdiskussion noch einmal thesenhaft zusammengefaßt wurden, gingen von einer Analyse des gegenwärtigen Aufschwunges aus, in dem zum erstenmal in der Geschichte der BRD folgende Probleme bestimmend sind:

— Die Arbeitslosigkeit hat zwar geringfügig abgenommen, liegt aber im Aufschwung noch wesentlich über der Zahl im Tiefpunkt der Krise 1966/67.

— Die Nettolöhne bzw. -gehälter sind im Durchschnitt um knapp 1 % gesunken,

— Im Bereich der öffentlichen Dienste und Sozialleistungen hat es teilweise beträchtliche Einschränkungen gegeben.

Diese Widersprüche des Aufschwunges lassen nur eine recht düstere Prognose für die mittelfristige Entwicklung zu. Dazu sind insbesondere folgende Faktoren zu nennen:

— Binnenwirtschaftlich bedingte Nachfrageausfälle konnten in der Vergangenheit durch eine Erhöhung der Exporte oft weitgehend kompensiert werden. Dies wird jedoch in Zukunft nicht mehr in gleichem Maße der Fall sein können, weil zum einen das Volumen der Unterbeschäftigung und der Unterauslastung der Kapazitäten wesentlich gewachsen ist und zum anderen eine weitere Ausdehnung der bereits jetzt sehr starken Stellung der BRD auf dem Weltmarkt ökonomisch nicht mehr vertretbar ist und zudem auf wachsende politische Widerstände stoßen wird.

— Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist nicht einfach durch eine Investitionslücke zu erklären und dementsprechend durch erhöhte Investitionen zu beseitigen. Die Zahl der Beschäftigten ist nicht nur von 1970 bis 1975 gleichlaufend mit den privaten Investitionen gesunken, sie ist vielmehr auch von Mitte 1975 bis Mitte 1976 weiter gesunken, als die Realinvestitionen deutlich angestiegen waren. Die darin zum Ausdruck kommende Tendenz eines zunehmenden Anteils von Rationalisierungsinvestitionen wird sich auch in den folgenden Jahren aller Voraussicht nach fortsetzen.

— Die Finanzkrise des Staates, die in ihrem Kern nicht auf konjunkturelle Faktoren zurückzuführen ist, sondern eher der Ausdruck der längerfristigen Entwicklungsstörungen der Wirtschaft ist, fällt zusammen mit einer Periode, in der sich die Anforderungen an die Staatstätigkeit erhöhen. Dies gilt sowohl für den Unternehmenssektor, der Maßnahmen zu einer weiteren rentablen Expansion erwartet, als auch für den Sozialbereich, in dem immer mehr Menschen aus dem Produktionsprozeß ausgegliedert werden, bzw. von Folgewirkungen betroffen sind, und die auf staatliche Unterstützung und Versorgung angewiesen sind.

Die Kritik an der Wirtschaftspolitik wurde so zusammengefaßt: Sie hat die Spielräume einer Einflußnahme auf den Ablauf des Wirtschaftsprozesses nicht genügend genutzt, um die Krisenlasten so gering wie möglich zu halten und den Krisentendenzen entgegen zu steuern. Die Wirtschaftspolitik hat sich auf die Stabilisierung des Preisniveaus zentriert und eine wirksame Krisenpolitik zur Entfaltung von Gegenkräften im Inneren nicht betrieben. Im Mit-

*) Wortlaut in „Blätter", 11/1975, S. 1287 ff.

telpunkt der weiteren Krisenbekämpfung steht weiterhin eine Politik der staatlichen Förderung privater Investitionen, als deren allgemeines Mittel die Umverteilung des Sozialprodukts zwischen Kapital und Arbeit gilt. Durch relativ zu den Löhnen schneller wachsenden Gewinnen soll ein Investitionsboom ausgelöst werden, der zu einer Absorption der Arbeitslosen führen soll. Eine Intensivierung dieser Politik in Form einer Strukturpolitik oder auch einer Technologiepolitik ist zu erwarten. Eine derartige Investitionsförderungspolitik muß jedoch direkt auf die nächste Krise hinarbeiten, wenn man davon ausgeht, daß die letzte Krise in der BRD wesentlich durch aufgrund von Investitionen herbeigeführten Überkapazitäten verschärft worden ist.

Die weitere Diskussion erfolgte in 6 Arbeitskreisen zu den Themen: Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik; Außenwirtschaftsbeziehungen und Außenwirtschaftspolitik; Inflation und Preispolitik; Lebensstandard und Sozialpolitik; öffentlicher Sektor und Finanzpolitik; Investitionslenkung.

In den einzelnen Arbeitskreisen wurden Diagnose, Kritik der Wirtschaftspolitik und mögliche Alternativvorschläge für die eingangs genannten Bereiche diskutiert. Dabei zeigte sich, daß die Probleme, die hier auftauchen, in den einzelnen Gruppen jeweils mit unterschiedlicher Gewichtung auftraten. War z. B. über die Diagnose der außenwirtschaftlichen Verflechtung der BRD und ihre Auswirkungen eine weitgehende Übereinstimmung herzustellen, aus der sich auch der Schluß ableiten läßt, daß eine weitere staatliche Unterstützung der außenwirtschaftlichen Expansion der BRD abzulehnen ist, so gilt für die theoretische Erklärung und wirtschaftspolitische Steuerbarkeit des Inflationsproblems ein anderes: Hier wurde teilweise kontrovers diskutiert und die Notwendigkeit einer weiteren Durchdringung betont. Insgesamt kann man über die Ergebnisse der Arbeitskreise feststellen, daß Alternativen einer sozialorientierten Wirtschaftspolitik für einzelne Bereiche mit unterschiedlicher Stringenz ableitbar sind, woraus allerdings nicht zu folgern ist, daß damit noch keine Alternativen bestehen. Wenn etwa darüber weitgehend Einigkeit besteht, daß die bisher betriebene und absehbare Wirtschaftspolitik einer weitgehenden Subventionierung von privaten Investitionen zu immer höheren Kosten führt und weitgehend abzulehnen ist, folgt daraus noch nicht ein bis ins einzelne ausgearbeiteter Vorschlag zu einer alternativen Form der Investitionslenkung. Auf einem abschließenden Plenum wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen referiert und über ein weiteres Vorgehen beraten. Während dieser Diskussion wurden unterschiedliche Meinungen über das Ausmaß und den Spielraum einer alternativen Wirtschaftspolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen in der BRD zum Ausdruck gebracht und es wurde von einigen Teilnehmern bezweifelt, ob die theoretische Basis bereits fest genug sei, um derartige Alternativen als wissenschaftlich fundiert der Öffentlichkeit vorzuschlagen.

Schließlich wurde über einen konkreten Vorschlag beraten, nach dem aus dem Kreis der Teilnehmer bis zum Februar 1977 anhand einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Ende November veröffentlichten Gutachten des Sachverständigenrates weitere Alternativen für eine sozialorientierte Wirtschaftspolitik aufzuzeigen sind. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß für eine derartige öffentliche Stellungnahme eine möglichst breite Unterstützung von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern anzustreben ist.

Bernd Jansen

Autoren dieses Heftes

MASKE, Achim, geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *EWERS, Dr. Ulrich,* geb. 1948 in Peckelsheim/Hessen, Diplom-Chemiker; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *WÜSTENHAGEN, Hans-Helmuth,* geb. 1924, früher wissenschaftlicher Mitarbeiter in der chemischen Industrie, seit 1973 Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. *** *BARTSCH, Andreas,* geb. 1950 in Mainz, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpolitik in Köln, freier Mitarbeiter bei Presse und Rundfunk. *** *BISPINCK, Reinhard,* geb. 1951 in Solingen, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpolitik in Köln, wissenschaftlicher Angestellter, freie Mitarbeit bei Presse, Funk und Fernsehen. *** *MENSCHIK, Jutta,* geb. 1944, Diplom-Politologin, Wissenschaftliche Assistentin am Psychologischen Institut der FU Berlin; Buchveröffentlichungen u. a.: Gleichberechtigung und Emanzipation. Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1971; Gretchens rote Schwestern. Frauen in der DDR (zusammen mit Evelyn Leopold), Frankfurt/M. 1974; Grundlagentexte zur Frauenemanzipation (Hrsg.), Köln 1976. *** *PAAS, Dieter,* geb. 1940 in Bruchsal, Studium der Soziologie, Geschichte und Statistik an den Universitäten Heidelberg und Berlin, von Februar 1973 bis August 1974 Soziologie-Dozent in Santiago de Chile, z. Z. wissenschaftlicher Assistent an der Universität Heidelberg. *** *JANSEN, Bernd,* geb. 1938 in Bad Segeberg, Assistenzprofessor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU Berlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Mitteilung des Verlags

Infolge gestiegener Herstellungskosten ist es unumgänglich, den Preis für die „Blätter" ab 1. Januar 1977 um 0,30 DM je Heft zu erhöhen. Das Abonnement kostet also ab Jahresbeginn 1977 monatlich 3,80 DM (für Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 3,30 DM), das Einzelheft im Buchhandel 5,30 DM. Wir bitten um Verständnis.
Pahl-Rugenstein Verlag

Bemerkungen

Einer Teilauflage dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags „das europäische buch" bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 12/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats November 1976

1. 11. — DDR. Ministerpräsident Stoph gibt vor der Volkskammer die Regierungserklärung ab (vgl. „Blätter", 11/1976, S. 1195). Zu den „Beziehungen der sozialistischen DDR zur kapitalistischen BRD" erklärt Stoph, diese müßten „von der Existenz zweier voneinander unabhängiger souveräner Staaten" ausgehen: „Nachdrücklich weisen wir jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurück. Die DDR ist an keiner Verschärfung der Situation interessiert, denn dadurch würde nicht nur das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD, sondern die internationale Lage insgesamt belastet werden." In bezug auf Westberlin werde sich die DDR „auch in Zukunft an die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vierseitigen Abkommens ... halten".

2. 11. — USA. Zum 39. Präsidenten der Vereinigten Staaten wird mit knapper Mehrheit James Earl Carter (Kandidat der Demokraten) gewählt. Carter und sein Vizepräsidentschaftskandidat Walter Frederick Mondale erhalten 40 249 963 Stimmen (50,4 %) und 297 von 538 Elektorenstimmen. Auf den amtierenden Präsidenten Gerald R. Ford (Kandidat der Republikaner) und seinen Vizepräsidentschaftskandidaten Robert Joseph Dole entfallen 38 498 496 Stimmen (48,3 %) und 241 Elektorenstimmen. Der neue Präsident wird das Amt nach der amtlichen Auszählung der Elektorenstimmen (6. Januar 1977) am 20. Januar 1977 übernehmen. Mit den Wahlen zum Repräsentantenhaus und den Teilwahlen für den Senat, die gleichzeitig stattfinden, verändert sich auch die Zusammensetzung

der beiden Kammern des Parlaments: Repräsentantenhaus (435 Mitglieder): 291 Demokraten, 142 Republikaner; über 2 Sitze wird später entschieden / Senat (100 Senatoren): 61 Demokraten, 38 Republikaner, 1 Unabhängiger. Die Wahlbeteiligung beträgt rund 52 Prozent (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 7. November 1972 in „Blätter", 12/1972, S. 1245 f.).

3.—4. 11. — UdSSR/Ägypten. Der sowjetische Außenminister Gromyko und der ägyptische Außenminister Fahmi treffen zu einem Meinungsaustausch zusammen. Die Begegnung findet in Sofia statt, wo sich Gromyko zu einem offiziellen Besuch (3.—5. 11.) aufhält. Gegenstand der Unterredungen sind die Wiederaufnahme der Genfer Nahost-Konferenz und vor allem die bilateralen Beziehungen (vgl. „Blätter", 4/1976, S. 358).

8.—10. 11. — FDGB/DGB. Eine Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Leitung des Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter besucht die DDR; Gastgeber sind der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund und sein Vorsitzender Harry Tisch. Mit dem Besuch wird ein seit längerem unterbrochener Kontakt zwischen beiden Gewerkschaften (vgl. „Blätter", 4/1973) S. 338) wieder augenommen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung heißt es, der Meinungsaustausch sei in einer „sachlichen und aufgeschlossenen Atmosphäre" verlaufen. Über „grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten" sei „prinzipiell, aber sachlich diskutiert" worden: „Es bestand Übereinstimmung, daß eine wichtige Voraussetzung für Frieden und sozialen Fortschritt die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist." Tisch wird von Vetter zu einem Gegenbesuch im Jahre 1977 eingeladen.

12. 11. — Vietnam/USA. Zwischen den Vereinigten Staaten und der Sozialistischen Republik Vietnam kommt es zu einem ersten offiziellen Kontakt seit dem Abschluß des Pariser Abkommens im Jahre 1973. Im Auftrage ihrer Regierungen treffen in der Nähe von Paris die stellvertretenden Missionschefs der USA und der SR Vietnam, Samuel Gammon und Tran Hoan, zusammen, um die Möglichkeit einer Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zu sondieren.

15. 11. — UNO. Die Vereinigten Staaten blockieren zum dritten Mal durch ein Veto (gegen die Stimmen der übrigen 14 Ratsmitglieder) eine Empfehlung des Sicherheitsrates über die Aufnahme Vietnams in die Weltorganisation. — Am 22. 11. empfiehlt der Rat die Aufnahme Angolas mit 13 Stimmen bei 1 Enthaltung (USA) in Abwesenheit des Vertreters der Volksrepublik China. — Am 26. 11. fordert die Generalversammlung in einer Resolution den Sicherheitsrat auf, erneut und in positivem Sinne den Aufnahmeantrag Vietnams zu beraten. Die Resolution wird mit 124 Stimmen bei nur 1 Gegenstimme (USA) angenommen.

— Kanada. Bei den Wahlen für das Parlament der Provinz Quebec erhält die Parti Quebecois, die sich für die Unabhängigkeit der französischsprachigen Provinz von Kanada einsetzt, die meisten Stimmen (41 Prozent) und die absolute Mehrheit der Sitze (69 von 110). Premierminister wird der Parteivorsitzende René Levesque. Der kanadische Ministerpräsident Trudeau erklärt zu dem Wahlergebnis, die Partei Quebecois habe das Mandat erhalten, die Provinz zu regieren, nicht aber diese Provinz vom Rest des Landes loszutrennen.

— EG/RGW. Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaften verabschieden auf einer Zusammenkunft in Brüssel die Antwort auf einen Vorschlag des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe über gegenseitige Zusammenarbeit vom 16. Februar 1976 (vgl. „Blätter", 3/1976, S. 234 f. und 11/1976, S. 1195). Die Antwort soll zusammen mit einem Vertragsentwurf durch den niederländischen Ratspräsidenten dem RGW übermittelt werden.

15.—17. 11. — Jugoslawien/UdSSR. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leonid Breschnew, stattet auf Einladung des Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Präsident Josip Broz-Tito, Jugoslawien einen offiziellen Besuch ab. Über die politischen Gespräche wird ein umfangreiches Kommuniqué veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: „Ausgehend vom gemeinsamen Ziel des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus sind beide Seiten der Auffassung, daß die strikte Beachtung der Prinzipien der Souveränität, Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ... die Achtung

vor der Unabhängigkeit und der Freiheit der Wahl verschiedener Wege zur sozialistischen Entwicklung, die internationalistische kameradschaftliche freiwillige Kooperation zwischen den beiden Ländern und Parteien ... eine feste und dauerhafte Grundlage für die weitere Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem BdKJ und der KPdSU und der SFRJ und der UdSSR darstellen."

18.—19. 11. — C D U / C S U. Die Abgeordneten der Christlich-Sozialen Union für den 8. Deutschen Bundestag fassen auf einer Klausurtagung in Wildbad Kreuth den Beschluß, die seit 1949 bestehende Fraktionsgemeinschaft mit der Christlich-Demokratischen Union im Bundestag nicht mehr fortzusetzen. Die Entscheidung fällt in geheimer Abstimmung mit 30 gegen 18 Stimmen bei 1 Enthaltung und einem ungültigen Stimmzettel; drei Abgeordnete nehmen an der Abstimmung nicht teil. Zum Vorsitzenden einer künftigen CSU-Bundestagsfraktion wird der Abgeordnete Dr. Friedrich Zimmermann gewählt. — Am 22. 11. richten Zimmermann und der CSU-Vorsitzende Strauß einen Brief an die Funktionsträger der Partei, in dem es heißt, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU sei immer ein Vertrag über jeweils eine Legislaturperiode gewesen und man könne deshalb nicht von einer Trennung sprechen: „Es handelt sich um die Nichtfortsetzung einer Organisationsform, die in den letzten zwei Legislaturperioden für die Union als Oppositionsparteien arbeitsmäßig immer unergiebiger wurde und politisch nicht optimal war." Der erweiterte Bundesvorstand der CDU, der ebenfalls am 22. 11. tagt, fordert die CSU in einer Erklärung auf, die „Einheit der Union in einer satzungsmäßig verbindlichen Form zum Ausdruck" zu bringen: „Sollte dies nicht gelingen, so wird die CDU gezwungen sein, auch in Bayern zu kandidieren."

19.—20. 11. — F D P. Der 27. Ordentliche Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei findet in Frankfurt statt. Der Parteivorsitzende Genscher wird mit großer Mehrheit (322 von 376 Stimmen) in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern werden der Fraktionsvorsitzende Mischnick, Wirtschaftsminister Friderichs und der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Uwe Ronneburger gewählt. Der Bundesvorstand bestellt Günter Verheugen (Mitarbeiter Genschers im Auswärtigen Amt) zum neuen Bundesgeschäftsführer.

22. 11. — S P D. Der Parteivorstand wählt Egon Bahr, bisher Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, zum neuen Bundesgeschäftsführer. Bahr, der aus dem Kabinett ausscheiden wird, tritt die Nachfolge von Holger Börner an (vgl. „Blätter", 11/1976, S. 1194).

25.—26. 11. — W a r s c h a u e r V e r t r a g. Der Politische Beratende Ausschuß der Organisation tagt in Bukarest. Teilnehmer sind die Parteisekretäre, die Ministerpräsidenten und die Außenminister der sieben Mitgliedsstaaten. Zu den Ergebnissen der Tagung gehören eine Deklaration zu Fragen der internationalen Entspannung und der Sicherheit in Europa sowie der Entwurf eines Vertrages, der den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen vorsieht; der Entwurf wird allen Teilnehmern der KSZE von Helsinki auf diplomatischem Wege übermittelt. Außerdem wird beschlossen, zur Verstärkung der politischen Zusammenarbeit einen ständigen Rat der Außenminister sowie ein Vereinigtes Sekretariat zu errichten (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). KPdSU-Generalsekretär Breschnew hatte sich schon vor Beginn der Konferenz zu sowjetisch-rumänischen Konsultationen in Bukarest aufgehalten (22.—24. 11.) und mit Parteisekretär Ceausescu eine „Erklärung über die Entwicklung der brüderlichen Zusammenarbeit und der Freundschaft" unterzeichnet.

26.—28. 11. — S o z i a l i s t i s c h e I n t e r n a t i o n a l e. Auf dem 13. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Genf wird der SPD-Vorsitzende Brandt zum neuen Präsidenten gewählt; Brandt ist Nachfolger des ehemaligen österreichischen Vizekanzlers Bruno Pittermann.

29.—30. 11. — E G. Der „Europäische Rat", dem die Regierungschefs der Mitgliedstaaten angehören, tritt in Den Haag zusammen. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen die Formulierung einer gemeinsamen Rohstoff-, Entwicklungs- und Energiepolitik sowie die Entscheidung über die Zusammensetzung der neuen EG-Kommission, die am 1. Januar 1977 unter einem neuen Präsidenten (Roy Jenkins, Großbritannien) die Amtsgeschäfte übernehmen wird.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bukarester Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags vom 26. November 1976

(Wortlaut)

Die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest am 25. und 26. November 1976 vertreten waren, erörterten aktuelle Fragen des weiteren Kampfes um den Frieden und die Vertiefung der internationalen Entspannung, für die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa.

Die Teilnehmer der Tagung bringen ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß sich in den letzten Jahren in den internationalen Beziehungen wesentliche positive Wandlungen vollzogen haben. Der internationale Entspannungsprozeß wurde eingeleitet, die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung setzt sich durch. In Europa wurden wichtige Probleme, die nach dem Zweiten Weltkrieg ungelöst geblieben waren, friedlich geregelt. Die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten werden immer mehr auf die stabile Grundlage der gleichberechtigten Zusammenarbeit gestellt.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages stellen fest, daß bei der Herbeiführung dieser positiven Wandlungen ihre gemeinsam und einzeln unternommenen Bemühungen und aktiven Schritte, solche Dokumente des Politischen Beratenden Ausschusses wie die Bukarester Deklaration von 1966, der Budapester Appell von 1969, die Berliner Erklärung von 1970, die Prager Deklaration von 1972 und das Warschauer Kommuniqué von 1974, eine außerordentlich bedeutsame Rolle gespielt haben. Sie würdigten zugleich den Beitrag anderer europäischer Staaten und besonders die Rolle der Volksmassen, der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte des Kontinents. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, an der 33 europäische Staaten sowie die USA und Kanada teilnahmen, deren Einberufung auf die Initiative der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zurückging und an deren Durchführung sie großen Anteil hatten, war ein internationales Ereignis von historischer Bedeutung.

I

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gehen davon aus, daß die Ergebnisse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein gemeinsamer Erfolg aller ihrer Teilnehmer, ein Sieg der Vernunft und des politischen Realismus sind. Die in Helsinki angenommenen Prinzipien und erzielten Übereinkünfte stellen eine breite und klar umrissene Plattform für die weitere Festigung des Friedens dar. Sie enthalten ein umfangreiches Potential, das auf lange Sicht die zwischenstaatlichen Beziehungen auf dem Kontinent positiv beeinflußt. Die konsequente Verwirklichung dieser Prinzipien und Übereinkünfte formt das neue Antlitz Europas — eines Europas der Sicherheit und Zusammenarbeit.

Die Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz brachten in der Schlußakte ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß Anstrengungen unternommen werden müssen, damit die Entspannung sowohl zu einem kontinuierlichen als auch immer lebensfähigeren, allseitigen und umfassenden Prozeß wird. Die Konferenz widerspiegelte die Veränderungen in Europa und bestätigte die territorialen und politischen Realitäten, die auf dem Kontinent im Ergebnis des Sieges der Völker im antifaschistischen Krieg und der Nachkriegsentwicklung sowie der Bekräftigung ihres Willens entstanden sind, in Frieden und Sicherheit zu leben und zusammenzuarbeiten.

Die Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz verpflichteten sich, daß jeder von ihnen seine Beziehungen zu den anderen Teilnehmerstaaten sowie zu allen übrigen Staaten auf der Grundlage folgender Prinzipien gestalten wird: souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte; Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit der Grenzen; territoriale Integrität der Staaten; friedliche Regelung von Streitfällen; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten; Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker; Zusammenarbeit zwischen den Staaten; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu

und Glauben. Die Richtungen und Formen für die Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit wurden abgestimmt und festgelegt.
Die seit der gesamteuropäischen Konferenz vergangene Zeit bestätigt den konstruktiven Charakter ihrer Ergebnisse und die reale Möglichkeit, sie in die Praxis umzusetzen. Auf bilateralen Treffen führender Politiker und Staatsmänner sowie in Verhandlungen auf anderen Ebenen wurden bilateral und multilateral zahlreiche aktuelle Fragen der Umsetzung der Vereinbarungen von Helsinki erörtert. Politische Konsultationen und Kontakte, die die Verständigung zwischen den Staaten vertiefen, werden ausgebaut. Es wurden wichtige politische Dokumente unterzeichnet und Abkommen über die Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit wurden abgestimmt und festgelegt.
Die seit der gesamteuropäischen Konferenz vergangene Zeit bestätigt den konstruktiven Charakter ihrer Ergebnisse und die reale Möglichkeit, sie in die Praxis umzusetzen. Auf bilateralen Treffen führender Politiker und Staatsmänner sowie in Verhandlungen auf anderen Ebenen wurden bilateral und multilateral zahlreiche aktuelle Fragen der Umsetzung der Vereinbarungen von Helsinki erörtert. Politische Konsultationen und Kontakte, die die Verständigung zwischen den Staaten vertiefen, werden ausgebaut. Es wurden wichtige politische Dokumente unterzeichnet und Abkommen über die Entwicklung wirtschaftlicher, wissenschaftlich-technischer und kultureller Beziehungen sowie der Kontakte zwischen den Menschen vereinbart, die die zwischenstaatlichen Beziehungen vielfältiger und fruchtbarer gestalten. Entsprechend den Vereinbarungen über vertrauensbildende Maßnahmen werden größere militärische Manöver vorher angekündigt. Zu einigen Manövern werden Beobachter eingeladen.
Den Problemen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gilt die ständige Aufmerksamkeit der fortschrittlichen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Die Berliner Konferenz von 29 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas bekräftigte deren Entschlossenheit, ein breites Zusammenwirken der politischen und gesellschaftlichen Kräfte im Ringen um konkrete Maßnahmen zur Vertiefung der Entspannung, zur Verringerung der Kriegsgefahr und zur Abrüstung sowie um die Festigung des Friedens auf dem Kontinent zu erreichen.
Insgesamt wird die politische Atmosphäre in Europa immer mehr von den Überresten des Kalten Krieges befreit. Die Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt, der Prozeß der Entspannung stoßen aber auch auf nicht geringe Schwierigkeiten. Noch gibt es Kräfte der Reaktion, des Militarismus und Revanchismus, die bestrebt sind, Konfliktsituationen zu schaffen und die das Wettrüsten schüren. Sie trachten danach, die Souveränität der Staaten und die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen sowie die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der weiteren Entspannung in Zweifel zu ziehen, und erwecken alte Methoden der imperialistischen Politik zu neuem Leben. Diese Kräfte provozieren Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Sie möchten den Völkern diktieren, welche innere Ordnung in diesem oder jenem Land zu herrschen habe, welche Parteien an der Regierungstätigkeit beteiligt werden können und welche nicht. Unter ihrem Einfluß wird versucht, Geist und Buchstaben der Schlußakte zu entstellen und die in Helsinki angenommenen Prinzipien und erzielten Übereinkünfte verfälscht zu interpretieren. Unter ihrem Einfluß zeigen sich Schwankungen und Inkonsequenz bei der Erfüllung der Festlegungen der Schlußakte sowie bei der Verwirklichung von Schritten zur weiteren Gesundung der internationalen Lage.
Das Leben zeigt, daß in unserer Zeit Frieden und Sicherheit in Europa unteilbar sind und keine andere Wahl möglich ist. Zur Politik der Entspannung gibt es keine vernünftige Alternative. Sie ist gleichermaßen unerläßlich für alle Staaten, unabhängig von ihrem Gesellschaftssystem. Davon lassen sich die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bei allen ihren außenpolitischen Aktionen konsequent und unbeirrt leiten.
Um das Erreichte zu erhalten und zu festigen, ist es notwendig, die internationale Entspannung unumkehrbar zu machen. Die bereits übernommenen internationalen Verpflichtungen zur Festigung der Sicherheit in Europa sind sorgsam zu behandeln und Entstellungen dieser Verpflichtungen nicht zuzulassen. Es gilt, ständig zu neuen Ergebnissen bei der gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit voranzuschreiten und gemeinsam nach Wegen zur Beseitigung der Ursachen für mögliche Spannungen zu suchen.
Dies erfordert, daß alle Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz, indem sie konsequent im Sinne der in Helsinki vereinbarten Prinzipien handeln, dazu beitragen, daß Maßnahmen zum Abbau der militärischen Konfrontation und zur Abrüstung auf dem Kontinent getroffen werden.
Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind überzeugt, daß die strikte Einhaltung des Vierseitigen Abkommens vom 3. September 1971, der Verzicht auf jegliche Versuche, den besonderen Status Westberlins zu unterlaufen und diese Stadt zu feindlichen Zwecken gegen die DDR und andere sozialistische Länder auszunutzen, unabdingbare Voraussetzung dafür sind, daß Westberlin Schritt für Schritt ein konstruktiver Fak-

tor der europäischen Zusammenarbeit wird und seine Bevölkerung alle Früchte der Entspannung und des friedlichen Lebens genießen kann. In diesem Sinne erklären die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ihre Bereitschaft, zu Westberlin vielfältige Verbindungen zu unterhalten und zu entwickeln.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind der Meinung, daß die Anstrengungen zur Regelung des Zypern-Problems auf der Grundlage der Gewährleistung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der Republik Zypern verstärkt werden müssen. Vom Territorium Zyperns sind alle ausländischen Truppen abzuziehen. Die inneren Probleme des Landes müssen unter entsprechender Berücksichtigung der Interessen sowohl der griechischen als auch der türkischen Bevölkerungsgruppe von den Zyprioten selbst gelöst werden. Geht man vom Buchstaben und Geist der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz aus, müssen alle Staaten Europas und nicht nur Europas an einer unverzüglichen Regelung des Zypern-Problems auf dieser Grundlage interessiert sein.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind der Meinung, zwischenstaatlichen Beziehungen der guten Nachbarschaft, der Freundschaft und Zusammenarbeit in Europa als Ganzes und in einzelnen seiner Teile gerichtet und ein Beitrag zur gemeinsamen Sache der Sicherheit auf dem Kontinent sind.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigen ihre Entschlossenheit, alle Festlegungen der Schlußakte, die ein einheitliches Ganzes darstellt, strikt einzuhalten und zu verwirklichen. Sie appellieren an alle anderen Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in gleicher Weise zu handeln.

Das für 1977 in Belgrad vorgesehene Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz wird die Möglichkeit bieten, Meinungen über die positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit der Staaten bei der Lösung der in der Schlußakte festgelegten Aufgaben auszutauschen und den Meinungsaustausch über weitere Anstrengungen zur Festigung der Sicherheit und zur Gestaltung der Zusammenarbeit in Europa sowie zur künftigen Entwicklung des Entspannungsprozesses multilateral fortzusetzen.

Überzeugt von weiteren Fortschritten, schätzen die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses die Perspektive der Entwicklung in Europa optimistisch ein. Sie sind gewiß, daß trotz des Widerstandes der Kräfte des Militarismus und der Reaktion die gemeinsamen Anstrengungen der Staaten beim Aufbau eines friedlichen und friedliebenden Europas im Interesse aller europäischen Völker und der Schaffung von Bedingungen, unter denen sie vor jeglichen Bedrohungen und Anschlägen auf ihre Sicherheit bewahrt sind, fortgesetzt werden können und fortgesetzt werden.

II

Die wichtigste und dringlichste Aufgabe der Gegenwart ist und bleibt die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung, in erster Linie auf nuklearem Gebiet, sowie die Beseitigung der Gefahr eines Weltkrieges. Anders können die positiven Tendenzen in der Entwicklung der internationalen Beziehungen nicht wirklich unumkehrbar gemacht und keine echte Sicherheit in der Welt gewährleistet werden.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages teilen die Besorgnis der Völker darüber, daß das Wettrüsten in immer größerem Ausmaß fortgesetzt wird. Für Kriegsvorbereitungen werden unermeßliche Mittel aufgewandt, und die Zerstörungskraft der Massenvernichtungswaffen nimmt weiter zu. Auf dem europäischen Kontinent ist das mächtigste Arsenal moderner Rüstungen, einschließlich Kernwaffen und Streitkräfte, konzentriert. Hier bestehen weiterhin ausländische Militärstützpunkte.

Die Völker müssen klar erkennen, daß die Verantwortung dafür die aggressivsten Kreise des Imperialismus und die Weltreaktion tragen, deren Politik das Wettrüsten anheizt. Wenn unsere Länder Maßnahmen zur Stärkung ihrer Streitkräfte ergreifen und der Volkswirtschaft, dem sozialistischen und kommunistischen Aufbauwerk dringend benötigte Mittel entziehen müssen, tun sie das ausschließlich im Interesse des zuverlässigen Schutzes der friedlichen Arbeit ihrer Völker und zur Zügelung der Kräfte des Militarismus und des Krieges.

Unsere Länder sind überzeugte Gegner des Wettrüstens und bekunden ihren Wunsch und ihre Bereitschaft, aktiv und konstruktiv mit allen Staaten bei der Lösung dieser vor der Menschheit stehenden wichtigen Aufgabe zusammenzuarbeiten. Wir sind der Auffassung, daß reale Voraussetzungen vorhanden sind, um eine Reduzierung der angehäuften Waffen zu erreichen und den Übergang zur Abrüstung zu sichern.

Diese Voraussetzungen bestehen in dem umfassenden Streben der Völker nach Frieden, nach Beseitigung militärischer Konfrontation und Kriegsgefahr aus dem internationalen Leben sowie in den Realitäten des Atomzeitalters selbst, da jeder militärische Konflikt in eine nukleare Katastrophe mit verheerenden Folgen hinüberwachsen kann. Von außer-

ordentlich großer Bedeutung ist deshalb die strikte Einhaltung der geltenden Verträge und Abkommen, die auf die Zügelung des Wettrüstens und die Einschränkung seines Wirkungsbereiches gerichtet sind.

Ein großer Kreis von Fragen des Ringens um die Abrüstung und die Festigung der Sicherheit ist in den Dokumenten der Parteitage der Bruderparteien unserer Länder und im Schlußdokument der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas abgesteckt. Mit konstruktiven Gedanken auf diesem Gebiet traten auch andere Staaten und Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Kreise auf. Die Kardinalfrage besteht jetzt darin, die vorhandenen Initiativen auf die praktische Ebene zu verlagern und zu verbindlichen wirksamen internationalen Vereinbarungen auf dem Gebiet der Abrüstung zu gelangen.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten erinnern daran, daß alle Teilnehmer der gesamteuropäischen Konferenz ihr Interesse an Bemühungen bekundet haben, die auf den Abbau der militärischen Konfrontation und auf die Förderung der Abrüstung gerichtet und dazu geeignet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken. Geleitet von dem Bestreben, zur Materialisierung dieses gemeinsamen Interesses beizutragen, haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in letzter Zeit neue Initiativen unternommen, die auf Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa abzielen. Sie messen diesen Verhandlungen große Bedeutung bei und sind bereit, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um eine allgemein annehmbare Übereinkunft auszuarbeiten. Sie sind überzeugt, daß eine solche Übereinkunft möglich ist, wenn alle Verhandlungspartner dem vereinbarten Prinzip der gleichen Sicherheit aller Seiten, unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Staaten Europas, folgen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sprechen sich entschieden für einen fortschreitenden Prozeß der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen sowohl in Mitteleuropa als auch im gesamteuropäischen Maßstab aus. Es handelt sich sowohl um die nationalen Streitkräfte als auch um die Truppen, die sich auf fremden Territorien befinden.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages treten für die Einstellung des atomaren Wettrüstens, für die Reduzierung und Liquidierung der Kernwaffen sowie für das vollständige und allgemeine Verbot ihrer Erprobung ein. Sie sind für die Stärkung des Regimes der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen bei Zugang aller Staaten ohne jegliche Diskriminierung zur Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke unter wirksamer internationaler Kontrolle und in Übereinstimmung mit den Normen der Internationalen Atomenergieagentur.

Geleitet von dem Bestreben, einen neuen wirksamen Schritt zur Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu unternehmen, schlagen sie allen Staaten, die die Schlußakte unterzeichnet haben, vor, zur Erreichung dieses Zieles einen Vertrag abzuschließen, der festlegt, gegeneinander nicht als erste Kernwaffen anzuwenden *). Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Vorschlag positiv aufgenommen wird.

Sie halten eine internationale Vereinbarung über das Verbot und die Vernichtung chemischer Waffen sowie über das Verbot der Entwicklung neuer Arten und neuer Systeme von Massenvernichtungswaffen für erforderlich.

Sie messen dem Abschluß von Abkommen über die Reduzierung der Streitkräfte und herkömmlichen Rüstungen sowie neuen weltweiten Anstrengungen zur Liquidierung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien, zum Abzug ausländischer Truppen von den Territorien anderer Staaten, zur Schaffung von Friedenszonen in verschiedenen Regionen und zur Reduzierung der Militärbudgets der Staaten große Bedeutung bei.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigen ihre Bereitschaft, zu allen diesen Fragen sachliche Verhandlungen im Rahmen der UNO und auf anderen internationalen Foren zu führen. Sie treten für die Einberufung einer Sondertagung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung als Etappe auf dem Weg zur Weltabrüstungskonferenz ein.

Zu einem großen Schritt nach vorn bei der Konsolidierung der internationalen Entspannung und der Festigung des Weltfriedens kann der Abschluß eines Weltvertrages über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen werden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages betrachten den Entwurf eines solchen Vertrages, der der Organisation der Vereinten Nationen zur Behandlung vorliegt, als eine gute Grundlage, um eine allgemeine Übereinkunft herbeizuführen. Sie sind bereit, an den Verhandlungen über die konkreten Bestimmungen des Vertragsentwurfes teilzunehmen und den Vertrag gemeinsam mit anderen interessierten Staaten zu unterzeichnen.

*) Den Wortlaut des allen Signatarstaaten der Schlußakte zugeleiteten Vertragsentwurfs veröffentlichen wir in Heft 1/1977 der „Blätter". D. Red.

Die Interessen einer tiefgreifenden Normalisierung der internationalen Beziehungen erfordern die Überwindung der Teilung der Welt in sich gegenüberstehende Militärblöcke. Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses bekräftigen ihre Bereitschaft zur Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages bei gleichzeitiger Auflösung der Organisation des Nordatlantik-Paktes sowie zur Liquidierung ihrer Militärorganisationen als ersten Schritt dazu. Sie appellieren an alle Staaten, Handlungen zu unterlassen, die zu einer Ausweitung der bestehenden oder zur Schaffung neuer geschlossener Gruppierungen und militärisch-politischer Bündnisse führen könnten. Eine praktische Maßnahme in dieser Richtung wäre die gleichzeitige Aussetzung der Gültigkeit des Artikels 9 des Warschauer Vertrages sowie des Artikels 10 des Nordatlantik-Paktes, die die Erweiterung des Teilnehmerkreises durch den Beitritt neuer Staaten zulassen. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind bereit, in entsprechende Verhandlungen zu dieser Frage einzutreten. Sie würden auch beliebige andere Vorschläge über einen allmählichen Abbau der militärischen Konfrontation in Europa und die Verringerung der Gefahr des zufälligen Entstehens von Konfliktsituationen aufmerksam prüfen.

Zugleich werden die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, solange der NATO-Block weiter besteht und sein militärisches Potential vergrößert, alle erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Warschauer Vertrages treffen, um die Sicherheit ihrer Völker stets zuverlässig zu gewährleisten.

III

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages geben der Überzeugung Ausdruck, daß der Ausbau einer vielseitigen Zusammenarbeit aller Länder und Völker Europas ein sicherer Weg zur Festigung des Fundaments des Friedens auf dem Kontinent ist. Auf diesem Wege wurde bereits viel erreicht.

Das Niveau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Staaten auf dem europäischen Kontinent, darunter zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, ist heute höher denn je zuvor. Die Erfahrungen bestätigen, daß die Entwicklung der Beziehungen auf dem Gebiet des Handels, der Industrie, der Wissenschaft und Technik den Interessen aller Staaten entspricht sowie dem wirtschaftlichen Fortschritt und der Verbesserung der Lebensbedingungen eines jeden Volkes bedeutsame Impulse verleiht.

Zugleich werden gegenwärtig bei weitem nicht alle Möglichkeiten für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit in diesem Bereich genutzt. Mehr noch, nicht selten gibt es Versuche, die Wirtschaftsbeziehungen zu einem Instrument des politischen Druckes der einen Staaten auf andere zu machen. Diesem Zweck dient insbesondere, daß einige kapitalistische Staaten im Handel mit den sozialistischen Ländern diskriminierende Beschränkungen aufrechterhalten, die noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammen. Für die weitere Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Wirtschaftsbeziehungen ist es erforderlich, diese künstlichen Hindernisse zu beseitigen und die Elemente der Nichtgleichberechtigung völlig zu liquidieren. In der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz wird von allen Unterzeichnerstaaten die vorteilhafte Wirkung anerkannt, die die Anwendung des Prinzips der Meistbegünstigung auf die Entwicklung des Handels haben kann. Die Völker erwarten, daß dieser Anerkennung praktische Taten auf gegenseitiger Grundlage folgen. Es muß auch die in der Schlußakte enthaltene Anerkennung der spezifischen Probleme, die sich aus den Unterschieden in der wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Länder ergeben, berücksichtigt werden.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses bekunden die feste Absicht, die weitere Entwicklung einer langfristigen und umfangreichen Zusammenarbeit mit allen anderen interessierten Staaten auf bi- und multilateraler Grundlage zu fördern, darunter in solchen Formen wie der Kooperation und Spezialisierung der Produktion, der Wissenschaft und Technik sowie in Form von Kompensationsgeschäften. Die Herstellung gleichberechtigter sachlicher Beziehungen zwischen dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und den Mitgliedsländern des RGW einerseits und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Mitgliedsländern der EWG andererseits würde ihren beiderseitigen Interessen entsprechen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages halten es für wichtig, die Ausarbeitung und Verwirklichung umfassender Maßnahmen zur Zusammenarbeit auf den Gebieten des Umweltschutzes, des Verkehrs und der Energie im gesamteuropäischen Maßstab voranzubringen, wie sich dies aus der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz ergibt. Unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Erfahrungen in der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der UNO-Wirtschaftskommission für Europa, ist es zweckmäßig, diese Fragen in nächster Zeit auf zwischenstaatlichen Beratungen im gesamteuropäischen Rahmen praktisch zu prüfen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages begrüßen die Bereitschaft der Sowjet-

union, bei Einverständnis der interessierten Länder in Moskau eine zwischenstaatliche Beratung zu Fragen der Energie durchzuführen.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses gehen davon aus, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa nicht von den Wirtschaftsbeziehungen im Weltmaßstab isoliert sein kann. Sie treten ein für eine Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter, demokratischer Grundlage, auf der Basis der Gleichberechtigung aller Staaten, der großen wie der kleinen, der sozialistischen und der kapitalistischen, der entwickelten und der sich entwickelnden. In diesem Zusammenhang unterstützen sie die prinzipielle Orientierung des Programms der internationalen Zusammenarbeit, das von den Entwicklungsländern und den nichtpaktgebundenen Staaten aufgestellt wurde.

Neben der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist die Erweiterung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaft, des Bildungswesens, der Information und der Kontakte zwischen den Menschen geeignet, eine weitere Verbesserung des politischen Klimas in Europa zu fördern. In den letzten Jahren wurden in dieser Richtung nützliche Ergebnisse erzielt. Die entsprechenden Vereinbarungen, die in der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz enthalten sind, werden insgesamt erfolgreich verwirklicht.

Sichtbar geworden ist jedoch auch das Bestreben bestimmter Kräfte, die Entwicklung dieser Beziehungen zu Zwecken, die gegen die Verständigung und Freundschaft zwischen den Völkern gerichtet sind, und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten auszunutzen. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages halten es für erforderlich, nochmals zu unterstreichen, daß dies ein aussichtsloser Weg ist, den sie entschieden ablehnen.

Die Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz enthält zahlreiche Vereinbarungen zu einem breiten Spektrum der Zusammenarbeit in humanitären Bereichen auf bi- und multilateraler Grundlage und legt die Bedingungen für die Realisierung dieser Möglichkeiten fest. Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten sind bereit, sich über die immer umfassendere Nutzung dieser Möglichkeiten und die Erhöhung ihrer Effektivität zu verständigen, damit jedes Land an dem breiten Austausch echter geistiger Werte teilnehmen kann. Zu diesem Zweck wäre insbesondere die Durchführung von gesamteuropäischen Veranstaltungen wie Festivals, Wettbewerben, Ausstellungen und anderen künstlerischen und kulturellen Veranstaltungen von Nutzen.

Es ist auch erforderlich, daß die Massenmedien der wahrheitsgetreuen Information der Öffentlichkeit über das Weltgeschehen sowie der Annäherung der Völker dienen und die Ausnutzung dieser Medien gegen die Sache des Friedens und der Zusammenarbeit auf dem Kontinent nicht zugelassen wird.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses, die der Lösung der humanitären Fragen große Aufmerksamkeit widmen, gehen dabei von den Prinzipien des sozialistischen Humanismus aus und halten es für wichtig, daß für alle Bewohner des Kontinents würdige Arbeits- und Lebensbedingungen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sowie der freie Zugang zu den Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Kultur gewährleistet werden.

Die Festigung der europäischen Sicherheit ist untrennbar mit dem Streben der Völker danach verbunden, daß die künftigen Generationen in einer Atmosphäre des Friedens und der Zusammenarbeit leben und sich entwickeln sowie ihre schöpferischen Kräfte und Möglichkeiten voll entfalten können. Gerade deshalb ist die junge Generation dazu berufen, unmittelbar und aktiv an der Festigung des Friedens mitzuwirken. Die Teilnehmer der Tagung halten es für wichtig, der Verwirklichung von Programmen, die zur Erziehung der Jugend im Geiste der Ideale des Humanismus, des Friedens und des Fortschritts beitragen können, besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Bei gutem Willen und gleichberechtigtem Herangehen kann vieles getan werden. Bei den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages werden alle Initiativen anderer Länder, die der Verständigung und Freundschaft zwischen den Völkern wirklich dienen, ein positives Echo finden.

IV

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses bekunden ihre tiefe Genugtuung über die Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den von ihnen vertretenen sozialistischen Ländern. Ihre Beziehungen, ihre brüderlichen Verbindungen stehen ihrem sozialen und politischen Wesen, ihren Zielen und ihrem Inhalt nach nicht im Gegensatz zu ihren Beziehungen mit den anderen Staaten Europas. Eine solche Zusammenarbeit zwischen ihnen entspricht, wie die Erfahrung der gesamteuropäischen Konferenz bewies, voll und ganz den Interessen der Festigung des Friedens auf dem ganzen europäischen Kontinent. Sie ist ein Faktor, der die gesamteuropäische

Zusammenarbeit bei der Festigung des Friedens und der Sicherheit, der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur und die geistige Bereicherung der Völker fördert.
Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, vereint durch die Gemeinsamkeit der sozialistischen Ordnung und die Treue zur Sache des Friedens, der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit, bekräftigen ihre Entschlossenheit, ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der internationalistischen Solidarität, der Achtung der Gleichberechtigung und der Souveränität eines jeden Staates, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe ständig zu festigen.
Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind fest entschlossen, auch künftig
— das effektive Zusammenwirken bei der Festigung des Friedens in Europa und der ganzen Welt fortzusetzen und auszubauen, wozu insbesondere der auf dieser Tagung angenommene Beschluß beitragen wird, ein Komitee der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und ein Vereinigtes Sekretariat des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages zu bilden;
— die politischen Beziehungen der Brudervölker zu vertiefen, unter anderem auch künftig Konsultativtreffen von Parlamentariern und von Vertretern der Öffentlichkeit zur Erörterung aktueller Probleme des internationalen Lebens durchzuführen; die gegenseitige Information und den Erfahrungsaustausch über den sozialistischen und kommunistischen Aufbau zu erweitern und Kontakte zwischen den staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen sowie Arbeitskollektiven zu fördern;
— die bi- und multilaterale Zusammenarbeit in allen Bereichen der Wirtschaft und zur Nutzung der Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit dem Ziel der weiteren Erhöhung des materiellen und geistigen Lebensniveaus ihrer Völker zu entwickeln, gemeinsam mit den anderen Mitgliedsländern des RGW dazu beizutragen, daß das Komplexprogramm immer vollständiger realisiert und die Beschlüsse der XXX. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe über die gemeinsame Ausarbeitung und Verwirklichung langfristiger Zielprogramme erfüllt werden. Hervorragender Ausdruck des hohen Standes der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik werden die für die Jahre 1978—1983 geplanten gemeinsamen Flüge von Kosmonauten der sozialistischen Länder in sowjetischen Raumschiffen und -stationen sein;
— die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, des Austausches von Werten der Literatur und Kunst, die Kontakte zwischen den Künstlerverbänden, den Partnergebieten und -städten zu festigen, den Ausbau der touristischen Beziehungen und die Verbindungen zwischen den Bürgern zu fördern.
Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses erklären die Entschlossenheit ihrer Länder, die allseitige gleichberechtigte Zusammenarbeit und Freundschaft mit den sozialistischen Staaten, die nicht Mitglieder des Warschauer Vertrages sind, zu festigen. Sie geben ihrer tiefen Überzeugung Ausdruck, daß die Solidarität aller sozialistischen Länder den Interessen eines jeden von ihnen und des sozialistischen Weltsystems insgesamt sowie den Interessen des Friedens und des Fortschritts in der Welt entspricht.

V

Die Delegationen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik führten des weiteren einen Meinungsaustausch zu anderen internationalen Fragen von gemeinsamem Interesse.
Sie begrüßten die historischen Siege der Völker Indochinas. Die Teilnehmer der Tagung äußern ihre Genugtuung darüber, daß das geeinte sozialistische Vietnam gemeinsam mit den anderen Bruderstaaten einen gewichtigen Beitrag zum Kampf der Völker für Freiheit und Unabhängigkeit auf dem asiatischen Kontinent und in der ganzen Welt leistet. Sie begrüßen die Entstehung der Volksdemokratischen Republik Laos, die mit der Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft begonnen hat, sowie die Bildung des Demokratischen Kampuchea.
Die auf der Tagung vertretenen Staaten unterstützen den Kurs der Koreanischen Volksdemokratischen Republik auf die friedliche demokratische Vereinigung des Landes ohne jegliche Einmischung von außen und die Forderung nach Abzug aller ausländischen Truppen aus Südkorea.
Die Teilnehmer der Tagung betonen die feste Absicht ihrer Länder, auch künftig eine vielseitige Zusammenarbeit und ein kameradschaftliches Zusammenwirken mit den jungen Staaten sozialistischer Orientierung zu entwickeln. Ungeachtet aller möglichen Unterschiede in der Wahl der Formen des Aufbaus der neuen Gesellschaft sind die

Länder des Sozialismus und die Staaten mit sozialistischer Orientierung natürliche Verbündete im Kampf für den Frieden und die Sicherheit der Völker.
Mit Befriedigung wird das zunehmende Gewicht der sich entwickelnden Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in den internationalen Belangen hervorgehoben. Die V. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Staaten in Colombo demonstrierte erneut ihre positive Rolle im internationalen Leben. Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind fest entschlossen, die Zusammenarbeit mit diesen Ländern im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für die Stärkung der nationalen Unabhängigkeit, für Frieden und sozialen Fortschritt zu festigen.
Die auf der Tagung vertretenen Staaten bekräftigen ihre Unterstützung für den Kampf der arabischen Staaten und Völker um eine gerechte politische Regelung des Nahostkonflikts. Sie sind sich darin einig, daß eine solche Regelung den Abzug aller israelischen Truppen von den im Jahre 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechtes auf die Bildung eines eigenen Staates, die Gewährleistung des Rechtes auf eine unabhängige Existenz aller am Konflikt beteiligten Staaten, darunter Israels, sowie die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den entsprechenden arabischen Staaten und Israel erfordert. Diese Fragen müssen auch auf der Tagesordnung der Genfer Nahost-Friedenskonferenz stehen, deren Arbeit in nächster Zeit unter Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation wieder aufgenommen werden muß. Der Nahostkonflikt kann und muß beigelegt werden; das ist notwendig im Interesse aller Völker dieses Gebietes und im Interesse des Weltfriedens.
Die Teilnehmer der Tagung treten entschieden für die unverzügliche Normalisierung der Lage im Libanon ein. Sie sprechen sich dafür aus, daß die Libanesen selbst alle inneren Probleme ihres Landes ohne Einmischung von außen bei entsprechender Berücksichtigung der legitimen Rechte und Interessen der palästinensischen Widerstandsbewegung, vertreten durch die Palästinensische Befreiungsorganisation, friedlich lösen.
Im Namen ihrer Staaten und Völker bekräftigen sie ihre Bereitschaft, den Völkern Zimbabwes, Namibias und Südafrikas in ihrem aufopferungsvollen Kampf gegen die rassistischen Regimes, gegen Apartheid und neokolonialistische Verschwörungen, für die Erfüllung der Beschlüsse der UNO zur Beseitigung von Kolonialismus und Rassismus auch künftig Unterstützung und Hilfe zu gewähren.
Gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften der Menschheit erheben die sozialistischen Staaten ihre Stimme zur Unterstützung des heldenhaften Kampfes des chilenischen Volkes, für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Chile, für die Freilassung des hervorragenden Sohnes des chilenischen Volkes Luis Corvalan und der anderen politischen Häftlinge.
Die Teilnehmer der Tagung würdigten die große Rolle der internationalen Arbeiterbewegung und aller gesellschaftlichen Kräfte im Ringen um Frieden und internationale Sicherheit. Sie bekräftigen ihre Bereitschaft, mit allen progressiven und demokratischen Bewegungen, mit allen friedliebenden Kräften im Interesse der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Europa und in der ganzen Welt zusammenzuarbeiten.

*

Die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik erklären:
Es ist notwendig, die Anstrengungen im Kampf um die Vertiefung der internationalen Entspannung, für die endgültige Beseitigung der Überreste des Kalten Krieges, die Festigung des Friedens und die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit maximal zu verstärken.
Um zu neuen Erfolgen bei der Lösung dieser historischen Aufgaben zu gelangen, bedarf es tatkräftiger Aktionen aller Staaten, aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der heutigen und den künftigen Generationen bewußt sind.
Alle, die wirklich gewillt sind, an der Ausarbeitung und Verwirklichung solcher Aktionen teilzunehmen, werden in den Ländern des Sozialismus und deren Völkern zuverlässige und treue Verbündete haben.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Jahresregister 1976

Autorenverzeichnis

	Heft	Seite
Abendroth, Wolfgang, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Albers, Detlev, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Apel, Hans: Zwanzig Fragen an Andrej Sacharow. Ein offener Brief	2	173
Axt, Heinz-Jürgen: Zur Situation der EG nach der Konferenz von Rom	1	4
— Das „Europa der Bürger" — Ideologie und Wirklichkeit. Zum Tindemans-Bericht über die „Europäische Union" und zur gegenwärtigen Lage der EG	8	849
Bachmann, Kurt, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Bachsleitner, Karl: Zu Entstehung und Funktion der AfA als „Arbeitnehmerflügel" der SPD	7	802
Ball, Nicole: Milton Friedman — der Nobelpreisträger und sein Modell	11	1198
Bartsch, Andreas, und *Bispinck, Reinhard:* Medien unter Druck. Zur Entwicklung der inneren Pressefreiheit	12	1367
Bartsch, Hans-Werner, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Basten, Doris: Ich, die „Verfassungsfeindin". Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen	8	896
v. Baudissin, Wolf Graf: Probleme der Abrüstung unter den Bedingungen der internationalen Entspannung	7	744
Bayertz, Kurt: Der Popper-Boom in der SPD oder Die theoretische Offensive des Reformismus	3	278
— Der Popper-Boom in der SPD oder Die theoretische Offensive des Reformismus (II)	4	463
Berg, Marie-Louise, u. a.: Feststellungen und Forderungen der demokratischen Frauenbewegung in der Bundesrepublik	9	1018
Bethge, Horst: Unglauben, Empörung, Protest. Zur Reaktion des Auslands auf die Berufsverbote	4	362

	Heft	Seite
Bispinck, Reinhard und *Bartsch, Andreas:* vgl. *Bartsch, Andreas*	12	1367
Bories, Helga: „Libertés" und öffentlicher Dienst in Frankreich	1	23
Braun, Karl-Heinz: Zum Entwicklungsstand der „kritischen Psychologie". Ein Literaturbericht (Rezension)	2	201
Bredow, Wilfried, Frhr. v., u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
— Ursprünge und Aussichten der Ost-West-Entspannung. Zur Geschichtsschreibung und Politologie der Détente	11	1265
Bredthauer, Karl D.: Ende der Entspannung?	2	129
— Die USA, die Sowjetunion und die Zukunft der Entspannung	3	236
— Modell Deutschland? Aus Liebe zu Deutschland? Scheinalternativen und Alternativen im Wahljahr 1976	9	975
—, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
— Bundesrepublik und Menschenrechte	11	1196
— Zur wahrscheinlichen Entwicklung des Parteiengefüges in der Bundesrepublik und ihren Ursachen	12	1328
Brzezinski, Zbigniew: Amerika in einer feindlichen Welt	11	1246
Charlier, Michael: Freiheit oder/statt Sozialismus? Zu Entstehung und Funktion der Wahlstrategie der Rechtskräfte in der BRD	7	749
Deppe, Frank: Modell SPD	9	969
Drewitz, Ingeborg, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Ehrler, Klaus: Konfrontation statt Entspannung? Zum 24. Bundesparteitag der CDU	6	604
Elsner, Wolfram: Die „neue politische Ökonomie" und Ansätze politisch-ökonomischer Neubesinnung in den Wirtschaftswissenschaften (II)	1	71
— EG — Ungleichgewicht und Stagnation	5	484
Ewers, Ulrich: Ungelöste Fragen der Kernkraftwerksentsorgung	12	1322
Fabian, Walter, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Fülberth, Georg, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Gärtner, Edgar: „Nord-Süd-Dialog" und neue Weltwirtschaftsordnung. Zur Pariser Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit	2	152
— Zur BdWi-Fachtagung „Umwelt und industrielle Entwicklung"	7	729
Galkin, A. A.: Die Ideologie des Faschismus und der Neofaschismus	3	311
Giesenfeld, Günter: Sympathy for the Opa	2	211
— Erfahrungen mit dem Tod	4	474
— Kohlen für kalte Zeiten	7	817
— Hollywood für Intellektuelle. Zu Hark Bohms Film „Nordsee ist Mordsee"	11	1312
Göbel, Eberhard: Vom „Lebensstandard" zur „Lebensqualität"	6	655
Götte, Fritz: Multinationale Konzerne, Bilanzen und die Wirtschaftsprüfer	7	783
Goldberg, Jörg: Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	1	105
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	2	212
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	3	327
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	4	476
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	5	590
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	6	692
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	7	819
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	8	945
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	9	1064
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	10	1184
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	11	1308
— Wirtschafts- und sozialstatistische Daten	12	1414
Gollwitzer, Helmut: Die Bundesrepublik — Insel der Reaktion in Europa?	10	1144
Greiner, Bernd: Zweihundertjahrfeier und soziale Realität der USA. Ein notwendiger Nachtrag	8	877

	Heft	Seite
— Kandidat Carter	9	964
— Kontinuität und Konzentration — Perspektiven US-amerikanischer Außenpolitik nach den Präsidentschaftswahlen	10	1150
Häberlein, Hans Heinrich und *Lehner, Manfred:* Dokumente eines neuen McCarthyismus. Gedächtnisprotokoll von Einstellungsverhören christlicher und pazifistischer Lehramtsbewerber	11	1281
Hall, Gus: Vier Beiträge zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: Das Barometer zeigt Schlechtwetter an. Die USA an der Schwelle ihres dritten Jahrhunderts	6	627
Hegselmann, Rainer: Die Systemtheorie Luhmanns als technokratischer Institutionalismus und administrative Hilfswissenschaft	1	38
Henry, Ernst: Vier Beiträge zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: Abraham Lincoln und die Gegenwart	6	638
Herkommer, Sebastian: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Hervé, Florence: Drei Beiträge zum Thema „Gleichberechtigung — aber wie?"	5	573
— *und Wisbar, Renate:* Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Situation der Frauen in der BRD	8	915
Hickel, Rudolf: Krise des Mittelstands — Mittelstandspolitik in der Krise	10	1163
Hinz, Manfred O.: UNCTAD IV: Weltplanwirtschaft gegen Weltmarktwirtschaft?	6	607
— Von Algier nach Colombo	10	1091
Hitzer, Friedrich, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
v. Holt, Anita, vgl. *Hervé, Florence,* u. a.:	5	573
Hülsmann, Heinrich: Die Schwierigkeiten des Jürgen Habermas beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln	1	57
Huffschmid, Jörg: Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft. Überlegungen zu den mittel- und längerfristigen Perspektiven alternativer Wirtschaftsgestaltung	3	243
— Unglückliche Entscheidungen	4	479
—, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Ipsen, Dirk: Präsident Fords „neuer Realismus"	3	330
Jaeggi, Urs, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Jansen, Bernd: Tagung der Memorandum-Gruppe in Bremen	12	1417
Jung, Mathias: „J" und „R". Oder: Selbstüberprüfung anhand der Christians'schen Liste (Thema Berufsverbote)	2	120
— Die häßlichen Europäer (Thema Berufsverbote	6	610
Kade, Gerhard: Krise der Marktwirtschaft — oder mehr?	2	215
— Glanz und Elend der Adam Smith-Rezeption in der bürgerlichen Ökonomie. Aus Anlaß des 200. Erscheinungstages des „Wealth of Nations"	4	419
— Ansprache auf der Abschlußkundgebung der Demonstration für Abrüstung am 22. Mai 1976 in Bonn	6	704
Kettig, Alma, u. a.: vgl. *Berg, Marie-Louise*	9	1018
Kissinger, Henry: Rede des Außenministers der USA, Henry A. Kissinger, über das Verhältnis USA—UdSSR und über die weltpolitische Entwicklung in San Francisco am 3. Februar 1976	3	332
Klopp, Jens, u. a.: Verdeckter Rüstungstransfer. Beiträge der BRD zur militärischen Stärkung der Republik Südafrika	5	502
—, u. a.: Verdeckter Rüstungstransfer. Beiträge der BRD zur militärischen Stärkung der Republik Südafrika (II)	8	928
Knorr, Lorenz: Das Weißbuch, die Politik der Bundesregierung und die KSZE	3	267
— Zwischen Helsinki und Belgrad. Perspektiven fortschrittlicher Gesellschaftspolitik im Zeichen der KSZE	7	733

	Heft	Seite
—, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
— Vor einer qualitativ neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik?	12	1336
Körner, Peter, u. a.: vgl. *Klopp, Jens*	5	502
—, u. a.: vgl. *Klopp, Jens*	8	928
Kramer, Dieter: Öffentliche Kulturpolitik und Systemstabilisierung. Eine Übersicht über neuere Literatur (Rezension)	9	1053
Kreck, Walter, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Krysmanski, H. J.: Vier Beiträge zum zweihundersten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: Abhängigkeitserklärung	6	612
Kühnl, Reinhard: Aspekte der Faschismusdiskussion. Historische Aufarbeitung und aktuelle Bedeutung. Für Wolfgang Abendroth zum 70. Geburtstag	5	531
— Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft	11	1207
Kuczynski, Jürgen: Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht	3	289
— Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht	6	648
— Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht	9	1029
Lehner, Manfred, u. a.: vgl. *Häberlein, Hans Heinrich*	11	1281
Leithäuser, Gerhard: Alternativen für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Diskussion des Memorandums der 41 Wirtschaftswissenschaftler: Zum Problem der Durchsetzbarkeit und der Zweckbindung staatlicher Wirtschaftspolitik	3	258
— Alternative wirtschaftspolitische Konzepte in Frankreich	7	768
— Inflation in Frankreich: Vom Regierungswechsel zur Regimekrise?	9	1069
Leitolf, Andreas: Völkerrechtliche Aspekte der Echeverria-Doktrin. Zur Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung	2	162
Lind, Antonius: Frauendemonstrationen in Nordirland	10	1094
Lutz, Dieter S., und *Storz, Ulrich:* Zur Funktion der Rüstungspolitik in der BRD	4	371
Maske, Achim: Militärische Entspannung als notwendige Konsequenz und Auftrag der KSZE	1	16
— Entspannung, Abrüstung und die Rolle der Öffentlichkeit	4	360
— Abrüstung — Gefahr oder Chance für Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung und technologischen Fortschritt?	5	490
—, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
— Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen? Zum Vertragsentwurf von Bukarest	12	1320
Matthiessen, Gunnar: Zum Dialog zwischen Moskau und Bonn	7	724
—, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Menschik, Jutta: Schwangerschaftsabbruch nach der Neufassung des § 218. Kommentar und Erfahrungsberichte	4	452
—, u. a.: vgl. *Hervé, Florence*	5	573
— Der kleine Unterschied in der Frauenfrage	12	1401
Meyer, Berthold: Gesamteuropäische Jugendkonferenz in Brunn/Wien	1	13
Neuhöffer, Paul, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Opitz, Reinhard, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Ostrowsky, Jürgen: Angola — der zweite Befreiungskrieg	1	8
Paas, Dieter: Das „Entwicklungsmodell" des chilenischen Militärregimes — Anspruch und Wirklichkeit	12	1388
Paech, Norman: Die Krise im Libanon	2	122
Pfaffenberger, Wolfgang: Vor der nächsten „Talsohle"? Zur Wirtschaftspolitik in der BRD	1	103
— Zu Tragweite und Beeinflußbarkeit des Monopolisierungsprozesses (Rezension)	3	322

	Heft	Seite
— Preiskontrolle bei marktbeherrschenden Unternehmen. Zur Diskussion des Memorandums „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik"	5	550
—, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Proft, Hildegard, u. a.: vgl. *Berg, Marie-Louise*	9	1018
Prokopczuk, Jerzy: Die Entwicklung der Dritten Welt. Hauptaspekte, Theorie und Praxis	8	866
— Die Entwicklung der Dritten Welt (II). Hauptaspekte, Theorie und Praxis	11	1299
Ranke-Heinemann, Uta: Ansprache auf der Abschlußkundgebung der Demonstration für Abrüstung am 22. Mai 1976 in Bonn	6	704
Rescher, Hubertus J. und *Sandaglia, Ferdinand:* vgl. *Sandaglia, Ferdinand*	4	438
Rilling, Rainer: Ein Durchbruch in der „Kommunismusforschung" — nicht weniger, aber auch nicht mehr. Zu Klaus v. Beymes „Ökonomie und Politik im Sozialismus" (Rezension)	5	582
— BRD—DDR-Systemvergleich, wirtschaftlich	8	948
Römer, Peter: Koexistenz und wissenschaftlicher Meinungsstreit. Thesen zu einer Wiener Tagung	11	1204
Rudenko, Roman: Die Nürnberger Prozesse — dreißig Jahre danach (II)	2	191
Rügemer, Werner: Politische Entmündigung der Jugend als Antwort auf Helsinki?	2	126
— Inanspruchnahme demokratischer Freiheiten — Ernstfall des Systems? Zur „Extremismusstudie" des Innenministeriums	8	844
Saloch, Reinhard, u. a.: vgl. *Klopp, Jens*	5	502
—, u. a.: vgl. *Klopp, Jens*	8	928
Sandaglia, Ferdinand, und *Rescher, Hubertus:* Aspekte der brasilianischen Entwicklung seit 1964	4	438
Sarin, Manohar L.: Zur Entwicklung Indiens seit 1947	5	559
— Zur jüngsten Entwicklung in Indien. Seit Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975	9	1036
Schilling, Wilfrid: Italien: Politik des Abwartens	4	367
— Italien — Stillstand oder Durchbruch nach links?	7	727
— Helmut Schmidt und die italienische Regierungsbildung	8	846
Schui, Herbert: Alternativen für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Diskussion des Memorandums der 41 Wirtschaftswissenschaftler: Öffentliche Verschuldung und Konjunkturbelebung	3	258
—, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Schulke, Hans-Jürgen: Olympia und Breitensport. Ein Beitrag zu den ökonomischen und politischen Grenzen der olympischen Bewegung	6	671
Sotiron, Michael: Kanadas Entwicklung im Schatten der USA	3	239
Steinmann, Elly, u. a.: vgl. *Berg, Marie-Louise*	9	1018
Storz, Ulrich, und *Lutz, Dieter:* vgl. *Lutz, Dieter S.*	4	371
Stuby, Gerhard, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Thomas, Tobias: Angola, Südafrika und die NATO	2	139
Trofimenko, Henryk: Probleme des sowjetisch-amerikanischen strategischen Gleichgewichts und die Entspannung	9	1008
Trommler, Frank: Vier Beiträge zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: Zur Sozialpathologie der Amerikaner	6	622
Unger, Karl: Die Bundesdeutschen und ihre Freiheit. Anmerkungen zu Anspruch, Realität und Interesse	9	998
— Zur aktuellen Situation im südlichen Afrika	10	1088
Wahsner, Roderich, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Walden, Hans, u. a.: vgl. *Klopp, Jens*	5	502
—, u. a.: vgl. *Klopp, Jens*	8	928
Wallraff, Günter: Portugal — Aufdeckung einer Verschwörung. Wortlaut des Originalberichts mit den Tonbandprotokollen und Dokumenten über die Gespräche Günter Wallraffs mit „General Walter" alias Spinola und anderen	4	383

	Heft	Seite
— Die Aufdeckung einer Verschwörung und ihre Folgen. Weitere Tonbandprotokolle und Dokumente über Pläne der Rechtskräfte in Portugal und ihre Hintergründe	5	511
—, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097
Walter, Henning: Alles halb so schlimm?	1	104
— „Familienleben" und Psychiatrie	3	321
— Die ausgewogene Folgenlosigkeit oder Wie Kritik gegen Kritik immunisieren kann	6	691
— Keine Alternative zum Erfolg	8	943
— Die große Kunst des Weglassens	9	1052
— Der Wilde Westen als soziales Lernfeld	12	1412
Weyel, Volker: „Authentizitäts"-Kampagnen in Afrika. Neue Phase der Dekolonisierung oder Ablenkung von fortbestehender ökonomischer Abhängigkeit?	3	296
— Afrika: Vor dem Schlußakt der Entkolonisierung	5	486
Weber, Gerhard: Ansprache auf der Abschlußkundgebung der Demonstration für Abrüstung am 22. Mai 1976 in Bonn	6	704
Wiener, Norman R.: Wellenreiten mit toten Seelen. Zur Rolle von „Radio Liberty" und „Radio Free Europe" im Konzept der Entspannungsgegner	8	910
Wisbar, Renate, und *Hervé, Florence:* vgl. *Hervé, Florence*	8	915
Wüstenhagen, Hans-Helmuth: Seveso und die Folgen	9	971
— Brokdorf und die Privatarmee	11	1201
— Bürgerinitiativen, Atomenergie und Wissenschaft	12	1360
Wulff, Erich, u. a.: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung	10	1097

Sachverzeichnis

Innenpolitik der BRD

	Heft	Seite
„J" und „R". Oder: Selbstüberprüfung anhand der Christians'schen Liste (Thema Berufsverbote) (Mathias Jung)	2	120
Die Nürnberger Prozesse — dreißig Jahre danach (II) (Roman Rudenko)	2	191
Das Weißbuch, die Politik der Bundesregierung und die KSZE (Lorenz Knorr)	3	267
Entspannung, Abrüstung und die Rolle der Öffentlichkeit (Achim Maske)	4	360
Unglauben, Empörung, Protest. Zur Reaktion des Auslands auf die Berufsverbote (Horst Bethge)	4	362
Zur Funktion der Rüstungspolitik in der BRD (Dieter S. Lutz und Ulrich Storz)	4	371
Konfrontation statt Entspannung? Zum 24. Bundesparteitag der CDU (Klaus Ehrler)	6	604
Die häßlichen Europäer (Thema Berufsverbote) (Mathias Jung)	6	610
Freiheit oder/statt Sozialismus? Zu Entstehung und Funktion der Wahlstrategie der Rechtskräfte in der BRD (Michael Charlier)	7	749
Inanspruchnahme demokratischer Freiheiten — Ernstfall des Systems? Zur „Extremimusstudie" des Innenministeriums (Werner Rügemer)	8	844
Ich, die „Verfassungsfeindin". Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen (Doris Basten)	8	896
Modell SPD (Frank Deppe)	9	969
Seveso und die Folgen (Hans-Helmuth Wüstenhagen)	9	971
Modell Deutschland? Aus Liebe zu Deutschland? Scheinalternativen und Alternativen im Wahljahr 1976 (Karl D. Bredthauer)	9	975
Die Bundesdeutschen und ihre Freiheit. Anmerkungen zu Anspruch, Realität und Interesse (Karl Unger)	9	998

Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung (Wolfgang Abendroth; Detlev Albers; Kurt Bachmann; Hans-Werner Bartsch; Wilfried Frhr. v. Bredow; Karl D. Bredthauer; Ingeborg Drewitz; Walter Fabian; Georg Fülberth; Sebastian Herkommer; Friedrich Hitzer; Jörg Huffschmid; Urs Jaeggi; Lorenz Knorr; Walter Kreck; Achim Maske und Gunnar Matthiessen; Paul Neuhöffer; Reinhard Opitz; Wolfgang Pfaffenberger; Herbert Schui; Gerhard Stuby; Roderich Wahsner; Günter Wallraff, Erich Wulff) 10 1097
Die Bundesrepublik — Insel der Reaktion in Europa? (Helmut Gollwitzer) . . 10 1144
Bundesrepublik und Menschenrechte (Karl D. Bredthauer) 11 1196
Brokdorf und die Privatarmee (Hans-Helmuth Wüstenhagen) 11 1201
Zur wahrscheinlichen Entwicklung des Parteiengefüges in der Bundesrepublik und ihren Ursachen (Karl D. Bredthauer) 12 1328
Vor einer qualitativ neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik? (Lorenz Knorr) 12 1336

Außenpolitik der BRD

Angola, Südafrika und die NATO (Tobias Thomas) 2 139
Portugal — Aufdeckung einer Verschwörung. Wortlaut des Originalberichts mit den Tonbandprotokollen und Dokumenten über die Gespräche Günter Wallrafs mit „General Walter" alias Spinola und anderen (Günter Wallraf) . . 4 383
Verdeckter Rüstungstransfer — Beiträge der BRD zur militärischen Stärkung der Republik Südafrika (Jens Klopp, Peter Körner, Reinhard Saloch und Hans Walden) 5 502
Die Aufdeckung einer Verschwörung und ihre Folgen. Weitere Tonbandprotokolle und Dokumente über Pläne der Rechtskräfte in Portugal und ihre Hintergründe (Günter Wallraff) 5 511
Konfrontation statt Entspannung? Zum 24. Bundesparteitag der CDU (Klaus Ehrler) 6 604
Helmut Schmidt und die italienische Regierungsbildung (Wilfrid Schilling) . . 8 846
Verdeckter Rüstungstransfer. Beiträge der BRD zur militärischen Stärkung der Republik Südafrika (II) (Jens Klopp, Peter Körner, Reinhard Saloch und Hans Walden) 8 928
Das Weißbuch, die Politik der Bundesregierung und die KSZE (Lorenz Knorr) 3 267
Zur Funktion der Rüstungspolitik in der BRD (Dieter S. Lutz und Ulrich Storz) 4 371
Zum Dialog zwischen Moskau und Bonn (Gunnar Matthiessen) 7 724
Modell SPD (Frank Deppe) 9 969
Die Bundesrepublik — Insel der Reaktion in Europa? (Helmut Gollwitzer) . . 10 1144
Bundesrepublik und Menschenrechte (Karl D. Bredthauer) 11 1196
Vor einer qualitativ neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik? (Lorenz Knorr) 12 1336

Politik anderer Länder

Angola — der zweite Befreiungskrieg (Jürgen Ostrowsky) 1 8
„Libertés" und öffentlicher Dienst in Frankreich (Helga Bories) 1 23
Die Krise im Libanon (Norman Paech) 2 122
Kanadas Entwicklung im Schatten der USA (Michael Sotiron) 3 239
„Authentizitäts"-Kampagnen in Afrika. Neue Phase der Dekolonisierung oder Ablenkung von fortbestehender ökonomischer Abhängigkeit? (Volker Weyel) 3 296
Italien: Politik des Abwartens (Wilfrid Schilling) 4 367
Portugal — Aufdeckung einer Verschwörung. Wortlaut des Originalberichts mit den Tonbandprotokollen und Dokumenten über die Gespräche Günter Wallraffs mit „General Walter" alias Spinola und anderen (Günter Wallraff) . . 4 383
Aspekte der brasilianischen Entwicklung seit 1964 (Ferdinand Sandaglia und Hubertus J. Rescher) 4 438

	Heft	Seite
Afrika: Vor dem Schlußakt der Entkolonisierung (Volker Weyel)	5	486
Die Aufdeckung einer Verschörung und ihre Folgen. Weitere Tonbandprotokolle und Dokumente über Pläne der Rechtskräfte in Portugal und ihre Hintergründe (Günter Wallraff)	5	511
Zur Entwicklung Indiens seit 1947 (Manohar L. Sarin)	5	559
Vier Beiträge zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung:		
Abhängigkeitserklärung (H. J. Krysmanski)	6	612
Zur Sozialpathologie der Amerikaner (Frank Trommler)	6	622
Das Barometer zeigt Schlechtwetter an. Die USA an der Schwelle ihres dritten Jahrhunderts (Gus Hall)	6	627
Abraham Lincoln und die Gegenwart (Ernst Henry)	6	638
Italien — Stillstand oder Durchbruch nach links? (Wilfrid Schilling)	7	727
Alternative wirtschaftspolitische Konzepte in Frankreich (Gerhard Leithäuser)	7	768
Die Entwicklung der Dritten Welt. Hauptasptekte, Theorie und Praxis (Jerzy Prokopczuk)	8	866
Zweihundertjahrfeier und soziale Realität der USA. Ein notwendiger Nachtrag (Bernd Greiner)	8	877
Kandidat Carter (Bernd Greiner)	9	964
Zur jüngsten Entwicklung in Indien. Seit Ausrufung des Ausnahmezustands am 26. Juni 1975 (Manohar L. Sarin)	9	1036
Zur aktuellen Situation im südlichen Afrika (Karl Unger)	10	1088
Frauendemonstrationen in Nordirland (Antonius Lind)	10	1094
Kontinuität und Konzentration — Perspektiven US-amerikanischer Außenpolitik nach den Präsidentschaftswahlen (Bernd Greiner)	10	1150
Milton Friedman — der Nobelpreisträger und sein Modell (Nicole Ball)	11	1198
Die Entwicklung der Dritten Welt (II). Hauptaspekte, Theorie und Praxis (Jerzy Prokopczuk)	11	1299
Das „Entwicklungsmodell" des chilenischen Militärregimes — Anspruch und Wirklichkeit (Dieter Paas)	12	1388

Internationale Politik

	Heft	Seite
Zur Situation der EG nach der Konferenz von Rom (Heinz-Jürgen Axt)	1	4
Ende der Entspannung? (Karl D. Bredthauer)	2	129
Angola, Südafrika und die NATO (Tobias Thomas)	2	139
„Nord-Süd-Dialog" und neue Weltwirtschaftsordnung. Zur Pariser Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Edgar Gärtner)	2	152
Zwanzig Fragen an Andrej Sacharow. Ein offener Brief (Hans Apel)	2	173
Die USA, die Sowjetunion und die Zukunft der Entspannung (Karl D. Bredthauer)	3	236
EG — Ungleichgewicht und Stagnation (Wolfram Elsner)	5	484
Zum Dialog zwischen Moskau und Bonn (Gunnar Matthiessen)	7	724
Probleme der Abrüstung unter den Bedingungen der internationalen Entspannung (Wolf Graf v. Baudissin)	7	744
Das „Europa der Bürger" — Ideologie und Wirklichkeit. Zum Tindemans-Bericht über die „Europäische Union" und zur gegenwärtigen Lage der EG (Heinz-Jürgen Axt)	8	849
Kandidat Carter (Bernd Greiner)	9	964
Probleme des sowjetisch-amerikanischen strategischen Gleichgewichts und die Entspannung (Henryk Trofimenko)	9	1008
Von Algier nach Colombo (Manfred O. Hinz)	10	1091
Amerika in einer feindlichen Welt (Zbigniew Brzezinski)	11	1246
Ursprünge und Aussichten der Ost-West-Entspannung. Zur Geschichtsschreibung und Politologie der Détente (Wilfried v. Bredow)	11	1265

	Heft	Seite
Geschichte und Zeitgeschichte		
Angola — der zweite Befreiungskrieg (Jürgen Ostrowsky)	1	8
Militärische Entspannung als notwendige Konsequenz und Auftrag der KSZE (Achim Maske)	1	16
Ende der Entspannung? (Karl D. Bredthauer)	2	129
Zwanzig Fragen an Andrej Sacharow. Ein offener Brief (Hans Apel)	2	173
Die Nürnberger Prozesse — dreißig Jahre danach (II) (Roman Rudenko)	2	191
Portugal — Aufdeckung einer Verschwörung. Wortlaut des Originalberichts mit den Tonbandprotokollen und Dokumenten über die Gespräche Günter Wallraffs mit „General Walter" alias Spinola und anderen (Günter Wallraff)	4	383
Afrika: Vor dem Schlußakt der Entkolonisierung (Volker Weyel)	5	486
Die Aufdeckung einer Verschwörung und ihre Folgen. Weitere Tonbandprotokolle und Dokumente über Pläne der Rechtskräfte in Portugal und ihre Hintergründe (Günter Wallraff)	5	511
Aspekte der Faschismusdiskussion. Historische Aufarbeitung und aktuelle Bedeutung. Für Wolfgang Abendroth zum 70. Geburtstag (Reinhard Kühnl)	5	531
Vier Beiträge zum zweihundertsten Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung:		
Abhängigkeitserklärung (H. J. Krysmanski)	6	612
Zur Sozialpathologie der Amerikaner (Frank Trommler)	6	622
Das Barometer zeigt Schlechtwetter an. Die USA an der Schwelle ihres dritten Jahrhunderts (Gus Hall)	6	627
Abraham Lincoln und die Gegenwart (Ernst Henry)	6	638
Zwischen Helsinki und Belgrad. Perspektiven fortschrittlicher Gesellschaftspolitik im Zeichen der KSZE (Lorenz Knorr)	7	733
Das „Europa der Bürger" — Ideologie und Wirklichkeit. Zum Tindemans-Bericht über die „Europäische Union" und zur gegenwärtigen Lage der EG (Heinz-Jürgen Axt)	8	849
Die Entwicklung der Dritten Welt. Hauptaspekte, Theorie und Praxis (Jerzy Prokopczuk)	8	866
Zweihundertjahrfeier und soziale Realität der USA. Ein notwendiger Nachtrag (Bernd Greiner)	8	877
Amerika in einer feindlichen Welt (Zbigniew Brzezinski)	11	1246
Ursprünge und Aussichten der Ost-West-Entspannung. Zur Geschichtsschreibung und Politologie der Détente (Wilfried v. Bredow)	11	1265
Die Entwicklung der Dritten Welt (II). Hauptaspekte, Theorie und Praxis (Jerzy Prokopczuk)	11	1299
Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen? Zum Vertragsentwurf von Bukarest (Achim Maske)	12	1320
Das „Entwicklungsmodell" des chilenischen Militärregimes — Anspruch und Wirklichkeit (Dieter Paas)	12	1388
Bildungs- und Kulturpolitik		
Gesamteuropäische Jugendkonferenz in Brunn/Wien (Berthold Meyer)	1	13
Die Systemtheorie Luhmanns als technokratischer Institutionalismus und administrative Hilfswissenschaft (Rainer Hegselmann)	1	38
Die Schwierigkeiten des Jürgen Habermas beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln (Heinrich Hülsmann)	1	57
„J" und „R". Oder: Selbstüberprüfung anhand der Christians'schen Liste (Mathias Jung)	2	120
„Authentizitäts"-Kampagnen in Afrika. Neue Phase der Dekolonisierung oder Ablenkung von fortbestehender ökonomischer Abhängigkeit? (Volker Weyel)	3	296
Die häßlichen Europäer (Thema Berufsverbote) (Mathias Jung)	6	610

	Heft	Seite
Olympia und Breitensport. Ein Beitrag zu den ökonomischen und politischen Grenzen der olympischen Bewegung (Hans-Jürgen Schulke)	6	671
Zur BdWi-Fachtagung „Umwelt und industrielle Entwicklung" (Edgar Gärtner)	7	729
Ich, die „Verfassungsfeindin". Lebenslauf einer vom Berufsverbot Betroffenen (Doris Basten)	8	896
Wellenreiten mit toten Seelen. Zur Rolle von „Radio Liberty" und „Radio Free Europe" im Konzept der Entspannungsgegner (Norman R. Wiener)	8	910
Koexistenz und wissenschaftlicher Meinungsstreit. Thesen zu einer Wiener Tagung (Peter Römer)	11	1204
Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft (Reinhard Kühnl)	11	1207
Dokumente eines neuen McCarthyismus. Gedächtnisprotokoll von Einstellungsverhören christlicher und pazifistischer Lehramtsbewerber	11	1281
Bürgerinitiativen, Atomenergie und Wissenschaft (Hans-Helmuth Wüstenhagen)	12	1360
Medien unter Druck. Zur Entwicklung der inneren Pressefreiheit (Andreas Bartsch und Reinhard Bispinck)	12	1367

Gesellschaftspolitik

Gesamteuropäische Jugendkonferenz in Brunn/Wien (Berthold Meyer)	1	13
Die Systemtheorie Luhmanns als technokratischer Institutionalismus und administrative Hilfswissenschaft (Rainer Hegselmann)	1	38
Die Schwierigkeiten des Jürgen Habermas beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln (Heinrich Hülsmann)	1	57
Politische Entmündigung der Jugend als Antwort auf Helsinki? (Werner Rügemer)	2	126
Die Nürnberger Prozesse — dreißig Jahre danach (II) (Roman Rudenko)	2	191
Der Popper-Boom in der SPD oder Die theoretische Offensive des Reformismus (Kurt Bayertz)	3	278
Schwangerschaftsabbruch nach der Neufassung des § 218 Kommentar und Erfahrungsberichte (Jutta Menschik)	4	452
Der Popper-Boom in der SPD oder Die theoretische Offensive des Reformismus (II) (Kurt Bayertz)	4	463
Abrüstung — Gefahr oder Chance für Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung und technologischen Fortschritt? (Achim Maske)	5	490
Aspekte der Faschismusdiskussion. Historische Aufarbeitung und aktuelle Bedeutung. Für Wolfgang Abendroth zum 70. Geburtstag (Reinhard Kühnl)	5	531
Drei Beiträge zum Thema „Gleichberechtigung — aber wie?" (Jutta Menschik, Florence Hervé und Anita v. Holt)	5	573
Konfrontation statt Entspannung? Zum 24. Bundesparteitag der CDU (Klaus Ehrler)	6	604
Vom „Lebensstandard" zur „Lebensqualität" (Eberhard Göbel)	6	655
Zur BdWi-Fachtagung „Umwelt und industrielle Entwicklung" (Edgar Gärtner)	7	729
Zwischen Helsinki und Belgrad. Perspektiven fortschrittlicher Gesellschaftspolitik im Zeichen der KSZE (Lorenz Knorr)	7	733
Freiheit oder/statt Sozialismus? Zu Entstehung und Funktion der Wahlstrategie der Rechtskräfte in der BRD (Michael Charlier)	7	749
Zu Entstehung und Funktion der AfA als „Arbeitnehmerflügel" der SPD (Karl Bachsleitner)	7	802
Wellenreiten mit toten Seelen. Zur Rolle von „Radio Liberty" und „Radio Free Europe" im Konzept der Entspannungsgegner (Norman R. Wiener)	8	910
Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Situation der Frauen in der BRD (Florence Hervé und Renate Wisbar)	8	915
Die Bundesdeutschen und ihre Freiheit. Anmerkungen zu Anspruch, Realität und Interesse (Karl Unger)	9	998
Feststellungen und Forderungen der demokratischen Frauenbewegung in der Bundesrepublik (Marie-Louise Berg, Alma Kettig, Hildegard Proft und Elly Steinmann)	9	1018

	Heft	Seite
Frauendemonstrationen in Nordirland (Antonius Lind)	10	1094
Die Bundesrepublik — Insel der Reaktion in Europa? (Helmut Gollwitzer)	10	1144
Krise des Mittelstands — Mittelstandspolitik in der Krise (Rudolf Hickel)	10	1163
Bundesrepublik und Menschenrechte (Karl D. Bredthauer)	11	1196
Brokdorf und die Privatarmee (Hans-Helmuth Wüstenhagen)	11	1201
Koexistenz und wissenschaftlicher Meinungsstreit. Thesen zu einer Wiener Tagung (Peter Römer)	11	1204
Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft (Reinhard Kühnl)	11	1207
Dokumente eines neuen McCarthyismus. Gedächtnisprotokoll von Einstellungsverhören christlicher und pazifistischer Lehramtsbewerber	11	1281
Bürgerinitiativen, Atomenergie und Wissenschaft (Hans-Helmuth Wüstenhagen)	12	1360
Der kleine Unterschied in der Frauenfrage (Jutta Menschik)	12	1401

Wirtschaft

	Heft	Seite
Die „neue politische Ökonomie" und Ansätze politisch-ökonomischer Neubesinnung in den Wirtschaftswissenschaften (II) (Wolfram Elsner)	1	71
Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern des Kapitalismus und in der Dritten Welt 1974/75. Jahresübersicht (Aus ausländischen Zeitschriften)	1	89
„Nord-Süd-Dialog" und neue Weltwirtschaftsordnung. Zur Pariser Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Edgar Gärtner)	2	152
Völkerrechtliche Aspekte der Echeverria-Doktrin. Zur Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung (Andreas Leitolf)	2	162
Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft. Überlegungen zu den mittel- und längerfristigen Perspektiven alternativer Wirtschaftsgestaltung (Jörg Huffschmid)	3	243
Alternativen für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Diskussion des Memorandums der 41 Wirtschaftswissenschaftler	3	257
Zum Problem der Durchsetzbarkeit und der Zweckbindung staatlicher Wirtschaftspolitik (Gerhard Leithäuser)	3	258
Öffentliche Verschuldung und Konjunkturbelebung (Herbert Schui)	3	261
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	3	289
„Authentizitäts"-Kampagnen in Afrika. Neue Phase der Dekolonisierung oder Ablenkung von fortbestehender ökonomischer Abhängigkeit? (Volker Weyel)	3	296
Glanz und Elend der Adam Smith-Rezeption in der bürgerlichen Ökonomie. Aus Anlaß des 200. Erscheinungstages des „Wealth of Nations" (Gerhard Kade)	4	419
Abrüstung — Gefahr oder Chance für Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung und technologischen Fortschritt? (Achim Maske)	5	490
Preiskontrolle bei marktbeherrschenden Unternehmen. Zur Diskussion des Memorandums „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" (Wolfgang Pfaffenberger)	5	550
UNCTAD IV: Weltplanwirtschaft gegen Weltmarktwirtschaft? (Manfred O. Hinz)	6	607
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	6	648
Olympia und Breitensport. Ein Beitrag zu den ökonomischen und politischen Grenzen der olympischen Bewegung (Hans-Jürgen Schulke)	6	671
Alternative wirtschaftspolitische Konzepte in Frankreich (Gerhard Leithäuser)	7	768
Multinationale Konzerne, Bilanzen und die Wirtschaftsprüfer (Fritz Götte)	7	783
Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Situation der Frauen in der BRD (Florence Hervé und Renate Wisbar)	8	915
Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht (Jürgen Kuczynski)	9	1029
Milton Friedman — der Nobelpreisträger und sein Modell (Nicole Ball)	11	1198
Ungelöste Fragen der Kernkraftwerksentsorgung (Ulrich Ewers)	12	1322
Tagung der Memorandum-Gruppe in Bremen (Bernd Jansen)	12	1417

Heft Seite

Aus ausländischen Zeitschriften

Zur wirtschaftlichen Entwickhung in den Ländern des Kapitalismus und in der Dritten Welt 1974/75. Jahresübersicht 1 89
Die Ideologie des Faschismus und der Neofaschismus (A. A. Galkin) 3 311

Chronik der Monate Dezember 1975 und Januar bis November 1976

1/1, 2/117, 3/233, 4/357, 5/481, 6/601, 7/721, 8/841, 9/961, 10/1085, 11/1193, 12/1317

Medienkritik

Alles halb so schlimm? (Henning Walter) 1 104
Sympathy for the Opa (Günter Giesenfeld) 2 211
„Familienleben" und Psychiatrie (Henning Walter) 3 321
Erfahrungen mit dem Tod (Günter Giesenfeld) 4 474
Die ausgewogene Folgenlosigkeit oder Wie Kritik gegen Kritik immunisieren kann (Henning Walter) 6 691
Kohlen für kalte Zeiten (Günter Giesenfeld) 7 817
Keine Alternative zum Erfolg (Henning Walter) 8 943
Die große Kunst des Weglassens (Henning Walter) 9 1052
Hollywood für Intellektuelle. Zu Hark Bohms Film „Nordsee ist Mordsee" (Günter Giesenfeld) 11 1312
Der Wilde Westen als soziales Lernfeld (Henning Walter) 12 1412

Bücher

Zum Entwicklungsstand der „kritischen Psychologie". Ein Literaturbericht (Karl-Heinz Braun) 2 201
Zu Tragweite und Beeinflußbarkeit des Monopolisierungsprozesses (Wolfgang Pfaffenberger) 3 322
Ein Durchbruch in der „Kommunismusforschung" — nicht weniger, aber auch nicht mehr. Zu Klaus v. Beymes „Ökonomie und Politik im Sozialismus" (Rainer Rilling) 5 582
Öffentliche Kulturpolitik und Systemstabilisierung. Eine Übersicht über neuere Literatur (Dieter Kramer) 9 1053

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher

1/110, 2/209, 3/325, 6/689, 7/818, 8/944, 9/1069, 10/1182, 12/1413

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatische Daten (Jörg Goldberg) 1 105
Vor der nächsten „Talsohle"? Zur Wirtschaftspolitik in der BRD (Wolfgang Pfaffenberger) 1 108
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) 2 212
Krise der Marktwirtschaft — oder mehr? (Gerhard Kade) 2 215
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) 3 327
Präsident Fords „neuer Realismus" (Dirk Ipsen) 3 330
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) 4 476

	Heft	Seite
Unglückliche Entscheidungen (Jörg Huffschmid)	4	479
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg)	5	590
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg)	6	692
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg)	7	819
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg)	8	945
BRD—DDR-Systemvergleich, wirtschaftlich (Rainer Rilling)	8	948
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg)	9	1064
Inflation in Frankreich: Vom Regierungswechsel zur Regimekrise? (Gerhard Leithäuser)	9	1069
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg)	10	1184
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg)	11	1308

Dokumente zum Zeitgeschehen

	Heft	Seite
Ergebnisse der Landtagswahlen in der Bundesrepublik und in Berlin (West) im Jahre 1975	1	113
Ein Moratorium für den Bau neuer Kernkraftwerke — Appell des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) (Wortlaut)	1	115
Dokumentation neuerer Stellungnahmen zur Praxis der Berufsverbote (anläßlich des vierten Jahrestages der Ministerpräsidentenbeschlüsse vom 28. Januar 1972)	2	217
NPD-Mandatsträger im öffentlichen Dienst	2	230
Aufruf zur Demonstration für Abrüstung am 22. Mai 1976 in Bonn (Wortlaut)	2	231
Rede des Außenministers der USA, Henry A. Kissinger, über das Verhältnis USA — UdSSR und über die weltpolitische Entwicklung in San Francisco am 3. Februar 1976 (Wortlaut)	3	332
Auszug aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, auf dem XXV. Parteitag der KPdSU vom 24. Februar bis 4. März 1976 in Moskau	3	345
Wirtschaftsdeklaration und Elemente der Strategie zur Stärkung der Einheit und Solidarität der blockfreien Länder und zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, verabschiedet von der Ministertagung der Blockfreien vom 25. bis 30. August 1975 in Lima (Wortlaut)	5	593
Erklärung der sowjetischen Regierung zu den Beziehungen Sowjetunion—Bundesrepublik Deutschland vom 22. Mai 1976 (Wortlaut)	6	695
Auszüge aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Generalsekretärs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker, auf dem IX. Parteitag der SED vom 18.—22. Mai 1976 in Berlin	6	700
Ansprachen auf der Abschlußkundgebung der Demonstration für Abrüstung am 22. Mai 1976 in Bonn (Prof. Dr. Gerhard Kade; Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann; Gerhard Weber, MdBü)	6	704
Wirtschaftsdeklaration und Elemente der Strategie zur Stärkung der Einheit und Solidarität der blockfreien Länder und zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, verabschiedet von der Ministertagung der Blockfreien vom 25. bis 30. August 1975 in Lima ((Wortlaut) (II)	6	714
Spendenaufruf des Initiativkreises „Solidarität mit Portugal" (Wortlaut)	6	719
Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 11. Juni 1976 (Wortlaut)	7	822
Erklärung der Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD am land — Sowjetunion vom 1. Juli 1976 (Wortlaut)	7	825
„Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa" — Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas am 29. und 30. Juni 1976 in Berlin (DDR) (Wortlaut)	7	832
Erklärung der Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD am 29. Mai 1976 in Karlsruhe (Wortlaut)	7	838

	Heft	Seite
Vier Punkte des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zu den Berufsverboten, verabschiedet von der 4. ordentlichen Delegiertenkonferenz am 13. Juni 1976 in Hamburg (Wortlaut)	7	840
Stellungnahme des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg zur Ablehnung der Ernennung von Dr. Jürgen Harrer zum Dozenten im Beamtenverhältnis auf Zeit durch das hessische Kultusministerium (Auszüge)	8	949
„Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa" — Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas am 29. und 30. Juni 1976 in Berlin (DDR) (II) (Wortlaut)	8	952
Erklärung der „Demokratischen Fraueninitiative" vom 12. Juni 1976 aus Anlaß der Bundestagswahlen 1976 (Wortlaut)	8	959
Dokumentation zur internationalen Kritik der Berufsverbote und anderer Rechtstendenzen in der BRD	9	1072
Erklärung der Weltkonferenz für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung vom 23. bis 26. September 1976 in Helsinki (Wortlaut)	10	1187
Aufruf des „Internationalen Komitees für Solidarität mit Zypern" zur Weltkonferenz für Solidarität mit Zypern und zur Durchführung der UNO-Beschlüsse über Zypern vom 29. bis 31. Oktober 1976 in Frankfurt/M. (Wortlaut)	10	1189
Interview der französischen Zeitung „L'Humanité" mit Max Frisch vom 25. September 1976 (Wortlaut)	10	1191
Erklärung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zur Lage an den Hochschulen zu Beginn des Wintersemesters 1976/77 (Wortlaut)	11	1313
Aufruf zum 30. Jahrestag der hessischen Verfassung am 1. Dezember 1976 (Wortlaut)	11	1315
Bukarester Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags vom 26. November 1976 (Wortlaut)	12	1419

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

MASKE, Achim, geb. 1945 in Labes/Polen, Doktorand der Politischen Wissenschaften, lebt in St. Augustin bei Bonn. *** *EWERS, Dr. Ulrich,* geb. 1948 in Peckelsheim/Hessen, Diplom-Chemiker; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KNORR, Lorenz,* geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *WÜSTENHAGEN, Hans-Helmuth,* geb. 1924, früher wissenschaftlicher Mitarbeiter in der chemischen Industrie, seit 1973 Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. *** *BARTSCH, Andreas,* geb. 1950 in Mainz, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpolitik in Köln, freier Mitarbeiter bei Presse und Rundfunk. *** *BISPINCK, Reinhard,* geb. 1951 in Solingen, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpolitik in Köln, wissenschaftlicher Angestellter, freie Mitarbeit bei Presse, Funk und Fernsehen. *** *MENSCHIK, Jutta,* geb. 1944, Diplom-Politologin, Wissenschaftliche Assistentin am Psychologischen Institut der FU Berlin; Buchveröffentlichungen u. a.: Gleichberechtigung und Emanzipation. Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1971; Gretchens rote Schwestern. Frauen in der DDR (zusammen mit Evelyn Leopold), Frankfurt/M. 1974; Grundlagentexte zur Frauenemanzipation (Hrsg.), Köln 1976. *** *PAAS, Dieter,* geb. 1940 in Bruchsal, Studium der Soziologie, Geschichte und Statistik an den Universitäten Heidelberg und Berlin, von Februar 1973 bis August 1974 Soziologie-Dozent in Santiago de Chile, z. Z. wissenschaftlicher Assistent an der Universität Heidelberg. *** *JANSEN, Bernd,* geb. 1938 in Bad Segeberg, Assistenzprofessor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU Berlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Mitteilung des Verlags

Infolge gestiegener Herstellungskosten ist es unumgänglich, den Preis für die „Blätter" ab 1. Januar 1977 um 0,30 DM je Heft zu erhöhen. Das Abonnement kostet also ab Jahresbeginn 1977 monatlich 3,80 DM (für Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 3,30 DM), das Einzelheft im Buchhandel 5,30 DM. Wir bitten um Verständnis.
Pahl-Rugenstein Verlag

Bemerkungen

Einer Teilauflage dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags „das europäische buch" bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

RENATE LANGWEG-BERHOERSTER
25366- 0969
TROSCHELSTR 12
5300 BONN

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–